

144

Gewerkschaften



Jutta Blankau, Daniel Friedrich
Mut zur Gerechtigkeit
– Offensiv werden

Eckhart Seidel, Michael Schlese
Sind die Gewerkschaften
noch zu retten?

Konrad Klingenburg
Aus dem Abseits in die
kontrollierte Offensive

Claudia Wiesner
Flexicurity statt
Employability

Im **Forum DL21**
schreiben u.a. :
Andrea Nahles,
Hermann Scheer, Lars
Klingbeil, Angelica
Schwall-Düren

Von Thomas Westphal

Das Wort Wechselstimmung bekommt in diesen Tagen eine völlig neue Bedeutung.

Früher bezeichnete Wechselstimmung den wachsenden Wunsch nach einem Wechsel in der politischen Führung. Heute könnte man sagen, es herrscht Wechselstimmung, weil die politische Stimmung im Lande ständig wechselt. Heribert Prantel von der Süddeutschen Zeitung spricht davon, dass bei der CDU die Neuwahl-Euphorie vom Frühsommer der August-Ratlosigkeit gewichen sei. Vielleicht gibt es, wenn diese Zeilen erscheinen, bereits eine September-Depression. Wobei anzumerken wäre, dass die Stimmungsschwankungen bereits so stark zu sein scheinen, dass es eine Sonntags-Euphorie geben könnte, die dann sofort von einer Montags-Depression abgelöst wird. Die gesamte Wahlkampf-Psychologie ist auf den Kopf gestellt. Die CDU hat die Wahl bereits gewonnen, ehe überhaupt gewählt wurde. Jetzt kommt die Generation der neuen Konservativen, heißt es bereits siegesicher. Der Boulevard hat die Wahl bereits vorgezogen und das Ergebnis heißt: Merkel ist unsere Kanzlerin. Angela Merkel ist quasi die erste „gefühlte“ Kanzlerin in Deutschland. Natürlich ist es wichtig, welches Kleid unsere Kanzlerin zu welcher Gelegenheit anzieht, wie die Frisur sitzt usw. Das ist wichtig in einer Medien-Monarchie. Doch plötzlich macht die gefühlte Kanzlerin Fehler, wirkt wenig souverän, kündigt Steuererhöhungen an und das in einem Land, in dem der Steuerspartrieb wesentlich stärker ausgeprägt ist als der Sexualtrieb.

Kurzum: Bei der wachsenden Zahl von Fehlern kann es durchaus sein, dass die Wähler Merkel im September wieder „abwählen“, weil sie finden: „17 Wochen Merkel sind genug!“

*

In der Regel ist es so, dass starke Gemüts- und Stimmungsschwankungen sowie äußerste Gereiztheit Ausdruck für eine seelische Not sind, in der sich jemand mit diesen Symptomen befindet. Dies ist auch bei der aktuellen politischen Stimmungslage nicht anders. Die deutschen Wähler sind in seelischer Not, da ihr dringender Wunsch nach einem Regierungswechsel nicht umsetzbar ist. Die Deutschen wollen Schröder nicht mehr. Aber je länger sie Merkel beobachten, desto kleiner wird „das Übel“ Schröder. Aber bei dem Gedanken an diesen Kanzler kommen wieder die Erinnerungen an Hartz IV und an die Agenda-Politik hoch.

Die von Müntefering gestartete Kapitalismuskritik wurde von vielen als der Versuch gewertet, Spielräume für Alternativen zu dieser Agenda-Politik zu öffnen. Dieses Manöver erwies sich als ein folgenschwerer Fehler. Müntefering hat das Vertrauen der Menschen in die Politik der SPD weiter zerstört. Die hektischen Reaktionen der Wirtschaftsliberalen auf die Kritik von Müntefering zeigten sehr schnell, dass der Parteivorsitzende ins Schwarze getroffen hatte. Die Reaktionen der betroffenen Menschen bestätigten dies. Noch wenige Tage vor der Landtagswahl in NRW konnte man auf den Marktplätzen förmlich greifen, wie sehr die dort anwesenden Menschen sich verstanden fühlten. Müntefering sprach Menschen aus dem

Herzen. Aber sie fühlten sich ein weiteres Mal verschaukelt als sie merkten, dass auf die schönen Worte keine Taten folgten.

Müntefering hat der sozialdemokratischen Politik ein wesentliches Element geraubt. In den Jahren nach dem Krieg hat die SPD bei allen Unzulänglichkeiten in der Umsetzung und in der Radikalität der Maßnahmen, immer am Versprechen gearbeitet, aus den rechtlosen Proletariern von einst eigenständige Bürger einer offenen Gesellschaft zu machen. Sie hat immer mit der Aussicht der Überwindung der Klassengrenzen (nicht mit der Abschaffung der Klassengesellschaft) positive Identität gestiftet. Es ist letztlich der historische Erfolg der lange bekämpften reformistischen Strategie gewesen, dass sie es geschafft hat, dass die Menschen stolz auf ihre Leistungen waren und sich mit ihrem sozialdemokratischen Staat identifizierten. Müntefering hat noch einmal an dieses Bild und das Versprechen der alten reformistischen SPD angeknüpft, aber ohne jede Veränderungsperspektive hat er dieses Versprechen letztlich Preis gegeben. *Kurzum:* Die Kapitalismuskritik war nicht die Öffnung für neue Spielräume, sondern im Ergebnis das Dokument des Todes der reformistischen SPD klassischer Prägung.

*

In dieser Gefechtslage wird allerdings umso deutlicher, wie schwer es wiegt, dass die SPD und ihr Vorsitzender nicht die innere Kraft besaßen, selbst für den Machtwechsel im Kanzleramt zu sorgen und sich nach fast 20 Jahren endlich vom eitlen Gockelkampf der Willy Brandt Enkel zu befreien. Mit einem Wechsel an der Spitze und einer Erneuerung der Politik, die vor allem auf die Überwindung der Wachstums-Krise hätte zielen müssen, wäre ein erneuter Wahlsieg im nächsten Jahr möglich gewesen.

Stattdessen geht der Schaukampf der Enkel munter weiter. Einzige Änderung: die Schauspielbühne ist um eine Partei erweitert worden. Was vor Jahren zwischen Lafontaine und Schröder innerhalb der SPD ausgetragen wurde, wird jetzt öffentlich als Auseinandersetzung zwischen SPD und der Linkspartei vorgeführt. Im Kern ist dies jedoch nie ein Streit um politische Grundsätze gewesen. Lafontaine hat in all den Jahren nicht mehr oder weniger häufig seine Positionen zu wesentlichen Fragen gewechselt als Schröder. Die beiden waren immer in ausgelassener „Wechselstimmung“ und einig im Wettstreit darum, wer von beiden der erfolgreichere politische Putschist ist. Denn der putschartige Politikstil ist das verbindende Band der beiden Kontrahenten. Der Entstehungsgeist der Linkspartei ist für meinen Geschmack viel zu sehr von dieser Auseinandersetzung geprägt.

Kurzum: Ein neuer programmatischer Impuls, eine neue soziale Bewegung, ein Aufbruch der Linken zu einem neuen Versuch mittelfristiger Reformpolitik kann ich nirgends entdecken. Aber eine zweite „Enkeldemokratische Partei“ brauchen wir nun wirklich nicht. Mir geht es wie vielen anderen Wählern, die Schröder SPD will ich nicht mehr, aber ich habe keine Alternative.

Herausgeber/Herausgeberinnen:

Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)
 Klaus Dorre (Recklinghausen)
 Christel Riemann-Hanewinkel (Halle/S.)
 Michael R. Kratke (Amsterdam)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Larcher (Weyhe)
 Benjamin Milkfeld (Bochum)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Andrea Nahles (Weller)
 Horst Peter (Kassel)
 René Rösper (Hagen)
 Thomas Sauer (Möln)
 Sigrd Skarpells-Sperk (Kaufbeuren)
 Thomas Westphäl (Dortmund)
 Ulrich Zacherl (Apensee)

Redaktion:

Thorben Albrecht
 Ulf Banscheraus
 Björn Böning
 Tanja Breuer
 Stefanie Gerszewski
 Sebastian Jobelius
 Oliver Kaczmarek
 Anja Kruke
 Lars Neumann
 Svea Reiners
 Reinhold Rünker
 Inken Wiese

Redaktionsmanagement:

Reinhold Rünker, logo office Leichlingen

Redaktions- und Verlagsadressen:

spw-Verlag/Redaktion GmbH
 Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
 Telefon (Verlag) 02 31 - 40 24 10
 Telefon (Redaktion) 02 31 - 40 14 11
 Telefax 02 31 - 40 24 16
 verlag@spw.de, redaktion@spw.de
 www.spw.de

Geschäftsführung:

Hans-Joachim Olczyk
 Eckhart Seidel

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32-44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr.
 Jahresabonnement Euro 34,-
 (bei Bankzug Euro 32,-)
 Auslandsabonnement Euro 37,-
 Abbestellungen mit einer Frist
 von drei Monaten zum Jahresende.
 Wir freuen uns über Manuskripte und
 Zuschriften. Wenn möglich, sollen
 Manuskripte per E-mail oder auf einer
 MS-DOS/Windows-formatierten Diskette
 mit einem Ausdruck geliefert werden.

ISSN 0170-4513

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2005.
 Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto:

Christian Kiel, Berlin

Satz und Gestaltung:

Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:

Note-Druck, Iserföhrn
 1.-2. Tausend, August 2005

kurzum	2
<i>Andrea Nahles</i> Wahlmanifest offensiv nutzen!	4
<i>Hermann Scheer</i> Linke zwischen Wahlspekulation, parlamentarischer und gesellschaftlicher Mehrheit .	5
<i>Nora Hentrup, Jendrik Schröder</i> Juso-Bundeskongress 2005: Wir sind gekommen, um zu bleiben!	7
<i>Ernst-Dieter Rossmann</i> Kapitalismusdebatte: Wetterleuchten am ProgrammhORIZONT der SPD	8
<i>Lars Klingbeil</i> Die Debatte über das Soziale Europa ist eröffnet	9
<i>Angelika Schwall-Düren</i> Wie weiter mit der EU?	10
<i>Marc Herter</i> NRW SPD: Herzflimmern in der Herzkammer der Sozialdemokratie	12
<i>Annerose Gulbins</i> Kongress Kritische Wissenschaften und die Entwicklung der Hochschulen	13

GEWERKSCHAFTEN

<i>Kai Burmeister, Felix Welti</i> Einleitung zum Schwerpunkt	14
<i>Konrad Klingenburg</i> Aus dem Abseits in die kontrollierte Offensive – Gewerkschaften als politische Akteure in Deutschland	16
<i>Eckhart Seidel, Michael Schlese</i> Sind die Gewerkschaften noch zu retten?	20
<i>Jutta Blankau, Daniel Friedrich</i> Mut zur Gerechtigkeit – Offensiv werden	24
<i>Wolfgang Weinz</i> Mitbestimmung in einer globalisierten Welt	26
<i>Michael Linnartz</i> Netzwerkbildung – ein Weg zur Globalisierung von Arbeitnehmerrechten	29
<i>Kai Burmeister</i> Aktuelle Trends der Tarifpolitik	31
<i>Heinz-J. Bontrup</i> Deutschland ist keine Aktiengesellschaft – Plädoyer für eine tarifpolitische Alternative	33

INTERNATIONALE POLITIK

<i>Patrick De Vos</i> Ein dritter Weg für Indien?	37
--	----

THEORIE & STRATEGIE

<i>Arne Heise</i> Wie Schröder die Wahl gewinnen kann und dennoch Anderen das Regieren überlassen muss	41
<i>Kai Rogusch</i> Unklare Botschaften aus Karlsruhe zum Europäischen Haftbefehl	43
<i>Michael Vester</i> Zwischen Innovation und Gerechtigkeit	45
<i>Claudia Wiesner</i> Flexicurity statt Employability	49
<i>Jürgen Meier</i> Moderner Irrationalismus und das Bankkapital	52
<i>Gert Möller</i> Nach PISA: Wer kümmert sich um die Stärkung der Schwächsten?	54
Rez.: Micus: Die Enkel Willy Brandts (Reinhold Rünker)	57
Rez.: Butterwegge: Krise und Zukunft des Sozialstaates (Klemens Himpele)	58
Rez.: Langguth: Angela Merkel; Roll: Die Erste – Angela Merkel" (Ingo Zander)	59

Wahlmanifest offensiv nutzen!

Solide Basis für einen profilierten Richtungswahlkampf

Von Andrea Nahles

Die SPD hat unter dem Motto „Vertrauen in Deutschland“ ihr Wahlmanifest vorgelegt. In sechs wesentlichen Punkten setzen die Aussagen des Wahlmanifests neue Akzente:

- Die weitere Reform der sozialen Versicherungssysteme erfolgt in Richtung Bürgerversicherungen („Jeder muss versichert sein, auch Gutverdienende, Beamte, Selbstständige und Politiker werden in die solidarische Krankenversicherung einbezogen.“) und dem Aufbau einer Familienkasse und damit der Erweiterung der gesellschaftlichen Solidarität.
- Ein neues Elterngeld, ausgestaltet als Lohnersatzleistung, soll Eltern künftig ein Jahr die Berufsunterbrechung bei verlässlichem Einkommen ermöglichen.
- Lohn- und Sozialdumping soll durch die Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und gegebenenfalls gesetzliche Mindestlöhne bekämpft werden.
- Die Steuerquote darf nicht weiter sinken, sondern „muss angesichts der notwendigen Zukunftsinvestitionen und der absehbaren demographischen Entwicklung wieder auf ein vernünftiges Maß ansteigen“. Dazu sollen künftig Spitzenverdiener einen dreiprozentigen Aufschlag auf ihre Einkommenssteuer zahlen.
- Weitere Reformen der Unternehmensbesteuerung werden künftig aufkommensneutral gestaltet. Die Unternehmensbesteuerung soll rechtsform- (für Personen- und Kapitalgesellschaften einheitlich) und finanzierungsneutral (Eigen- und Fremdfinanzierung) gestaltet werden.
- Wachstum hat Vorrang vor Konsolidierung. „Wir werden bei einem nicht gesicherten kräftigen Aufschwung auch weiterhin keine zusätzlichen Sparrunden durchführen.“ Zudem finden sich im Wahlmanifest weitere Vorschläge zur Förderung der Konjunktur. Im Einzelnen:
 - Zur Stützung von Handwerk und Mittelstand sollen „20% aller privaten Erhaltungs- und Modernisierungsaufwendungen bis zu einer Höhe von 3.000
 - ... zunächst auf zwei Jahre befristet von der zu zahlenden Einkommenssteuer abziehbar“ sein.

- Der Ausbau des Straßen- und Schienennetzes wird in den nächsten vier Jahren jährlich mit zusätzlich 500 Mio. Euro vorangetrieben.
- Es soll ein „Programm der energetischen Sanierung der öffentlichen Gebäude“ aufgelegt werden, die Förderung der energetischen Sanierung von Privatgebäuden wird fortgesetzt.
- Durch ihre Energiepolitik hofft die SPD auf Investitionen der EVUs bis 2010 in Höhe von ca. 20 Mrd. Euro um Kraftwerke und Versorgungsnetze zu modernisieren.

In diesen Punkten zeigt sich deutlich, dass es gelungen ist, linke Duftmarken zu setzen. Diese stehen jedoch teilweise in Kontrast zu dem Bekenntnis zur bisherigen Reformpolitik im Bereich der sozialen Sicherung und der Steuerpolitik. Dadurch verwundert es nicht, dass das Manifest immanente Widersprüche aufweist:

- Wer auf der einen Seite zu Recht die Ausweitung des Entsendegesetzes und gesetzliche Mindestlöhne anstrebt, aber auf der anderen Seite die ICH-AGs und die Mini-Jobs als große Erfolge feiert, der gerät in Widersprüche. Zu einer geordneten Position im Hinblick auf haushaltsnahe Dienstleistungen und dem Niedriglohnbereich insgesamt ist es erneut nicht gekommen. Eine Kampfabstimmung auf dem kleinen Parteitag von der Frage der Zumutbarkeit konnte von der Linken knapp gewonnen werden, zeigte aber auch, dass es viele Sozialdemokraten gibt, die keine Linie haben in der Frage, ob wir Hochlohnland bleiben wollen und wie wir gleichzeitig den Niedriglohnsektor gestalten können, ohne das Lohnniveau in Deutschland insgesamt weiter ins Rutschen zu bringen.
- Der Begriff der „gerechten Beteiligung am wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen“ macht nur dann Sinn, wenn er konkretisiert wird. Die hier vorliegende Bindung an „wirtschaftlichen Ertrag“ bedeutet in der Umkehrform, dass der Verzicht der Beschäftigten bei wirtschaftlichem Misserfolg ebenfalls gerecht ist. Dies wird durch den einleitenden Absatz in diesem Punkt noch ver-



Andrea Nahles

stärkt. Notwendig ist eine offensive produktivitätsorientierte Tarifpolitik, die einen maßgeblichen Beitrag zur Stützung der Binnennachfrage leistet. Dabei geht es um die weitestgehende Erhaltung von Flächentarifverträgen und die Beschränkung betrieblicher Sonderregelungen auf Ausnahmen.

- Die in der Rentenversicherung weiterhin geforderte Ausweitung der privaten Altersversorgung passt nicht zu der konjunkturpolitisch gewünschten Stärkung der Binnennachfrage. Gerade die Einbrüche an den Aktienbörsen haben die Risiken einer kapitalgedeckten Altersvorsorge offenbart.

Das Wahlmanifest stellt in der Wirtschafts- und Sozialpolitik sicherlich keine grundlegende Kurskorrektur dar. Es enthält aber wichtige Elemente einer Neujustierung der sozialdemokratischen Politik. Die Betonung neuer Elemente in Verbindung mit dem Festhalten an der bisherigen Reformpolitik erzeugt Widersprüche und erzeugt ein Glaubwürdigkeitsproblem. Viele werden sich fragen: Was gilt? Was ist Wahlkampfretorik? Dieses Dilemma lässt sich in der kurzen Wahlkampfphase nicht auflösen. Erst die zukünftigen Auseinandersetzungen werden zeigen, ob die neuen Akzente wirklich eine neue Reformphase einleiten oder nach kurzer Zeit wieder in der Versenkung verschwinden.

Das Wahlmanifest enthält darüber hinaus wichtige programmatische Aussagen, die in der Kontinuität der bisherigen Politik stehen und deutliche Unterschiede zu CDU/CSU aber auch FDP markieren, so unter anderem:

- Forschung und Entwicklung sollen weiterhin vorrangig gefördert werden, Innovationspolitik bleibt prioritär. Der weitere Ausbau der Ganztagschulen und der Betreuungsangebote für unter Dreijährige sowie eine pädagogische Aufwertung der Kindergärten in Richtung verpflichtende

Vorschule sind ebenfalls eine Fortentwicklung der bisherigen Politik der SPD Bundes- und Landesregierungen und Kommunen.

- Die „Aufbau Ost“-Politik wird die Zusagen aus dem Solidarpakt II vollständig erfüllen, die derzeit geltenden Verfahrensbeschleunigungen im Planungsrecht werden verlängert und die Investitionszulage über 2006 hinaus fortgesetzt (oder gegebenenfalls wegen EUAuflagen werden die Mittel in die GA überführt). Das Arbeitslosengeld II Ost wird an das Westniveau angehoben.

- Die Energiepolitik wird den Umbau der Energieerzeugung hin zu hocheffizienten Kohlekraftwerken und Erneuerbaren Ener-

gien durch Forschung und Förderung vorantreiben. Eine „Effizienzrevolution bei der Nutzung von Energie und Rohstoffen“ soll durch entsprechende Anreizsysteme erreicht werden.

- Deutschland soll die Rolle als Friedensmacht in Europa einnehmen. Sicherheit wird dabei nicht auf militärische Stärke reduziert sondern vor allem als Fähigkeit zur vorausschauenden Friedenspolitik, zur Konfliktprävention, Krisenbewältigung und Friedenskonsolidierung.

Im Hinblick auf das Wahlmanifest haben sich alle aufeinander zu bewegt. Das Wahlmanifest ist logischerweise kein Programm,

wie es die Partei-Linke allein formuliert hätte. Wann wäre das aber auch schon mal der Fall gewesen. Es enthält aber wichtige Ansätze für eine neue Politik der SPD insbesondere im Bereich der Sozial- und Wirtschaftspolitik und betont die Kontinuität programmatischer Linien in gesellschaftspolitisch wichtigen Feldern wie der Energie- und Friedenspolitik. Und es profiliert die SPD gegenüber den Konservativen. Das Wahlmanifest bietet eine solide Basis für einen profilierten inhaltlichen Richtungskampfkampf der SPD und sollte in diesem Sinne von der Partei-Linken offensiv aufgegriffen werden.

Forum DL21

Linke zwischen Wahlspekulation, parlamentarischer und gesellschaftlicher Mehrheit

Von Hermann Scheer

Bei Spekulationen über künftige Regierungskoalitionen ist es ähnlich wie bei solchen über die Fußballnationalmannschaft oder die Bestellung des Bundestrainers: Jeder denkt, er könne mitreden. Seitdem die Sachlage nicht mehr so klar ist, wie es vor Wochen - als eine künftige schwarz/gelbe Koalition wie eine gemähte Wiese wie CDU/CSU und FDP erschien - dünkte, blühen die Spekulationen in allen Varianten. Meist sind dabei entweder die Angst oder der Wunsch der gedankliche Leitfadens: Anhänger kleinerer Parteien beschreiben die Große Koalition als Horrorvorstellung, um für sich selbst mehr Stimmen zu erhoffen, während sie für andere immer schon der heimliche Wunschtraum ist. Zu letzteren zählen auch amtierende SPD-Minister, die schon ihre Felle wegschwimmen sahen und nun auf eine Amtsverlängerung hoffen. Vor „Rot/rot/grün“ warnen diejenigen, die die letzten Reserven für „Schwarz/gelb“ mobilisieren wollen - und diejenigen hoffen darauf, die das oder eine Große Koalition unbedingt verhindern wollen. „Schwarz/grün“ wird etwas spärlicher spekuliert, was sich aber noch ändern kann. Aber auch die „Ampelkoalition“ wird noch blinken. Auf jede Spekulation folgt ein Dementi, was aber nicht weiter stört, weil die Halbwertszeit po-

litischer Aussagen im neurotischen Medienzeitalter in Wochen zu zählen ist.

Dieses glasperlenhafte Verwirrspiel wird in der Regel ohne Inhalte betrieben. Es spielt kaum eine Rolle, ob es jeweils tragfähige programmatische Schnittmengen gibt. Und ob und wem eine Spekulation, etwa die über eine Große Koalition, schaden oder nutzen soll oder wird, ist unklar. Vor allem aber fällt auf, dass Politik nur dann als möglich erscheint, wenn nach der Wahl eine Regierungsrolle möglich ist, als sei Regierung alles und Opposition nichts - trotz der Erfahrung gerade der letzten Jahre, in denen die Opposition im Bundestag quasi regierungsmächtigen Einfluss hatte.

Ein Versuch, zumindest aus einer Sicht für die SPD, die Situation unspekulativ zu entwirren, führt zu folgenden kühlen analytischen Feststellungen:

1. Relativ unwahrscheinlich, auch wenn die Entwicklung zu Lasten einer „schwarz/gelben“ Option ins Rutschen geraten ist, ist eine Wiederholung einer rot/grünen Mehrheit analog zu dem Wahlausgang von 1998: SPD und Grüne hatten mehr Stimmen und Mandate als CDU/CSU, FDP und PDS zusammen. Schon 2002 war das nicht mehr der Fall: Ein Direktmandat mehr für die PDS, und diese wäre mit mindestens 25 Abgeordneten ins



Hermann Scheer

Parlament eingezogen. Die wahrscheinliche Folge wäre eine Große Koalition gewesen. In dieser hätte die SPD den Kanzler gestellt, und sie hätte es mit einer besonderen Schwierigkeit und einer besonderen Möglichkeit zu tun gehabt. Die Schwierigkeit wäre gewesen, dass sie gegenüber zwei kleinen, ihr relativ näher stehenden Oppositionsparteien unter verschärften politischen Legitimationsdruck gestanden wäre. Die besondere Möglichkeit wäre gewesen, eine kluge Politik der Grünen und der PDS vorausgesetzt, dass die SPD praktisch auch immer auf eine andere Option zur Regierungsbildung hätte verweisen können. Mit welcher Politik dieser Zwiespalt bewältigt worden wäre, muss dahingestellt bleiben. Die Neigung mancher SPD-Gouvernementalisten wäre groß gewesen, sich mit der Großen Koalition zu arrangieren, weil es für sie ohnehin nur noch scheinbar wertfreie wirtschaftliche Sachzwänge gibt, aber keine politischen Richtungen mehr. Im Parteiinteresse hätte es aber wohl eher gelegen, sich gerade dann von der CDU/CSU deutlicher nach links zu profilieren. Wie auch immer: Die wahrscheinliche Große Koalition wäre nicht auf der Basis von mehrheitlichen Wünschen, sondern eines realen Wahlergebnisses entstanden.

2. Die Situation vor der nächsten Bundestagswahl ist nicht sehr verschieden von der zuletzt beschriebenen, trotz der neuen Linkspartei. Denn vieles spricht dafür, dass die PDS auch alleine den Sprung in den Bundestag – mindestens über den Umweg von drei oder mehr Direktmandaten – geschafft hätte. Durch den WASG- bzw. Lafontaine-Effekt werden es lediglich mehr Mandate sein. Daraus ergibt sich, dass eine neue rot/grüne Mehrheit selbst dann nicht zustande kommen könnte, wenn SPD und Grüne ihr Wahlergebnis von 2002 wiederholen würden. Die einzige Verschiebung gegenüber 2002 ist: Allein schon durch die neue Linkspartei ist die Wahrscheinlichkeit erheblich größer, dass die CDU/CSU stärker wird als die SPD – und deshalb in der dann eher wahrscheinlichen Großen Koalition die Kanzlerschaft stellt. Es war schon nach der NRW-Wahl unwahrscheinlich, dass es zu einer schwarz/gelben Mehrheit reichen würde, weil die bundespolitische Landschaft schon durch die Existenz der PDS in Ostdeutschland nicht verwechselt werden konnte mit einer landespolitischen Landschaft in Westdeutschland.

3. Eine rechnerisch denkbare rot/rot/grüne Koalition ist gegenwärtig schieres Spekulationsobjekt, weil es dazu an den personellen und psychologischen Voraussetzungen mangelt – und weil dann die Bundesratshürde größer wäre denn je zuvor, bis hin zur Lähmung des politischen Systems, die immer an erster Stelle der jeweiligen Regierung und den diese tragenden Parteien zur Last gelegt wird. Bei einer Großen Koalition wird allerdings die besondere Schwierigkeit für die SPD größer sein als es 2002 gewesen wäre: Sie hätte dann das schwere Handicap, nicht den Kanzler stellen zu können – es sei denn, in den nächsten fünf Wochen vollzieht sich noch ein Erdbeben zu Lasten der CDU/CSU. Oder: Es sei denn, die SPD würde versuchen, das ewige Doppelspiel der Union aufzubrechen, wonach diese sich je nach Be-

darf wie eine Partei oder wie zwei Parteien verhält: Hat ersteres für sie einen Vorteil, wenn es z.B. um die Bestellung des Bundestagspräsidenten geht, tritt sie als Einheitspartei auf; hat das Getrenntsein für sie einen Vorteil, etwa bei der Vergabe von Geldern für Parteistiftungen oder im Fernsehporz, insistieren sie auf ihrer getrennten Existenz.

4. Die Gefahr, in einer Großen Koalition zerrieben zu werden zwischen Union einerseits und Grünen und Linkspartei andererseits, könnte die SPD nur durch ein gerade dann zu verstärkendes programmatisches Eigenprofil entschärfen, keinesfalls durch ein neoliberales „Wirtschaftskompetenz“-Gedusel. Eine Stärke gegenüber der Union könnte sie dadurch gewinnen, dass sie sich nicht selbst die andere politische Option prinzipiell vollständig verstellt – also die mit Grünen und der künftigen Linkspartei.

5. Die Frage nach dieser Möglichkeit liegt allerdings nicht allein bei der SPD. Grüne wie Linkspartei stehen vor der Verantwortung, vor sich selbst und der Gesellschaft, ob sie ihre künftige Politik darauf abstellen, sich um kurzfristiger eigener Stimmungs- und Stimmenerfolge auf die SPD wegen ihrer unvermeidlichen Kompromisse einzuschließen – oder ob sie sich selbst mittelfristig mit der SPD koalitionsfähig halten oder machen. Zielen sie auf ein Blutsaugen gegenüber der SPD, würden daraus Pyrrhussiege mit der drohenden Dauererscheinung einer Großen Koalition und einer darin permanent abspeckenden SPD. Jeder Versuch, die SPD als Partei aus partei- oder personenegoistischen Gründen schwächen zu wollen, kann zwar mit einigen Stimmenzuwächsen „belohnt“ werden, ohne wirklich an deren Stelle treten zu können. Das Ergebnis wäre dann eine nichtlinke Dauerherrschaft trotz vorläufiger, allerdings immer theoretischer werdender, linker Mehrheit.

Die Grünen waren schon in den letzten Jahren nicht davor gefeit, sich auf Kosten der

SPD wahlpolitisch bereichern zu wollen. Das zeigt etwa der Versuch, die populäre Förderung Erneuerbarer Energien allein als grünen Erfolg hinzustellen, selbst wenn die Initiative dazu in mindestens gleichem Maße aus der SPD-Fraktion kam.

Die Linkspartei steht in noch viel stärkerem Maße unter der Versuchung, sich auf Kosten der SPD Stimmen- und stimmungsmäßig zu nähren: Sie begründet ihren Antritt zur Bundestagswahl vor allem mit der vermeintlichen faktischen Unterschiedslosigkeit von SPD und Union. Das bedeutet, dass sie die SPD bewusst schlechter macht als sie ist und die Politik von CDU/CSU gleichzeitig verharmlöst. Dass es keine oder nur noch irrelevante Unterschiede gebe, ist jedoch eine Legende. Das zeigen nicht nur die Stichworte Erneuerbare Energien, Atomausstieg oder Wiedereinstieg, Eigenständigkeit gegenüber oder Gefolgschaftstreue zu den USA, EU-Dienstleistungsrichtlinie, Mastrichtkriterien-Neoliberalismus, Arbeitnehmerrechte oder „Subventionsabbau“. Linkes Bewusstsein entsteht allenthalben nicht über Zerrbilder von Linken gegenüber Linken über die politische Wirklichkeit.

6. Die Linke ist immer mehr an sich selbst gescheitert statt an politischen Gegnern, am teilweise berechtigten und meist zugleich haarspalterischen Revisionismus – oder am Reformismustreit, an der Konfrontation zwischen Maximalismus und Minimalismus, und an der oft unsichtbaren Grenze zwischen Kompromiss und Selbstkompromittierung. Wie wäre es, wenn jede linke Formation versuchen würde, die eigene Rolle ohne Denunzierung der anderen zu finden – und das ohne medienbonapartistische Personalisierung? Welche Regierungskoalitionen sich nach einer Wahl ergeben oder zu welcher gezwungen wird, liegt nicht nur in der Verantwortung derjenigen, die sie eingehen, sondern auch derer, die diese Situation mit hervorgerufen haben, Parteien wie Wähler.

Forum DL21

Forum DL21: Deutschland nach der Wahl - Perspektiven einer modernen Linken

Samstag 24. September 2005

im Hotel Maritim, Friedrichstraße, Berlin

Die Bundestagswahl am 18. September 2005 wird zu tiefgreifenden Veränderungen in der bundesdeutschen Politik führen. Forum DL 21 führt daher eine Woche nach der Wahl eine Tagung zur Einschätzung der entstandenen Lage durch. Diskutiert werden die Aufgaben und Perspektiven der SPD-Linken in der aktuellen politischen Lage.

Vorgesehen sind u.a. Beiträge von:

- Niels Annen: Politische Auswertung der Bundestagswahl
- Prof. Michael Vester (Universität Hannover): Veränderungen in der Parteienorientierung unterschiedlicher gesellschaftlicher Milieus
- Andrea Nahles: „Moderne Linke“ - Perspektiven und Aufgaben der SPD-Linken

Weitere Informationen: www.forum-dl21.de

Anmeldung bitte an Joachim Schuster, schuster@ispw-gmbh.de, 0178-2179316

„Wir sind gekommen, um zu bleiben. Alternativlosigkeit bekämpfen!“

Juso-Bundeskongress in Leipzig 2005

Von Nora Hentrop und Jendrik Schröder

Wenige Wochen nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen und der Verkündung des Neuwahlplans sprach der Leitgedanke des Juso-Bundeskongresses in Leipzig vom 10.-12. Juni 2005 für sich und entfaltete darüber hinaus ungeahnte Bedeutung. Was ursprünglich als Motto erdacht wurde, um den inhaltlichen wie personellen Generationenwechsel in der auf ein historisches Umfragetief abgefallenen SPD einzufordern, erhielt nun angesichts des Diskurses um die Ausrichtung des Wahlmanifestes zusätzliche Aktualität. Neben der Neuwahl des Juso-Bundesvorstandes und Beratungen über die inhaltlichen Positionen stand für die Delegierten des Juso-Bundeskongresses eine kritische Auseinandersetzung mit den Vertretern der eigenen Partei über die Schwerpunkte des Wahlprogramms an.

Die Wahlkampfplattform - die Forderungen der Jusos

In der Debatte mit Klaus Uwe Benneter und Franz Müntefering stellten die Jungsozialisten ihre Forderungen an sozialdemokratische Programmatik im kommenden Wahlkampf und darüber hinaus dar. Nicht nur in der Aussprache, sondern auch in ihrer Wahlkampfplattform forderten sie eine Neuausrichtung der Politik hin zu einer Zukunftsperspektive für sozialen Fortschritt. Der Millionärszuschlag zur Einkommenssteuer, Arbeitszeitverkürzung, Änderungen bei Hartz IV und eine gesetzliche Ausbildungsplatzgarantie. Allesamt Forderungen, die von den Delegierten deutlich mehr Applaus erhielten als die Reden von Generalsekretär Klaus Uwe Benneter und Parteivorsitzendem Franz Müntefering.

Chancengleichheit und soziale Sicherung

Auch in der Antragsberatung machten die Jusos deutlich, was sie unter Politikalternativen zu verstehen. Das deutliche Votum für die Einführung der solidarischen Bürgerversicherung nicht nur in der Gesetzlichen Krankenversicherung, sondern auch zur Finanzierung der Pflege bedeuten ein Verlas-

sen des bisherigen Pfades in diesen Sozialversicherungen. Das Bekenntnis zur qualitativen Verbesserung der Kinderbetreuung und zur Umwandlung des Erziehungsgeldes in ein Elterngeld, das in der einjährigen Elternzeit 80% des letzten Nettogehalts betragen soll, ermöglichen eine moderne Familienpolitik und eine Verbesserung der Gleichstellung. Die Umwandlung der Arbeitslosenversicherung in eine moderne Arbeitsversicherung als zentraler Bestandteil der sozialstaatlichen Erneuerungspolitik komplettiert mit dem Konzept für eine zukunftsfähige berufliche Bildung und einem klaren Bekenntnis gegen die Einführung von Studiengebühren, den Gedanken des sozialen Fortschritts, der die inhaltlichen Beratungen durchzog.

Internationales und Europa

Der Sonntag des Bundeskongresses ist traditionell dem Bereich Europa und Internationales gewidmet. Der Antrag, der sich mit der Reform der Vereinten Nationen befasst, darf hier als einer der zentralen neuen Beschlüsse gesehen werden. Die Jusos fordern eine Regionalisierung des Sicherheitsrates und damit einen Abschied von dem nach dem 2. Weltkrieg beschlossenen Status Quo. Dem Wunsch nach einem deutschen Sitz im Sicherheitsrat erteilen sie eine klare Absage. Es geht ihnen somit nicht darum, neue ständige Mitglieder zu benennen, sondern die Strukturen zu verändern. Genauso wichtig ist die Demokratisierung der Vereinten Nationen. Die Beschlüsse der Generalversammlung müssen bindend für den Sicherheitsrat werden. Im Bereich Europa lehnen die Jusos die von der EU-Kommission vorgeschlagene Dienstleistungsrichtlinie klar ab, da sie Lohn- und Sozialdumping fördern würde.

Wahlen zum Juso-Bundesvorstand

Björn Böhning aus Berlin wurde mit dem für Juso-Verhältnisse guten Ergebnis von 65,7 Prozent als Vorsitzender bestätigt. Den 27jährigen Politikwissenschaftler werden in den nächsten zwei Jahren Tanja Hoffmann

als Bundesgeschäftsführerin sowie Dirk Bergrath, Claudia Bogedan, Simone Burger, Cordula Drautz, Lars Klingbeil, Christian Reinke und Lars Patrick Wenzel als stellvertretende Vorsitzende zur Seite stehen. Ein Platz bleibt bis 2006 frei, da Anita Nagel aus Hamburg nach dem ersten Wahlgang nicht noch einmal antrat.

Zudem wurde Kai Burmeister als Vize-Präsident der IUSY (International Union of Socialist Youth) nominiert.

Arbeitsprogramm 2005-2007

Der Entwurf zum Arbeitsprogramm der Jusos war vor der Neuwahlankündigung durch Schröder und Müntefering. Der Bundestagswahlkampf wurde darin als die zentrale Herausforderung für die Jusos beschrieben. Das ist nun noch viel wahrer geworden. Für die Jusos bedeutet dieser vorgezogene Wahlkampf zum einen die Chance zu zeigen, dass ohne Jusos kein Wahlkampf läuft und sie eine entscheidende Stütze der Partei sind. Zum anderen erschwert er aber den Generationenwechsel in der Partei. Junge KandidatInnen haben es unter diesen hektischen Bedingungen doppelt schwer, einen Listenplatz oder einen Wahlkreis zu bekommen. Dies verhindern die aktuellen Bundestagsabgeordneten mit dem allgegenwärtigen Motto: „Ohne mich geht es nicht“. Der Generationenwechsel in der Partei wird sich so am mindestens eine Legislaturperiode verzögern.

Fazit

Der Tanz auf dem Drahtseil gelang: Es wurde eine klare inhaltliche Abgrenzung zur SPD erreicht, ohne den Pfad der Solidarität mit ihr zu verlassen oder ein uneinheitliches Bild der Jusos zu zeigen. Die Jusos mischen sich heute aktiv in den Wahlkampf und die Debatten in der Partei mit ein.

Deutlich geworden ist, dass die Jusos inhaltlich wie personell gerüstet sind, um Verantwortung in und für die SPD zu übernehmen. Bei der Formulierung des Wahlmanifestes zeigte sich bereits der Einfluss der jungen Linken, der sich ab dem kommenden Herbst weiter verstärken wird. Es gilt das Motto des Bundeskongresses zu vollenden: „Wir sind gekommen um zu bleiben, wir gehen nicht mehr weg! Wir sind gekommen, um die anderen Helden abzumelden!“

Nora Hentrop (22), studiert Politikwissenschaft in Bremen, Vorsitzende des Juso-Bezirks Nord-Niedersachsen

Jendrik Schröder (21), studiert Politikwissenschaft in Bremen, Stellvertretender Vorsitzender des Juso-Bezirks Nord-Niedersachsen.

Die Kapitalismusdebatte: Wetterleuchten am ProgrammhORIZONT der SPD

Von Ernst Dieter Rossmann

Es ist schon ein verwirrender und für die Identitätssuche der SPD bezeichnender Prozess, in dem die SPD zu ihrem neuen Grundsatzprogramm kommt. Was unter den Parteivorsitzenden Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder mit dem Namen Rudolf Scharping auf die lange Bank und dem Namen Olaf Scholz in die „Modernisierungswäsche“ und dann ins Abseits geschoben schien, fand unter dem Parteivorsitzenden Franz Müntefering erst spät zu besonderer Priorität und wurde zugleich ein zentrales Thema der SPD-Agenda. Vorher schon hatten die verschiedenen Lagergruppen der Partei gezeigt, dass sie die Programm-Frage auch zu eigenen Positionskämpfen einsetzen wollten. Mit dem dann letztlich zupackenden und zielgerichteten Kurs der Parteispitze hin auf ein neues Programm als Untermauerung für ein langes Jahrzehnt sozialdemokratischer Regierungspolitik bekam die Debatte schließlich auch historischen Auftrag, Struktur und Substanz. Auf dem Parteitag in Karlsruhe, für den November diesen Jahres schon fest terminiert, sollte das neue Grundsatzprogramm bereits beschlossen werden. Nach dem Wegbrechen der letzten Rot-Grünen Bastionen in Schleswig-Holstein und NRW und dem überraschenden Schachzug, die Bundestagswahlen für den 18. September diesen Jahres vorzuziehen, ist alles anders.

Eine Programm-Debatte mit Wiedervorlage Das ambitionierte Vorhaben, als Regierungspartei ein Grundsatzprogramm zu schreiben, muß erst wieder neu vom Souverän in Deutschland legitimiert werden. Und eine politische Konstellation, in der sich die SPD womöglich geschwächt und eingezwängt zwischen dem alten bürgerlich-konservativ/liberalen Lager und einer neu gesammelten PDS-dogmatisch-linken Protestpartei befinden dürfte, war in dieser Form noch nicht absehbar.

Die Programm-Diskussion der SPD, in welcher Rolle auch immer als Regierungs- oder als Oppositionspartei, wird an diese 6 Monate Programmdebatte vom Herbst 2004 bis

zum Frühjahr 2005, so umsichtig wie hoffnungsvoll wie selbstbewusst sie begonnen wurde, aus guten Gründen wieder anknüpfen können und sie wird sie zugleich noch trennschärfer gegen zwei Seiten des politischen Spektrums artikulieren und ausformulieren müssen. Die Vorlage hierfür hat Franz Müntefering selbst in seiner programmatischen Rede zu „Freiheit und Verantwortung“ gegeben, die er am 19. November des letzten Jahres in Berlin bei der Friedrich-Ebert-Stiftung gehalten und die auf den drei Programmforen am 23.2., 23.3. und 13.4.2005 ebenso bemerkenswerte wie nachlesenswerte Fortsetzungen gefunden haben. Freiheit und Verantwortung stehen danach im Zentrum der Debatte um Grundwerte und Handlungsmaximen der Sozialdemokratie. Sicherlich nicht ohne Absicht wird an eine Begrifflichkeit angeknüpft, die andere schon mit dem Ausmustern des „demokratischen Sozialismus“ in das Archiv der Sozialdemokratie verbannen wollten, wenn der Parteivorsitzende aus dem Godesberger Programm zitiert: „Die Sozialisten streben eine Gesellschaft an, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und als dienendes Glied der Gemeinschaft verantwortlich am politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben der Menschen mitwirken kann.“ In diesem Sinne ist Fortschritt eine sozialdemokratische Idee. „Mit politischer Macht verantwortlich umgehen heißt, Fortschritt zu suchen.“

Der Kern der Kapitalismus-Debatte

Wo die SPD aber „den sozialen Fortschritt als Grundsatzimpuls unseres politischen Handelns erkennbarer zu machen“ hat, so Franz Müntefering am 19.11.2004, rückt auch die Gegenkraft, nicht als Systemfrage, aber als Gegenstand der systematischen Auseinandersetzung wieder stärker in den Mittelpunkt des sozialdemokratischen Handelns. Schon in der Rückbetrachtung auf das Berliner Programm von 1989 hatte der Parteivorsitzende formuliert: „Der Kapitalismus, sagen wir es freundlicher, die soziale Marktwirtschaft siegte.“ Und zum Schluß der Rede

Quelle: www.spdfraktion.de



Ernst Dieter Rossmann

dann kantiger: „Kapitalismus ist keine Sache aus dem Museum, sondern brandaktuell“, exemplarisch zugespitzt in der Feststellung, „dass in der globalisierten Wirtschaft die Rechte derer zu schützen sind, die hilflos sind, wenn anonyme Aktionäre ihnen die Arbeitsplätze zerstören. Wir müssen denjenigen Unternehmern, die die Zukunftsfähigkeit ihrer Unternehmen und die Interessen ihrer Arbeitnehmer im Blick haben, helfen gegen die verantwortungslosen Heuschreckenschwärme, die im Vierteljahrrestakt Erfolg messen, Substanz absaugen und Unternehmen kaputtgehen lassen, wenn sie sie abgefressen haben.“

Mit dieser Kapitalismuskritik waren der Partei nach der Agenda 2010 endlich wieder neue politische Horizonte eröffnet worden, indem das vorherrschende neoliberale Deutungsmonopol in der politischen Ökonomie durchbrochen worden und für die SPD zugleich programmatisch eingehegt worden war. Allerdings durfte es bei diesen heftigen Stoß gegen das Diskussionsstabu über den Kapitalismus nicht bleiben. Vertiefung, Differenzierung und Zuspitzung in Analyse und Konsequenzen mussten folgen. Denn nur so würde diese Kritik zu einem Aufbrechen der Widersprüche in den verschiedenen Interessenlagen des Kapitalismus selbst beitragen können. Auch wenn hierzu vielfältige Versuche bis hin durch starke Kräfte in der SPD selbst gab, durfte es zu einem nicht kommen: Einem Zurückweichen und Weichspülen der kritischen Positionen gegen die Dynamik des globalen Finanzkapitals, der unkontrollierten Finanztrübs, der Kurzfristigkeit der Profitmaximierung, der Auspressung von kleinen und mittleren Unternehmen, der Lohndrückerei und erpresserischen Arbeitsplatzverlagerung, der Zerstörung von Arbeitnehmerrechten und demokratischer Teilhabe. Bei aller Widerspruchlichkeit scheint die SPD hierin aktuell mehr als einen Burgfrieden und vielleicht

sogar schon einen neuen Konsens gefunden zu haben. Denn in diesem erneuerten klaren Leitbild von sozialer Demokratie und sozialer Marktwirtschaft liegt letztlich die einzige Chance zur Mehrheitsfähigkeit der SPD und wenn schon nicht der eigenen Mehrheitsfähigkeit als Partei, dann jedenfalls der Zusammenführung einer mehrheitsfähigen Politik von linker Mitte gegen Rechts und Radikallinks.

Das Wahlmanifest und die ersten Konsequenzen

Über den Primat demokratischer Politik, die Selbstbehauptung und Rückgewinnung staatlicher Handlungsfähigkeit gegen die Dominanz eines omnipotenten Kapitalismus darf allerdings nicht vorrangig programmatisch rasoniert werden, sondern dieses muß vor allen Dingen auch in staatlichem Handeln konkret umgesetzt werden, wenn die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen in staatliche Handlungsfähigkeit und damit die Legitimation von

Demokratie zurück gewonnen werden sollen. Die Wirkungskraft der Kapitalismuskritik erweist sich nicht in der Qualität der politischen Appelle, sondern in der Qualität des staatlichen Handelns, in der Bündnisfähigkeit der Sozialdemokratie, in der Durchsetzungsfähigkeit ihrer Ideen im Kampf um gesellschaftliches Bewusstsein, um Aufklärung und Moral. Die Art des Widerspruch auf die ersten mutigen Schritte der SPD hin zu einer selbstbewussten Erweiterung ihrer politischen Agenda, wie er aus dem Netzwerk des nationalen Kapitalismus und ihrer neoliberalen Herolde in den Instituten, den Medien und der Politik deutlich wurde, zeigte, dass hier ein kritischer Punkt getroffen war. Wütende Polemik gegen die SPD und personalisierte Angriffe auf ihren Vorsitzenden standen neben Verunsicherung und demonstrativem Stillschweigen, mit dem die gefürchtete Debatte schnell wieder erstickt werden sollte.

Die SPD hat diese Debatte, wenn auch noch nicht in dem vorerst auf Eis gelegten neuen

Grundsatzprogramm, wohl aber in ihrem Wahlmanifest aufgegriffen und zu ersten konkreten über die Agenda 2010 hinausreichenden Forderungen geführt, in bemerkenswerter Geschlossenheit und am Ende sogar mit Einstimmigkeit im Parteivorstand. Drei zentrale Handlungsfelder gegen den marktradikalen Kapitalismus sind hier auszumachen: a) Die Stärkung der staatlichen Einnahmen, die Sicherung der öffentlichen Güter und der solidarischen Sozialsysteme, b) Die Sicherung von Arbeitsplätzen, Beschäftigungsfähigkeit und Arbeitnehmerinnen, c) Die Transparenz von Unternehmensstrukturen und Finanzmärkten. Zusätzliche Millionärssteuer und Bürgerversicherung, gesetzlicher Mindestlohn und Kampf gegen Sozial- und Lohndumping, mehr Regulierung und Mindeststandards bei Kapitalgesellschaften und Finanzzentren sind hier die neuen Forderungen des Manifests zur Wahl. Die Richtung stimmt. Im Konkreten wie im Grundsätzlichen.

Forum DL21

Die Debatte über das Soziale Europa ist eröffnet.

von Lars Klingbeil

Die Richtlinie der EU-Kommission zur Liberalisierung von Dienstleistungen, die vom ehemaligen EU-Kommissar Frits Bolkestein erarbeitet wurde, hat dieses Jahres heftige und sehr deutliche Kritik verursacht. Insbesondere das so genannte Herkunftslandprinzip stand dabei im Mittelpunkt des Protests. Attac, die Gewerkschaften, aber nicht zuletzt auch die große Mehrheit der SPD-Bundestagsfraktion wandten sich dagegen, dass für Dienstleistungen ausschließlich die Rechtsvorschriften der Herkunftsländer zu gelten hätten. Die Folgen wären unter anderem massives Lohndumping und der Abbau sozialer Standards gewesen. Auch andere Punkte der Richtlinie verursachten Kritik.

Der politische Druck blieb allerdings nicht folgenlos. Auf dem Europäischen Rat am 22. und 23. März 2005 haben sich die Regierungen Deutschlands und Frankreichs für eine Neufassung der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie eingesetzt, damit soziale Standards in Europa nicht untergraben werden. Gerhard Schröder betonte zwar die Notwendigkeit, den Dienstleistungsmarkt in Europa weiter auszubauen und zu verein-

heitlichen. Gleichzeitig stellte er aber auch klar, dass dies nicht auf Kosten des Sozialmodells Europas gehen dürfe. Sowohl die Wahlen in Deutschland, als auch die Verfassungsabstimmungen in Frankreich dürften ihren Teil zur Motivation der beiden Regierungschefs beigetragen haben. Doch das Ergebnis zählt: Die Bolkestein-Richtlinie ist tot und die Debatte über das Soziale Europa eröffnet.

Der Bolkesteinhammer – Nein danke.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Dienstleistungssektors ist schon heute immens. Immerhin 60 bis 70 Prozent des europäischen Bruttoinlandsprodukts werden über Dienstleistungen erzielt. Der grenzüberschreitende Handel mit Dienstleistungen ist dabei nicht abzulehnen. Wachstum, Arbeitsplätze und bessere Verbraucherpreise können das Resultat sein. Vielmehr kommt es also auf die Rahmenbedingungen an, in denen die Dienstleistungen stattfinden. Die Freizügigkeit darf nicht auf Kosten der Länder mit hohen Sozialstandards gehen. Die von der Kommission vorgelegte Richtlinie hätte aber genau dies zur Folge gehabt:

Foto: www.spd-fraktion.de



Lars Klingbeil

Die Richtlinie erstreckte sich neben den klassischen Dienstleistungen auch auf Tätigkeiten, die nicht der Gewinnerzielung dienen und die in Deutschland eher von Kommunen, Wohlfahrtsverbänden und anderen gemeinnützigen Träger erbracht werden. Mit der Richtlinie wurde also ein Frontalangriff auf die öffentliche Daseinsvorsorge unternommen, da diese radikal dem freien Markt unterworfen werden sollte. Mit dem Herkunftslandprinzip hätten beispielsweise in Deutschland 25 verschiedene Rechtssysteme gegolten, da die Dienstleister sich an ihren Heimatländern orientiert hätten. Auch die Kontrolle hätte nicht von dem Land ausgeführt werden müssen, in dem die Dienstleistung angeboten wird, sondern aus dem der Anbieter kommt. Die-

Lars Klingbeil, SPD-MdB, Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union und stellv. Juso-Bundesvorsitzende, lebt in Münster

se Regelungen sind nicht nur juristisch komplex und kompliziert, sie hätten auch zu einem massiven Lohn- und Sozialdumping in Europa geführt. Letztendlich wären mit der Richtlinie die noch im Entwurf für eine EU-Verfassung genannten sozialpolitischen Ziele, Vollbeschäftigung, sozialer Fortschritt und Ausbau von Sozialstandards konterkariert worden.

Für eine neue Dienstleistungsrichtlinie

Die Regierungsfractionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen haben noch vor den Neuwahlen in einem gemeinsamen Antrag „Arbeit schaffen – Sozialen Zusammenhalt und wirtschaftliche Dynamik im europäischen Binnenmarkt für Dienstleistungen verbessern“ (Drs.Nr. 15/ 5832) ihre Position festgelegt. Die Kommission wird aufgefordert, die Dienstleistungsrichtlinie zurückzuziehen, grundlegend zu überarbeiten und einen geänderten Entwurf vorzulegen. Der Antrag macht gleichzeitig deutlich, welche Änderungen als dringend erforderlich gesehen werden:

An erster Stelle steht für die Koalitionsfractionen, dass ein gemeinsamer Binnenmarkt für Dienstleistung auf keinen Fall zu Sozialdumping, dem Abbau von Arbeitnehmerrechten oder der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen führen darf. Vielmehr

müssen die kollektiven und individuellen Arbeitnehmerrechte eines Landes für alle Beschäftigten gelten, die in diesem Land arbeiten – unabhängig vom Sitz ihres Arbeitgebers.

Des Weiteren soll die Dienstleistungsrichtlinie geeignet sein, zu einem hohen Beschäftigungsniveau, einem hohen sozialen Schutz und, einem hohen Umweltschutz- und Verbraucherschutzniveau beizutragen. Die Dienstleistungsrichtlinie soll nach dem Willen der Koalition auf kommerzielle Dienstleistungen begrenzt werden, damit auch in Zukunft die Erbringung bestimmter Gemeinwohlaufgaben und der Erhalt bestimmter öffentlicher Interessen gewahrt bleibt. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Daseinsvorsorge, Gesundheits- und soziale Dienstleistungen, sowie andere Sozialdienste und wohlfahrtstaatlichen Dienstleistungen und Bildungs- und kulturelle Dienstleistungen.

Sicherzustellen ist ebenfalls, dass die öffentliche Kontrolle und Sanktionsmöglichkeiten bei den nationalen Behörden des Landes verbleiben, in dem die Dienstleistungen erbracht werden. Damit soll sichergestellt werden, dass es nicht zu einer Benachteiligung von inländischen Unternehmen gegenüber ausländischen kommt, die sich strengeren heimischen

Gesetzen, Vorschriften und Auflagen entziehen können. Nach dem alten Vorschlag der Kommission sollten staatliche Stellen des Herkunftslandes ihre nationalen Rechtsvorschriften im Ausland überwachen.

Die Debatte ist eröffnet

Die Kritik von Bundeskanzler Schröder und den Koalitionsfractionen ist deutlich. Die Sozialdemokratie muss hier Kurs halten und konsequent für ein Soziales Europa eintreten, in dem es zu einer Harmonisierung sozialer Standards auf hohem Niveau kommt und in dem diese nicht gegeneinander ausgespielt werden. Der Beratungsprozess, der jetzt unter britischer Ratspräsidentschaft fortgeführt wird, muss daher umso kritisch begleitet werden. Auch im Bundestagswahlkampf muss dieses Thema eine Rolle einnehmen: Zumindest aus Reihen der FDP wurde die alte Richtlinie immer wieder gelobt und ihre Umsetzung gefordert. Klar ist: Mit der Sozialdemokratie darf es kein zurück zur alten Dienstleistungsrichtlinie geben. Die Debatte um die Dienstleistungsrichtlinie hat geholfen, die Debatte um das Soziales Europa in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung zu holen. Die Linke in der SPD sollte dieses Thema aufgreifen.

Forum DL21

Wie weiter mit der EU?

Von Angelica Schwall-Düren

Der EU-Gipfel über die Finanzielle Vorausschau 2007-2013 ist gescheitert. Nettozahler und Nettoempfänger, Alt- und Neumitglieder der EU konnten sich nicht verständigen. Hauptgrund für das Scheitern sind aber die Forderungen nach Reduzierung der EU-Agrarmittel einerseits und nach Abbau des Briten-Rabatts andererseits, was nicht auf Gegenliebe der französischen, bzw. der britischen Regierung gestoßen ist.

Die Ratifizierung der EU-Verfassung über Referenden ist in Frankreich und den Niederlanden jeweils mit deutlicher Mehrheit gescheitert. Die mit der Erweiterung der EU so dringend gewordene Vertiefung wird also so schnell nicht kommen. Größere Transparenz und Bürgernähe, Stärkung der demokratischen Legitimation und der Handlungsfähigkeit der Union können auf absehbare Zeit nicht erreicht werden.

Die EU ist in der Krise. Wie also weiter mit der EU? Können wir davon ausgehen: „Wo Not ist, wächst das Rettende auch?“ Die Ratlosigkeit ist groß.

Das Rettende wächst nämlich sicher nicht von allein, sondern muss aktiv gesucht und angestoßen werden. Zunächst ist es aber erforderlich, die Gründe für das Scheitern zu erkennen. Und zweifelsohne gibt es viele Gründe für das Nein beim Verfassungsreferendum:

Euroskeptiker und Souveränisten – wie es sie vor allem bei der extremen Rechten, aber auch ganz links, z.B. bei den französischen Kommunisten gibt – haben – das war nicht anders zu erwarten – Nein zur EU-Verfassung gesagt. Die Mehrheit der Verfassungsverweigerer tat dies aber aus anderen Gründen:

- Kritik an / Unzufriedenheit mit den nationalen Regierungen;

Foto: Jens Neumann/Edgar Rodtmann



Angelica Schwall-Düren

- eine Identitätskrise in der Bevölkerung wegen der nicht ausreichend gelungenen Integration von Immigranten;
- Angst vor Überfremdung und Arbeitskonkurrenz durch eine zu rasche Erweiterung;
- Sorge, als kleines Land in einer immer größeren EU zwar finanziell „ausgenommen“, aber nicht ernst genommen zu werden;
- Entfremdung von der als Spezialistenpolitik der EU-Eliten empfundenen Praxis;

Dr. Angelica Schwall-Düren, MdB, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraction für die Angelegenheiten der Europäischen Union, sie lebt in Metelen (Münsterland).

- Verunsicherung durch die Auswirkungen der Globalisierung und der damit verbundenen ökonomischen Entgrenzung;

- Angst vor schrankenlosem Wettbewerb;
- Kritik an der neoliberalen Politik der EU; diese Politik ist zwar erklärbar aus den Ursprüngen der EU als einer Wirtschaftsgemeinschaft, die den vier Freiheiten für Menschen, Güter, Kapital und Dienstleistungen verpflichtet ist: erklärbar auch aus der Tatsache, dass die Kompetenz für Sozialpolitik nach wie vor bei den Nationalstaaten liegt. Die Menschen haben aber mehr und mehr den Eindruck - und zwar nicht nur in Frankreich -, dass das europäische Gesellschaftsmodell, das sie zwar als Begriff kaum kennen, das sie aber in der Nachkriegsgeschichte erfolgreich erlebt haben, durch die Liberalisierungs-/Deregulierungs-„Wut“ aus Brüssel in Gefahr gerät. Das aktuelle Beispiel, das in der Referendumsdebatte vor allem in Frankreich eine Rolle spielte, ist der Kommissions-Entwurf für eine Dienstleistungsrichtlinie – in Anlehnung an den verantwortlichen Kommissar Bolkestein in Frankreich zur „Frankenstein-Richtlinie“ umetikettiert.

Die Vorteile, die der EU-Verfassungsvertrag gegenüber dem Nizza-Vertrag gebracht hätte, sind dagegen nicht, bzw. nicht ausreichend und nicht rechtzeitig kommuniziert worden. Es gab auch keine hinreichende öffentliche Debatte über die Aspekte der EU-Erweiterung und über die neuen Herausforderungen für die EU auf dem Hintergrund der ambivalenten Auswirkungen der Globalisierung.

Deshalb verwundert es nicht, dass in der Debatte um den Verfassungsentwurf auch bei der Linken Renationalisierungstendenzen sichtbar wurden. Es erscheint paradox, dass angesichts transnational operierender Unternehmen, Regierungen, Gewerkschaften und Parteien die Illusion nähren, der Sozial-/Wohlfahrtsstaat könne national erhalten werden. Unsicherheit, Unwohlsein und Ablehnung, die sich in den Voten der Niederländer und Franzosen artikuliert haben, sind auch in zahlreichen anderen Mitgliedsländern vorhanden. Deshalb ist es auch wenig sinnvoll, nach einer nur auf diese beiden Länder bezogenen Lösung zu suchen.

Die Lösung kann weder darin bestehen, den Europäerinnen und Europäern, die die Verfassung abgelehnt haben, den unveränderten Text wieder vorzulegen, noch diesen nur von den Parlamenten absegnen zu lassen.

Eine Neuverhandlung zwischen den Regierungen – wie z.B. von den linken französischen Verfassungsgegnern in Aussicht gestellt – kann bei den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen in den Mitgliedsstaaten mit Sicherheit auch nicht annähernd das gewünschte Ergebnis hin zu einem sozialeren Europa bringen. Im Gegenteil: Es ist zu befürchten, dass mühsam errungene fortschrittliche Kompromisse wieder in Frage gestellt werden.

Wie also weiter mit der EU?

1. Die EuropäerInnen müssen für die EU „zurückgewonnen“ werden. Das verlangt nicht nur einen intensiven europapolitischen Diskurs mit den Bürgern und Bürgerinnen. Es erfordert auch ihre Einbeziehung in die Erarbeitung eines „Verfassungstextes“. Zwei Wege sind denkbar:

a) Bürger und Bürgerinnen wählen europaweit eine Verfassung gebende Versammlung. Der neue Text sollte nur die wirklich verfassungsrelevanten Teile enthalten, also nicht die Regelungen für die einzelnen Politikfelder, wie im Teil III des derzeitigen Verfassungsentwurfs.

Ein solcher Text könnte dann erfolgreich einem EU-weiten Referendum unterzogen werden.

Die Bevölkerung kann aber nur erfolgreich für Europa zurückgewonnen werden, wenn sie nicht überfordert wird, sondern wenn sie – im Gegenteil – positive Erfahrungen mit der EU macht.

b) Das Europäische Parlament erarbeitet als Verfassungskonvent einen neuen Text, der die wesentlichen Errungenschaften des Verfassungsentwurfes in konzentrierter, verständlicher Form enthält.

2. In jedem Fall muss die Erweiterungspolitik behutsam vorangetrieben werden. Das verlangt,

a) die (Binnen-)Integration der neuen Mitgliedsstaaten nach Kräften zu unterstützen und diese mit Hilfe des europäischen Solidarprinzips an das Wohlstandsniveau der alten Mitgliedsstaaten heranzuführen;

b) sich bei der Verhandlung mit neuen EU-Kandidaten (Türkei, Kroatien, evtl. westliche Balkanstaaten) klar an den Kopenhagener Kriterien zu orientieren. Damit müssen nicht nur die Beitrittskandidaten die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, Achtung der Menschenwürde und der Marktwirtschaft beachten, auch die EU muss ihre Beitrittsfähigkeit beweisen: Ist sie in der Lage, neue Integrationsleistungen zu erbringen? Hat sie ihre Politiken ausreichend reformiert (z.B. Agrarpolitik)? Verfügt sie über die institutionellen Instrumente, um ihre Handlungsfähigkeit in einer größeren EU unter Beweis zu stellen? (Eine Weiterentwicklung der Institutionen kann teilweise auch unterhalb der Verfassungsschwelle erfolgen, z.B. Die Verlängerung der EU-Ratspräsidentschaft, der gemeinsame Außenminister).

c) Dem Erweiterungsdruck könnte begegnet werden, indem weitere Elemente einer integrierenden Nachbarschaftspolitik unterhalb der Beitrittschwelle entwickelt werden.

3. Die europäischen Bürger und Bürgerinnen müssen in den nächsten Jahren die Erfahrung erfolgreicher Europapolitik machen. Das heißt, die EU muss es schaffen,

a) bei der GASP und der ESVP Fortschritte zu erzielen. Damit kann Europa seiner Verantwortung in der Welt gerecht werden, aber

gleichzeitig auch die Sicherheit seiner Bevölkerung erhöhen.

b) Konstruktive Zusammenarbeit in Europa muss die EU in die Lage versetzen, so entscheidende wirtschaftliche Erfolge zu erzielen, dass dieser große Wirtschaftsraum gemäß der Lissabonstrategie dem internationalen Wettbewerb standhalten kann. Eine Voraussetzung dafür ist durch eine Neuausrichtung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes geschaffen worden.

c) Die Bürger dürfen die EU nicht als „trojanisches Pferd“ der Globalisierung erleben, sondern als eine Kraft, die ihre Bevölkerung nicht nur schützt gegenüber destruktivem Dumpingwettbewerb, sondern auch die Unterstützung gibt, dass alle die Chance bekommen, auf dem Weg in die Wissensgesellschaft mitzugehen (z.B. Verabredung europäischer Mindestlöhne und Steuerharmonisierung).

Schon die nächsten Monate werden zeigen, ob der formulierte Gegensatz zwischen sozialprotektionistischem Gesellschaftsmodell und neoliberalen Deregulierungsmodell bestehen bleibt oder ob sich hinter der sozial ausgerichteten Rhetorik von Tony Blair tatsächlich die Bereitschaft verbirgt, mit den europäischen Partnern gemeinsame Schritte zu tun. Dies wird z.B. am Thema der Dienstleistungsrichtlinie schon sehr schnell deutlich werden. Dass *kein* europäisches Land *seine* Vorstellungen durchsetzen kann (siehe Frankreich) ergibt sich logisch.

Die nationalen Parlamente müssen stärker als in der Vergangenheit ihre Gestaltungs- und Kontrollkompetenz gegenüber ihren Regierungen nutzen, um die Erwartungen der Bürger und Bürgerinnen so auch in den Europäischen Rat zu tragen. Dies kann das ohne Verfassung vorhandene demokratische Defizit mindern und die EU-Politik den Menschen näher bringen.

Beim Ringen um die konkrete Politik wird sich auch zeigen, ob auf Dauer die vorhandene Kompetenzaufteilung zwischen EU und Nationalstaaten und die eingeführten Instrumente ausreichend sind, um die von den Menschen erwarteten Fortschritte zu erzielen.

4. Es könnte sich nämlich erweisen, dass eine kohärentere und damit erfolgreichere europäische Politik nur möglich ist, wenn die Koordinierungsinstrumente verbessert werden, wenn also beispielsweise im Sinne einer „gouvernance économique“ zusätzliche Kompetenzen auf die EU-Ebene übertragen werden. Dass dies auch der entsprechenden demokratischen Legitimation bedürfe, versteht sich von selbst.

Es sollte niemand so naiv sein zu glauben, die vorgeschlagenen Lösungswege seien einfach umzusetzen. Dazu bedarf es nicht nur sozialdemokratischer Mehrheiten in den Mitgliedsstaaten. Wir brauchen auch eine intensive und tabufreie Debatte unter europäischen Sozialdemokraten und Sozialisten mit dem Ziel, nationale Denkbarrieren zu überwinden. Der Austausch und die Zusammenarbeit in der SPE werden deshalb immer wichtiger.

Herzflimmern in der Herzkammer der Sozialdemokratie

Zur Lage der NRW SPD nach der verlorenen Landtagswahl

Von Marc Herter

Zäsur, Ende einer Ära ... Während allenthalben die Ablösung von rot-grün im bevölkerungsreichsten Bundesland in dramatischen Tönen geschildert wurde, blieb es innerhalb der NRW SPD seltsam ruhig. Fast gelassen nahm man den Abschied von der Macht nach 39 Jahren hin. Schon zwei Wochen vor den Wahlen hatten sich einige aus der dritten Reihe geschäftsmäßig daran gemacht, für den Fall der Niederlage, eine für sie lohnende *Nachwahlordnung* zu ersinnen – aus diesem Himmelfahrtskommando für die NRW SPD wurde freilich ebenso wenig etwas wie aus einer sicherlich notwendigen gründlichen Analyse der Gründe für das Ergebnis vom 22. Mai.

Nicht Regierungspartei – Partei der Regierung

Die Kommentatoren haben das als Schockstarre bezeichnet. Da ist was dran. Nur kann man bei ernsthafter Betrachtung darin keine kurzfristige Erscheinung nach den diesjährigen Wahlen sehen. Wer Friedhelm Farthmann noch im Hinterkopf hat, wie er 1995 auf dem Landesparteitag in Hagen ganz in schwarz gegen die gerade geschlossene rot-grüne Koalition wütete, der erinnert sich auch an die Regungslosigkeit, mit der die versammelte Landespartei diesen Auftritt verfolgte. *Wasserloses Tal* ist die Hausanschrift dieser Stadthalle – muss man mehr sagen?!

Das mag etwas damit zu tun haben, dass die NRW SPD zumindest in den letzten Jahren weniger Regierungspartei als Partei der Regierung war. Mehr oder weniger interessiert verfolgte man die Tätigkeit der Landesregierung, spendete wahlweise höflichen Beifall oder leisen Protest gegen diese oder jene Einzelmaßnahme. Aber von einem eigenständigen Gestaltungsanspruch, der die NRW SPD von der Regierung über die Landtagsfraktion bis weit in die Parteiorganisation hinein auszeichnete und in den Zeiten der Bonner Opposition den Titel Laborland

Nordrhein-Westfalen eintrug, kann längst nicht mehr die Rede sein. Auch der ambitionierte Zusammenschluss der vier ehemaligen Bezirke zum Landesbezirk NRW hat daran bisher nichts zu bessern vermocht.

Die Gründe liegen denn auch tiefer. Sie auf einen, in der Tat ungünstigen aber unverschuldeten Bundestrend zu schieben, ist nicht nur falsch – immerhin hat kaum ein Landesverband die Bundespolitik, die zu diesem Trend geführt hat, so nibelungentreu mitgetragen wie die NRW SPD – sondern verstellt auch den Blick auf die Erneuerungsnotwendigkeiten in NRW selbst. Die Ursache ist am ehesten mit dem nicht verarbeiteten ökonomischen und gesellschaftlichen Wandel in Nordrhein-Westfalen zu beschreiben. Das zu Zeiten von Johannes Rau mit der Bevölkerung und – wir sind ehrlich – wesentlichen Teilen der Wirtschaft sorgsam eingeübte *Wir in NRW*, das als *Politik zum Land* seine semantische Fortsetzung fand, jener Bogen, von dem von Arbeitsplatzverlust bedrohten Stahlkocher bis hin zum aufstrebenden Ingenieur, vermochte nicht mehr zu tragen.

Dieses Modell lebte davon, den sozialen Raum nach oben zu öffnen und nach unten für den Großteil der klassischen Industriearbeiterschaft krisenfest abzusichern. Nirgends ist es so in den Alltagsverstand übergegangen wie im Land zwischen Rhein und Weser und nirgends war es beim Umbau einer altindustriellen Region so erfolgreich wie im Ruhrgebiet – ein Blick nach Mittelengland oder in die Wallonie ist da manchmal hilfreich. Ja sicher, die Arbeitsmarktreform und das Abrücken von der auch von der NRW-Landesregierung verfolgten Frühverrentungspolitik (Stichwort: 58er Regelung) – kurz die Agenda-Politik in Berlin – sie haben in ihren ganz persönlichen Auswirkungen auf die Menschen dieses Modell nachhaltig beschädigt. Aber mindestens genauso haben die in Verwaltung erstarrte Bildungspolitik und die



Marc Herter

zuletzt impulslose Struktur- und Wirtschaftspolitik zum Zutrauensverlust in die NRW SPD beitragen. Noch ist nicht alles verloren, was die SPD in NRW ausgemacht hat, aber in den nächsten Jahren geht es um nicht mehr und nicht weniger als die strukturelle Mehrheitsfähigkeit der NRW SPD und damit auch im Bund.

Operation Neuaufstellung – Die Zweite.

Es bedurfte gar der schonungslosen Lagebeschreibung von Peer Steinbrück um zumindest die Grundreflexe der NRW SPD wieder in Gang zu setzen. Ein Beweis dafür, dass auch die Geschichte einen gewissen Humor besitzt, nachdem gerade der ehemalige Ministerpräsident die Landes SPD durch rot-gelbe Koalitionsspielereien im Sommer 2003 in eine völlig unnötige Debatte getrieben und damit die Aufstellung der noch jungen NRW SPD nachhaltig gestört hat. Man mag nicht alles teilen, was Steinbrück an Konsequenzen für die Politik der NRW SPD aus der Wahlniederlage beschreibt, aber seine Grundbotschaft: Das war kein Betriebsunfall und wer hier wieder regieren will, der muss sich das hart erarbeiten; sie stimmt. Nun ist also ein zweiter Anlauf angesagt. Diesmal in der Opposition. Ohne ministerielle Flankierung, ohne den Nachweis der Tauglichkeit neuer Ideen und Konzepte in der Umsetzung durch eine Landesregierung, ohne, ohne, ohne ... Die Liste ließe sich noch munter fortsetzen, aber alle das sind Rahmenbedingungen, die es zwar schwieriger machen, aber die man möglichst schnell für die nächsten 5 Jahre als gegeben akzeptieren sollte. Mit Jochen Dieckmann und Hannelore Kraft sind zumindest zwei Köpfe für eine konsequente Neuaufstellung gefunden. Wichtig ist nun, durch erste mutige Schritte die strukturellen Beharrungskräfte in Partei und Fraktion zu überwinden. Ein auch von den fortschrittlichen Kräften in der Partei wesentlich mitentwickeltes Arbeits-

programm bietet hierzu eine gute Grundlage. (<http://www.nrwspd.de/landespartei-tag/>)

Aufbruch! 05 – Zukunft gestalten.

Die positive Resonanz, auf die das von einigen jüngeren linken Funktionsträgern innerhalb der NRW SPD verfasste Papier „Auf-

bruch für die NRW SPD“ (<http://www.forum-dl21.de>) gestoßen ist, zeigt, wie sehr die NRW SPD in der Fläche nach langer Strecke im sprichwörtlichen wasserlosen Tal danach dürstet, wieder in das überregionale politische Geschehen einzugreifen. Es soll deshalb auch nicht bei diesem ersten Impuls bleiben, sondern aus einem Netzwerk

heraus kontinuierlich Diskussionsbeiträge für den eingeleiteten Erneuerungsprozess liefern und die Akteure der unterschiedlichen Ebenen und Gremien zusammenführen. Ein solches Netzwerk kann die Neuaufstellung der NRW SPD – auch die Öffnung der Partei als Diskussionsforum – nicht ersetzen, mit Sicherheit aber fördern.

Forum DL21

Perspektiven Kritischer Theorie

Kongress Kritische Wissenschaften und die Entwicklung der Hochschulen

Von Annerose Gulbins

Vom 1. bis 3. Juli 2005 fand an der Uni in Frankfurt am Main ein Kongress zu Reproduktionsbedingungen und Perspektiven kritischer Theorie mit dem Titel „Kritische Wissenschaft, Emanzipation und Entwicklung der Hochschulen“ statt. Veranstalter von der AG Gegenhegemonie an der Uni Frankfurt, dem BdWi, der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung und den AS-ten der Unis Frankfurt/Main und Gießen, war der Kongress mit ca. 200 TeilnehmerInnen sehr gut besucht.

Auf dem Programm stand nicht nur eine kritische Betrachtung der Auswirkungen aktueller Hochschulreformen und Wissenschaftspolitik, sondern die Analyse des Verhältnisses von (kritischer) Wissenschaft und ihrer Produktionsorte und -bedingungen. So wurde auch folgerichtig in den Einstiegs-vorträgen von Heinz Steinert, Richard E. Lee und Alex Demirovic immer wieder eine Einordnung der aktuellen Entwicklungen in die Geschichte (kritischer) Wissensproduktion versucht und die Dynamik der 1968er und ihrer Bewegungen als spezielle historische Situation beschrieben, in der die Entwicklung des Kapitalismus das Eindringen kritischer WissenschaftlerInnen in das universitäre Establishment begünstigte oder (im Sinne einer nachholenden Modernisierung) gar benötigte. Verglichen mit ihrer Situation vor den 1960er Jahren eine Ausnahme, die sich – so der Eindruck – auch zur Zeit ihrem Ende zuneigt. Dieses Ende der Theoriebildung in staatlicher Alimentierung wurde – neben der Feststellung, dass sie für die betroffenen Personen teilweise große materielle Sorgen mit sich bringt – durchaus nicht nur als negativ dargestellt. Statt dessen könnte diese Situation auch als Chance für

problemnähere und herrschaftskritischere Wissenschaft und als natürlicher Zustand kritischer Theorie betrachtet werden, wie, so Steinert, schon der Fakt gezeigt hätte, dass während der französischen Revolution die Hochschulen geschlossen wurden..

Eine detailliertere Bilanz, welche wechselseitigen Einflüsse kritische Theorie und Akademisierung aufeinander ausüben, wurde am Beispiel der „Institutionalisierung von Frauenforschung und außerinstitutionellen Perspektiven feministischer Forschung“ versucht – leider am späten Samstagvormittag auch das erste Podium des Kongresses, auf dem überhaupt Frauen vertreten waren. Die spontane Umbesetzung (infolge von Krankheit der angekündigten Referentin) sorgte für einen der Kongresshöhepunkte, als Silvia Kontos, Sünne Andresen und Isabell Lorey über Fehler der Frauenbewegung, Frauenpolitik zwischen Lippenbekenntnis und sozialpolitischer Flankierung, die kapitalistische Verfasstheit von dekonstruierten Subjekten und Folgen der Institutionalisierung von Gender Studies diskutierten und in kritischem Bezug aufeinander Perspektiven für die Weiterentwicklung feministischer Forschung jenseits bekannter Gräben entwickelten.

Nach interessanten Erfahrungsaustauschen mit ReferentInnen aus Großbritannien, den Niederlanden und Frankreich wurden in Arbeitsgruppen die materiellen Reproduktionsbedingungen von kritischer Wissenschaft an Hochschulen, in der Kunst, im Studium und an „alternativen“ Orten diskutiert. In der zuletzt genannten AG referierte Thomas Seibert sehr konkrete Erfahrungen mit den Bedingungen, Voraussetzungen und spezifischen Problemen von Theoriebildung außerhalb der Hoch-

schulen Während von ihm die Gefahr des Sektierens – d.h. die Abkoppelung theoretischer Diskurse vom institutionalisierten Mainstream – und des Nichtverstandenwerdens durch die etablierten WissenschaftlerInnen angesprochen wurde, wagte Uli Brand vom wissenschaftlichen attac-Beirat ein paar Thesen zum Verhältnis des oftmals im Duktus des „überlegenen“ erscheinenden universitären Wissens zum Gemisch aus „wissenschaftlichem“ und „Erfahrungs“-Wissen der Bewegungen. Der TeilnehmerInnenzuspruch und die angeregten, kontroversen Diskussionen in dieser AG lassen vermuten, dass es zu diesem Thema in nächster Zeit noch weitere Auseinandersetzungen geben wird.

In der Abschlussrunde, als auf dem Podium u.a. Christina Kaindl, Bernd Kaßbaum, Joachim Hirsch, Wolfgang Nitsch und Alex Demirovic über Ausblicke und konkretere Fragen im Zusammenspiel zwischen Institutionen und kritischem Denken diskutierten, wurde vom Publikum angemahnt, dass über „Emanzipation“ – obwohl im Titel der Veranstaltung prominent vertreten – kaum gesprochen wurde und auch Wissenschaftskritik durch die Attribuierung mit „kritisch“ vor jeder Wissenschaft vermieden wurde. Neben diesen Schwächen und einem etwas unklaren, unreflektierten Idealbild „des Intellektuellen“, was an mehreren Stellen als Perspektive kritischer Theoriebildung angeführt wurde, ist dieser Kongress mit seinen Themen und seinem trotz der teilweise düsteren Analyseergebnisse zumeist angenehm zuversichtlichen Diskussionsklima ein gelungener Beitrag zur Zeitdiagnose des Verhältnisses von (kritischer) Wissenschaft, Emanzipation und Hochschulen.

Auf der Kongress-Homepage www.kongress-kritische-wissenschaft.de wird lt. Angaben der VeranstalterInnen über die Publikation der Kongressbeiträge berichtet. Allen Interessierten sei daher ein regelmäßiger Blick auf diese Seite empfohlen.

Forum DL21

Annerose Gulbins ist aktiv im Studierendenrat der TU Dresden und im freien Zusammenschluss von studentInnenschaften – fzs

Zukunft der gewerkschaftlichen Interessenvertretung

Einleitung zum Heftschwerpunkt

Von Kai Burmeister und Felix Welti

„Zukunft der gewerkschaftlichen Interessenvertretung“ lautete der Titel der Frühjahrstagung von SPW und ProMS Nord, die in Kooperation mit der IG Metall Jugend im Bezirk Küste durchgeführt worden ist. Ca. 50 Teilnehmer aus der sozialdemokratischen Linken sowie aus der gewerkschaftlichen und betrieblichen Praxis diskutierten, wie die derzeitigen betrieblichen Realitäten zu fassen sind und wie eine gewerkschaftliche Antwort auf die ökonomische Krise und ihre Rückwirkungen auf die politische Sphäre aussehen kann.

Mit diesem Schwerpunktheft sollen diese Aspekte vertiefend aufgegriffen und dokumentiert werden. Vor allem soll die Entwicklung der Gewerkschaften hier zunächst eigenständig beachtet werden. Erst in einem zweiten Schritt soll das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und einer sich wandelnden Parteienlandschaft beachtet werden. Dieses grundsätzlichere Vorgehen scheint notwendig, weil vor allem in den letzten sieben Jahren rot-grüner Regierungspolitik zu sehr nur auf das Verhältnis der Gewerkschaften zur SPD geschaut wurde und die gewerkschaftliche Organisationsentwicklung – gerade unter geänderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen – zu sehr in den Hintergrund geraten ist.

Doppelcharakter der Gewerkschaften

Innerhalb kapitalistischer Ökonomien zeichnen sich Gewerkschaften durch einen Doppelcharakter aus, der sich aus dem Lohnverhältnis ergibt. Als Interessenvertreter der Arbeit haben sie die Aufgabe, für höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten sowie sichere und nicht gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen zu streiten. Hierfür hat sich in der Bundesrepublik mit dem Flächentarifvertrag und Tarifverhandlungen verglichen mit anderen Ländern ein recht institutionalisiertes und selbst bei der Kampfform des Streiks geregeltes Verfahren herausgebildet. Hervorzuheben ist, dass es bei kollektivvertraglichen Regelungen um die Ausschaltung der Konkurrenz

der Arbeiter untereinander geht. Wie sich diese ökonomisch-soziale Funktion verwirklichen lässt, wird angesichts von Arbeitszeitverlängerungen in vielen Branchen und einer sich ausdifferenzierenden Mitgliedschaft der Gewerkschaft noch aufzugreifen sein. Die politische Funktion beinhaltet das gesellschaftspolitische Mandat zur Interessenvertretung der Lohnabhängigen in der politischen Sphäre und darin vor allem sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte jenseits der Logik maximaler privatwirtschaftlicher Profitaneignung bis hin zur Infragestellung des Lohnverhältnisses insgesamt. Beide Funktionen wurden historisch von den Gewerkschaften selbst immer unterschiedlich stark gewichtet, dennoch speist sich gewerkschaftliche Praxis immer aus beiden Momenten.

Milieudifferenzierung und Organisationsgrad

Es ist zur Binsenweisheit geworden, dass Gewerkschaften sich angesichts einer sich wandelnden Beschäftigtenstruktur stärker an den verschiedenen Ansprüchen der unterschiedlichen Beschäftigtengruppen orientieren müssen. Michael Vester (Uni Hannover) setzt sich anknüpfend an Bourdieu anhand einer Milieuanalyse für Deutschland damit auseinander, wie die verschiedenen Gruppen von Arbeitnehmern durch Gewerkschaften mit Hilfe verschiedener Ansprachestile gewonnen werden können. Er hebt neben einer Kompetenzrevolution der Arbeit eine relative Stabilität der Milieus hervor. Entgegen der vorschnellen Annahme, dass die sich neu entwickelten gehobenen Dienstleistungsmilieus von Solidarität, kollektiver Interessenvertretung und Sozialstaat verabschiedet hätten, betont Vester, dass diese Gruppen für Gewerkschaften prinzipiell gewinnbar sind. Gleichwohl konnten Gewerkschaften hier bisher nur unzureichend glaubhaft einen Dialog entwickeln. Keinesfalls können die Defizite der Gewerkschaften auf eine mangelnde Öffentlichkeitsarbeit reduziert werden, vielmehr hat auch der seit den

Foto: Christian Kiel (Berlin)



1980ern entwickelte militante Anti-Keynesianismus in Medien, Wissenschaft und Politik als Negation aller politischen Einflussnahme auf die ökonomische Sphäre zu einer Hegemonieverschiebung geführt.

Dies drückt sich materiell darin aus, dass der gewerkschaftliche (Netto-)Organisationsgrad seit den 1980ern rückläufig ist. Vertiefend setzen sich Eckhart Seidel und Michael Schlese in ihrem Artikel mit der sozioökonomischen Basis der Gewerkschaften auseinander und empfehlen eine offensive Herangehensweise an neue Zielgruppen. Eine aktuelle Studie des Soziologen Heinrich Epskamp (HWP Hamburg) fasst das Rekrutierungsdilemma der Gewerkschaften bei Hochqualifizierten so zusammen, dass diese Gewerkschaften mit schwächeren und damit eher schutzbedürftigen Arbeitnehmern assoziieren. So sind bei hochqualifizierten Arbeitnehmern vielfach Einstellungen vorzufinden, die Gewerkschaften nicht als Wegbereiter der eigenen Erwerbsbiografie verstehen. Wohlgermerkt sind Hochqualifizierte damit nicht gegen Gewerkschaften eingestellt, vielmehr besteht eher ein Nichtverhältnis. Hier sollten Gewerkschaften verstärkt Visionen für das gesamte Leben anbieten, doch braucht es auch eine radikale Änderung der Betriebspolitik.

Die neue Bezirksleiterin der IG Metall Küste, Jutta Blankau, berichtet von der betrieblichen Offensive des IG-Metall-Bezirks. Ausgehend von der Überlegung, dass die über Betriebsräte und den haupt- und ehrenamtlichen Gewerkschaftsapparat vermittelte Stellvertreterpolitik immer stärker auf Grenzen trifft, wirbt sie für eine stärker beteiligungsorientierte Betriebspolitik. Diese sollte zwar von Seiten der Gewerkschaften mit einer orientierenden Position verbunden sein, gleichwohl sollen

stärker die diversifizierten betrieblichen Realitäten Berücksichtigung finden. Das Motto „Mal hören und nicht die Leute vollquatschen“ drückt diese Überlegung aus, die im Beitrag von Jutta Blankau und Daniel Friedrich nachvollzogen werden kann. Bei Arbeitsauseinandersetzungen in Kiel waren in Unternehmen durch eine entsprechende Betriebspolitik beachtliche Organisationserfolge zu erzielen. Auch hier wurde die Veränderung der Beteiligungspraxis als zentral für eine erfolgreiche Gewerkschaftspolitik sowie eine neue Kultur des Nein-Sagens hervorgehoben. Diese Beispiele zeigen, dass gewerkschaftliche Handlungsoptionen bestehen, die zu einer Umkehrung des Trends und für einen steigenden Organisationsgrad genutzt werden können. Mit der ökonomischen Basis der Angriffe auf den Flächentarifvertrag setzt sich Heinz Bontrup in seinem Beitrag auseinander, einen kurzen Überblick über einige Trends der Tarifpolitik gibt Kai Burmeister.

Gewerkschaften – gute Arbeitsbedingungen – Konsumentenmacht

Eine Erweiterung der gewerkschaftlichen Aktionsfähigkeit könnte in der Anrufung des kritischen Konsumentenverhaltens verbunden mit einer öffentlichen Skandalisierung von unwürdigen Arbeitsbedingungen liegen. Ein gutes Beispiel hierfür lieferte kürzlich das „Schwarzbuch LIDL“ von Ver.di, in dem auf die miserablen Arbeitsbedingungen in den Unternehmen des Schwarz-Konzerns hingewiesen worden ist. In der Öffentlichkeit fand das LIDL-Schwarzbuch eine große Resonanz. Ob diese Aktion tatsächlich zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen geführt hat, muss eine vertiefte Auswertung zeigen. Einen ähnlichen Ansatzpunkt verfolgt die Aktion „Tarif-TÜV“ für Kfz-Werkstätten durch die IG Metall. Durch den Tarif-TÜV werden Kfz-Werkstätten öffentlich positiv hervorgehoben, in dem Arbeitnehmer zu Tarifbedingungen beschäftigt sind.

15 Stunden Arbeit pro Tag, unbezahlte Mehrarbeit und miese Arbeitsbedingungen kennzeichnen die Situation in vielen Sweatshops auf der Südhalbkugel, in denen Kleidung und andere einfache Konsumgüter produziert werden. Es gibt zwar ermutigende Beispiele wie Nike und H&M, bei denen Initiativen den Kampf um bessere Arbeitsbedingungen und kritisches Konsumentenbewusstsein zusammenbringen konnten. Doch bilden diese Beispiele immer noch eine Ausnahme und bei weniger sensiblen Gütern werden schnell die Grenzen dieses Ansatzes deutlich.

Ergänzend ist daher eine Verstärkung der klassischen internationalen Gewerkschaftsarbeit notwendig. Michael Linnartz stellt hierfür beispielhaft das Projekt Ob-

servatorio Social vor, das in der Chemiebranche eine globale Vernetzung von Arbeitnehmervertretern ermöglichen soll. Der Beitrag von Wolfgang Weinz, Sekretär der internationalen Lebensmittelgewerkschaft in Genf, setzt sich mit der Frage auseinander, wie Mitbestimmung unter Bedingungen internationaler Konkurrenz zukunftsfest gemacht werden kann. Weinz Plädoyer geht klar in die Richtung einer Internationalisierung und Europäisierung der deutschen Gewerkschaftsarbeit.

Gesellschaftspolitisches Mandat Die Demonstration in Brüssel gegen die Dienstleistungsrichtlinie kann als Erfolg und Beleg prinzipiell vorhandener politischer Mobilisierungsfähigkeit europäischer Gewerkschaften gewertet werden. Gleichwohl ist die Gegenseite momentan überlegen, was u.a. an der medialen Wirkung der von den Arbeitgeberverbänden finanzierten und gesteuerten „Initiative neue soziale Marktwirtschaft“ festzumachen ist. Auf diesen Aspekt geht Konrad Klingenburg in seinem Beitrag ein. In den Gewerkschaftsapparaten findet derzeit keine kontroverse Diskussion über das politische Mandat der Gewerkschaften statt. Problematisch ist hier vor allem, dass die richtigen Mittel noch nicht gefunden sind, um es unter den gegenwärtigen Bedingungen wahrzunehmen. Subtilere und wirksamere Strategien als die Unterstützung bestimmter Parteien und Akteure im Politikbetrieb wären dringend gefragt.

Michael Guggemos (IG Metall) betont, dass die Gewerkschaften vor allem den Kampf um die „Würde der Arbeit“ zur Hauptaufgabe machen müssten. Auf diesem Feld und nicht in tagespolitischen Auseinandersetzungen wie denen um die Agenda 2010 werde sich die Zukunft der Gewerkschaften entscheiden. Damit wurde auch die Frage aufgeworfen, wie die Auseinandersetzungen um „Hartz IV“ gewerkschaftspolitisch einzuschätzen sind. Sieht man den Kern gewerkschaftlicher Aufgaben darin, die Interessen und die Würde der Arbeitenden im Betrieb, in der Wirtschaft und Gesellschaft zu vertreten, so kann die Auseinandersetzung um die soziale Sicherung Langzeitarbeitsloser nur insofern zentrale Bedeutung haben, als davon Rückwirkungen auf die Arbeitenden ausgehen, etwa durch den Druck auf die Löhne und die „Ein-Euro-Jobs“. Andere Fragen rund um „Hartz IV“ sind dann aber notwendig für Gewerkschaften randständig und müssen von anderen Bewegungen und Organisationen artikuliert werden, die für Gewerkschaften Bündnispartner sein können. Sieht man aus ethischen oder politischen Gründen die Frage des Existenzminimums und die Organisationsfähigkeit der Marginalisierten als zentral an, so verändert sich die Einschätzung. Tatsächlich schwankte die gewerkschaftliche Umgangsweise mit

„Hartz IV“ letztlich unentschieden zwischen beiden Strategien, behauptete teilweise eine Mobilisierungsfähigkeit, die nicht vorhanden war und konnte so niemanden wirklich zufrieden stellen.

Heiße Auseinandersetzungen – kalte Zeiten?

Die Stärkung der konservativ-liberalen Kräfte im Deutschen Bundestag nach der Wahl am 18. September wird für die Gewerkschaften einen Angriff auf die gesetzliche Grundlagen von Mitbestimmung und Tarifautonomie bedeuten. Wie sich die rhetorische Kampfansage Gewerkschaften als „Plage“ (Westerwelle) tatsächlich real auswirken wird, wird nicht zuletzt von der Fähigkeit des DGB und seiner Einzelgewerkschaften abhängen, Massenproteste organisieren zu können. Allein die Straße als Ort der Auseinandersetzung wird dabei nicht ausreichend sein, gesellschaftlicher Protest muss betrieblich untermauert sein. Die Schlüsselfrage für die Gewerkschaften wird sein, ob sie die gesetzlichen Verschlechterungen durch eigene Stärke in den Betrieben ausgleichen kann. Sicherlich werden die Angriffe auf Tarifautonomie und Mitbestimmung grundsätzlich sein. Im „10-Punkte-Sofort-Programm“ der CDU-Bundestagsfraktion wird u.a. gefordert, dass betriebliche Bündnisse für Arbeit ein rechtliche Grundlage erhalten sollen. Übersetzt heißt dies, dass § 77 Abs. 3 BetrVG geändert würde und Tarifverträge damit zu unverbindlichen Mustern würden. Mit einer Neudefinition des Günstigkeitsprinzips (§ 4 Tarifvertragsgesetz) wollen die Konservativen versuchen, Betriebsräte und Gewerkschaften gegeneinander auszuspielen. Weiterhin steht zu befürchten, dass die Unternehmensmitbestimmung in Aufsichtsräten beschränkt werden soll und der Kündigungsschutz für Kleinbetriebe aufgehoben wird. In den CDU-Sozialausschüssen gibt es bereits Unruhe über diese Frage.

Für die im Frühjahr 2006 anstehende IG Metall-Tarifrunde bedeutet dies, dass über die Lohnforderungen gegenüber Gesamtmetall die politische Auseinandersetzung mit der Parlamentsmehrheit verstärkt werden muss. Nach der Bundestagswahl wird sich unabhängig vom Ergebnis die Frage nach dem Verhältnis der Gewerkschaften zur Bundesregierung und allen Oppositionsparteien funktionaler und rationaler stellen lassen. Jede neu gebildete Regierung könnte stärker als die jetzige Schröder/Fischer/Clement-Regierung darauf achten müssen, nicht nur in den Medien, sondern auch in der Bevölkerung Zustimmung und Vertrauen zu vermitteln. Sind Gewerkschaften glaubwürdige Interessenvertreter der Würde der Arbeit, so können sie dabei eine Schlüsselrolle spielen.

Aus dem Abseits in die kontrollierte Offensive

Gewerkschaften als politische Akteure in Deutschland

Von Konrad Klingenburg

Im Sommer 2005 einen Text über die Gewerkschaften als politische Akteure zu schreiben ist keine vergnügungssteuerpflichtige Angelegenheit. „Wozu noch Gewerkschaften?“ Dieser Frage hat Oskar Negt nicht umsonst ein kleines Buch gewidmet. Antworten geben die Gewerkschaften selbst nur leise. Ihre seit einigen Jahren sehr unkomfortable Situation hat sich nicht gebessert. Die Mitgliederentwicklung ist unverändert besorgniserregend, durch die VW-Affäre ist gewerkschaftliche Interessenvertretung insgesamt desavouiert und auch die Positionierung des DGB und der Einzel-Gewerkschaften im nun mit dem präsidentialen Segen versehenen Bundestagswahlkampf ist alles andere als einfach.

Eine Wahlempfehlung wird es für keine Partei geben und auch die Unterstützung einzelner Parteien wird anders ausfallen als in den letzten Wahlkämpfen. Der Gedanke der Einheitsgewerkschaft wird stark betont, allerdings führt das in ein strategisches Dilemma. Denn jede Bewegung rechts weckt Begehrlichkeiten links und dieser Spagat muss erst einmal ausgehalten sein. Für die öffentliche Wahrnehmung scheinen DGB und Gewerkschaften in der sich nun abzeichnenden politischen Positionierung allerdings nicht mehr interessant, sie finden zumindest öffentlich kaum noch statt.

Sollte die Bundestagswahl den allseits prognostizierten Ausgang nehmen, dann wird das politische Geschäft für die Gewerkschaften vordergründig wieder normaler oder gar einfacher. Denn was ist von einer schwarz-gelben Regierung anderes zu erwarten als Grausamkeiten? Von „enttäuschter Liebe“ wie bei der Sozialdemokratie wird nicht die Rede sein können.

Doch auch in diesem Zusammenhang sind Probleme eher auf der anderen Seite des politischen Spektrums zu erwarten. Wie mit einer PDSWASG-Bundestagsfraktion umzugehen sein wird, in der GewerkschafterInnen nicht nur zahlreich sind sondern die auch in ihren Positionen eine fast schon ungekannte Nähe zu erkennen gibt, ist eine offene Frage. Sie muss von den Vorständen des DGB und insbesondere

seiner großen Mitgliedgewerkschaften schnell beantwortet werden.

WASGPDS hin oder her – auch mit einer Fraktion im Bundestag, die eigene Politik-Ansätze wieder stärker unterstützt, wird die Situation für die Gewerkschaften nicht einfacher. Unterstützung ist nur das eine, realistische Aussichten auf Regierungs-beteiligung und Umsetzung der eigenen Konzepte ist das andere. Von der Seriösität manches alten oder neuen Spitzengenossen gar nicht zu reden! Auch mit der PDSWASG im Parlament sind die Gewerkschaften in der Defensive und sie sind dafür in Teilen selbst verantwortlich.

Trotzdem gibt es keinen Grund für den gebückten Gang, für Demut oder Verzagt-heit. Denn die Gründe für das inzwischen immer gewerkschaftsfeindlichere Klima im Land liegen nicht nur bei den Organisationen selbst. Sie haben viel mit grundsätzlich unterschiedlichen Wertemodellen und Politikansätzen zu tun. Und damit, dass wir uns in einer neuer Phase des Kapitalismus befinden. Ist es am Ende vielleicht so, dass die Gewerkschaften deswegen so in der Kritik stehen, weil sie unverändert skeptisch und ablehnend auf Reformvorhaben aller Parteien und anderer Verbände reagieren, deren Sinnhaftigkeit, Seriösität und Erfolgsaussichten in der Tat hoch fragwürdig sind – aber eben dem entsprechen, was der Mainstream von Ökonomen, Journalisten und anderen fordern?

Auffällig ist, mit welcher Vehemenz nunmehr seit Jahren verbal auf die Gewerkschaften eingeschlagen wird. Gewerkschafts-bashing ist zur Mode geworden. Ärgerlich ist, dass die Gewerkschaften darauf nicht mit Geschlossenheit reagieren und sich den politischen Gegner, freundlicher gesagt den Sozialpartner, vornehmen. Stattdessen wird sich an der Politik abgearbeitet, erfolglos zumal, oder gleich untereinander die Klinge gekreuzt oder zumindest doch der Stift – etwa wenn Vorsitzende glauben, sich öffentliche Zornesbriefe schreiben zu müssen.

Und doch: Wer als ebenso erfolgloser wie belangloser Politiker der „Westerwelle-Liga“ mal wieder eine schnelle Schlagzeile braucht, der attackiert mit rüden Worten

(„Plage“) Sommer oder Bsirske oder Peters stellvertretend für alle aktiven GewerkschafterInnen. Die Redaktionen springen in der Regel gerne darauf an, denn mit Gewerkschaften hat man dort nichts mehr am Hut. Noch ärgerlicher als die Kritik als solches ist ihre Undifferenziertheit.

Denn das, was den Gewerkschaften und vor allem ihren Mitgliedern aus Politiker-mündern und Journalistenfedern entgegen schlägt, wird der überaus wertvollen täglichen Arbeit von Tausenden von Betriebsräten in gar keiner Weise gerecht – VW hin oder her. Dass diese Arbeit – dank der Mitbestimmung problem-lösungsorientiertes Co-Management – nicht zuletzt auch Unternehmen am Laufen hält, spielt schon gar keine Rolle. Allerdings weist dieser Umstand auch schon auf eines der Probleme der Gewerkschaften hin: die Wahrnehmung ihrer Vorstände als fundamentalistische politische Blockademacht unterscheidet sich erheblich von der Realität der lösungsorientierten und problem-bewussten Arbeit von Betriebsräten.

Diesen Zustand mag man so lange beklagen wie man will – man ändert ihn dadurch alleine nicht. Es ist also allemal zielführender, sich etwas ausführlicher mit dem Umfeld zu befassen, in dem der DGB und die Gewerkschaften wie jede gesellschaftspolitisch wichtige Kraft heute agieren.

Das politische Umfeld oder der späte Sieg des Otto Graf L.

Dank Franz Müntefering ist es im August 2005 wieder opportun, die einzige wirklich bedeutsame „K-Frage“ zu stellen: welche Wirkungen hat der konkurrenzlos gewordene, globalisierte, deregulierte und marktradikale Kapitalismus nach 1989 entfaltet?

Mit dem Ende der Systemkonkurrenz hat in der Tat eine neue Zeitrechnung begonnen. Sie bedeutet für die Menschen im ehemaligen Ostblock Demokratie und Marktwirtschaft und die Befreiung von diktatorischen Regimen. Doch Begriffe wie Globalisierung und Digitalisierung stehen auch für eine entfesselte, vom Adjektiv „sozial“ mehr und mehr entledigte Marktwirtschaft. Zusammenfassen lassen sich die Veränderungen mit der häufig zu lesenden Umschreibung, dass wir uns auf dem Weg von der Industrie- zur Wissens-

gesellschaft befinden. Eine Entwicklung, die auf gesellschaftlicher Ebene durch Begriffe wie Individualisierung und Flexibilisierung komplettiert wird.

Bis zum Ende der 1990er-Jahre war diese Entwicklung mit viel Optimismus verbunden. Doch mit dem Platzen der „new economy bubble“ hat sich ein jäher Stimmungs-Umschwung eingestellt. Da wurde zuerst mit enormem Werbeaufwand ein Volk an die Börse getrieben und nun steht es im Regen, alleingelassen und verunsichert.

So stehen wir heute allen Agenden und sonstigen Angeboten zum Trotz immer noch vor einem hohen Berg ungelöster Probleme. Sie sind alle nicht über Nacht über unser Land hereingebrochen, es fehlte insbesondere der Regierung Kohl der Mut, sich ihnen zu stellen. Betrachtet man heute die Lösungsangebote der Parteien, so stellt man fest, dass die Unterschiede zwischen dem sozial- und wirtschaftspolitischen Programm von SPD und CDU/CSU kaum noch wahrzunehmen sind. Weniger was die Papierlage als was das konkrete politische Handeln angeht. Ausnahmen beim Thema Mitbestimmung oder den Arbeitnehmerrechten ändern daran wenig. Wir haben es bereits mit einer faktischen großen Koalition der Volksparteien zu tun, denn die SPD hat zum Beispiel bei der Gesundheitsreform oder den Arbeitsmarktreformen Kompromisse mit der Union gemacht, die ursprünglich einmal richtige Reformansätze entstellt haben. Das Problem der SPD ist es, dass sich die Spitzen der Union à la Jürgen Rüttgers aus der Verantwortung stehlen wenn der Wind zunimmt und die Sozialdemokratie die Dresche kriegt.

Die Argumentation, die uns seit Jahren vorgekauft wird und immer die gleichen Lösungen vorschlägt, lautet wie folgt: „Die Voraussetzungen für einen baldigen Wirtschaftsaufschwung haben sich verschlechtert: (...) Rückgang der Auslandsnachfrage bei stagnierender und zuletzt wieder rückläufiger Binnennachfrage, Verschlechterung des Geschäftsklimas und der Zukunftserwartungen der Wirtschaft, Einschränkung der gewerblichen Produktion, Anstieg der Arbeitslosigkeit und Insolvenzen (...).

(Es) sind zwar wichtige Schritte in die richtige Richtung unternommen worden. (...) Die Skepsis hinsichtlich einer grundlegenden Problemlösung konnte (jedoch) dadurch nicht überwunden werden.

Inhaltlich muss die Politik vor allem darauf ausgerichtet sein, dem Privatsektor in der Wirtschaft wieder mehr Handlungsraum und eine neue Zukunftsperspektive zu verschaffen; und innerhalb des Staatssektors muss sie die Gewichte von der konsumtiven in Richtung der investiven Verwendung verlagern...

Es kann im wirtschaftlichen und sozialen Bereich derzeit keine wichtigere Aufgabe geben, als die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, durch neues Wirtschaftswachstum wieder mehr Beschäftigung und auch eine allmähliche Lösung der öffentlichen Finanzierungsprobleme zu ermöglichen und damit schließlich alle Bürger am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt teilnehmen zu lassen...

Wer eine solche Politik als ‚soziale Demontage‘ oder gar als ‚unsozial‘ diffamiert, verkennt, dass sie in Wirklichkeit der Gesundheit und Erneuerung des wirtschaftlichen Fundaments für unser Sozialsystem dient. ‚Sozial unausgewogen‘ wäre dagegen eine Politik, die eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit und eine Finanzierungs- und Krise der sozialen Sicherungssysteme zulässt, nur weil sie nicht den Mut aufbringt, die öffentlichen Finanzen nachhaltig zu ordnen und der Wirtschaft eine neue Perspektive für unternehmerischen Erfolg und damit für mehr Arbeitsplätze zu geben...

Die Konsequenz eines Festklammerns an heute nicht mehr finanzierbare Leistungen des Staates bedeutet nur die weitere Verschärfung der Wachstums- und Beschäftigungsprobleme sowie eine Eskalation in den Umverteilungsstaat, der Leistung und Eigenvorsorge zunehmend bestraft und das Anspruchsdenken weiter fördert – und an dessen Ende die Krise des politischen Systems steht.“

Diese Zitate sind nicht aus der Agenda-Erklärung von Gerhard Schröder vom 14. März 2003 oder aus den Manifesten und Programmen der Parteien für die Bundestagswahl 2005. Sie stammen vielmehr aus der Feder von Otto Graf Lambsdorff unter Mitwirkung u.a. von Hans Tietmeyer, ge-

nauer aus dem „Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ und datieren vom 9. September 1982.

Mit dem Konzept hat Graf Lambsdorff das Ende der sozial-liberalen Koalition eingeleitet und damit eine neue Politikausrichtung formuliert, die auch von der rot-grünen Bundesregierung angewendet wurde und wird und den Überlegungen der Arbeitgeberverbände sehr nahe kommt. Denn ist es egal was sie anrichten, Hauptsache die eigenen Interessen kommen voll zum Zug.

Ihrer Durchsetzung dienen auch andere, öffentlichkeitswirksamere Maßnahmen und Ansätze: Vor allem mit der „Initiative neue soziale Marktwirtschaft“, die mit dem griffigen Slogan „Chancen für Alle“ wirbt, sind die Arbeitgeber sehr erfolgreich. Mit einem Etat von 100 Millionen Euro für zehn Jahre, gestützt auf die Expertise des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln, und unterstützt von namhaften „Botschaftern“ quer durch alle Parteien, Sport und Unterhaltung, hat diese Initiative entscheidend dazu beigetragen, die Politik in unserem Land nach den Vorstellungen des schon genannten Lambsdorff-Papieres grundlegend zu verändern.

In diesem Umfeld müssen die Gewerkschaften es zwangsläufig schwer haben. Stehen sie doch für die von Ex-Bundespräsident Johannes Rau eingeklagten Werte, die nicht an der Börse gehandelt werden. Und für die Verbindung von Humanisierung und Ordnungspolitik, von Lebens- und Arbeitswelt, die sie für wichtiger nehmen als reine Gewinnmaximierung.

Um sich mit der Kritik an ihrem Tun nicht auseinandersetzen zu müssen ist es für die



Foto: Christian Kiel (Berlin)

Meinungsmacher aller Orten einfacher, einen Sündenbock zu suchen. Naheliegender ist es dann, sich die Gewerkschaften vorzunehmen. Ab durch die neue Mitte mit Solidarität und Gerechtigkeit heißt es flächendeckend in den Äußerungen der großen Reformatoren.

Doch was ist der Preis dafür? Wie sieht es wirklich aus mit der Bilanz der liberalen Politikwende? Flapsig gesagt: Deregulierung und Privatisierung lassen die Lichter ausgehen, in den USA ist das an der Tagesordnung. Und auch wenn der Strom noch aus der Dose kommt ist auch die Bilanz in Deutschland alles andere als rosig. Die Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung ist hoch wie nie, Investitionen sind zu niedrig, die Infrastruktur verfällt, der Ton und Umgang in der Ellenbogengesellschaft ist schroffer denn je. Am gravierendsten – auch für das gesellschaftliche Klima – kann sich auswirken, dass der in den Bankrott getriebene Staat seine Kernaufgaben nicht mehr wahrnimmt. Einen armen Staat können sich jedoch nur die Reichen leisten. Und die PISA-Ergebnisse oder der 2005 veröffentlichte zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung belegen, dass in unserem Land die soziale Herkunft nach wie vor entscheidend die Bildungschancen vorherbestimmt.

Unter dem Strich bleibt also festzuhalten: Keines der vom Grafen Lambsdorff benannten Probleme wurde gelöst, sie haben sich im Gegenteil weiter verschärft. Die Wiedervereinigung hat dazu viel beigetragen, ist aber auch nicht der alleinige Grund. Operation misslungen, aber der Patient ist immer noch nicht ganz tot. Doch anstatt über die Therapieform und Medikamentierung einmal grundsätzlich neu nachzudenken und vielleicht auch den ein oder anderen Fehler zu korrigieren, wird einfach die Dosis erhöht: noch weniger Steuern, noch mehr Selbstbeteiligung, noch mehr Druck auf „die Abzocker“ und die Richtung der Politik bleibt gleich.

Die Rolle der Medien

Überraschend ist es schon, dass das Versagen der Politik, auch ihr offensichtliches „over spinning“, in den Redaktionsstuben niemanden mehr zum Nachdenken darüber angeregt, ob der eingeschlagene Weg denn der richtige ist. Liegt das daran, dass die Redaktionen genug mit den eigenen Problemen in der Branche zu tun haben? Oder daran, dass eine neue Generation von Journalisten an der Arbeit ist, die mit der Ideologie der Deregulierung und entfesselter Marktwirtschaft aufgewachsen ist? Ist der „Generation Golf“ und den folgenden das Werte-Korsett wirklich so fremd, das dieses Land einmal geprägt hat? Haben wir es also mit einer Mischung aus Ahnungslosigkeit, Existenzangst und Überzeugungstäterschaft zu tun?

Die Uniformität der Meinungen, der Etikettierungen, des Schubladendenkens und auch der (Vor)Urteile ist jedenfalls erschreckend. Dafür gibt so manche Reaktion auf Franz Münteferings ein schlechtes Beispiel ab. Verwiesen sei als Beispiel auf Herrn Münchau, der am 27. April 2005 in der Financial Times Deutschland „Strategien für den Bürgerkrieg“ gegen die Kritiker des Neoliberalismus formuliert hat.

So bleiben viele Fragen ohne Antwort: Sind nicht die Chefredakteure und Kommentatoren, die seit Jahren – als würden sie geheimen Absprachen folgen – Deregulierung predigen, auch der Aufklärung und dem Allgemeinwohl verpflichtet? Wer definiert eigentlich dieses Allgemeinwohl? Nur die Ex-Kanzler und Alt-Bundespräsidenten, die regelmäßig einen Ruck propagieren, den es nur geben kann, wenn wir uns vom „Sozialklimbim“ verabschieden?

Und mehr noch: Woran liegt es, dass eine kritische Auseinandersetzung mit den Folgen von zwei Jahrzehnten der Deregulierung nicht stattfindet? Hat denn der Politikwechsel à la Graf Lambsdorff das Land nach vorne gebracht? Was bringt uns denn der Rückzug des bankrotten Staates tatsächlich? Warum werden Seiten mit „Florida-Rolf“ gefüllt und nicht mit der Skandalisierung der Tatsache, dass trotz Steuersenkung und Bürokratieabbau deutsche Unternehmen Tausende von vor allem hoch innovativen Arbeitsplätzen ins Ausland verlagern oder ganz ungeniert damit drohen?

Diese Fragen werden nicht einmal mehr gestellt und das ist das eigentlich erschreckende an der schönen neuen Medienwelt. „Fakten-Fakten-Fakten“ sollen und wollen die Medien liefern. Warum aber blenden sie dann alle aus, die der herrschenden Meinung von der Deregulierung widersprechen? Ausnahmen bestätigen diese Regel. Warum nimmt denn kaum jemand zur Kenntnis, dass es in anderen Ländern viel höhere Arbeitskosten gibt als in Deutschland? Warum lesen wir nie etwas über die Entwicklung der Realeinkommen, sehr wohl aber über die unverantwortlichen Tarifforderungen? Warum will niemand wahrhaben, dass die Steuern in Deutschland im internationalen Vergleich niedrig sind? Oder dass auch in Ländern mit kürzeren Arbeitszeiten nicht die Lichter ausgegangen sind? Wie soll weniger Kündigungsschutz oder mehr Druck auf Arbeitslose neue Jobs liefern, wenn ganze Regionen zu „Arbeitsmarkt-Brachen“ (Christian Tenbrock in „Die Zeit“) geworden sind?

Die Qualität gerade der sozialpolitischen Berichterstattung in den Medien lässt jedenfalls viel zu wünschen übrig. Vieles ist von Ideologie geprägt, mangelnde Sorgfalt spiegelt sich in kleinen Fehlern wieder, z.B. wenn die renommierte FAZ

fälschlicher Weise den Vorsitzenden der IG BCE, Hubertus Schmoldt, zum Mitglied des Bundestages erhebt. Und noch ein Aspekt: Von Agenturen und Initiativen vorproduzierte Artikel und Beiträge mehren sich – kein Wunder bei der Finanzkraft der Initiative neue soziale Marktwirtschaft.

Statt aus der Lebenswelt berichtet auch die Tagesschau lieber vom Aktienparkett, von Quartalsergebnissen und nicht von Arbeitsplatzbilanzen. Da darf dann mit mehr oder weniger bebender Stimme täglich der Reporter darauf hinweisen, dass Unternehmen X im letzten Quartal statt 500 Millionen nur 350 Millionen Euro Gewinn gemacht hat und daraufhin die Analystin von der Rating-Agentur Y eine Warnung ausgesprochen hat, in deren Folge wiederum der Kurs der Aktie eingebrochen ist. Der Dax und auch der Geschäftsklimaindex haben sich für ein ganzes Land zur Fieberkurve entwickelt. Ob diese Berichterstattung wirklich angemessen und wichtig ist?

All das wäre ein kleineres Problem, wenn wir nicht in einer Mediendemokratie leben würden. Die Medien setzen Themen und machen Karrieren, sie beschleunigen sogar Gesetzgebungsverfahren. Und sie spielen natürlich eine entscheidende Rolle bei der Vermittlung von Politik und damit auch bei dem Versuch, auf Vorgaben der Politik zu reagieren. Wegen ihrer gewachsenen Bedeutung müssen sich dann aber auch Journalistinnen und Journalisten nach ihrer Verantwortung für das Land fragen lassen.

Der „Terror der Ökonomen“

Deregulierung der Wirtschaft und Degenerierung des Denkens gehen Hand in Hand. Die „Geschwätzigkeit von Professoren“ – so titelte einmal die Süddeutsche Zeitung zugegeben in einem anderen Zusammenhang – leistet dazu einen großen Beitrag.

Die Direktoren der führenden Wirtschaftsinstitute ergehen sich in ihrer Cassandra-Rolle. Sie sind Stars in vielen Talk-Shows, finden aber nur Gehör, wenn sie mal wieder besonders brutale Vorschläge machen oder in besonders tiefem Farbton Schwarzseherei betreiben. Der Un-Sinn hat Methode und freut die Christiansens der Republik. Ob professorale Prognosen zutreffen oder nicht spielt meistens keine Rolle. Was schert mich denn auch mein Geschwätz von gestern? Hauptsache, die Präsenz in den Medien ist gesichert. So sind die Regeln auf dem Basar der Eitelkeiten. Doch selbst der Laie weiß: Wirtschaft hat viel mit Psychologie zu tun. Warum sollten die Menschen aber ihren so heftig kritisierten „Konsum-Boycott“ abbrechen, wenn ihnen immer wieder erzählt wird, dass sowieso kein Wachstum kommt, die Arbeitslosigkeit hoch bleibt und insgesamt

keine Chance auf Besserung in Sicht ist. Man muss kein Instituts-Direktor zu sein um zu wissen, dass so das Angstsparen nicht überwunden wird.

Es wäre demnach einmal lohnend genau zu untersuchen, wie gut die Prognosen unserer Experten sind und was diese geschäftstüchtigen und publicitybewussten Wirtschaftsweisen eigentlich anrichten. Aber vom Professoren-Thron herab lässt sich ja auch bequem und sicher von Flexibilisierung, Niedriglohn und mehr Druck schwadronieren. Einem Wachmann mit einem Stundenlohn von deutlich unter fünf Euro wird danach nicht der Sinn stehen.

Die Sündenböcke – Anmerkungen zu Lage und Image der Gewerkschaften

Der DGB und die Gewerkschaften können sich mit ihren Positionen kaum gegen eine Politik und veröffentlichte Meinung behaupten, für die Wachstum alles ist, die wie das Kaninchen auf die Schlange auf Zahlen hinter dem Komma bei Prognosen und Schätzungen starrt. Gegen eine Politik vor allem, die vor Inkonsistenz nur so strotzt. Da werden Steuern gesenkt, um die Binnen-Nachfrage anzukurbeln. Gleichzeitig aber die Abgaben für Sozialversicherungen erhöht und Sparpakete beschlossen, die den positiven Effekt mehr als aufzehren.

Ist also die Kritik an den Gewerkschaften auch deswegen so heftig, weil sie im siebten Jahr rot-grün immer noch unbequeme und richtige Fragen stellen? Weil sie als eine der letzten großen gesellschaftlichen Gruppen die Unterstützung für eine Politik des genauso maß- wie planlosen Sozialabbaus verweigern, was die Kirchen zum Beispiel nicht mehr leisten? Weil sie nicht die „Reparaturkolonne der Politik“ (Berthold Huber) sein wollen? Einer Politik, die so offensichtlich gescheitert ist?

Wer solche Fragen nicht beantworten will, braucht Ablenkung und Diffamierung, die hohe Zustimmungsraten in den Umfragen verspricht. Der Sozialstaat wird erst zum Gewerkschaftsstaat umetikettiert und dann zum Abschluss freigegeben. Oder für die bankrotten Kommunen wird die Tarifpolitik von Ver.di verantwortlich gemacht, nicht aber die Steuerverweigerung der Unternehmen und die sie befördernde Politik der Bundesregierung.

Dagegen sein ist nicht alles

Bei aller Kritik an Politik, Medien und Wissenschaft haben aber die schlechte öffentliche Performance der Gewerkschaften und ihre Image-Probleme auch mit ihren eigenen Defiziten zu tun. Oft wird es den eh schon wenig geneigten Berichterstatern zu einfach gemacht. Schlagzeilen gibt es dann, wenn führende Gewerkschafter mit Inhalt und Tonfall ihrer Worte wieder nur dem Klischee der Blockierer und Nein-Sager entsprechen.

Gewerkschaften gelten als Blockierer, Bremser und ewige Nein-Sager. Sie sind gegen alles und wenn sie überhaupt für etwas sind, dann für alte Werte und vermeintlich nicht mehr angebrachte und zeitgemäße Politikansätze. Dieses Image haben die Gewerkschaften nicht ohne eigenes Zutun bekommen – mag das ökonomische, politische und mediale Umfeld noch so schwierig sein. Ihre Reflexe auf wie immer geartetes Regierungshandeln sind leicht berechenbar, weil immer gleich: in aller Regel eine Mischung aus Rabulistik, Drohung und Muskelspiel. Es wird abgelehnt und nicht gestaltet – doch immer nur dagegen zu sein ist zu wenig. Das haben viele in den Gewerkschaften verstanden und vor allem wollen das auch die Mitglieder nicht. Sie erwarten eine lösungsorientierte Arbeit, wie sie sie von ihren Betriebsräten in aller Regel kennen.

Allerdings lagen Betriebsräte und Gewerkschaften mit Warnungen und Kritik oft genug auch richtig. Etwa, wenn sie vor den zwischenzeitlich so gehypten Arbeits-Modellen der new economy gewarnt haben, vor der Selbst-Ausbeutung und auch Selbst-Überschätzung von Firmengründern und vermeintlichen Visionären. War der Hinweis nicht richtig, dass gemeinsamer Pizza-Verzehr um Mitternacht kein Ersatz für geregelte Arbeitsbeziehungen ist? Heute lesen wir auch in renommierten Tages- und Wochenzeitungen immer wieder Artikel über die „Praktikanten-Republik“. Ist das nicht die Pervertierung dessen, was in der „new economy“ seinen Anfang nahm? Zumindest ganz schief können die Gewerkschaften nicht gelegen haben, denn in einigen start ups gab es spätestens dann Betriebsräte, als die Aktienkurse im freien Fall waren und die Beschäftigten trotz aller Dynamik auf die Straße gesetzt wurden. Überhaupt ist es ein interessantes Phänomen zu sehen, dass Gewerkschaften dann wieder Zulauf haben, wenn Jobs gefährdet sind.

Auch wenn sie oft zu Recht mahnen und warnen, ihre Probleme haben die Gewerkschaften schon länger. Dafür ist der Mitgliederverlust nur ein, aber ein ganz wichtiges, Indiz. Er resultiert aus dem Strukturwandel (Stichworte Stahl, Textil oder Bau) und der aus ihm folgenden hohen Arbeitslosigkeit. Zweiter wichtiger Faktor ist die Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse. Doch diese Erklärungen greifen wie der Hinweis auf die Fehler bei der „großen Politik“ – Stichwort Protest gegen die „Agenda 2010“ – zu kurz. Wer Mitglied einer Gewerkschaft wird, muss ein Prozent seines Bruttolohnes an Beitrag leisten. Da entscheidet eben ein nüchternes Kosten-Nutzen-Kalkül, das konkrete Angebot im Betrieb, am Arbeitsplatz, ob jemand eintritt oder nicht.

Gerade bei gut ausgebildeten jungen Menschen und insbesondere bei Frauen haben die Gewerkschaften Rekrutierungs-Probleme. Sie sind wenn dann noch in der „alten Ökonomie“ stark. Frauen und Angestellte sind in den Gewerkschaften weniger repräsentiert als es ihrem Anteil an allen Beschäftigten entspräche. Vor allem „die mit den weißen Kragen“, die Wissensarbeiter, anzusprechen – das funktioniert immer noch nicht gut genug. Weder der Ton noch das Angebot sind offenbar angemessen. Klassische Milieus sind verschwunden, in denen auch die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft qua Geburt vorgegeben war.

Für die Gewerkschaften ist es ein Teufelskreis: mit schwindenden Mitgliederzahlen werden auch die finanziellen Möglichkeiten knapper. Eine denkbar schlechte Voraussetzung, um die vielen „weißen Flecken“ zu beseitigen, also Betriebe, in denen Gewerkschaften gar nicht vertreten sind. Ohne Ansprache vor Ort lassen sich aber keine neuen Mitglieder werben. Ein Problem, das sich wegen des Strukturwandels und der Abnahme von Betriebsgrößen noch verschärft und auch mit neuen Medien nur sehr begrenzt auffangen lässt. Aus diesen Schwierigkeiten heraus gibt es keinen Königsweg. Klare politische Ziele, klare Botschaften und ein gutes Angebot sind jedoch unverzichtbar. Themen wie Weiterbildung, lebensbegleitendes Lernen, eine flexible Arbeitszeitpolitik oder die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind es, die in Zukunft das gewerkschaftliche Angebot ergänzen müssen. Zeit wird zum Beispiel gerade für gut ausgebildete Beschäftigte zu einem knappen Gut. Das in einer qualitativ ausgerichteten Tarifpolitik aufzugreifen, die Zeitwohlstand neben materiellen stellt, ist eine der wichtigsten aktuellen Herausforderungen.

Auch wenn es nicht modern klingen mag: Was gut ist für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ist auch gut für das Land und seine Wirtschaft. Es geht also um eine Verbindung der Interessen der Unternehmen und der Beschäftigten. Denn natürlich haben Gewerkschaften und konkret die Betriebsräte ein hohes Interesse am Erfolg „ihrer“ Unternehmen. Eine den Interessen beider Sozialpartner gerecht werdende Verbindung von Flexibilität und Sicherheit, eine Gestaltung von Arbeitsbedingungen, die Innovationen fördern, und ein Ausbau der Mitbestimmung auch in global tätigen Konzernen sind Ansätze für moderne industrielle Beziehungen.

Ziel des DGB und der Gewerkschaften ist es insgesamt, die Modernisierung der Bundesrepublik mitzugestalten. Modernisierung setzt Reformen voraus, das haben die Gewerkschaften ganz genau verstanden. Aber eben keine Reformen, die Probleme

me nicht lösen und nur die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer belasten. Denn erstens erleben wir seit Jahren genau dieses mit der Konsequenz, dass die Probleme sich weiter verschärfen. Und zweitens haben die Gewerkschaften mit dem Titel „Mut um Umsteuern“ schon Anfang Mai 2003 sehr wohl konstruktive Vorschläge zu den unterschiedlichsten Themen eingebracht.

Vor allem ein im DGB erarbeitetes Modell bedarf besonderer Aufmerksamkeit: Schon Anfang 2003 wurde der Vorschlag gemacht, für alle Einkommen einen Freibetrag in der Sozialversicherung einzurichten und die dafür notwendigen Finanzmittel durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer aufzubringen. Heute ist diese Idee Stehsatz auch bei den oben so gescholtenen Ökonomen und im Wahlprogramm der CDU findet sich der Hinweis auf eine Umfinanzierung weg von Abgaben hin zu mehr Steuern. Es ist so tragisch wie bezeichnend, dass im DGB heftig das eigene Modell torpediert wurde.

Über die Freibeträge hinaus haben sich der DGB und die Gewerkschaften dafür ausgesprochen, die Wirtschafts- und Finanzpolitik neu auszurichten, die sozialen Sicherungssysteme solidarisch zu erneuern, die notwendige Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt zu nutzen und zu fördern, Tarifpolitik und Mitbestimmung innovativ weiterzuentwickeln und das Thema Innovation und Bildung stärker in den Mittelpunkt von Reformpolitik zu stellen. Dieses Programm lässt sich unter der Überschrift „sozial gerechte Modernisierung“ zusammenfassen.

Schließlich vertreten die Gewerkschaften die Interessen der abhängig beschäftigten Menschen und nicht nur ihrer immer noch sieben Millionen Mitglieder. Ziel ihres Handelns ist es, die Arbeits- und Lebensbedingungen so positiv wie möglich zu gestalten. Dazu gehört es auch, sie vor den Risiken der globalisierten Wirtschaft zu schützen. Und dafür zu sorgen, dass sie die Chancen nutzen können, die diese Wirtschaft ohne Frage auch bietet.

Natürlich gewinnen auch internationale Einflussfaktoren an Bedeutung für die nationale Politikgestaltung – von der Globalisierung allgemein bis hin zu sehr konkreten Richtlinien der EU-Kommission. Aber: die deutsche Politik vermittelt seit Jahren den Eindruck, unsere Gesellschaft sei bloß Opfer dieser Entwicklungen. Das ist Unsinn, wir profitieren von der Globalisierung und können sie genauso gestalten wie den demographischen Wandel. Nur ist die Frage, ob die bisher angewendete Rezeptur der Deregulierung dafür geeignet ist. Im Zeitalter des „Politainment – der Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft“ (Andreas Dörner) zählen aber nur noch die einfachen Antworten. Diese Entwicklung wird von beiden Seiten, also Politik und Medien, befördert. Verkauft wird von den spin doctors allemal wichtiger genommen als politische Inhalte. Das Programm reduziert sich auf bedruckte Schuhsohlen. Der in Berlin tätige und verselbständigte politisch-journalistische Komplex lässt Zweifel oder gar Kritik an seinem Handeln nicht zu.

spw 4 / 2005

Sind die Gewerkschaften noch zu retten?

Gewerkschaftsmitgliedschaft im Wandel und die Folgen für die politische Strategie

Von Eckhart Seidel und Michael Schlese

Die Gewerkschaften werden einheitlich wahrgenommen: Einerseits wird allerorten der Mitgliederverlust – und damit ein Repräsentanzverlust – konstatiert bis beklagt, andererseits genießen gewerkschaftliche Aktionen eine verhältnismäßig große öffentliche Wahrnehmung. Hierzu trägt die enge Bindung der Politik an die Meinungsbildung in und zwischen den Gewerkschaften bei. Die tatsächliche Zahl und die soziale Struktur der Mitglieder gerät dabei nicht selten aus dem Blick. Und Strategien zum Erhalt und zur Modernisierung gewerkschaftlicher Interessenvertretung werden eher verdunkelt als aufgehellte. Wir wollen uns daher, ausgehend von empirischen Daten zur sozialen Struktur der Gewerkschaftsmitglieder über mögliche Strategien einer zeitgemäßen Mitgliederpolitik Gedanken machen. Unsere These ist, dass bisher die Gewerkschaftsmitglied-

schaft eher eine „Schönwetterveranstaltung“ war, die nicht unwesentlich politisch motiviert wurde. Dies strategisch fortzusetzen – was wir die „Stärkung der Stärken“ nennen – halten wir aus Gründen des Wandels im Beschäftigungssystem und des Generationenwechsels für nicht möglich. Vielmehr könnte der Weg eines bewussten Aufgreifens der strukturellen Schwächen in der Gewerkschaftsmitgliedschaft gegangen werden. Dies nennen wir die „Bekämpfung der Schwächen“. Für unsere Recherchen nutzen wir die für die Bevölkerung der Bundesrepublik repräsentativen Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Hier werden in jährlich wiederholten Befragungen sowohl objektive Strukturdaten – aus der Perspektive der Betroffenen – als auch subjektive Einstellungen ermittelt.

1. Entwicklung und Struktur der Gewerkschaftsmitglieder

Im Jahr 1985 geben gemäß SOEP hochgerechnet 7,878 Mio. Personen an, Mitglied einer Gewerkschaft zu sein. Bis zum Jahr 1993 steigt diese Zahl – überwiegend vereinigungsbedingt – auf 12,03 Mio., um dann wieder auf 8,627 Mio. in 2003 zu sinken. 75,5% der Gewerkschaftsmitglieder waren 1985 abhängig beschäftigt. Im Jahr 2003 waren es noch 65,8%. Der Anteil der nicht Erwerbstätigen, der Arbeitslosen und Rentner an den Gewerkschaftsmitgliedern betrug in 1985 19,1%, im Jahr 2003 waren es 30,2%. Der Anteil der Rentner stieg von 14,1% in 1985 auf 22,8% in 2003. In den Jahren 1985 bzw. 2003 betrug der Anteil der Arbeiter 40,9% bzw. 27,9%, der Angestellten 23,4% bzw. 27,3%, der Beamten 11,2% bzw. 10,6%. Der Anteil der gelernten Facharbeiter (eine für die praktische Organisationsmacht wichtige Gruppe) sank von 20,4% in 1985 auf 13,9% in 2003. Auch der Anteil der Auszubildenden und Praktikanten (eine Reserve für zukünftige gewerkschaftliche Partizipation) sank von 4,2% auf 2,5%.

Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder ist also im Zeitverlauf (1985 bis 2003) insgesamt leicht gestiegen, im Vergleich zu dem hohen Wert nach der Wiedervereinigung aber dramatisch gesunken. Dabei gab es deutliche Verschiebungen in der Struktur der Gewerkschaftsmitglieder zu Lasten der Beschäftigten und zu Gunsten der Nicht-Erwerbstätigen, Rentner und Arbeitslosen. Innerhalb des Segmentes der Beschäftigten nahm der Anteil der Arbeiter und insbesondere der gelernten und Facharbeiter im Zeitverlauf deutlich ab. Der Anteil der Angestellten nahm zu, der Anteil der Beamten blieb dagegen nahezu konstant. Der Anteil des öffentlichen Dienstes an den Gewerkschaftsmitgliedern ist überproportional hoch.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad kann unterschiedlich bestimmt werden: Aber nur der Nettoorganisationsgrad (NOG) lässt ernsthafte Aussagen über die Verankerung der Gewerkschaften in den Betrieben und damit über ihre tatsächliche Kampfkraft zu. Der NOG bezeichnet den Quotienten aus den abhängig beschäftigten Gewerkschaftsmitgliedern und den abhängig Beschäftigten insgesamt. Der NOG ist im Zeitverlauf deutlich gesunken, obwohl die Mitgliederzahlen absolut gestiegen sind. Er sank von 25,15% im Jahre 1985 auf 17,62% in 2003. Wie wir in unseren Recherchen zudem sahen, sank die relative Anzahl der Erwerbstätigen im primären Sektor (Grundstoffindustrie und Landwirtschaft) und sekundären Sektor (verarbeitendes Gewerbe) im Zeitverlauf (1985 bis 2002), wohingegen es im tertiären Sektor (Handel, Banken, Versicherungen und produktionsnahe Dienstleistungen) und quartären Sektor (sonstige Dienstleistungen, Erziehung und Wissenschaft sowie öffentliche Verwaltung) Zuwächse gab. Diese Tendenz ist auch bei den Gewerkschaftsmitgliedern erkennbar. Allerdings finden wir hier deutliche Verschiebungen. Der Verlust der Erwerbstätigen im sekundären Sektor war bei den Gewerkschaften stärker ausgeprägt als bei den Erwerbstätigen insgesamt. Hierbei ist zu bedenken, dass sich die Gewerkschaften nach dem Krieg ganz wesentlich aus diesem Sektor speisten, was man noch für das Jahr 1985 mit einem Anteil von 54,9% der erwerbstätigen Gewerkschaftsmitglieder erkennen kann. Der quartäre Sektor dagegen verzeichnet einen bemerkenswerten Zugewinn an Gewerkschaftsmitgliedern. Während 1985 24,1% der erwerbstätigen Gewerkschaftsmitglieder dort tätig waren, finden wir in diesem Bereich im Jahr 2002 dort bereits 33,3% der Gewerkschaftsmitglieder. Diese Verschiebung in der Mitgliederstruktur speist sich ganz wesentlich und überproportional aus dem Wachstum des öffentlichen Dienstes.

Der Schrumpfungprozess bei den beschäftigten Gewerkschaftsmitgliedern ist nicht die Folge einer quantitativen Erosion des Beschäftigungssystems: Der Anteil der Beschäftigten bei den Übrigen (= Nicht-Mitgliedern) hat um 4,4 % zugenommen, bei den Gewerkschaftsmitgliedern um 9,7 % abgenommen. Besonders deutlich ist der Verlust bei den Arbeitern (-13%), der nur teilweise durch einen Zugewinn bei den Angestellten ausgeglichen wird (ein Zuwachs um 3,9 %, bei den Übrigen waren es 6,2%). Dramatisch ist der Zuwachs der nicht Erwerbstätigen, Arbeitslosen und Rentner (11,1%), die bei den Übrigen sogar leicht abgenommen haben (-1,1): Insbesondere die Nicht-Erwerbstätigen haben in ihrer Bedeutung abgenommen (von 17,1% auf 8,7% der Befragten), wohingegen die Rentner (23,4% zu 27,6%) und die Arbeitslosen (4,1% zu 7,2%) in ihrem Anteil gestiegen sind.

Der Anteil der Facharbeiter hat bei den Übrigen im Zeitverlauf geringfügig abgenommen, während er bei den Gewerkschaftsmitgliedern deutlich gesunken ist. Das Wachstum des Anteils der Angestellten bei den Gewerkschaftsmitgliedern vollzieht mit schwächerer Ausprägung das Wachstum bei den Übrigen nach. Die Beamten sind relativ konstant vertreten; ein leichtes Sinken beim einfachen und mittleren Dienst steht einer Steigerung beim gehobenen und höheren Dienst gegenüber.

55,1% der Gewerkschaftsmitglieder sind 2003 voll erwerbstätig, 1985 waren es 72,3% der Mitglieder. Zum Teil ist diese Veränderung auf die Zunahme des Anteils der teilzeitbeschäftigten Mitglieder (1985: 4,47%, 2003: 10,17%) und der geringfügig Beschäftigten zurückzuführen, zum anderen auf die deutliche Zunahmen der nicht erwerbstätigen Gewerkschaftsmitglieder von 19,9% in 1985 auf 29,5% in 2003.

Es liegt die Vermutung nahe, dass diese Verschiebung in der Mitgliederstruktur die Veränderung im Beschäftigungssystem insgesamt widerspiegelt. Das ist aber nur zum Teil der Fall: In der Tat hat der Anteil der voll Erwerbstätigen an den Befragten insgesamt (die Bevölkerung ab 17 Jahre) von 42,1% in 1985 auf 37,3% in 2003 abgenommen. Der Anteil der nicht Erwerbstätigen ist mit ca. 46% nahezu konstant geblieben. Der Wandel in der Struktur der Gewerkschaftsmitglieder überzeichnet also zum einen den Wandel der Erwerbsstruktur, zum anderen weicht er hinsichtlich des Anteils der nicht Erwerbstätigen davon ab. Ursache sind der wachsende Anteil der Arbeitslosen an den Gewerkschaftsmitgliedern und die Altersstruktur (siehe unten) bzw. der Anteil der Rentner. Wir erkennen also nicht nur eine Verschiebung im Beschäftigungssystem hinsichtlich der Erwerbstätigkeit, sondern auch

hinsichtlich der sektoralen Zugehörigkeit. Der traditionell gewerkschaftlich wichtige, sekundäre Sektor sinkt in seiner Bedeutung, während der quartäre Sektor deutlich zunimmt. Der tertiäre Sektor hinkt sogar leicht zurück. Die Verschiebung der Struktur der Gewerkschaftsmitglieder im Zeitvergleich vollzieht nicht einfach diesen Wandel in der Beschäftigtenstruktur insgesamt nach. Wir konstatieren einen überproportionalen Verlust bei den Arbeitern, einen unterproportionalen Anstieg bei den Angestellten und eine leichte Verschiebung bei den Beamten zugunsten der höheren Dienstgruppen. Der Trend bei den Nicht-Erwerbstätigen, Arbeitslosen und Rentner ist geradezu gegenläufig. Nicht nur der NOG sinkt also im Zeitverlauf, sondern die Bedeutung des tertiären und quartären Sektor wächst deutlich auf 60% der erwerbstätigen Gewerkschaftsmitglieder. Es wäre also falsch, eine Erosion der gewerkschaftlichen Organisationsmacht, die sich im NOG ausdrückt, auf den Wandel des Beschäftigungssystems zu schieben.

Wie sieht nun die Sozialstruktur der Gewerkschaftsmitglieder im Jahr 2003 aus?

Ganz deutlich ist eine Überalterung der Gewerkschaftsmitglieder im Vergleich zu den übrigen Befragten bis zum 56. Lebensjahr zu konstatieren. Insofern nicht ausreichend jüngere Mitglieder gewonnen werden können (siehe unten), wird das in wenigen Jahren zu einem dramatischen Strukturproblem führen, bereits jetzt sind 55% der Gewerkschaftsmitglieder 47 Jahre und älter. Männer sind in den Gewerkschaften deutlich überrepräsentiert, ebenso Angehörige des öffentlichen Dienstes. Letzteres widerspiegelt sich auch in der Größe der Betriebe, in denen die Befragten beschäftigt sind.

Die Privatwirtschaft ist im Gegensatz zum öffentlichen Dienst – hinsichtlich der Beschäftigten – mittelständisch geprägt. Wenn 64,6% der beschäftigten Gewerkschaftsmitglieder in Betrieben über 200 Beschäftigten tätig sind, ist das eindeutig der Ausdruck des überproportionalen Anteils des öffentlichen Dienstes (37,5% gegenüber 24,0% der Übrigen) bei den Gewerkschaftsmitgliedern.

Wie erleben die Gewerkschaftsmitglieder ihre Beschäftigung im Unterschied zu den Übrigen?

Bei dem Vergleich der beruflichen Erwartungen der Gewerkschaftsmitglieder und der übrigen Erwerbstätigen fällt auf, dass die beruflichen Erwartungen hinsichtlich der Suche nach einer neuen Stelle bzw. des Arbeitsplatzverlustes oder des Berufswechsels bei den Mitgliedern besser sind als bei den Übrigen. Lediglich der berufliche Abstieg wird als wahrscheinlicher empfunden.

Trotzdem: 58,1% der Gewerkschaftsmitglieder machen sich große Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung (bei den Übrigen sind es 54,5%). Aber nur 23,3% der Gewerkschaftsmitglieder machen sich um die eigene wirtschaftliche Situation große Sorgen (bei den Übrigen sind es 24,3%). Und nur 17,8% der Mitglieder machen sich große Sorgen um die Arbeitsplatzsicherheit (Übrige: 15,6%).

In den Zufriedenheiten mit verschiedene Lebensbereichen unterscheiden sich Mitglieder von Nicht-Mitgliedern kaum und nur in drei – allerdings auffälligen – Punkten: Die Mitglieder sind zufriedener mit dem Haushalts-Einkommen und der Freizeit als die Nicht-Mitglieder, und unzufriedener mit dem Zustand unserer Umwelt. Determinanten der Gewerkschaftsmitgliedschaft

Eine Faktorauswertung zeigt, dass das Alter den stärksten Einfluss auf die Mitgliedsentscheidung hat, gefolgt von der Beschäftigung im öffentlichen Dienst, dem Geschlecht, der Betriebsgröße und der benötigten Ausbildung. Der typische Gewerkschaftler ist älter als 40, männlich, arbeitet in Westdeutschland in einem Betrieb über 200 Beschäftigte und hat eine abgeschlossene Berufsausbildung. Wahrscheinlicher (mit 37,5%) als der Durchschnitt der Beschäftigten (24,0%) arbeitet er/sie zudem im öffentlichen Dienst.

Diese statistische Betrachtung enthält wenig Informationen darüber, wie sich die Mitglieder hinsichtlich Eintritt und Austritt verhalten. Deshalb haben wir dieses Verhalten im Vergleich der Jahre 2001 zu 2003 untersucht, falls die Befragten in beiden Jahren geantwortet haben. Für den Vergleich der Jahre ergeben sich 1,9 Mio. Austritte und 1,2 Mio. Eintritte, also im Saldo ein Verlust von 700 Tausend Mitgliedern (Todesfälle und sonstige statistische Ausfälle nicht gerechnet, im Vergleich der hochgerechneten Fallzahlen erhalten wir ein Saldo von 800 Tausend Befragten).

Erwartungsgemäß treten Jüngere eher ein und Ältere eher aus. Für alle Jahrgänge ist der Saldo aber negativ. Die Erwerbstätigkeit ist – ebenfalls erwartungsgemäß – eher ein Grund zum Eintritt, während die Nicht-Erwerbstätigkeit ein Grund zum Austritt ist. Die Beschäftigung im öffentlichen Dienst begünstigt den Eintritt. Hinsichtlich der Betriebsgröße ist das Bild nicht eindeutig, da sowohl kleine als auch größere Betriebe einen höhere Zahl von Eintritten haben, im Saldo sind aber auch hier alle Größenklassen negativ. Im Hinblick auf die benötigte Ausbildung sind sowohl geringe als auch hohe Qualifikationen bei den Eintritten deutlich bevorzugt.

Die beruflichen Zukunftserwartungen in den Jahren 2001 bis 2003 lassen sich mit-

tels Faktoranalyse zu drei Komponenten zusammenfassen:

- Umstieg: neue Stelle suchen, Arbeitsplatz verlieren, anderen Beruf ausüben, beruflicher Abstieg im Betrieb, Wechsel Vollzeit-Teilzeit.
- Aufstieg: beruflicher Aufstieg im Betrieb, Weiterqualifizierung, außertarifliche Gehaltserhöhung.
- Ausstieg: Erwerbstätigkeit aufgeben, Rente und Vorruhestand.

Diese Komponenten nun können wir zur Mitgliederentwicklung 2001 bis 2003 in Beziehung setzen. Demnach gibt es praktisch keine Korrelation zwischen Umstieg und Mitgliedschaft, aber eine leicht positive Korrelation zwischen Aufstieg und Mitgliedschaft und eine leicht negative Korrelation zwischen Ausstieg und Mitgliedschaft. Negativ erlebte Veränderungen im Sinne eines Arbeitsplatz- oder Berufswechsels oder auch des erwarteten Abstiegs im Betrieb scheinen so gut wie keinen Einfluss auf die Mitgliedschaft zu haben, wohingegen sich der erwartete Aufstieg im Sinne einer erhöhten Eintrittsbereitschaft und der Ausstieg im Sinne einer erhöhten Austrittsbereitschaft auswirkt. Das alles natürlich vor dem Hintergrund, das die Saldi zwischen Eintritt und Austritt in fast allen strukturellen Bereichen negativ sind. Wir können dies u.a. so interpretieren, dass durch stärkere Identifikation mit der eigenen beruflichen Stellung die Neigung zu gewerkschaftlichem Engagement zu wachsen scheint und die Mitglieder von ihren Gewerkschaften mehr zu sein erwarten, als eine reine Lohnmaschine.

Die Gewerkschaftsmitgliedschaft speist sich also nicht aus prekären Beschäftigungsbedingungen. Ein Verlust derselben vollzieht sich eher unabhängig von der Veränderung dieser Bedingungen. Bessere Bedingungen sind dem Eintritt wohl förderlicher als schlechtere Bedingungen. Insbesondere der erwartete oder tatsächliche Verlust des Arbeitsplatzes scheint sich zuweilen befördernd auf den Austritt auszuwirken, der berufliche Abstieg im Betrieb dagegen befördernd auf den Eintritt. Zusammengenommen haben diese negativen Veränderungen kaum Einfluss auf das Eintrittsverhalten. Anders ist es mit dem beruflichen Aufstieg (Eintritt) oder dem erwarteten Ausstieg (Austritt, allerdings nicht flächendeckend, sonst gäbe es nicht so viele Nicht-Erwerbstätige unter den Mitgliedern).

Eine rein politische Entscheidung ist die Mitgliedschaft aber auch nicht, wobei Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung wohl eine Rolle spielen. Das geringere Interesse für Politik bei den Eingetretenen im Unterschied zu den Ausgetretenen ist altersbedingt: Das Interesse für Politik ist bei den Älteren deutlich ausgeprägter als bei den

Jüngeren. 29,2% der 17 bis 26 Jährigen sagen 2003, dass sie sich stark bis sehr stark für Politik interessieren, bei den 47 bis 56 Jährigen sind es 43,6%. Das erklärt, warum bei den eintretenden eher Jüngeren das Interesse für Politik geringer ist als bei den austretenden eher Älteren. Insgesamt ist das Interesse für Politik bei den Gewerkschaftsmitgliedern deutlich stärker ausgeprägt als bei den Übrigen: 48,6% der Gewerkschaftler/innen äußern 2003 ein starkes bis sehr starkes Interesse, bei den Übrigen sind es 40,3%. Dies gilt, wenn auch in geringerem Maße ebenfalls für die jüngeren Gewerkschaftsmitglieder, die verglichen mit ihrer Generation immer noch ein höheres politisches Interesse angeben. Wir können also vermuten, dass zumindest in der Vergangenheit politische Motive beim Gewerkschaftseintritt (neben traditionellen Faktoren) eine Rolle spielten. In der Regel ist eine schlechte individuelle wirtschaftliche Lage nicht der entscheidende Faktor für die Mitgliedschaft. Insofern die Jüngeren politisch weniger interessiert sind und gute individuelle wirtschaftliche Lagen weniger werden, erklärt das schlüssig den Mitgliederschwund und die Überalterung der Gewerkschaften. Wir haben Hinweise darauf gefunden, dass bei den im Vergleich zu den Älteren politisch weniger interessierten Jüngeren (die gleichwohl als Gewerkschaftsmitglieder stärker interessiert sind als ihre Altersgenossen) ein unmittelbares Ungerechtigkeitsempfinden eine Rolle bei den Eintritten spielt.

2. Folgerungen für die politische Strategie

Wir können sagen, dass angesichts der Altersstruktur, die auf einen Eintritt in konjunkturell besseren Zeiten schließen lässt, der Überrepräsentanz des öffentlichen Dienstes sowie der für die Mitglieder höheren Arbeitsplatzsicherheit angenommen werden kann, dass die Gewerkschaftsmitgliedschaft – zumindest in der Vergangenheit – eher eine „Schönwetterveranstaltung“ war. Die Gewerkschaften sind getragen von älteren Arbeitnehmern in Normalarbeitsverhältnissen, die in ihrer Beschäftigung zudem wenig bedroht sind. Aber was bedeutet dieser Befund nun für die künftig gewerkschaftliche Strategie? Der sektorale Wandel der letzten 25 Jahre findet in der strukturellen Zusammensetzung der Gewerkschaftsmitgliedschaft keinen oder nur wenig Niederschlag. Die unzureichende Repräsentanz von Frauen, jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Beschäftigten in kleinen und mittleren Betrieben machen dies deutlich. Ebenso die Verschiebung der Beschäftigungsmöglichkeiten zwischen den Sektoren, die in den Gewerkschaften nur unvollständig repräsentiert wird. Zum anderen wird deutlich, dass die neuen Risiken prekärer Beschäftigung offen-

sichtlich gewerkschaftlich kaum organisiert werden. Der Abbau von Arbeitnehmerrechten und berufliche Unsicherheit treibt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eben nicht automatisch den Gewerkschaften in die Arme.

Da der Schrumpfungprozess der Mitgliedschaft und das Sinken der Repräsentanz der Beschäftigten durch die Gewerkschaften (gemessen am NOG) dramatisch sind, stellt sich die Frage nach den Reaktionsmöglichkeiten der Gewerkschaften. Es kommen zwei strategische Optionen in betracht:

(1) „Strategie der Stärkung der Stärken“:

Zum einen könnten sie versuchen, die bisherige Entwicklung in ihren positiven Aspekten verstärkt zu nutzen: Sie müssten dazu die Probleme des Beschäftigungssystems stärker politisieren und sich damit an diejenigen wenden, die von den negativen Folgen (noch) nicht so stark betroffen sind. Die Mitgliederwerbung und -betreuung konzentriert sich auf die Klientel, in denen die Gewerkschaften heute immer noch stark sind. Dies sind vorwiegend Männer, die in Großbetrieben, insbesondere auch in Betrieben des öffentlichen Dienstes arbeiten, überdurchschnittlich qualifiziert sind und die Vorzüge vergleichsweise sicherer Beschäftigungsverhältnisse genießen.

(2) „Strategie der Bekämpfung der Schwächen“:

Zum anderen könnten die Gewerkschaften versuchen, gerade die Defizite aufzugreifen. Auffällige Defizite bestehen bei der jüngsten Altersgruppe (17 bis 26 Jahre), bei den geringfügig Beschäftigten, den Beschäftigten in kleinen Unternehmen, Arbeitnehmer/innen ohne Ausbildung oder mit abgeschlossener Fachhochschulbildung. Für diese Gruppen müssten spezifische Angebote entwickelt werden, wobei das geringere politische Interesse der Jüngeren ebenso zu berücksichtigen ist wie die prekären Beschäftigungsverhältnisse der geringfügig Beschäftigten und der Arbeitnehmer/innen in kleinen Unternehmen. Die wahrgenommene Arbeitsplatzunsicherheit 2003 ist in KMU nämlich höher als in größeren Unternehmen. Diese Strategie bedeutet die Hinwendung zu neueren Branchen (größtenteils ohne gewerkschaftliche Tradition), jüngeren Arbeitnehmern und vor allem Arbeitnehmerinnen.

Beide Ansätze sind durchaus ernst zu nehmen. Die Gewerkschaften haben die Wahl zwischen diesen beiden Strategien, die sich teilweise ausschließen, da sie entweder an den „politisierten“ Normalarbeitsverhältnissen ansetzen oder an einer erlebten Erosion derselben. Unabhängig davon müssen sich die Gewerkschaften wirtschaftlich auf einen kontinuierlichen Schrumpfungsprozess ihrer Mitglieder einrichten.

Die Strategie der Stärkung der Stärken verspricht einfachere und schnellere Erfolge. Die soziale Struktur der Mitglieder und der Zielgruppe sind weitgehend identisch. Dies macht eine widerspruchsfreiere Interessenvertretung möglich. Für Arbeitnehmer ab 40 ist es noch nicht zu spät, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Aufgrund ihrer politischen Einstellungen sind sie leichter ansprechbar.

Auf der anderen Seite bedeutet diese Strategie auch die Spaltung der Arbeitsgesellschaft in einen gewerkschaftlich vertretenen relativ abgesicherten Bereich und nicht durch gewerkschaftliche Teilhabe regulierte Wirtschaftsbereiche, in denen Beschäftigung häufig prekär ist. Auf lange Sicht kann dies keine tragfähige Strategie sein, bedeutet doch der Rückzug der Gewerkschaften auf einige Inseln der Ökonomie letztlich ihren Untergang durch Aussterben.

Bei der Durchsetzung einer Strategie der Bekämpfung der Schwächen sehen wir zwei Kardinalprobleme:

* Die Klientel (Jüngere, Frauen, Beschäftigte in KMU, Beschäftigte in einfachen und / oder prekären Beschäftigungsverhältnissen) ist schwer zu gewinnen als die bisherige Klientel (relativ gut situierte, politisch interessierte qualifizierte Arbeitnehmer in größeren Unternehmungen mit Normalarbeitsverhältnissen sowie im öffentlichen Dienst). Der Aufwand ist beträchtlich höher, die Betreuung schwieriger und der wirtschaftliche Effekt aus den Mitgliedsbeiträgen niedriger.

* Eine Orientierung an der schwierigen Klientel kann die traditionellen Mitglieder vergraulen, weil gewohnte Standards der Normalbeschäftigung möglicherweise verlassen werden müssen um den veränderten Beschäftigungschancen zunächst einmal eine tarifliche Struktur zu geben. Die Gewerkschaften müssen sich auf die Kultur der Branchen einlassen, die bisher als schwierig und beschäftigungspolitisch sündhaft empfunden wurden. Das wird aber wohl nicht ohne – negative – Folgen für die gutsituierten Noch-Mitglieder bleiben.

Soll die Erschließung neuer gewerkschaftlicher Zielgruppen gelingen, müssen Sie sich politisch, wie organisatorisch diesem Ziel entsprechend neu aufstellen.

Auf der politischen Ebene bedeutet dies:

* Durch Identifikation mit der eigenen beruflichen Stellung scheint die Neigung zu gewerkschaftlichem Engagement zu wachsen. Dies bedeutet, dass die deutschen Gewerkschaften gerade in den neuen Dienstleistungsberufen ohne lange Tradition sich die Förderung eines Berufsstolzes auf die Fahnen schreiben müssen. So muss sichergestellt werden, dass beispielsweise die Diskussion über einen Niedriglohnsektor von den dort Beschäftigten nicht als stigmatisierend empfunden wird.

* Mitglieder erwarten von ihren Gewerkschaften mehr zu sein, als eine reine Lohnmaschine. Es geht nicht nur um die Lohnhöhe, sondern auch und gerade um Gerechtigkeit. Dabei spielt, wie unsere Auswertung gezeigt hat, die Frage des innerbetrieblichen Karriereauf- oder -abstieges eine wichtige Rolle für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Deshalb könnte auch von betrieblichen oder tariflichen Regelungen, die individuelle Entwicklungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten schaffen, eine große Attraktivität ausgehen. Die Gewerkschaften würden somit vom Garant eines möglichst hohen Marktwertes der Arbeit zu einem Garant der Marktfähigkeit der Arbeit werden.

Organisatorisch bedeutet die Strategie der Bekämpfung der Schwächen, sich ganz bewusst auf eine Spaltung der Arbeitsgesellschaft einzustellen. Diese Spaltung vollzieht sich heute schon in jeder Fabrik mit ihrer Kernbelegschaft und den aus industriellen Dienstleistern und Leiharbeitnehmern bestehenden Peripheriebelegschaften. Es ist schwer vorstellbar, dass es gelingt, beide Gruppen von der gleichen Gewerkschaft oder gar noch durch den gleichen Gewerkschaftssekretär zu vertreten. Hier gilt es die Tradition der Organisation in Branchengewerkschaften kreativ zu nutzen.

spw 4/2005



Rechte in den Parlamenten
Vom rechten Rand der CDU bis zur NPD in Sachsen



Kostenloses Probeexemplar:

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
e-mail: aib@nadir.org
web: www.nadir.org/aib

Einzel exemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

Mut zur Gerechtigkeit – Offensiv werden

von Jutta Blankau und Daniel Friedrich

I.

Wer heute über eine innovative und vorwärtsgerichtete Arbeitnehmerpolitik redet, macht dies in einer schwierigen Zeit. Geprägt vom fehlenden Wirtschaftswachstum, medialer und realer Standortverlagerungen haben die Beschäftigten Angst vor dem Arbeitsplatzverlust. Das tagtägliche neoliberale Trommelfeuer einer großer Koalition, von FDP über CDU bis hin in weite Teile der SPD und Grüne, verunsichert die Arbeitnehmer, stimmt sie auf Verzicht ein und stellt alles unter das Primat der Ökonomie. Deutlich wird dies schon an der Spitze des Staates. War früher der Bundespräsident ein Präsident aller Deutschen und ein Wächter über das soziale Zusammenleben, so ist der von CDU und FDP ins Amt entsendete Horst Köhler weiterhin Banker. Die Losung „Vorfahrt für Deutschland“ (Köhler 2005) manifestiert eine Auffassung von einer Gesellschaft, die alles dem Markt unterzuordnen hat. Mitbestimmung, Teilhabe, soziale Absicherung bei Krankheit, im Alter oder Arbeitslosigkeit – alles muss hinten anstehen, zum Wohle des Gewinnes und Kapitals.

Gerade in solchen Zeiten, in der ein Klassenkampf von oben geführt wird, sind starke Gewerkschaften gefordert. Sie sind die Schutzmacht der Beschäftigten. Sie gestalten die Gesellschaft mit und kämpfen für gerechte Arbeits- und Lebensbedingungen im Betrieb und Staat. Nicht nur aus diesem Grunde sind die Gewerkschaften gefordert, wieder zur alten Stärke zurück zu finden. Dazu müssen neue Wege gegangen werden, alte Konflikte mit dem Kapital wieder aufgenommen, die Mitglieder einbezogen und gewerkschaftliche Strukturen in Betrieben wiederbelebt werden.

II. Das Interesse am Konsens verloren

15 Jahre nach der deutschen Einheit wird der Paradigmenwechsel auf Seiten der Unternehmen deutlich. Mit dem vermeintlichen Sieg des Kapitalismus über den real existierenden Sozialismus und der damit wegfallenden Systemkonkurrenz hat das Kapital das Interesse an einem sozialen Konsens in den Betrieben und der Gesellschaft verloren.

Anstelle eines sozialen gesellschafts- und tarifpolitischen Konsenses tritt die Orientierung am Shareholder Value. War das Ziel eines Unternehmens früher Gewinn zu machen, so wird dieser heutzutage vorausgesetzt und nur die Höhe als Maßstab gesetzt. Dass dies nicht nur bei den Global Playern der Fall ist – Deutsche Bank will eine Eigenkapitalrendite von 25 Prozent – sondern auch in kleineren Betrieben größerer Konzerne der Fall ist, zeigt die Firma Ultratroc in Flensburg. Der US-Mutter reichte die Rendite von 5 Prozent nicht. Eine höhere Rendite sollen die Beschäftigten durch Zugeständnisse bei ihren Einkommen und vor allem der Arbeitszeit ermöglichen. War es früher selbstverständlich, dass Unternehmen in ihre Standorte investierten, um damit die Firma und die Arbeitsplätze zu sichern, so verlangen die Geschäftsführungen heute Zugeständnisse für Investitionen.

Bei Philips in Hamburg will die Geschäftsführung nur investieren, wenn die Beschäftigten zu einer Lohnkostensenkung von 25 Prozent bereit sind. Ohne diese Investitionen und den damit neuen Produkten sind aber in den nächsten Jahren mehrere hundert Arbeitsplätze in Gefahr. Die Verantwortung hierfür überträgt das Kapital den Beschäftigten. „Verzichtet, dann kriegt ihr die Investitionen, wenn nicht, dann seid ihr eben selber schuld“. Diese Beispiele lassen sich weiterführen. Ob Großkonzern oder Mittelstand, überall werden die Arbeitnehmer unter dem Vorwand einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit erpresst. Die Verantwortung für die Arbeitsplätze und die Standorte sollen nur noch einseitig von den Beschäftigten getragen werden. Damit geben die Unternehmen den sozialen Konsens und damit den „rheinischen Kapitalismus“, nämlich die soziale Marktwirtschaft zugunsten eines marktradikalen Kapitalismus, in Deutschland auf. Eine Politik des Ausgleichs, in der alle Beteiligten an einer gemeinsamen Lösung arbeiten, ist vorbei.

Deutlich wird dies auch an der Tarifbindung der Unternehmen. In der westdeutschen Metall- und Elektroindustrie unterliegen zwar immer noch 74 Prozent der Beschäftigten dem Flächentarifvertrag, trotzdem ist dies ein Rückgang seit 1998 um ca.

sechs Prozent. In Ostdeutschland haben nur noch 43 Prozent der Beschäftigten eine Tarifbindung über den Flächentarifvertrag, ein Rückgang gegenüber 1998 um acht Prozent (IAB-Daten für die Investitionsgüterindustrie). Ist der Rückgang bei der Tarifbindung der Beschäftigten vielleicht noch moderat, so wird der zunehmende Bedeutungsverlust des Flächentarifvertrages beim Blick auf die Tarifbindung der Betriebe deutlich. Von 1993 bis 2003 sank die Zahl der Betriebe, die über einen Verbandstarifvertrag tarifgebunden waren, um knapp 17 Prozent. Gleichzeitig hat sich im selben Zeitraum die Anzahl der Firmentarifverträge in der Metall- und Elektroindustrie auf 1.336 erhöht und sich damit mehr als verdoppelt (IG Metall Vorstand/ Funktionsbereich Tarifpolitik).

Wurden in der Vergangenheit in 3/4 der Firmentarifverträgen weitgehend die Regelungen des Flächentarifvertrages übernommen, ist dies heute nur noch in einem Drittel der Fall. Hinzu kommt, dass die Anzahl der Betriebe in den OT-Arbeitgeberverbänden (Ohne Tarif heißt, dass der Verband alle Leistungen bis auf die Tarifpolitik und -bindung anbietet) weiterhin zunimmt. Dass Gesamtmetall nun auf Bundesebene die Vertretung der OT-Verbände unter anderem in den Bereichen der Sozial- oder Berufsbildungspolitik übernimmt, unterstreicht deren wachsenden Einfluss. Die volkswirtschaftliche Wirkung des Tarifvertrages, innerhalb einer Branche für gleiche Konkurrenzbedingungen, Schutz- und Ordnungsfunktionen zu sorgen, wird damit unterlaufen. Statt über Innovationen und bessere Produkte zu konkurrieren, versuchen so viele Unternehmen durch Lohndumping Wettbewerbsvorteile zu erhaschen. Die dadurch zunehmenden betrieblichen Konflikte führen die Gewerkschaften wieder an die Wurzel ihrer Entstehung, in den Betrieb zurück.

III. Die Menschen mitnehmen

Bei Licht betrachtet müssen die Gewerkschaften zur Kenntnis nehmen, dass sie in vielen Betrieben nicht mehr konflikt- und arbeitskampffähig sind. Die Gründe dafür sind vielfältig. Mitgliederverluste, Angst vor dem Arbeitsplatzverlust, Zerschlagung des Betriebes in einzelne eigenständige Gesellschaften oder Resignation vor einer vermeintlich unlösbaren Situation schwächen die Kampfkraft. Doch gerade, wenn immer mehr Auseinandersetzungen im Betrieb stattfinden, muss dort wieder Ge-

genmacht organisiert werden. Ein Schlüssel hierzu wird eine intensivere und aktivere Beteiligung der Mitglieder sein.

Der Vertrauensverlust der Menschen in Institutionen geht auch an den Gewerkschaften nicht spurlos vorbei. Um diesen Vertrauensverlust wett zu machen, müssen die Gewerkschaften und ihre örtlichen wie betrieblichen Funktionäre die alte Stellvertreterpolitik mit einer neuen beteiligungsorientierten Betriebspolitik erneuern. Es reicht nicht mehr aus, nur grob über die Probleme oder Forderungen der Arbeitgeber zu informieren und später, nach mehr oder weniger langen Verhandlungen, ein Ergebnis zu präsentieren. Die Mitglieder müssen und wollen in diesen Prozess aktiv einbezogen werden. Sie entscheiden über die Aufnahme von Verhandlungen. Sie wählen und stellen die betriebliche Tarifkommission und Verhandlungskommission und werden kontinuierlich über den Verhandlungsverlauf informiert. Ihre Ängste und Befürchtungen müssen aufgenommen werden, ohne auf Orientierung zu verzichten. Ihre Bedenken und Lösungsvorschläge müssen in die Strategie einbezogen werden und die von den Funktionären entwickelten Lösungsmöglichkeiten rückgekoppelt werden. Dies ist wahrlich nicht einfach. Zu komplex kann das Problem, zu differenziert die Interessen der Mitgliedergruppen sein. Doch ohne die Beteiligung der Mitglieder verliert jede Lösung ihre Akzeptanz, was sich in der Vergangenheit durch Mitgliederverluste deutlich machte. Partizipation heißt, zugleich Verantwortung für sich und seine Interessen zu übernehmen.

Ohne Mitglieder ist alles nichts

Ob bei der Abwehr von Arbeitgeberforderungen im Betrieb oder einer offensiven betrieblichen Interessenpolitik, ohne Mitglieder fehlt der Gewerkschaft die Mächtigkeit, Forderungen durchzusetzen oder abzuwehren. Es ist nicht das Know-how der Funktionäre oder der große Apparat, der eine Lösung ermöglicht. Allein die Mitglieder im Betrieb entscheiden über den Ausgang von Konflikten. Die Arbeitgeber werden den Druck in den Betrieben noch erhöhen und weiter versuchen die Beschäftigten gegeneinander auszuspielen. Wer sich gegen diesen Druck behaupten will, wer dem etwas entgegen setzen will, der muss sich organisieren.

Auch die gesellschaftliche Akzeptanz der Gewerkschaften entsteht durch ihre Mitgliederzahl. Aus diesem Grund müssen die Gewerkschaften wieder vermehrt ihr Handeln an die Frage der Mitgliedschaft knüpfen. Was bedeutet dies konkret? Die Gewerkschaften sind kein Sozialverein und keine Behörde zur Durchführung von

tarifvertraglichen oder betrieblichen Leistungen. Sie sind von Mitgliedern für Mitgliedern gegründet worden und darauf beruht ihr Handeln. In Betrieben, in denen der überwiegende Teil der Belegschaft organisiert ist, wird die Gewerkschaft weiterhin alles mögliche unternehmen. Sie wird personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung stellen, vor Ort aktiv werden, in Verhandlungen die Interessen der Mitglieder vertreten. Sie wird Interessenvertreterpolitik quasi Tag und Nacht durchführen. In den Betrieben, in denen die Beschäftigten meinen, sie kommen ohne die Gewerkschaft aus, da müssen sie es auch. Gewerkschaftlich organisierte Interessenvertreter und Mitglieder aus diesen Betrieben bekommen individuellen Service (zum Beispiel Rechtsberatung oder Rechtsschutz) rund um die Uhr. Aber die Gewerkschaft wird dann keine Verhandlungen im Namen der Belegschaft führen, keine Betriebsvereinbarungen ausarbeiten oder Gespräche mit Investoren oder Banken führen. Sie wird für diese Betriebe keine Ressourcen erübrigen können, es sei denn, die Belegschaft fängt an, sich zu organisieren. Ohne Mitgliedschaft wird es keine Bewegung in den Betrieben mehr geben können.

Mehr für Mitglieder?

Durch den im Sommer vom IG Metall Bezirk Nordrhein-Westfalen initiierten Mitgliederbonus, also tarifvertragliche Leistungen, die nur den Mitgliedern gewährt werden, wird die Frage, für wen Tarifverträge gelten, wieder verstärkt öffentlich diskutiert. Dies ist gut so, denn einen direkten Anspruch auf die tarifvertraglichen Leistungen haben nur Gewerkschaftsmitglieder.

Der Arbeitgeber gibt diese nur aus einem Grund an alle Beschäftigten weiter, weil er die Gewerkschaften unattraktiv machen und schwächen will. Würde er den Nicht-Mitgliedern nicht das gleiche zahlen, dann würde wohl über kurz oder lang fast der ganze Betrieb in die Gewerkschaft eintreten. Bei der Bonusregelung, die es auch schon vorher in anderen Bezirken gab, wird dies ausgeschlossen und nur für die Mitglieder garantiert. Ohne auf die rechtliche Lage eingehen zu wollen (diese erschwert eine bundesweite bzw. eine weitreichende Anwendung die Exklusiv-Regelungen), wird mit dem Bonus eines deutlich: Mitglieder bekommen mehr. Dies wird auch, Bonus hin oder her, über kurz oder lang auf alle Beschäftigten zukommen.

Fläche – Häuserkampf

In Zukunft wird die Tarifpolitik betrieblicher. Der Flächentarifvertrag, wie wir ihn kennen, wird an Bedeutung verlieren und nicht mehr wie in der Vergangenheit wie selbstverständlich von allem akzep-

tierte und anerkannte Mindestregelungen verbindlich festlegen. Ob wir allerdings auf ein Ende des Flächentarifvertrages oder auf eine andere Form – wie zum Beispiel in Skandinavien, wo in der Fläche eine Art Rahmentarifvertrag vereinbart wird, der dann jeweils betrieblich ausgestaltet wird – zulaufen, bleibt abzuwarten. Eines zeichnet sich allerdings jetzt schon ab: Die Regelungen werden vermehrt in den Betrieben entschieden. Ob die betrieblichen Angriffe der Arbeitgeber u.a. auf das Urlaubs- oder Weihnachtsgeld zurückgewiesen werden können, entscheiden die Beschäftigten über ihre Mitgliedschaft und ihre Kampfkraft in den Betrieben. Es wird der Grundsatz gelten: Nur in den gut organisierten Betrieben bekommen die Beschäftigten einen guten Tarifvertrag. Schlecht organisierte Betriebe erhalten andere – schlechtere – Bedingungen.

IV. Angriff ist die beste Verteidigung

Nichts ist für eine Organisation schlimmer, als über einen langen Zeitraum in der Defensive zu stecken. Wenn man nur abwehrt, das Schlimmste versucht zu verhindern, und trotzdem am Ende des Konfliktes etwas abgeben muss, also etwas verliert, entsteht ein Verlierer-Image. Ein solches Image ist für die Beschäftigten wenig attraktiv. Als Verlierer gewinnt man keine neuen Mitglieder. Die Gewerkschaften sind gefordert wieder offensiver zu werden. Also den Angriffen der Arbeitgeber offensiv und aggressiv zu begegnen, genauso wie selbst offensiv im Betrieb eigene Forderungen zu stellen. Mit einer Offensive kann man wieder erfolgreich werden. Eine erfolgreiche Organisation ist auch für die Beschäftigten interessant und attraktiv für eine Mitgliedschaft.

Die Themen für eine solche Offensive liegen auf der Hand. In der Arbeitszeitdebatte könnten die Gewerkschaften und Betriebsräte die Wünsche der Beschäftigten, z. B. nach einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, nach mehr eigene Entscheidungsfreiheiten, aufgreifen; oder Arbeitszeitregelungen fordern, die den Arbeitnehmern mehr Freiräume zur Weiterqualifizierung ermöglichen. Das neue Entgeltrahmenabkommen (ERA), ein Tarifvertrag, der die Gleichstellung von Angestellten und Arbeitern bei der Bezahlung und zugleich moderne Bedingungen und Kriterien bei der Entgeltgestaltung einführt, muss bis 2008 in den Betrieben umgesetzt werden. Hierin besteht die Chance die Beschäftigten offensiv zu beteiligen. ERA darf nicht technokratisch umgesetzt werden, sondern mit den Beschäftigten und ihren jeweiligen unterschiedlichen Interessen. Mit dem von der IG Metall initiierten Projekt „Gute Arbeit“ könnte man Verbesserungen in der Gestaltung von Arbeitsplätzen

Foto: Christian Kiel (Berlin)



zen einfordern und umsetzen. Das Einfordern von Innovationen sowie Investitionen und dadurch die Sicherung von

sen wir, dass auch der vermeintlich Schwächere den Starken besiegen kann. Mit der richtigen Technik wendet man

Beschäftigung im Betrieb würde eine Zukunftskompetenz aufzeigen. Es liegt nicht an den Themen. Für jeden Betrieb findet man das passende, wenn man denn will. Gewerkschaften und Betriebsräte müssen wieder von den Getriebenen zu den Treibenden werden.

Fazit

Vom Judo wissen wir, dass auch der vermeintlich Schwächere den Starken besiegen kann. Mit der richtigen Technik wendet man

die Energie des Stärkeren gegen ihn und bringt ihn so zu Fall. Wenn uns derzeit das Kapital übermächtig erscheint, sollten wir uns darauf besinnen, dass die Stärke der Gewerkschaften sich auf zwei Grundpfeiler stützt: Die Solidarität der Beschäftigten und die Stärke im Betrieb für eigene Forderungen zu streiten und zu kämpfen. Schaffen es die Gewerkschaften hieran wieder anzuknüpfen und darauf neue Antworten zu geben, dann müssen sie sich um ihre Zukunft keine Sorge machen. Dann werden sie aus einer erstarkten Betriebspolitik heraus wieder gesellschaftliche Gestaltungskraft gewinnen und mit ihren Bündnispartnern gemeinsam öffentlich Arbeitnehmerpolitik durchsetzen sowie Einfluss auf die Entwicklung eines sozialen europäischen Gesellschaftsmodell nehmen. Kurzum, die Gewerkschaften haben es selber in der Hand wieder eine wichtige, ernstzunehmende Gegenmacht zu sein.

spw 4 / 2005

Mitbestimmung in einer globalisierten Welt

Oder: Wie man das Rad verliert und wieder neu erfindet

Von Wolfgang Weinz

„Wenn ganze Völker gesagt bekommen, entscheidende Aspekte ihres Lebens – Lohn und Arbeit – könnten nicht von ihnen kontrolliert oder gar diskutiert werden, müssen daraus vielfältige Pathologien erwachsen. Neue Formen der sozialen Kontrolle des Kapitals sind für die Einlösung des Versprechens der Demokratie unverzichtbar.“

Norman Birnbaum, in: Die Zeit 44/1997

Vorbemerkung

Die Absage an die EU Verfassung in Frankreich und den Niederlanden, war nicht nur ein deutliches Signal gegen ein allzu schnelles und miserabel kommuniziertes Integrations- und Erweiterungstempo. Das Abstimmungsdebakel zeigt auch, dass die gewohnte, stillschweigende Gefolgschaft und die traditionellen Begründungen (Frieden, Wohlstand, Sicherheit) nicht mehr greifen. Die sog. politische Elite Europas hat das nicht nur zu spät erkannt, ihr fehlt es auch an Argumenten, die über die Wiederholung des Bekannten hinausgingen.

Wenn Osterweiterung und Globalisierung zuvorderst Unsicherheit bedeutet, dann gibt die EU und schon gar nicht die Verfassung darauf eine überzeugende Antwort.

Wie oberflächlich den Ängsten und Verunsicherungen begegnet wird, zeigt die gebetsmühlenartige Beschwörung des europäischen Sozialmodells zum Schutz und Trutz gegen die entfesselten Märkte und als leuchtendes Beispiel gegenüber dem angelsächsischen Kapitalismus. So wenig, wie ein halbwegs geschlossenes angelsächsisches Modell existiert, so schwach ist das kontinentale Sozialmodell ausgebildet. Die rund 70 EU-Richtlinien der letzten 30 Jahre zum Gesundheits- und Arbeitsschutz, Arbeitsbedingungen und zur Nichtdiskriminierung und Geschlechtergleichstellung, machen angesichts der Tatsache, dass die materiellen sozialen Sicherungssysteme national entwickelt und verankert sind, noch keinen sozialpolitischen Sommer. Auch der Verfassungsentwurf wiederholt,

in dem Abschnitt „Solidarität“, im Kern nichts anderes, also die von der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) längst festgeschriebenen universalen Menschenrecht, also die Kernarbeitsnormen.

Im Zuge der Kapitalismuskritik hat in Deutschland die (kostenfreie) Verteidigung der Mitbestimmung als sozialpolitischer Exportschlager in und ausserhalb der EU prominenten Zuspruch erfahren. Leider ein treffliches Beispiel das aufzeigt, wie Unwissenheit, Naivität und rhetorische Kraftmeierei wunderbar in Harmonie leben können, bleiben sie von seriöser Analyse und Kenntnis, die über den nationalen Tellerrand hinausgeht, ungetrübt.

In Tat und Wahrheit operieren Staat und Gewerkschaften mit Instrumenten, die den neuen Realitäten von Informationsrevolution, Entsolidarisierung, Osterweiterung und Globalisierung nicht mehr gerecht werden. Gerade daraus entsteht der Eindruck der Ohnmacht, daher der Eindruck des Getriebenseins, der Verlust an Gestaltungs- und Organisationsmacht.

Im Detail:

1. Die deutsche Diskussion um die Mitbestimmung ventiliert um die Frage Erfolgsmodell oder Standortrisiko, sie arbeitet sich an der Beweisführung ab, dass Mitbestimmung nicht nur keinen Wettbewerbsnach-

Dr. Wolfgang Weinz ist in Genf Gewerkschaftssekretär der internationalen Union der Lebensmittel-, Landwirtschafts-, Hotel-, Restaurant-, Café- und Genussmittelarbeiter-Gewerkschaften (IUL). Die IUL ist ein internationaler Gewerkschaftsbund, dem 348 Gewerkschaften in 124 Ländern mit über 2,8 Millionen Mitgliedern angehören.

teil darstellt, sondern viel mehr mittels ihres kooperativen Charakters dem Arbeitsfrieden, der Kosteneinsparung und dem Strukturwandel dient. Untermauert wird diese Beweisführung mit Umfrageerhebungen, die eine rekordverdächtige Zustimmung belegen. Damit folgt die Argumentation der Devise: „Die Mitbestimmung hat eine Chance, und sie ist zukunftsfähig, allerdings nur dann, wenn ihr die doppelte Beweisführung gelingt, nicht nur das humane, sondern auch das wirtschaftlich effizientere Modell zu sein.“ (K. Blessing, in: Die Mitbestimmung 6/1998) Bescheidene Frage, muss Mitbestimmung aus gewerkschaftlicher Sicht sich nicht durch Effizienz in der Arbeitnehmervertretung auszeichnen?

2. Die breite Zustimmung auch aus Teilen der Politik und Wirtschaft für die Mitbestimmung, die Tatsache ihrer hochgradig verrechtlichten und institutionalisierten Formen und „Agenturen“ (Gesetzgebung, Rechtsprechung, Institute, Bildungseinrichtungen, Beratungsfirmen, Zeitschriften etc.) fordert die Frage heraus, warum dann mit soviel Verve an ihrer Legitimation gearbeitet wird muss. Die gesamte Argumentationsführung verweist darauf, dass ein *Inselmodell* vor feindlichen Angriffen – anglo-amerikanischer Unternehmens(un)-Kultur, Europäische Union, Globalisierung, Neoliberalismus – verteidigt werden muss. Hier liegen die tieferen Gründe für einen Abwehrkampf, in dem Gewerkschaften Arbeitgebern erklären, dass es nur zu ihrem Vorteil ist, an der Mitbestimmung festzuhalten und mehr noch: „...dass Mitbestimmung nicht grundsätzlich Aktionärsinteressen an hoher Rendite“ (Mitbestimmung für die Zukunft“, HBS und Bertelsmann Stiftung, 2004) entgegensteht.

3. Aus *historischer Sicht* handelt es sich bei der Mitbestimmung um eines der letzten gewerkschaftlichen Gesellschaftskonzepte – der Forderung nach industrieller Demokratie. Dabei hat sich spätestens nach 1945 gezeigt, dass das deutsche Partizipationsmodell eine klare Entscheidung für Beteiligung und Mitgestaltung und gegen die Kontrolle industrieller Herrschaft von Außen getroffen hat.

4. In *Europa* (und natürlich im nicht unbedeutenden Rest der Welt) haben sich andere, vielfach konfiktoriale Kontrollmodelle und Partizipationspolitiken entwickelt. Für das deutsche, korporatistische Modell war der Reformstau und die steigende Repressivität des Staates im 19. und beginnenden 20. Jhd. dafür ursächlich verantwortlich. Je radikaler und mächtiger die Gewerkschaften wurden, umso deutlicher war der Staat an deren Befriedung interessiert. Dies gilt für die Gesetzgebung (Mitbestimmung und Verrechtlichung der Arbeitsbeziehungen) in Deutschland nach den beiden Weltkriegen in besonderer

Weise. Dem steht die monistische Managementstruktur (Vorstand versus Shop Stewards als Gewerkschaftsvertreter im Betrieb/Großbritannien) dem dualistischen Modell (Vorstand und Aufsichtsrat versus Betriebsrat und Gewerkschaften/Deutschland) gegenüber. Wobei letzteres die kompatible strukturelle Grundlage für Betriebsverfassung wie Aufsichtsratsmitbestimmung liefert.

5. Damit lässt sich, als *erste Zwischenbilanz*, nur schwerlich ausmachen, wie das deutsche Mitbestimmungsmodell exportiert werden könnte. Denn zur historisch gewachsenen Heterogenität der Arbeitsbeziehungen in der EU der 15 kommen zwei Sachverhalte hinzu. Zum einen hat das seit Mitte der 90er Jahre installierte Instrument der Europäischen Betriebsräte zu keiner Harmonisierung der europäischen Vielfalt geführt. Von einer Internationalisierung der Europäischen Betriebsräte in Unternehmen mit globalem Aktionsradius, kann folgerichtig keine Rede sein. Ausnahmen, wie der Weltbetriebsrat bei VW bestätigt nur die Regel.

6. Zum anderen treten mit der *Osterweiterung* nicht nur völlig marginalisierte Gewerkschaften auf den Plan, sondern nicht existente und/oder rudimentäre Formen bilateraler Arbeitsbeziehungen. Es zeigt sich auch, dass die Gewerkschaften in den MOEL den Aufbau von Betriebsräten vielfach als Konkurrenz und Machtverlust ansehen und an einem Aufbau dualer Arbeitsbeziehungen nicht interessiert und/oder dazu nicht in der Lage sind. Die Erfahrung der Transformationsländer macht zudem deutlich, dass der staatlich dominierte Tripartismus der letzten 15 Jahre für den Aufbau bilateraler Arbeitsbeziehungen nicht förderlich war und die Tendenz des Betriebssyndikalismus eher verstärkt hat. Die simple Kopie der Europäischen Betriebsräte in MOEL würde diesen Trend verstärken und zur weiteren Schwächung der Gewerkschaften beitragen.

7. Aus internationaler Sicht stellt sich eine zusätzliche Frage. Wie soll angesichts der zunehmenden Bedeutung der Finanzmärkte, der globalen Entfaltung transnationaler Konzerne, der sich verengenden Spielräume für nationale Sozialstaaten und deren Entwicklung hin zu nationalen Wettbewerbsstaaten (Löhne, Steuern, Sozialsysteme etc.), der anhaltend steigenden Arbeitslosigkeit – kurz, wie soll angesichts der Dynamik globaler Märkte national oder europäisch effektiv Einfluss auf die demokratische Gestaltung der Arbeitsbeziehungen genommen werden? Die Frage zugespitzt liefert sogleich die Antwort für das *zweite Zwischenfazit*: Wie könnte das deutsche Modell der Abwesenheit internationaler Arbeitsbeziehungen begegnen bzw. der Erosion regionaler und nationaler Systeme entgegentreten? Doch wohl nur,

wenn der Nachweis gelänge, dass dieses Instrument in der Lage ist, den Teufelskreis von explodierenden Gewinnen und implodierender Beschäftigung zu durchbrechen.

8. Vor diesem Hintergrund muss eine *realistische Analyse* dazu beitragen, die nationale „Attraktivitätsangebote“ und den euroteknokratischen Politikersatz zu hinterfragen. Wenn über Demokratie in der Welt und über die Wiederbelebung der westlichen Demokratien gesprochen werden soll, muss natürlich über die „Verfassung“ der Wirtschaft gesprochen werden. Statt einer zaghaften Verteidigung des deutschen Modells, statt einer ins Detail verliebten Expertendebatte zur Revision der „Richtlinie über die Einsetzung oder die Schaffung eines Verfahrens zur Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in gemeinschaftlich operierenden Unternehmen und Unternehmensgruppen“ bedarf es:

- *auf nationaler Ebene* einer Wertedebatte um die Frage, wie wir leben wollen und was Bürger, Staat und Wirtschaft zu den gemeinsamen Werten beizutragen haben,
- *im europäischen Kontext* einer Klärung der Frage, inwieweit die vorhandenen Instrumente zur Stärkung oder Schwächung der Gewerkschaften und der Interessenvertretung der Arbeitnehmer beigetragen haben,

- *auf internationaler Ebene* der Erkenntnis, dass nach der Welle nationaler Deregulierungen nun die transnationale Regulierung folgen muss, dass die Anerkennung universeller Menschenrechte, also die Kernarbeitsnormen der IAO, von Regierungen und transnationalen Konzernen eingehalten werden müssen – weltweit.

9. Eine solche Strategie hat weit reichende *operative, strukturelle, politische und organisatorische Konsequenzen*. Die Tatsache fehlender internationaler Arbeitsbeziehungen und die mehr als mangelhafte Umsetzung sozialer Mindeststandards verursacht in einer globalisierten Welt enormen Druck auf die vorhandenen nationalen Systeme und ebenso auf die EU-Rechtsetzung. Dies wird im europäischen Kontext durch die Osterweiterung verschärft, da Europäischer Betriebsrat wie Europäische Aktiengesellschaft rechtlich und institutionell strukturierter und gefestigter Systeme bedürfen, die in den neuen Ländern faktisch nicht vorhanden sind. Sowohl das deutsche also auch das europäische Partizipationsmodell hat, jeweils in seinen Grenzen, nur dann eine Zukunft, wenn sich die nationalen Gewerkschaften europäisieren und internationalisieren. Es wird für die Zukunft von zentraler Bedeutung sein:

- wie sich europäische Unternehmen im Rest der Welt verhalten, ob also ihre Corporate Social Responsibility mehr ist als Imagepflege,

Foto: Christian Kiel (Berlin)



- ob es gelingt, die strukturelle Schere zwischen den Gewerkschaften in der EU der 25 zu schliessen,
 - in wieweit durch gezielte Organisationsoffensiven neue Mitglieder in den strategisch wichtigen Konzernen und Branchen gewonnen werden,
 - ob der Europäische Betriebsrat die Instrumente und den politischen Willen entwickelt, dem konzerninternen Lohndumping/ Outsourcing/Offshoring zu begegnen und
 - wie durch effektive gesellschaftliche Bündnisse eine Kampagnenfähigkeit entwickelt wird, die nicht nur den Gewerkschaften ihre gesellschaftliche Relevanz zurückgibt, sondern auch eine zukunftsorientierte, offensive Wertediskussion in Gang setzt.
10. Angesichts des dramatischen Gestaltungs- und Mitgliederverlusts der meisten europäischen Gewerkschaften handelt es sich hier um keine akademische Übung. Im Zentrum der Bestandsaufnahme muss die Frage stehen, ob und in wie weit die Instrumente der Partizipation, also im europäischen Kontext der soziale Dialog und

schon erlittene Zeitverlust ist enorm und enorm gefährlich. Nicht so sehr für den Bestand eines eurokratischen Sozialmodells, sondern für die Existenz der europäischen Gewerkschaften als solche. Wege aus der Krise, müssen Wege sein, die relativ schnell umzusetzen sind, die allerdings eine politische Diskussion und einen Richtungswechsel voraussetzen. Wesentliche Elemente eines solchen Strategiewechsels lassen sich in folgenden Fragestellungen zusammenfassen:

- Ist der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) und seine Branchengewerkschaften bereit schonungslos die Ergebnisse des sozialen Dialogs und der Europäischen Betriebsräte zu überprüfen?
- Kann man von einem politischen Willen der europäischen Gewerkschaften sprechen, der zu einer aktiven Integration in die internationale Gewerkschaftsbewegung führt?
- Verstehen die westeuropäischen Gewerkschaften die Gefährlichkeit der ge-

die Europäischen Betriebsräte (EBR), zu einer Stärkung der Gewerkschaften und der Arbeitnehmervertretung in den Betrieben beigetragen hat. Es führt kein Weg daran vorbei, dass es sich dabei doch um nichts anderes handelt, als um Werkzeuge, welche der Organisationsstärke und Vertretungsmacht zuerst und vor allem zu dienen haben. Der

werschaftlichen Malaise in den Beitrittsländern und wird man sich auf gemeinsame konzentrierte Organisationskampagnen einigen können?

- Lassen sich daraus im Europäischen Betriebsrat konkrete Massnahmen und Ergebnisse gegen das konzerninterne Lohn- und Sozialdumping ableiten?
- Könnten sich damit folgerichtige Schritte auf dem Weg zu einer europäischen Tarifpolitik entwickeln, die Richtlinien, Rahmenbedingungen und Standards setzt, sowohl auf Konzern- (EBR) als auch auf sektoraler Ebene (sozialer Dialog)?
- Kann dies in ausgewählten Sektoren und/oder Unternehmen zu einer Gleichzeitigkeit und Koordination europaweiter Tarifverhandlungen führen?
- Ist es schliesslich denkbar, dass der Europäische Betriebsrat das jeweilige Unternehmen in der globalen Dimension sieht und behandelt? Will heissen, kommt das internationale Verhalten der Unternehmen ausserhalb der EU auf die Tagesordnung?

Jedes zukunftsfähige Partizipationsmodell muss sich daran messen lassen, ob und wie es zur Entwicklung internationaler Arbeitsbeziehungen beiträgt und den globalen Herausforderungen begegnet. Dies heisst nichts anderes, als dass die europäischen Gewerkschaften zurückkehren müssen zu einer neu zu gewinnenden Konflikt-, Mobilisierungs- und Politikfähigkeit. Anders gesagt, Europa und seine Gewerkschaften müssen raus aus ihrer Sonderrolle, die sie faktisch schon längst verloren haben. Sie sind Teil und nicht mehr Zaungäste der Globalisierung. Wenn die europäischen Instrumente – alt oder modifiziert – dabei behilflich sind, gut. Aber ein europäisches Sozialmodell, das diesen Herausforderungen gerecht wird, muss erst noch entwickelt werden.

spw 4 / 2005

Berliner Tischgespräche im Hotel Honigmond:

Job-Gipfel – Mittwoch, 07. September 2005, 20.00 Uhr

Nachdem erstmalig im Frühjahr 2005 die 5 Mio.-Grenze in der Arbeitslosenstatistik überschritten war, richtete sich die Aufmerksamkeit des Berliner Politik- und Medienbetriebs kurzfristig auf die Misere des Arbeitsmarkts. Die mediale Inszenierung des „Jobgipfels“ fand nicht die erhoffte Aufmerksamkeit, unabhängig hiervon wäre auch sonst kaum mit konkreten Resultaten für mehr Beschäftigung zu rechnen gewesen.

Was muss passieren, damit Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden?

Es diskutieren:

- PD Dr. Sabine Berghahn, Otto-Suhr-Institut, FU Berlin
- Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup, AG Alternative Wirtschaftspolitik
- Burgunde Grosse, MdA Berlin, Sprecherin für Arbeitsmarktpolitik

Ort: Hotel Honigmond, Tieckstraße 12/ Borsigstr. 28, 10115 Berlin,

Anmeldungen bitte an redaktion@spw.de

Netzwerkbildung – ein Weg zur Globalisierung von Arbeitnehmerrechten

Von Michael Linnartz

Was macht ihr denn im Ausland, haben wir in Deutschland nicht genug Probleme? Diese Frage gehört für international tätige Gewerkschafter zum täglichen Brot. Denn Gewerkschaften sind zuerst national ausgerichtet. Daher dieses Plädoyer für die internationale Gewerkschaftsarbeit aus deutscher Sicht.

Jede lange Reise beginnt mit einem ersten Schritt. Dies gilt auch für die Durchsetzung von weltweiten Mindeststandards (Kasten 1). Die Globalisierung und die Diskussion um den deutschen Standort lassen die schlechteren Arbeitsbedingungen gerade auch in sogenannten Schwellenländern immer stärker hervortreten. Doch allgemeines Beklagen einer ungerechten Welt allein reicht nicht aus, die Lage der Menschen in Billiglohnländern zu verbessern. Notwendig ist vielmehr eine pragmatische Politik der kleinen Schritte, die Lösungsmöglichkeiten aufzeigt und Veränderungen ermöglicht. Hier gibt es schon tragfähige Vereinbarungen auf Grundlage der Global-Compact- Initiative des UN-Generalsekretärs Kofi Annan. In einer Reihe von Weltvereinbarungen haben sich beispielsweise die Freudenberg Unternehmensgruppe oder die RAG verpflichtet, weltweit soziale Mindeststandards im Bereich Menschenrechte, Arbeitsstandards oder Umweltschutz einzuhalten. Diese Vereinbarungen dienen nicht nur den Arbeitnehmern in der Dritten Welt, sondern auch den Beschäftigten in der Bundesrepublik Deutschland. Denn die Einhaltung von Mindeststandards schützt auch die heimischen Standorte vor Schmutzkonkurrenz aus den Billiglohnländern.

Neben diesen Weltvereinbarungen und internationalen Gewerkschaftskontakten sind die Netzwerke ein wichtiges Feld der weltweiten gewerkschaftlichen Arbeit. Genauer gesagt handelt es sich um Unternehmensnetzwerke in Schwellen- oder Entwicklungsländern. Das multinationale Unternehmen ist also die Plattform des Handelns. Dies impliziert natürlich, dass die zentralen Unternehmensleitungen für den Netzwerkgedanken gewonnen werden müssen.

Warum Netzwerke? In Deutschland brauchen wir diese Konstruktion nicht, da die Betriebsräte von Standorten eines Unternehmens schon qua Gesetz miteinander verbunden sind (Gesamt- und Konzernbetriebsräte). Diese umfassenden gesetzlichen Regelungen existieren in vielen Ländern nicht. So gibt es z. B. in Brasilien keine Betriebsräte, sondern nur sogenannte Fabrikkommissionen in einigen wenigen Betrieben. Diese oftmals nach Auseinandersetzungen mit lokalen Gewerkschaften eingerichteten Arbeitnehmervertretungen haben keine gesetzliche Grundlage und nur geringe Handlungsmöglichkeiten. So gibt es auch keine nationalen Vertretungsstrukturen einzelner Unternehmensstandorte innerhalb von Bayer do Brasil, denn weder die Fabrikkommissionen der einzelnen Standorte hatten Kontakt noch bildeten die Gewerkschaften aufgrund ihrer lo-

Zum ersten Mal hatten Vertreter aller Standorte von Bayer do Brasil die Möglichkeit, sich kennenzulernen und über die Lage an ihren Standorten zu diskutieren. Neben diesem Gedankenaustausch gab es auch einen ersten Sozialen Dialog mit dem lokalen Management, bei dem konkrete Absprachen zur Lösung von Problemen getroffen wurden. So befand ein Gewerkschafter am Rande der Tagung in Sao Paulo: „Unser Netzwerk lernt gerade auch mit Unterstützung der deutschen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) die ersten Schritte zu gehen. Vielleicht sind einige noch wackelig, aber wir glauben fest daran, dass Netzwerke in der Lage sind, soziale Konflikte zu entschärfen und somit allen zu dienen – den Belegschaften wie auch dem Unternehmen“.

Noch schwieriger allerdings sind Kontakte der Unternehmensstandorte über Länder-

Kasten 1: Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO):

- Gewerkschaftsfreiheit und Tarifverhandlungen
- Verbot der Diskriminierung von Rasse und Geschlecht
- Verbot der Kinderarbeit
- Verbot der Sklavenarbeit
- Arbeits- und Gesundheitsschutz

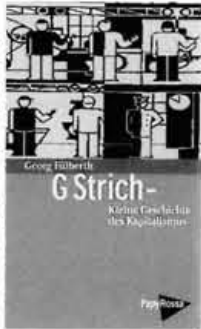
kalen Struktur eine Klammer. So fehlt zum einen die institutionalisierte Struktur für einen Dialog der Arbeitnehmervertreter untereinander; und zum anderen eine Plattform für den Dialog mit der Geschäftsführung. Diese Mängel konnten aber nun mit der Bildung eines brasilianischen Netzwerkes bei Bayer do Brasil behoben werden.

Dieses junge Netzwerk in Brasilien ist ein Ergebnis des europäisch-brasilianischen Projektes „Observatorio Social“ (Kasten 2).

grenzen hinaus. Nur in Europa existiert mit den Europäischen Betriebsräten eine länderübergreifende gesetzliche Institution für die Arbeitnehmervertreter multinationaler Unternehmen. Doch gibt es im Bereich der chemischen Industrie mit dem BASF Südamerika-Netzwerk und dem BASF Asien-Netzwerk schon die ersten länderübergreifenden Gremien. Im Rahmen dieser Netzwerke finden Gespräche mit dem deutschen Unternehmensvorstand statt. In Sao Paulo konnten beispielsweise die Mitglieder des Südamerika-Netzwerkes mit Vertretern des Ludwigshafener Unternehmensvorstandes, des deutschen Aufsichtsrates und des lokalen Managements über die Situation in Südamerika und auch die globale Strategie des Unterneh-

Georg Fülberth:**G Strich - Kleine Geschichte des Kapitalismus**
316 S., EUR 19,80

Was ist das, wovon alle reden: Kapitalismus? Einer Begriffsbestimmung folgen eine Geschichte dieser Gesellschaft sowie die Frage nach ihrem möglichen Ende

**Werner Biermann/****Arno Klönne:****Kapital-Verbrechen**
207 S., EUR 14,80

Zur Kriminalgeschichte des Kapitalismus: Vom Raub der Edelmetalle Amerikas und dem Sklavenhandel bis zum Waffengeschäft und den Machenschaften ums Öl

**Heinz-J. Bontrup:****Arbeit, Kapital und Staat** 424 S., EUR 24,80

Eine willfährige Politik ist dem entfesselten Kapital zu Diensten. Bontrup plädiert für eine Wirtschaft, die der allgemeinen Wohlfahrt dient und nicht den Reichtum einer kleinen Minderheit erhöht

**Arno Klönne/Daniel****Kreutz/Otto Meyer:****Es geht anders!**

172 S., EUR 13,50

Von wegen keine Alternativen zur Sozialdemontage! Die Autoren nehmen die herrschenden Legenden auseinander und zeigen, daß und wie es anders geht

**Conrad Taler:****Der braune Faden**

393 S., EUR 19,80

Milde gegen rechts, Härte gegen links; Schüsse auf Friedensdemonstranten; Arbeitgeber, CDU/CSU und NPD gemeinsam gegen die Gewerkschaften sowie weitere Highlights aus der verdrängten Geschichte der BRD



mens diskutieren. Neben den Delegierte des südamerikanischen Netzwerkes nahmen auch Vertreter der ICEM als internationale Föderation von Chemie-, Energie-, Bergbau- und Fabrikarbeitergewerkschaften, der deutschen Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie und Betriebsräte aus Ludwigshafen teil. Solche Gespräche mit verschiedensten Akteuren dienen dem Aufbau einer Vertrauenskultur und einer Struktur, in der sich die Interessenskonflikte von Kapital und Arbeit besser regeln lassen.

Allerdings ist eine erfolgreiche Netzwerkbildung von vielen Faktoren und Akteuren abhängig. Zum einen ist dort die Kooperationsbereitschaft der Unternehmen. Nur wenn die deutschen Unternehmenszentralen den Prozess unterstützen und auf das lokale Management in den jeweiligen Ländern Einfluss nehmen, bestehen Chancen für ein Netzwerk. Das deutsche System der Mitbestimmung ist hier sehr hilfreich, da die Kontakte von Kapitaleseite und Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat auch für den Gedanken der Netzwerkbildung förderlich sind. Dort kann man nämlich den Unternehmen ihren Vorteil von Netzwerken bzw. geregelten sozialen Beziehungen verdeutlichen. Wenn Unternehmen diesen Vorteil aber nicht erkennen wollen und sich absolut gegen die Netzwerkbildung stemmen, wird es wirklich schwierig für die Akteure. Diese Tendenzen könnten sich verstärken, wenn die politische Kampagne gegen die Gewerkschaften in Deutschland sich auch in Gesetzesänderungen niederschlagen würde. Eine Demontage der Unternehmensmitbestimmung, wie von CDU, FDP und einigen Arbeitgeberverbänden beabsichtigt, würde sich auch negativ auf die Netzwerkbildung in deutschen Unternehmen auswirken. Daher hat der Kampf um die deutsche Mitbestimmung auch einen internationalen Aspekt.

Zum anderen bedarf es auch des koordinierten Handelns der Vertreter der Arbeitnehmerseite, bestehend aus den deutschen Gewerkschaften, Betriebsräten und den internationalen gewerkschaftlichen Föderationen. Aber die wichtigsten Akteure sind die jeweiligen Gewerkschaften vor Ort. Gerade in Ländern, in denen die Gewerkschaftsbewegung stark zersplittert ist, kann es zu ideologischen Konflikten kommen, die ein Netzwerk leicht scheitern lassen. Beispiele hierfür gibt es aus Brasilien, wo ca. 16 000 (!) lokale Gewerkschaften existieren. Gewerkschaftliche Einheit ist aber auch dort die notwendige Voraussetzung erfolgreichen Handelns. Und hier liegen eindeutig die Grenzen eines internationalen Engagements. Die deutschen Gewerkschafter, Betriebsräte und internationalen Föderationen können zwar Hilfe zur Selbsthilfe anbieten. Aber die Verantwort-

ung für ihre Durchsetzungsfähigkeit tragen die jeweiligen nationalen Gewerkschaften jedoch selbst.

Globalisierung und die damit verschärfte Standortkonkurrenz sind Tatsachen, die ein internationales Agieren von Gewerkschaften dringend notwendig machen. Aber es wird für die Gewerkschaften im Gegensatz zur Kapitaleseite immer schwieriger sein, das nationale Umfeld zu verlassen und international tragfähige Strukturen zu bilden. Eine Chance bietet jedoch die gewerkschaftlichen Netzwerkbildung in multinationalen Unternehmen. In Kombination mit Weltvereinbarungen zur Einhaltung internationaler Mindeststandards kann der soziale Fortschritt in den multinationalen Unternehmen vorangetrieben werden. Die Netzwerke bieten eine Chance, dass die Arbeitnehmer nicht zu Opfern eines enthemmten globalen Wettbewerbs werden.

Projekt Observatorio Social

Das mit Mitteln der EU geförderte Projekt Observatorio Social Europa wurde 2001 bis März 2005 durchgeführt. Unterstützt wurde das Observatorio Social Europa vom brasilianischen Gewerkschaftsbund CUT und dessen Konföderationen der Chemie- und Metallgewerkschaften CNQ und CNM. Auf europäischer Seite standen die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, die IG Metall, die Hans-Böckler-Stiftung, das DGB-Bildungswerk sowie der niederländische Gewerkschaftsbund FNV und seiner größten Mitgliedsorganisation FNV Bondgenoten. Drei Kernfragen standen im Observatorio Social Europa im Vordergrund: Wie verhalten sich europäische Unternehmen in Brasilien? Haben sie die gleichen sozialen Standards in ihren brasilianischen Niederlassungen wie an ihrem Stammsitz? Wie geht es brasilianischen Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften in diesen Unternehmen?

Das Fundament des Projektes stellte die Kooperation mit sechs Unternehmen aus Deutschland und den Niederlanden dar. Auf deutscher Seite waren es die Bayer AG, Bosch und ThyssenKrupp, auf niederländischer Seite waren Akzo Nobel, Philips und Unilever beteiligt. Es wurden vom brasilianischen Observatorio Untersuchungen in den brasilianischen Standorten durchgeführt, die Probleme in den Sozialbeziehungen aufzeigten. Trotz einiger Schwierigkeiten mit dem lokalen Management wurde begonnen, die Missstände abzubauen. Neben der Schulung von brasilianischen Gewerkschaftern war die Bildung von Netzwerken ein wichtiger Erfolg des Projektes. Die Netzwerke stellten sich im Rahmen des Weltsozialforums im brasilianischen Porto Alegre vor und galten als praktische Beispiele für die Gestaltung der Globalisierung.

PapyRossa Verlag

Luxemburger Str. 202, 50937 Köln – Tel. (02 21) 44 85 45
Fax 44 43 05 – mail@papyrossa.de – www.papyrossa.de

Aktuelle Trends der Tarifpolitik

Von Kai Burmeister

Die Wirkung des Flächentarifvertrages wird wie folgt beschrieben: „Die Anbieter der Ware Arbeitskraft werden zu einer einheitlichen Preispolitik zusammengefasst, um auf diese Weise Löhne durchzusetzen, die über dem Konkurrenzniveau liegen (...) Aber indem dies geschieht, werden zugleich Arbeitsplätze vernichtet. (...) Deswegen ist die Arbeitslosigkeit, die die Gewerkschaften mit großen Krokodilstränen in den Augen beklagen, in Wahrheit der Erfolgsbeleg einer wirksamen Lohnpolitik, die es geschafft hat, höhere Löhne durchzudrücken als jene, die der Markt selbst hervorgebracht hätte.“

Diese Wirkungsbeschreibung des Flächentarifvertrages stammt von Hans-Werner Sinn (Leiter Ifo-Institut). Diese Ausführungen unterstreichen, wie sehr sich weite Teile der deutschen Wirtschaftswissenschaft von der Wirklichkeit verabschiedet haben. Dieser Beitrag soll hingegen an den Fakten ansetzen und einige aktuelle Trends in Sachen tarifliche Löhne und Arbeitszeiten aufzeigen. Erschwert wird dies dadurch, dass eine Vielzahl von Ausnahmen über tariflose Zustände sowie über Sanierungstarifverträgen diese Betrachtungsweise erschweren. So wurde kürzlich im Böckler-Impuls (Ausgabe 11/05) dargestellt, dass drei von vier tarifgebundenen Unternehmen vorhandene Möglichkeiten der Flächentarifverträge zur Abweichung von Standards für betriebsspezifische Lösungen nutzen. Hierbei ist neuerdings zu beachten, dass diese Abweichungen nicht nur bei wirtschaftlichen Notfällen sondern auch zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durchgeführt werden. Allerdings würde es den Umfang dieses Artikels sprengen, die zahlreichen tariflichen Abweichungen darzustellen und die Zukunft des Flächentarifvertrages sowie der Tarifpolitik insgesamt diskutieren zu wollen. Hierzu ist auf den Artikel „Der Flächentarifvertrag“ von Robert Hinke im Sozialismus 07-08/05 und insbesondere auf das Buch *Solidarische Lohnpolitik in Europa* des WSI-Ökonomen Thorsten Schulten zu verweisen.

Tabelle 1: Tarifbindung in % der Beschäftigten bzw. Betriebe

	Beschäftigte		Betriebe	
	West	Ost	West	Ost
Bergbau/Energie	95	88	66	46
Investitionsgüterindustrie	74	43	51	46
Verbrauchsgüterindustrie	76	49	60	31
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	73	55	43	15
Kreditinstitute und Versicherungen	92	77	61	33
Dienstleistungen für Unternehmen	35	41	20	17

Quelle: WSI-Tarifhandbuch 2005

Tarifbindung zurückgehend, aber auf hohem Niveau

In der Bundesrepublik sind die Arbeitsbeziehungen neben gesetzlichen Rahmenregelungen vor allem durch Tarifverträge bestimmt. Die Übersicht 1 zeigt die vielfältigen Regelungsinhalte der derzeit ca. 61.800 gültigen Tarifverträge.

ten Bundesländern ist der Anteil der tarifgebundenen Beschäftigten von 76 % im Jahr 98 auf 71 % im Jahr 2001 zurückgegangen. Das West-Ost-Gefälle der Tarifbindung wird dadurch deutlich, dass im gleichen Zeitraum in den neuen Bundesländern die Tarifbindung von 63 % auf 56 % gefallen ist. Aufschlussreicher

Tabelle 2: Wirtschaftliche Entwicklung und Verteilung:

In %	BIP	Preis-anstieg	Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunden	Bruttolöhne je Sdt.	Ausschöpfung neutraler Verteilungsspielraum
1994	2,3	2,7	2,6	2,1	-3,2
1995	1,7	1,7	2,5	4,5	0,3
1996	0,8	1,4	2,3	3	-0,7
1997	1,4	1,9	2	1	-2,9
1998	2	1	1,3	1,4	-0,9
1999	2	0,6	1,5	2,3	-0,1
2000	2,9	1,9	2,2	2,8	-1,3
2001	0,8	2,5	1,3	2,7	-1,1
2002	0,1	1,3	1,5	2,1	-0,7
2003	-0,1	1,1	0,7	1,2	-0,6
2004	1,7	1,6	1,2	0,2	-2,6

Quelle: WSI-Tarifhandbuch 2005

Auch wenn Tarifverträge damit zentral für die Gestaltung des Lohnverhältnisses ist, so ist die Tarifbindung sowohl der Betriebe als auch der Beschäftigten seit einigen Jahren rückläufig. In den al-

ist eine branchenbezogene Betrachtung, die in Tabelle 1 sowohl für die Beschäftigten als auch für die Betriebe vorgenommen wird. Während in der Industrie die klare Mehrzahl der Beschäftigten an tarifliche Regelungen gebunden sind, stellt sich die Situation im Dienstleistungssektor differenzierter dar. Zwar unterliegen nahezu alle Beschäftigten bei Kreditinstituten tarifvertraglichen Re-

Tabelle 3: Tarifsteigerungen 2005 in %

Branche	West	Ost	Gesamt
Gartenbau u. Landwirtschaft	0,9	0,5	0,7
Energie- und Wasserversorgung	1,3	2,5	1,6
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	2	3,3	2,1
Investitionsgüterindustrie	1,8	1,9	1,8
Verbrauchsgüterindustrie	1,5	1,6	1,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1,8	2,6	1,9
Kreditinstitute u. Versicherungen	1,9	1,9	1,9
Private Dienstleistungen	1,8	1,9	1,8
Gesamtwirtschaft	1,8	2,1	1,8

Quelle: WSI 2005

gelungen, doch ist dies für Arbeitnehmer im Bereich „Dienstleistungen für Unternehmen“ nur für eine Minderheit von 35 % im Westen und 41 % im Osten der Fall.

Gesamtwirtschaftlicher Verteilungsspielraum

Gewerkschaften bestimmen ihre Lohnforderungen auf der Basis materieller Interessen, Gerechtigkeitserwägungen und gesamtwirtschaftlicher Überlegungen. Hervorzuheben sind Grundelemente der Unterkonsumtionstheorie, wonach systematisch die Nachfrage hinter dem Angebot zurückbleibt. Die gesamtwirtschaftliche Aufgabe der Gewerkschaften besteht daher darin, durch die

nahezu immer kontinuierlich gestiegen. Die Tabelle zeigt weiterhin, dass die Gewerkschaften nur im Jahr 1995 einen über den neutralen Verteilungsspielraum hinausgehenden Lohn durchsetzen konnten. In allen anderen Jahren wurde der vorhandene Verteilungsspielraum nicht ausgenutzt. Der Wirtschaftsweise Peter Bofinger stellt hierzu in einem Minderheitenvotum im letztem Gutachten des Sachverständigenrates fest, dass die Arbeitseinkommensquote von 80,9 % im Jahresdurchschnitt 1991 bis 2004 auf heute 78,2 % gesunken ist. Entsprechend haben sich die Verteilungsverhältnisse zu Gunsten der Kapitaleseite verschoben.

Auch wenn insgesamt für die letzte Dekade eine Stagnation der Reallöhne festzustellen ist, so ist auf deutliche Unterschiede zwischen den Branchen hinzuweisen. Die große Streubreite der tatsächlichen Tarifabschlüsse ist u.a. Ausdruck der unterschiedlichen wirtschaftlichen Lage sowie der unterschiedlichen Mächtigkeit der Gewerkschaften in den jeweiligen Branchen. Die Tabelle 3 gibt einen Überblick über branchenbezogene Tarifsteigerungen. Der gesamtwirtschaftliche Durchschnitt von 1,8 % mehr Lohn im laufenden Jahr gegenüber dem Vorjahr konnte nur in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie überschritten werden. Hervorzuheben ist hier vor allem der Erfolg in der Stahlindustrie von 3,5 % mehr Lohn für den Zeitraum September 05 bis August 06. Bedeutsam ist diese Tarifeinigung vor allem auch wegen der kurzen Laufzeit von 12 Monaten.

Schließlich ist in vielen Tarifbereichen die Tendenz zu beobachten, dass Einmalzahlungen, ausgeweitete Nullmonate vor ei-

Tabelle 2 gibt eine Übersicht über die wirtschaftliche Entwicklung und die Verteilung für die letzte Dekade. Das BIP ist von 1994 bis 2004 zwar nur schwach aber

ner Anhebung sowie lange Laufzeiten (1994 durchschnittliche Laufzeit 13,4 Monate; heute 21,8 Monate) real zu einer abgeschwächten Lohnsteigerung beigetragen haben. Unter dem gesamtwirtschaftlichen Mittel stiegen die Löhne in den Bereichen Gartenbau, Energie- und Wasserversorgung sowie in der Verbrauchsgüterindustrie.

Neben der Lohnhöhe stellen die Arbeitszeiten den zweiten wichtigen Regelungstatbestand der Tarifverträge dar. Tabelle 4 zeigt die tariflichen Wochenarbeitszeiten für verschiedene Branchen. Eine Arbeitszeit unter dem gesamtwirtschaftlichen Mittel von 37,4 Stunden wird vor allem im Bereich der Metall- und Stahlindustrie erreicht. Länger hingegen sind die Arbeitszeiten im Öffentlichen Dienst, bei Banken und in der chemischen Industrie. Abweichend von den tariflichen Arbeitszeitreglungen liegt die tatsächliche gesamtwirtschaftliche Wochenarbeitszeit derzeit bei 42,4 Stunden. Weiterhin ist hervorzuheben, dass die betrieblichen Gestaltungsmöglichkeiten bei Lage und Verteilung der *regelmäßigen* Arbeitszeit ausgeweitet werden und verstärkt atmende Arbeitszeitkonten Unter- und Überlastzeiten abfedern. In der Folge führt dies oft zu einer Reduzierung der zuschlagspflichtigen Mehrarbeit, so dass Unternehmen hier Einsparungen realisieren können.

Neben diesen quantitativen Entwicklungen ist zudem für die Metall- und Elektroindustrie auf die anstehende Einführung des Entgeltrahmentarifvertrages (ERA) sowie auf das Pforzheimer Abkommen (geregelter Verfahren zur zeitlich begrenzten Abweichung vom Tarifvertrag) und für den Tarifbereich des öffentlichen Dienstes auf die Dienststreckreform hinzuweisen. ERA soll Aufteilung zwischen Angestellten und Arbeitern überwinden und ist als Antwort auf sich wandelnde Arbeitsbeziehungen zu verstehen.

Angesichts dieser Faktenlage ist es erstaunlich, dass IFO-Chef Sinn ohne Bezug auf die Fakten von zu hohen Löhnen sprechen kann. Die Lohnentwicklung lässt sich hingegen so zusammenfassen, dass dieses wichtigste Nachfrageaggregat sich zu schwach entwickelt hat und so maßgeblich für die Binnenmarktschwäche verantwortlich ist.

spw 4/2005

Literatur:

Bispinck, WSI-Tarifhandbuch 2005, 2005
 Böcklerimpuls 11/2005 (www.boecklerimpuls.de)
 Hinke, Der Flächentarifvertrag, in: Sozialismus 07-08/2005
 Schulten, Solidarische Lohnpolitik in Europa, 2004
 Sinn, Redemanuskript anlässlich Jubiläum der Knorr-Bremse AG vom 16. Juni 2005
 Sachverständigenrat, Jahresgutachten 2004/05, 2004

Durchsetzung hoher Löhne dem Güterangebot eine entsprechende Nachfrage gegenüberzustellen. Die Lohnforderungen der Gewerkschaften entwickeln sich klassisch aus Gleichung Produktivitäts- und Preisanstieg (neutraler Verteilungsspielraum) zuzüglich einer Umverteilungskomponente. Die Interessenvertretung der Arbeit kann so die Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Systems abschwächen.

Deutschland ist keine Aktiengesellschaft

Plädoyer für eine tarifpolitische Alternative

Von Heinz-J. Bontrup

1. Einzel- und außenwirtschaftliches Denken

In Deutschland wird in der Politik fast nur noch einzel- und außenwirtschaftlich gedacht. Man kann mit Oskar Negt geradezu von einer „betriebswirtschaftlichen Kontaminierung“ des politischen Denkens sprechen. Eine Volkswirtschaft sei demnach, so die absurde Vorstellung, mit einem Unternehmen zu vergleichen. Man spricht von einer „Deutschland AG“. Diese bzw. die dazu gehörigen Unternehmen müssten vor dem Hintergrund der Globalisierung für den internationalen Wettbewerb fit gemacht werden. Dem sei alles andere unterzuordnen, nur so könne Deutschland noch genesen. Dahinter verbirgt sich eine schlichte und gleichzeitig einseitige sowie gefährliche Interessenpolitik im Sinne des Kapitals, die auf eine Umverteilung zu Gunsten der Gewinne und einen Abbau des Sozialstaats mit letztlich kontraproduktiven Wirkungen hinausläuft.

Das tiefsitzende Problem ist ein kapitalistisch immanenter Widerspruch. Auf der einen Seite die Gesamtwirtschaft, die eine holistische Wohlfahrtsfunktion für alle im Auge haben muss, und auf der anderen Seite die Einzelwirtschaft, die in Form von privatwirtschaftlich – nie gesamtwirtschaftlich – ausgerichteten Unternehmen auf eine maximale Gewinnerzielung im Interesse einer kleinen gesellschaftlichen Shareholder-Schicht setzt. Die noch von den klassischen Ökonomen, wie insbesondere von Adam Smith, vertretende „Harmonielehre“ zwischen einem einzelwirtschaftlichen Gewinnstreben und einem daraus resultierenden gesamtwirtschaftlich maximalen Wohlstandsgewinn geht nicht auf. Ist nämlich die einzelwirtschaftliche (betriebswirtschaftliche) Politik maximaler Gewinnerzielung gegen die Interessen der Arbeitnehmer erfolgreich, so kommt es zu einer gesamtwirtschaftlich negativen Reaktion. Auf Grund des Doppelcharakters der Löhne, die zwar Kosten aber gleichzeitig auch Einkommen implizieren, geht die Inlandsnachfrage zurück.

Wer Lohnkosten senkt, senkt auch Einkommen und damit Nachfrage. Bei den Unternehmen geht der Absatz zurück und die Preise sinken bei womöglich gesamtwirtschaftlich deflatorischen Tendenzen. Die Unternehmen geraten immer mehr unter einen Preis- und Kostendruck. Schließlich schmelzen die Gewinne und es

spricht ein hoher Exportüberschuss (von 2000 bis 2004 lag dieser in Deutschland bei gut 353 Mrd. Euro) nicht dem Ziel eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts. Denn ein deutscher Überschuss beruht auf Defiziten unserer Handelspartner. Letztere müssen solche Defizite durch Verkauf von (vornehmlich finanziellen)

Fehlende Inlandsnachfrage

Veränderungen des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und seiner Komponenten in Deutschland 2000 bis 2004 (in Mrd. Euro und Preisen von 1995):

BIP	+	52,8 Mrd. Euro
Inlandsnachfrage	-	27,7 Mrd. Euro
Außenbeitrag (Exporte – Importe)	+	80,6 Mrd. Euro

entstehen Verluste, insbesondere bei den kleinen und mittleren Unternehmen. Es kommt zu Entlassungen. Die Wirtschaftskrise ist überall zu spüren.

Dagegen hilft bei einer Volkswirtschaft mit 82 Millionen Menschen auch kein positiver Außenbeitrag (Exportüberschuss), der nur gut 5 v.H. des Bruttoinlandsprodukts ausmacht. Selbst ein Exportboom wie in den letzten Jahren vermag nicht in einen Aufschwung zu münden, wenn die Inlandsnachfrage weitgehend ausfällt. Die Wirtschaftskrise mit anhaltend hoher Massenarbeitslosigkeit lässt sich nur über die Außenwirtschaft nicht auflösen. Dies ist kein Wunder, wenn 80 v.H. der Beschäftigten für die inländische Nachfrage arbeiten, diese aber auf Grund der Umverteilung zu den Gewinn- und Vermögens-einkommen zu schwach ausgeprägt ist um beschäftigungserhöhende Wachstumsimpulse auszulösen. „Die Masseneinkommen stagnieren, und die expansiven Wirkungen der Steuerentlastungen werden durch Kürzungen bei den Staatsausgaben kompensiert“ (DIW-Wochenbericht Nr. 26-27/2005, S. 417). Dennoch wirkt sich ein positiver Außenbeitrag auf die Wirtschaftsleistung und das Wirtschaftswachstum expansiv aus. Allerdings ent-

Aktiva oder Verschuldung bei deutschen Wirtschaftseinheiten finanzieren. Dies hat Grenzen. Der Erfolg im Ausland, bei einer überaus robusten Wettbewerbsposition der deutschen Unternehmen (vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 10/2003, S. 15ff.), wurde zu teuer durch die rückläufige Inlandsnachfrage und eine zunehmende Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich erkaufte (vgl. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung). Die Inlandsmärkte akzeptieren langfristig zu Gunsten der Auslandsmärkte keine umverteilende Lohndrückerei und die Umwandlung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in prekäre Arbeitsverhältnisse. Das System wird so insgesamt krisenhaft und mündet in eine „Rationalitätsfalle“. Ein kurzfristig angelegtes einzelwirtschaftlich rationales Verhalten in Form von Lohnsenkungen zur Gewinnsteigerung zieht in Summe langfristig kein gesamtwirtschaftlich positives Ergebnis nach sich. Am Ende fehlt zu viel Nachfrage, so dass auch die Unternehmen die Verlierer sind.

2. Lohnsenkungen sind Gift fürs Wirtschaftswachstum

Zu verantworten hat dieses Ergebnis eine seit Jahren nur noch auf Wettbewerb und Markt orientierte sowie auf Kapitalinteressen setzende neoliberale Wirtschaftspolitik. Eine dringend notwendige staatliche Beschäftigungspolitik findet nicht mehr statt. Hierdurch wurde auch die Tarifpolitik auf Basis von Flächentarifverträgen unter-

minierte (vgl. Heinz-J. Bontrup, Arbeit, Kapital und Staat, Köln 2005, S. 71ff.). Arbeitnehmer sind zu einer betrieblichen, jederzeit erpressbaren Restgröße geworden. Der Mensch steht entgegen den personalpolitischen Beteuerungen nicht im Mittelpunkt des betrieblichen Geschehens, sondern der Mensch ist nur noch Mittel – Punkt! Lohnsenkungen, längere Arbeitszeiten ohne Bezahlung und eine Beschneidung von selbst nur unzureichenden Mitbestimmungsrechten stehen in den Unternehmen heute auf der Tagesordnung. Es regiert bei den Beschäftigten die nackte Angst um den Arbeitsplatzverlust, die zu einer immer größeren, sogar vorausseilenden Anpassung an die vom Kapital einseitig gesetzten und beherrschten Produktionsverhältnisse führen. Dies ist aber kein Klima für die immer wieder eingeklagten aber in Deutschland fehlenden Innovationen. Es ist ein tiefer Widerspruch. Anstatt das kapitalistische Lohn-Gewinn-Verhältnis grundsätzlich politisch zu the-

(Claus Schäfer, WSI-Mitteilungen, Heft 1/2004, S. 584). Daran hat auch das Jahr 2004 nichts geändert. Der Anteil des Arbeitnehmerentgelts am absoluten Zuwachs des Volkseinkommens betrug hier nur noch 2,2 v.H. „2004 stellt damit einen einmaligen Rekord in der Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik dar! Das heißt: Fast der gesamte Volkseinkommenszuwachs des Jahres 2004 von immerhin 45 Mrd. Euro floss in Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Den Produktivitätszuwachs der Jahre 2000 bis 2004 von 5 v.H. je Erwerbstätigenstunde eigneten sich zum größten Teil die Bezieher von Unternehmens- und Vermögenseinkommen an, die Reallöhne der abhängig Beschäftigten stagnierten im gleichen Zeitraum. Die Zuwachsraten im Jahr 2004 gegenüber dem Jahr 2000 betragen bei den Arbeitnehmerentgelten 3,1 v.H. und bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen 17,5 v.H.“ (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 2005, S. 62).

ökonomische Utopie oder Notwendigkeit?, in: „Intervention“, Heft 1/2005, S. 95ff.). Daneben müssen natürlich die übrigen wirtschaftspolitischen Bereiche, wie Finanz- und Geldpolitik verstärkt zur Bekämpfung der konjunkturellen Arbeitslosigkeit zum Einsatz gebracht werden. Zur Lösung des Problems der strukturellen Arbeitslosigkeit wird außerdem kein Weg an einer Arbeitszeitverkürzung und dem Ausbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors vorbeigehen. Dazu noch später.

3. Auch Lohnnebenkostensenkungen sind kontraproduktiv

Bei der ebenso mit aller Macht geforderten Absenkung der Lohnnebenkosten, auch als „indirekter“ oder so genannter „zweiter Lohn“ bezeichnet, wird anders als beim „direkten Lohn“ sogar mit einer doppelten Strategie gearbeitet. Hier würden nicht nur die Arbeitskosten der Arbeitgeber gesenkt, sondern gleichzeitig käme es zu einer höheren Kaufkraft der Arbeitnehmer. Deshalb ginge zur Beschäftigungserhöhung kein Weg an einer Absenkung der Lohnnebenkosten vorbei. Ob Hartz-Kommission, von der Politik eingesetzt zur „Reform“ der Arbeitsmärkte, oder Rürup- und Herzog-Kommission, die eine „Reform“ der Gesundheits- und Rentensysteme als Ziel hatten, immer sollen die Lohnnebenkosten gesenkt werden.

In den Augen der Arbeitgeber werden die Lohnnebenkosten oft, ähnlich wie eine Sozialhilfe, fürs Nichtstun bezahlt. Deshalb dürfe es aus ihrer Sicht eigentlich auch nur Lohnzahlungen für „geleistete Arbeit“ als direktes Entgelt geben. Damit wird die ökonomische Welt allerdings auf den Kopf gestellt. Der gesamte Lohn, einschließlich der Lohnnebenkosten, beruht nämlich auf nichts anderem als auf „geleiteter Arbeit“ der Beschäftigten. Übrigens, daran sei noch einmal erinnert, weil dies offensichtlich in Vergessenheit geraten ist: Der Gewinn der Unternehmer ebenso wie die Zins-, Miet- und Pachteinkommen der Vermögensschichten beruhen ausschließlich auf geleisteter Arbeit der abhängig Beschäftigten. Selbst wenn ein Teil des Lohns als so genannter „Arbeitgeberbeitrag“ rechen- bzw. buchungstechnisch zur Sozialversicherung gezahlt wird, ist er doch ausschließlich ein „Arbeitnehmerbeitrag“. Die Beschäftigten erarbeiten arbeitsmäßig ihren Lohn sowie die Einnahmen der Sozialversicherung und alle Überschüsse inkl. des gesellschaftlichen Mehrwertproduktes in vollem Umfang selbst.

Bei einer empirischen Untersuchung zur Entwicklung der Lohnnebenkosten zeigt sich (vgl. Heinz-J. Bontrup, WSI-Mitteilungen, Heft 6/2004, S. 313ff.), dass die Beiträge zur Sozialversicherung nur einen kleinen Teil an den Gesamtkosten eines Unternehmens ausmachen. Selbst eine Verringerung

Zur Entwicklung der Lohnnebenkostenquoten

Echte Lohnnebenkostenquote im Produzierenden Gewerbe Westdeutschland:

Von einer echten Lohnnebenkostenquote spricht man immer dann, wenn die Lohnnebenkosten auf das direkte Arbeitsentgelt plus den Lohnnebenkosten bezogen werden. Bezieht man die Lohnnebenkosten dagegen nur auf das direkte Arbeitsentgelt, so spricht man von einer unechten Quote, die wesentlich höher ausfällt.

1972	35,7 v.H.	
2002	43,8 v.H.	+ 8,1 Prozentpunkt

Echte Lohnnebenkostenquote im Produzierenden Gewerbe Ostdeutschland

1992	39,9 v.H.	
2002	39,8 v.H.	- 0,1 Prozentpunkte

matisieren, das den abhängig Beschäftigten systematisch den ganzen Ertrag ihrer geleisteten Arbeit vorenthält und nur den Wert der Arbeitskraft als Tauschwert in Form eines Lohnes zugesteht, werden reale (inflationsbereinigte) Lohnabschlüsse zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verlangt, die unterhalb der Produktivitätsrate liegen. Vor dem Hintergrund der Massenarbeitslosigkeit und nur schwacher Gewerkschaften wird eine derartige kontraproduktive Tarifpolitik seit langem praktiziert. So wurde zwischen 1991 und 2004 die neutrale gesamtwirtschaftliche Verteilungsposition zwischen Kapital und Arbeit jahresdurchschnittlich um 0,7 Prozentpunkte verfehlt. „Die Anteile der Brutto- und Nettolohnquote am verfügbaren und auch ausgabefähigen Volkseinkommen der privaten Haushalte sind 2003 ein weiteres Mal gesunken: erstmals unter 66 v.H. brutto und 43 v.H. netto. Mit genau 42,5 v.H. weist die gesamtwirtschaftliche Nettolohnquote in der langen Geschichte ihres verteilungsbedingten Abstiegs seit den 1960er Jahren ein neues Allzeittief auf“

Diese Umverteilungen haben aber keine Beschäftigung gebracht. Im Gegenteil: Sie haben nachhaltig Arbeitsplätze gekostet und die Massenarbeitslosigkeit erhöht. Deshalb müssen wir schnellstens zu einer uneingeschränkten produktivitätsorientierten Tarifpolitik auf Basis von Flächentarifverträgen zurückkehren. Das Optimale, was die Tarifpolitik für die Beschäftigung und die Preisstabilität tun kann, ist, eine Erhöhung der Reallöhne im Ausmaß des Produktivitätszuwachses durchzusetzen. Da wo keine Flächentarifverträge existieren und wo sich heute bereits ein Niedriglohnssektor etabliert hat, muss es zu einer staatlichen Mindestlohnfestlegung kommen. Entgegen den vollzogenen Umverteilungen von den Löhnen und Gehältern zu den Gewinnen, muss zusätzlich eine Gewinn- und/oder Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer eingeführt werden. Dies aber nicht zur Flexibilisierung der Löhne nach unten, sondern als ein on-top-System auf Basis von Flächentarifverträgen (vgl. dazu ausführlich Heinz-J. Bontrup, Gewinn- und/oder Kapitalbeteiligungen –

der Sozialversicherungsbeiträge um zehn Prozentpunkte (je fünf für Arbeitgeber und Arbeitnehmer) würde bei einem Lohnstundensatz von 43 Euro, dieser Satz entsprich heute dem Wert einer durchschnittlichen Handwerkerstunde, mal gerade zu einer Entlastung des Stundensatzes um 60 Cent führen. Unternehmen werden dadurch wohl kaum angereizt, zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen. Im Gegenteil: Wer Lohnnebenkosten kürzt, senkt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und verschärft damit die Wirtschaftskrise. Sozialbeiträge verschwinden nicht in einem „schwarzen Loch“, sondern fließen vollständig nachfragewirksam als Sozialleistungen (z.B. Rente, Arbeitslosen- und Krankengeld) an die privaten Haushalte oder direkt von den Sozialversicherern (z.B. als Sachleistungen im Gesundheitssektor) wieder in den Wirtschaftskreislauf zurück. Auch der immer wieder gebetsmühlenhaft wiederholte, angeblich dramatische, Anstieg der Lohnnebenkosten muss relativiert werden. Betrachtet man dazu die echte Lohnnebenkostenquote (vgl. den Kasten „Zur Entwicklung der Lohnnebenkosten“), so war der Anstieg eigentlich nicht dramatisch. Die sicher gegebene Zunahme des gesetzlichen Teils der Lohnnebenkosten wurde nämlich weitgehend durch den Rückgang der tariflichen und von den Unternehmen freiwillig gewährten Bestandteile innerhalb der Lohnnebenkosten kompensiert. Außerdem ist die Behauptung, die Arbeitskosten (also das direkte Entgelt plus aller Lohnnebenkosten) seien in Deutschland zu hoch, nichts anderes als eine ökonomische Leerraussage. Es wird dabei regelmäßig die sich hinter den Arbeitskosten verbergende Leistung und Produktivität unterschlagen. Bezieht man diese mit ein, so ergibt sich die richtige Bemessungsgröße, die Lohnstückkosten.

Diese sind in Deutschland aber nicht zu hoch, sondern gehen seit Jahren zurück und sind auch im internationalen Vergleich absolut wettbewerbsfähig wie die Exportüberschüsse zeigen. So betrug der Anstieg der Lohnstückkosten von 1995 bis 2004 in Deutschland mal gerade 2,5 v.H., während er bei den Euroländern bei 12,6 v.H. und in der EU 25 bei 17,2 v.H. lag. Auch die USA verzeichneten mit 15,7 v.H. einen wesentlich höheren Anstieg der Lohnstückkosten als er in Deutschland gegeben war.

4. Mit „Abwanderung von Arbeitsplätzen“ wird Angst geschürt

Damit ist auch die neuerdings fast hysterisch vorgetragene Behauptung einer flächendeckenden „Abwanderung von Arbeitsplätzen“ wegen angeblich in Deutschland zu hoher Lohnstückkosten widerlegt. Trotzdem schüren Interessenver-

Direktinvestitionen

Direktinvestitionen sind Investitionen mit dem Ziel, in einem anderen Land eine Betriebsstätte oder ein Tochterunternehmen zu errichten, Immobilien dort zu kaufen und Unternehmen im Ausland oder Beteiligungen an Unternehmen zu erwerben. Bei einem Export von Arbeitsplätzen müssten mehr Direktinvestitionen aus Deutschland abfließen als von Ausländern nach Deutschland hereinkommen.

treter des Kapitals sowie die Medien anhand von einzelnen Unternehmensfällen, wo in der Tat Arbeitsplätze ins Ausland verlagert wurden, Angst in der Bevölkerung. Intendiert ist damit nichts anderes als eine Stimmungsmache gegen Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften. Diese will man noch mehr im Hinblick auf Lohnkürzungen und längere Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich disziplinieren. Betrachtet man dagegen die objektiven ökonomischen Fakten, so gibt es überhaupt keine aussagekräftige Statistik, die eine „Abwanderung von Arbeitsplätzen“ exakt erfasst und gleichzeitig zeigt, wie viele Arbeitsplätze im Inland durch zusätzliche Aktivitäten im Ausland von deutschen Unternehmen gesichert werden. Bei einer Analyse der Direktinvestitionen (siehe Kasten), Mangels eines statistischen Indikators für die „Abwanderung von Arbeitsplätzen“, fällt auf, dass von 2000 bis 2004 der Saldo bei 185,7 Mrd. Euro lag. Das heißt, dass in dieser Höhe mehr von ausländischen Unternehmen in Deutschland investiert wurde, als von deutschen Unternehmen im Ausland. Es kann demnach in Summe nicht zu einem Export von Arbeitsplätzen gekommen sein.

Der hohe Exportüberschuss zeigt überdies, dass Deutschland wie kein anderes Land auf der Welt Auslandsmärkte aus dem Inland heraus bedienen kann und damit nicht Arbeitsplätze sondern vielmehr Arbeitslosigkeit exportiert. Zur Sicherstellung des Exportüberschusses sind deutsche Unternehmen außerdem darauf angewiesen über „Brückenköpfe“ im Ausland zu verfügen. Man kann nicht nur in ausländische Märkte exportieren ohne auf diesen Märkten auch mit bestimmten Service-, Entwicklungs- als auch Produktionsleistungen präsent zu sein.

5. Jetzt soll auch noch ohne Bezahlung länger gearbeitet werden

Zu den jüngsten neoliberalen Absurditäten und Angriffen auf die Arbeitnehmer zählen die

Forderungen nach Arbeitszeitverlängerungen ohne Lohnausgleich. Die Deutschen müssten wieder länger arbeiten. Das tun sie zwar schon seit langem – längst ist die 42-Stunden-Woche wieder eingeführt – trotzdem werden längere Arbeitszeiten, auch längere Lebensarbeitszeiten durch eine Heraufsetzung des gesetzlichen Rentenalters gefordert. Nicht Arbeitszeitverlängerung, sondern Arbeitszeitverkürzung ist dagegen das Gebot der Stunde. Dies schon allein deshalb, weil die Schere zwischen Produktion und Produktivität seit Mitte der 1970er Jahre bei einem gestiegenen Wirtschaftswachstum (Bruttoinlandsprodukt) immer weiter auseinander geht. Die gesamtwirtschaftliche Produktivität stieg in der alten Bundesrepublik zwischen 1960 und 1991 um 217 v.H., während das reale Bruttoinlandsprodukt weit weniger um 164,8 v.H. zulegte. Das Arbeitsvolumen musste deshalb zurück gehen. Die gestiegene Wirtschaftsleistung konnte mit immer weniger lebendiger Arbeit geleistet werden und wurde deshalb auch immer weniger nachgefragt. Dies wird auch für die zukünftige Entwicklung der Fall sein. Nach der Wiedervereinigung – siehe Tab. 2 – besteht weiter eine Produktions-Produktivitätsschere, die sich in einem schrumpfenden Arbeitsvolumen entlädt. Der Ausbau eines heute schon bestehenden Niedriglohnssektors durch die unsozialen „Hartz-Reformen“ ist dabei weder ein ökonomischer noch ein gesellschaftlicher Ausweg aus der strukturellen Beschäftigungskrise. Im Gegenteil: Damit wird das

Tabelle 1: Entwicklung der Lohnstückkosten im internationalen Vergleich von 1995 bis 2004 in v.H.

Polen	75,3
Tschechische Republik	65,5
Griechenland	44,0
Großbritannien	28,7
Italien	23,4
Schweden	19,4
EU 25 (Durchschnitt)	17,2
USA	15,7
Euro-Länder	12,6
Frankreich	10,5
Österreich	3,3
Deutschland	2,5

Quelle: Ecofin Ameco Datenbank, März 2005

www.sozialismus.de



Redaktion Sozialismus: Vorwärts und alles vergessen? Fehlkalkulationen mit dem Gedächtnisschwund der WählerInnen; Bernhard Müller: Die Kandidatin und ihre »Agenda Arbeit«; Frank Deppe/Richard Detje: Die »kritische Theorie« und das »gemeine Volk« (»le petit peuple«). Jürgen Habermas und die Krise der EU; Bernhard Sander: Umschichtungen. Das französische Nein ist ein linkes Nein

Jörg Schindler/Kolja Möller: Geisterdebatten um die These vom »Ende der Arbeit«. Weshalb die Forderung nach Vollbeschäftigung nach wie vor zentral bleibt; Robert Hinke: Der Flächentarifvertrag. Erinnerungsarbeit zu dessen Sinn und Zweck

Oskar Negt: Streiter für politisch-öffentliche Urteilskraft. Jürgen Seifert (1928-2005)

Clyde W. Barrow: Die Rückkehr des Staates. Globalisierung, Staatstheorie und der neue Imperialismus; Lennart Laberenz: Faktor K, später. Argentinien neuer Präsident; Heinz Lambarth: Unruhe(n) am Kap der Guten Hoffnung. Südafrika zwischen Neoliberalismus, ANC-Wahlversprechen und Unterentwicklungsrevolten; Julia Müller/Hasko Hüning: »Schildkröten können fliegen« (Filmkritik)

Supplement: Joachim Bischoff, Die SPD und die Zerstörung des »Rheinischen Kapitalismus«. Vom organisierten zum entfesselten Kapitalismus

Probeabo (3 Hefte): Abo: € 10,-
Abo: € 62,- (erm. € 44,-)

Redaktion Sozialismus
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Fax 040/280 505 68
e-Mail: redaktion@sozialismus.de

gesamtwirtschaftliche Lohnniveau noch weiter gesenkt, die Nachfrage gedrückt und der Weg in eine neo-feudale Dienstleistungsgesellschaft frei gemacht. Für eine Wirtschaft, wie die Deutsche, die ihr Wachstum aus Wissen und Technik schöpfen muss, ist eine solche Perspektive schädlich. Arbeitszeitverkürzung ist aber trotzdem nicht populär. Wer sie fordert stellt nämlich wie beim Lohn-Gewinn-Verhältnis die Verteilungsfrage. An einer Arbeitszeitverkürzung wird aber kein Weg vorbei gehen, ansonsten fliegt uns das ganze System um die Ohren. Nur durch eine Verteilung der Arbeit kann zukünftig für mehr Menschen Arbeit geschaffen werden. Arbeitgeber sind natürlich gehen Arbeitszeitverkürzungen. Sie befürchten weniger Gewinne und eine schlechtere internationale Wettbewerbsfähigkeit. Aber auch Arbeitnehmer treten ungern Arbeitszeit an Erwerbslose ab und verzichten auf Einkommen. Um den Interessengegensatz aufzulösen muss die Arbeitszeitverkürzung für Arbeitgeber weitgehend kostenneutral und für Arbeitnehmer weitgehend einkommensneutral ausfallen. Würde der Bruttolohn (Produzentenlohn) etwa anteilig zur Verkürzung der Arbeitszeit reduziert, dann blieben in den Unternehmen die Lohnstückkosten konstant.

Um zu verhindern, dass für die Arbeitnehmer die Nettoeinkommen (Konsumentenlohn) sinken, müssten sie bei der Lohnsteuer nachhaltig entlastet werden. Die Senkung der so genannten Lohnnebenkosten wäre, wie bereits oben beschrieben, dagegen kontraproduktiv. Hierdurch würde ein weiterer Nachfragerückgang ausgelöst. Die Formel müsste also lauten: Arbeitszeitverkürzung bei Bruttolohnsenkung aber ungefähr gleichem Nettolohn durch Senkung der Lohnsteuer und Anhebung der Gewinn- und Vermögenssteuern. Betrachtet man im Hinblick darauf die Steuerlastverteilung in Deutschland (siehe Tab. 3), so ist dies ein realistisches Szenario. Man müsste nur die alten Steuerlastrelationen von 1960 wieder herstellen, wonach der Lohnsteueranteil am Steueraufkommen bei 11,8 v.H. und der Gewinnsteueranteil bei weit über 30 v.H. lag. Außerdem stehen als weitere Finanzierungsgröße die heutigen Kosten der Arbeitslosigkeit von rund 75 Mrd. jährlich zur Verfügung (vgl.

Tabelle 3: Steuerlastverteilung in Deutschland

Anteil der Steuerarten am gesamten Steueraufkommen in v.H.

Steuerart	1960	2004
Lohnsteuer	11,8	30,0
Veranlagte Einkommensteuer	13,5	1,3
Nicht veranlagte Steuer v. Ertrag	1,2	2,4
Körperschaftsteuer	9,5	3,3
Gewerbsteuer	10,5	6,2
Umsatz- und Verbrauchssteuern	25,6	46,8

Quelle: Statistiken Bundesfinanzministerium

ausführlich dazu Heinz-J. Bontrup, Alternative Arbeitszeitverkürzung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3/2005, S. 347ff.).

Dennoch wird man trotz Arbeitszeitverkürzung zur Bekämpfung der strukturellen Arbeitslosigkeit nicht an einem Ausbau des öffentlichen Sektors vorbeikommen. Dies hat übrigens interessanterweise schon im Jahr 1978 der heutige Vorsitzende des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Situation, Bert Rürup, gefordert. Er schrieb: „Nimmt man das Ziel der Vollbeschäftigung ernst, besteht auch und gerade aus mittelfristiger Perspektive die Notwendigkeit, die Zahl der öffentlichen Bediensteten zu erhöhen; denn auch eine erfolgreiche Wachstumspolitik kann das vorhandene Arbeitskräftepotential in den nächsten Jahren nicht voll ausschöpfen, es besteht ein gesellschaftlicher Bedarf an zusätzlichen personalintensiven öffentlichen Leistungen, Personalausgabenerhöhungen sind staatlichen Käufen unter Beschäftigungsaspekten überlegen, und die Finanzierung eines derartigen Programms ist lösbar und nicht unsozial, durch eine Ausweitung des öffentlichen Dienstes wird die inländische Absorption langfristig erhöht und damit die beschäftigungsmäßige Auslandsabhängigkeit verringert und unmittelbar die Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherung verbessert“ (vgl. Bert Rürup, Plädoyer für eine expansive Personalpolitik des Staates zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung, in: Heinz Markmann/Diethard B. Simmert, Krise der Wirtschaftspolitik, Köln 1978, S. 435). Politik geht heute leider den anderen Weg. Man baut öffentliche Beschäftigung durch Sparmaßnahmen und eine Privatisierung zuvor öffentlich erbrachter Leistungen ab und erhöht damit die Arbeitslosigkeit. Seit 1991 sind im öffentlichen Dienst fast 2 Mio. Arbeitsplätze abgebaut worden. Ein Ende ist noch nicht in Sicht. Ein Ende der Wirtschaftskrise so auch nicht.

Ein dritter Weg für Indien?

Das erste Jahr der Regierung
Sikh Manmohan Singh

Von Patrick DeVos

Selten hat ein Wahlergebnis so viel Aufsehen erregt wie das vom Mai 2004 in Indien. Entgegen jeder Erwartung traten nicht die regierende *National Democratic Alliance* (NDA) – die Koalition um die hindunationalistische *Bharatiya Janata Party* (BJP) von Atal Behari Vajpayee – sondern die links vom Zentrum stehende *United Progressive Alliance* (UPA), die sich um Sonia Gandhis Kongresspartei gruppiert, sowie die *Linke Front* der Kommunisten, als Sieger aus den vorgezogenen Wahlen hervor. Ein Triumph für den Säkularismus. Was folgte, war ein politisches Schauspiel mit einer sehr großen Bollywood-Qualität. Zwar hatte die Witwe des 1991 ermordeten Rajiv Gandhi ihre Partei zu einem Wahlsieg geführt, dennoch hatte sie keine parlamentarische Mehrheit. Nachdem klar wurde, dass die Kongresspartei dafür auf die Unterstützung der kommunistischen Parteien angewiesen war, erreichte der Aktienindex (Sensex) an der Börse von Mumbai (Bombay) einen historischen Tiefpunkt. Besonders die ausländischen Investoren fürchteten, dass die Liberalisierungspolitik zu einem Ende kommen würde. Die Situation wurde noch dramatischer, als die besiegten Hindunationalisten, in ihrem Versuch eine Koalition rund um die Kongresspartei zu verhindern, eine Hasskampagne gegen die ausländische Herkunft von Frau Gandhi lancierten.

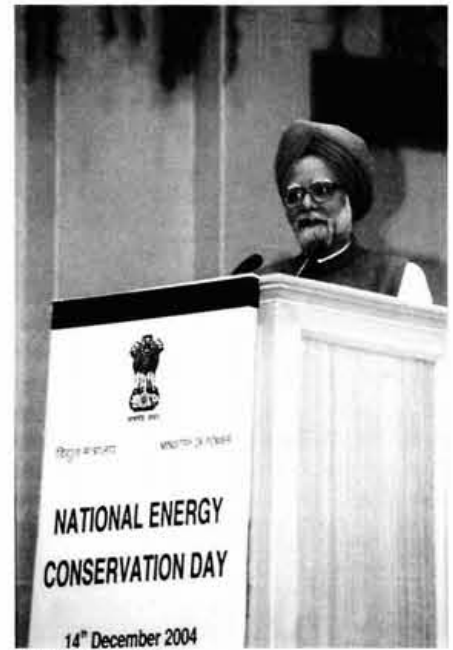
Um die erhitzten Gemüter zu besänftigen, traf Gandhi die politisch höchst ungewöhnliche Entscheidung, auf das oberste politische Amt zu verzichten und nominierte ihre Vertrauensperson, Sikh Manmohan Singh, für den Posten des Premierministers. Dessen Berufung wirkte wie ein Beruhigungsmittel auf den indischen Aktienindex. Dr. Singh ist ein renommierter Wirtschaftswissenschaftler und hat jahrelang verschiedene Kongresspartei-Regierungen beraten. Zwischendurch war er Gouverneur der indischen Zentralbank, der Asiatischen Entwicklungsbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF). Was vermutlich noch am meisten beruhigte, war die Tatsache, dass er als Finanzminister in der Kongress-Regierung von PV

Narasimha Rao (1991-1996) das größte Liberalisierungsprogramm der indischen Geschichte durchgeführt hat. Der asketische Technokrat entpuppte sich als der Architekt der indischen Reformpolitik, die letztendlich eine neue Mittelklasse erzeugte, die – oh Ironie – die Grundlage zum Wahlerfolg der BJP gelegt hat. Bis Anfang der neunziger Jahre wuchs Indiens sozialistische Wirtschaft mit durchschnittlich vier Prozent im Jahr. Seitdem Singh sich darum gekümmert hat, hat sich das Wirtschaftswachstum im vorangegangenen Jahr verdoppelt.

Die Rache der armen Inder

Es gab gute Gründe anzunehmen, dass die BJP geführte NDA-Regierung die Wahlen gewinnen würde. Mit einem jährlichen Zuwachs von 8 Prozent war die Wirtschaft in Bestform. Das Vertrauen der Investoren war hoch. Zum ersten Mal seit Jahren hatte das unermessliche Land einen guten Monsun gehabt und die NDA-Parteien hatten zuvor, im Dezember 2003, in vier Bundesstaaten Wahlen gewonnen. Laut einer Meinungsumfrage der Zeitung *The Indian Express* und des Fernsehsenders NDTV hieß es sogar, dass die regierende NDA eine absolute Mehrheit bekäme.

Als die Regierung von Vajpayee glaubte, die Zeit sei für vorgezogene Wahlen reif, lancierte sie eine sündhaft teure Kampagne, die den Slogan „Indien strahlt!“ bis zu 9.000 mal in indische Wohnzimmer ausstrahlte, bevor sie durch die Wahlkommission als versteckte Wahlpropaganda auf Kosten der Steuerzahler bewertet und daraufhin verboten wurde. Obwohl die indische Wirtschaft im letzten Jahrzehnt extrem gewachsen ist, ist dieser Aufschwung an der Mehrheit der verarmten Landbevölkerung vorbeigezogen. Indien „strahlte“ ausschließlich für die etwa 100 Millionen Inder aus der städtischen Mittelschicht, während auf dem Land, wo zwei Drittel der indischen Bevölkerung lebt, bittere Armut herrscht und Not leidende Bauern immer häufiger in den Selbstmord getrieben werden. Indien hat die größte Zahl unterernährter Kinder in der Welt und stellt etwa



Sikh Manmohan Singh

die Hälfte der hungernden Bevölkerung der gesamten Welt. Einer von zwei Indern kann weder lesen noch schreiben. 160 Millionen Menschen verfügen nicht über sauberes Trinkwasser und 40 Prozent der Bevölkerung haben keine Elektrizität. Offiziell leben 300 Millionen Inder unter der Armutsgrenze von einem Dollar pro Tag, doch offenbar gibt es noch viel mehr Menschen, denen es nicht gerade hervorragend geht. Angesichts von soviel Elend erschien das Wahlversprechen von BJP-Premier Vajpayee, jährlich 10 Millionen neue Jobs zu schaffen, eher wie ein schlechter Witz.

Die BJP verlor nicht nur Stimmen auf dem Land. Auch in Metropolen wie Mumbai, Kolkata (Kalkutta) und in IT-Städten wie Chennai (Madras) und Hyderabad erlitt sie bemerkenswerte Verluste. Die Armut, die in der BJP-Kampagne diskret verborgen blieb, hatte viele in die Großstädte getrieben, wo schätzungsweise 40 Millionen Menschen in Elendsvierteln wohnen. Ein Jahrzehnt ökonomischer Umstrukturierung hat die Kluft zwischen Arm und Reich noch vertieft. So wurde, auf Drängen der Welthandelsorganisation (WTO), die staatliche Preis- und Angebotssteuerung abgeschafft und die Grenzen für Billigimporte geöffnet. Dadurch wurde der kleine Bauer von zwei Seiten in die Zange genommen: während seine Agrarprodukte billiger wurden, stiegen gleichzeitig die Kosten für Pestizide, Bewässerung, Transport und Elektrizität. Heute verfügt eine durchschnittliche indische Familie jährlich über 100 Kilo Getreide weniger als noch vor sieben Jahre. Trotz eines Jahrzehnts des schnellsten Wirtschaftswachstums in der Geschichte Indiens ist das Land im *Human Development Index* der UNO vom 124. auf den 127. Platz zurückgefallen.

Im Nachhinein betrachtet kostete es die Kongresspartei und ihre Allianzpartner relativ wenig Mühe, die Hurrakampagne der BJP zu entkräften. Offenbar hatten viel Inder genug von Hindu- und Marktradikalismus. Anders als die Hindunationalisten setzte die Kongresspartei nicht allein auf Medienkampagnen. Nach dem Vorbild ihrer legendären Schwiegermutter, der 1984 ermordeten Indira Gandhi, zog Sonia Gandhi von Dorf zu Dorf, legte um die 50.000 Kilometer zurück, mischte sich unter die Leute und sprach reale Probleme an – sowie die Arbeitslosigkeit und die Armut, der Mangel an Trinkwasser und Gesundheitspflege, die Not leidende Infrastruktur und die Verletzung der Rechte von Minderheiten. In ihrer Kampagne stellte Gandhi vorwiegend die ungleiche Verteilung der Früchte der neuen Wirtschaft in Frage, und nicht so sehr das Wachstumsmodell an sich. Im Hinblick auf dem Wahlerfolg behielt sie damit offensichtlich recht. Der Wahlsieg war deshalb um so überzeugender, und enthüllte eine tiefe Kluft zwischen der Wahrnehmung, Aspiration und Konsens der städtischen Elite und den Sorgen der verarmten ländlichen Volksmassen. Die meisten Sitze gewann die Kongresspartei in Andhra Pradesh und Tamil Nadu – Bundesstaaten, in denen die NDA-Parteien an der Macht sind. Im Bundesstaat Gujarat – dem Labor des hindunationalistischen Experiments der neunziger Jahre – konnte Gandhi sogar die Hälfte der Sitze der BJP erringen. Auch das Versprechen der Kommunisten, dass sie eine von der Kongresspartei geführte Regierung unterstützen würden, stärkte ihre Position in ihren traditionellen Hochburgen West-Bengalen und Kerala. Mit 63 Parlamentssitzen im *Lok Sabha*, dem indischen Unterhaus, und einem Zugewinn von nicht weniger als 20 Sitzen, hat die *Linke Front* der Kommunisten ihr bestes Resultat überhaupt erzielt. Im Vergleich zu den anderen Parteien waren sie eigentlich die großen Sieger der letzten Wahlen.

Das Tandem Singh-Ghandi

Die meisten Kommentatoren waren sich darüber einig, dass die verkümmerte Landbevölkerung massenhaft für Gandhi

stimmte in der Hoffnung, dass die Kongresspartei sie am neuen Wohlstand des Landes teilhaben ließe. Laut Gandhi selbst hat das indische Volk nicht so sehr für sie, sondern eher gegen die BJP und die NDA-Parteien votiert. Die Zahlen scheinen dies zu bestätigen. Im Vergleich mit 1999 verlor die BJP 44 Parlamentssitze, während die Kongresspartei nur 30 hinzugewann. Die NDA-Koalition, die vor den Wahlen über fast 300 Sitze verfügte, muss sich jetzt mit 186 zufriedengeben. Der UPA wiederum, mit ihren 217 Sitzen, fehlt es genau an 55 Sitzen, um über eine Mehrheit zu verfügen.

Auf seiner ersten Pressekonferenz als Ministerpräsident betonte Manmohan Singh, dass der Kampf gegen die Armut die wichtigste Priorität seiner Regierung sei. Aber gleichzeitig unterstrich er, dass er die ökonomische Reformpolitik ungemindert weiterführen wolle, ergänzt jedoch um ein ‚menschliches Element‘. Die Herausforderung der Regierung ist es, eine liberale Reformpolitik mit den Anforderungen der sozialen Gleichheit und Gerechtigkeit zu versöhnen. Und als ob solch eine Gleichgewichtspolitik in einem Land wie Indien nicht bereits schwierig genug sei, muss sie dies mit einer Minderheitsregierung zustande bringen, die darüber hinaus von der wohlwollenden Unterstützung der Kommunisten in der Opposition abhängt. Beim Dienstantritt der UPA-Regierung war dementsprechend die Skepsis nicht gerade gering – um so mehr, weil Singh Premierminister von Gandhis Gnaden ist. Obwohl Frau Gandhi das Amt der Regierungschefin ablehnte, verfügt sie immer noch über sehr viel politische Macht. Sie führt immer noch die Kongresspartei und ist Präsidentin der regierenden UPA-Koalition. Die Arbeitsteilung zwischen beiden ist eine unerprobte politische Formel, die sehr viel gegenseitiges Vertrauen und Koordination erfordert. Singh leitet die Regierung und steuert den Reformkurs, während Gandhi sich um die Partei kümmert, deren Basis auf dem Land ausbaut, und die Koalition zusammen hält. Kritiker sprachen

öffentlich von einem Premier mit beschränkter Macht und einer allmächtigen Partei- und Koalitionsvorsitzenden mit beschränkter Haftung. Der Pluspunkt ist jedoch, dass beide sich auf den Kern ihrer jeweiligen Arbeit konzentrieren können. Bis jetzt hat Gandhi sich nicht eingemischt in Singhs Verwaltungsangele-

genheiten. Was aber würde geschehen, wenn Parteipolitik und Regierungspolitik mit einander kollidierten?

Obwohl Singhs Verdienste als Ökonom und Technokrat unumstritten sind, musste er sich als Machtpolitiker und als politischer Manager erst noch beweisen. Hinzu kommt, dass der wenig charismatische Singh nie eine Wahl gewonnen hat, wodurch es ihm an demokratischer Legitimität mangelt. Singh ist kein Mann der Massen, soviel ist deutlich. Seinen Sitz im *Rajya Sabha*, dem indischen Oberhaus, verdankt er einer Nominierung. Das einzige Mal, dass er an Wahlen teilgenommen hat, war 1999, und die hat er an die BJP verloren. Und genau so wie Singh verfügt auch Gandhi über wenig politische Erfahrung. Jahrelang hielt sie sich fern von der Politik. Nach der Ermordung ihres Mannes Rajiv zog sie sich zurück aus dem öffentlichen Leben. Erst als die Kongresspartei 1998 in eine Wahltiefe geraten war und ein Name wie ihrer dringend benötigt wurde, engagierte sie sich politisch. Ein Jahr später wurde sie zum ersten Mal ins Parlament gewählt.

Auch die Zusammensetzung der neuen Regierung war weder vielversprechend, noch eine große Erneuerung. Abgesehen von der Ernennung Palaniappan Chidambaram zum Finanzminister ist das 68-köpfige Kabinett zusammengesetzt aus Kongress-Veteranen und Gandhi-Loyalisten, und hier und dort einigen Anführern der regionalistischen Koalitionspartner. Die Kongresspartei, die in den letzten 58 Jahren nicht weniger als 43 Jahre an der Macht war, hat so ihre eigene Geschichte von Korruption und Machtmissbrauch. Die Zeitungskommentare waren unmissverständlich: „die Rückkehr der alten Garde“ schrieben sie enttäuscht. Der Altersdurchschnitt des Kabinetts übersteigt das Rentenalter. Sogar Shivraj Patil und P.M. Sayeed, zwei Kongress-Veteranen die ihren Sitz während der Wahl verloren hatten, erhielten wichtige Ministerposten.

All dieses zeigt, dass die Kongresspartei sich, während sie in der Opposition war, nicht gerade hochgradig renoviert hat. Der Mangel an frischem Blut und neuen Ideen kontrastiert scharf mit dem Reformkurs, den Singh und Gandhi in der Praxis anstreben wollen, und zeigt, dass die Kongresspartei bei weitem noch nicht fertig war für die Regierungsverantwortung, die ihr wie ein reifer Apfel in den Schoß fiel. Manmohan Singh, der vergeblich versucht hat die Anzahl seiner Minister auf eine wirksame zu beschränken, hat während der ersten sechs Monate seiner Amtszeit schon viermal mit Rücktritt gedroht. Seine Autorität wird regelmäßig untergraben durch Minister, die ihrer eigenen Tagesordnung folgen, untereinander Fehden ausfechten oder politische Entscheidungen treffen, ohne Singh dazu rechtzeitig zu Rate zu ziehen.



Manmohanomics

Die Kongresspartei trat die Wahlen mit dem Versprechen an, das schnelle Wirtschaftswachstum für alle Schichten der Bevölkerung zugänglich zu machen. Damit gab sie sich wiederholt als eine breite Volkspartei für die gesamte Nation aus. Die UPA-Regierung muss jetzt beweisen, dass sie das Land besser, und vor allem gerechter regieren kann als die Hindunationalisten. Doch der Spielraum ist begrenzt und die Agenda der Regierung, das sogenannte ‚Gemeinsame Minimalprogramm‘ (GMP), ist unter den gegebenen Umständen ehrgeizig. Nicht nur sind die sozialen Gegensätze innerhalb des Landes riesig, auch wächst die Bevölkerung jedes Jahr um mindestens 18 Millionen Menschen. Allgemein wird angenommen, dass Indien innerhalb der nächsten 30 Jahre China als das meist bevölkerte Land der Welt überholen wird.

Die größte Herausforderung des GMPs liegt darin, eine Sozialpolitik zu realisieren ohne die makroökonomische Entwicklung zu bremsen. Singh macht sich stark dafür, dies mit einem differenzierten Wirtschaftsmodell verwirklichen zu können, das sich neben staatlichen Investitionen in Infrastruktur, sozialen Einrichtungen, Ausbildung und Gesundheitspflege, auf eine Politik der weiteren Liberalisierung und Deregulierung stützt. Das GMP ist eine delikate Gleichgewichtsübung zwischen Marktreflexen und Sozialpolitik. Im Kern liegt die Überzeugung, dass die Bekämpfung von Armut ein schnelles Wirtschaftswachstum erfordert. Die Förderung des Wirtschaftswachstums konzentriert sich auf den privaten Sektor, und umfasst Maßnahmen zur Vertiefung des finanziellen Sektors, zur Förderung des Exports und der Liberalisierung und Deregulierung von Auslandsinvestitionen. So hat die Regierung z.B. Beschränkungen in empfindlichen Sektoren wie der Telekommunikation, des Bankgeschäfts, der Versicherungsunternehmen und der Luftfahrt weiter abgebaut. Diesbezüglich unterscheidet sich das gegenwärtige kaum vom vorhergehenden Regime, außer dass die Kommunisten sich gegen eine weitere Privatisierung von rentablen Staatsunternehmen wehren.

Der zweite Pfeiler der Reformen sind gezielte Investitionen in den meist bedürftigen, hauptsächlich ländlichen Teil der Bevölkerung. Die Nationalregierung, sowie wie die Bundesstaatsregierungen (insofern die Führung in Delhi sie im Griff hat) verpflichten sich zu grundlegenden Sozialinvestitionen, die den Ärmsten Zugang zu Elektrizität, Trinkwasser, Ausbildung, Gesundheitspflege, Informations- und Kommunikationstechnologien und einer modernen Landwirtschaft zusichern. Die Zielsetzung ist, in den kommenden Jahren jedes der 600.000 Dörfer mit

den notwendigen Einrichtungen auszurüsten, um wirtschaftlich produktiv werden zu können. Das GMP atmet den Geist des ‚Dritten Weges‘ – die ideologische Offensive, die europäische Sozialdemokraten wie Blair und Schröder in den neunziger Jahre lancierten. Sozialausgaben werden als produktive Investitionen gesehen. Die Philosophie dahinter lautet, dass der Preis, ein Kind auszubilden, auf Dauer billiger ist als eine Masse unausgebildeter Arbeitslose, die auf Kosten der Gesellschaft leben. Als Prinzip hört sich das nicht unvernünftig an, bliebe das GMP hinsichtlich der konkreten Bekämpfungsmaßnahmen nicht äußerst vage. Die bereits durchgeführten Initiativen sind zwar lobenswert, aber angesichts der Herausforderungen und Zielsetzungen meistens unzulänglich. Beispielhaft dafür ist der ‚National Employment Guarantee Act‘, der einem Mitglied von jeder Familie, die unter die Armutsgrenze lebt, eine Beschäftigung von mindestens 100 Tagen pro Jahr in einem durch die Regierung finanzierten Projekt garantiert. Dasselbe gilt für den so genannten ‚Mittagsmahlzeiten-Entwurf‘, der an jedes Schulkind täglich eine warme Mahlzeit liefern soll.

Das Einzige, woran die neue Politik bis jetzt konkret geprüft werden konnte, ist allerdings der Haushaltsplan für 2005-2006, der durch Finanzminister Chidambaram Ende Februar dem Parlament vorgelegt wurde. Dies ist der erste vollwertige Staatshaushalt der neuen Regierung und knüpft am Gesamtvolumen von 85 Milliarden Euro der Vorgängerregierung an. Der Etat hat übrigens den Ehrgeiz ein neues Paradigma für Entwicklungsländer zu sein. Bemerkenswert ist zunächst, dass von den zusätzlichen neun Milliarden Euro, welche die linken Parteien für das GMP forderten, unter dem Strich nur die Hälfte übrig blieb. Der Staatshaushalt sieht unter anderem vor, dass die Ausgaben für Ausbildung über einen Zeitraum von fünf Jahren von 4 auf 6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) zunehmen. Die Weltbank schätzt die Zahl der Kinder zwischen 6 und 14 Jahren, die im Jahr 2003 keine einzige Form der Ausbildung genossen, auf 25 Millionen. Neue Berechnungen des IWF schätzen die Abwesenheit von Lehrern auf durchschnittlich 25 Prozent pro Schultag. Eine Zunahme des Ausbildungsbudgets von 10 Prozent pro Jahr ist im Vergleich dazu eher bescheiden. Das gilt ebenfalls für die 600 Millionen Euro, die der Etat für den Mittagsmahlzeiten-Entwurf einplant. Im Vergleich zum vorhergehendem Jahr ist das eine Verdoppelung, aber es deckt nach Ansicht der Experten bei weitem nicht den existierenden Bedarf. Laut des *Human Development Reports* (2003) der UNO sind 47 Prozent der indischen Kinder unterernährt. Ebenfalls bemerkenswert ist, dass die budgetäre Unterstützung von zwei Milliarden Euro für landwirtschaftliche Entwicklung – der eigentliche Prüfstein von Singhs Politik – sich nur be-

grenzt unterscheidet von dem, was die Vajpayee-Regierung in den Staatshaushalten von 2002-2003 und 2003-2004 verwandt hat.

Es steht dennoch außer Frage, dass sich der Etat von Chidambaram sozialpolitisch erheblich unterscheidet vom vorhergehenden Staatsbudget. In absoluten Zahlen ausgedrückt bleiben die Bemühungen weit unter dem, was einerseits den realen Bedürfnissen entspräche und andererseits den Forderungen, die die linken Parteien erheben. Demgegenüber steht der liberale Charakter des Etats – was unter anderem bei der Erschließung der Energiewirtschaft und der Versicherungsunternehmen für Auslandsinvestoren, der Reduzierung der Einfuhrzölle auf Kapitalgüter, der Steuerentlastung von Unternehmensgewinnen und der Deregulierung von Arbeitsverhältnissen zum Ausdruck kommt. Um die erhöhten Staatsausgaben gegenzufinanzieren, führte Chidambaram eine zusätzliche Einkommenssteuer und ab 1. April eine verallgemeinerte Mehrwertsteuer ein. Chidambarams Bewegungsraum wird allerdings begrenzt durch eine gesetzlich festgelegte fiskalische Disziplin, die anordnet, dass das Haushaltsdefizit von 4,4 Prozent des BIP jährlich um 0,3 Prozent abgebaut wird. In Indien beläuft sich die Quote der staatlichen Steuereinnahmen auf weniger als 10 Prozent des BIP. In den meisten industrialisierten Ländern ist dies laut *The Economist* durchschnittlich 37 Prozent. Dennoch haben die niedrigen Steuereinnahmen die neue Regierung nicht davon abgehalten, die Verteidigungsausgaben um 18 Prozent anzuheben.

Verkörpert der neue Etat, wie Chidambaram es gern darstellt, wirklich eine ‚Liberalisierung mit einem menschlichen Gesicht‘? Man mag es bezweifeln. Dafür ist die Diskrepanz zwischen Anspruch und Realität noch viel zu groß. Abgesehen davon ist so etwas ein Widerspruch in sich, sagen Kritiker, welche der Regierung vorwerfen, dass sie ihre Politik auf dem so genannten ‚trickle-down‘-Prinzip basiert: d.h. auf der liberalen Überzeugung, dass eine Zunahme des Wohlstandes der höheren Sozialschichten, wie von selbst – tropfenweise – zu den unteren Bevölkerungsschichten durchsickert. Was das Land braucht ist vielmehr ein ‚pour down‘-Effekt: eine weit reichende Neuverteilung, bei der der Name angemessen ist.

Gut einen Monat nachdem der neue Etat vorgelegt wurde, gab Premierminister Singh bekannt, dass das durchschnittliche Wirtschaftswachstum für die kommenden zwei Jahre vermutlich die sieben Prozent nicht überschreiten wird. Das ist ein Stück weniger als die 8,1 Prozent die im GMP vorausgesetzt wurden, und wird ohne Zweifel Auswirkungen haben auf die soziale Agenda der Regierung.

Verurteilt zum weiter bestehen?

Die Flitterwochen der Singh-Regierung sind inzwischen vorbei und die Euphorie der ersten Monate lässt langsam nach. Die Kurskorrektur, die manch einer herbeisehnte, hat es nicht gegeben – und war wohl auch nicht zu erwarten. Die indische Politik hat sich in den letzten 15 Jahren im Eiltempo von alten Überzeugungen, Sicherheiten und Ideologien distanziert. Chidambaram bestätigte dies noch einmal, als er vor kurzem Jawaharlal Nehru, Indiens ersten Premierminister, verantwortlich machte für die Armut in seinem Land. Heute steht der Architekt des neuen Wachstumsmodells selber am Ruder. Die Frage ist, wie lange er mit der derzeitigen Besatzung den Ozeanriesen Indien auf Kurs halten

kann. Wie zuvor muss er behutsam lavieren zwischen den Interessen der linken Verbündeten und denen der Märkte. Und am Horizont ziehen sich schon wieder neue Wolken bedrohlich zusammen. In 2006 finden in West-Bengalen Bundesstaatswahlen statt, in welchen die Kongresspartei und die kommunistische Partei Indiens (Marxisten), die dort seit 1977 regieren, es vor allem gegeneinander aufnehmen werden. Das wird nicht ohne Rückwirkung auf die Regierung in Delhi bleiben und das Vertrauensverhältnis zwischen Singh und Gandhi erheblich unter Druck setzen.

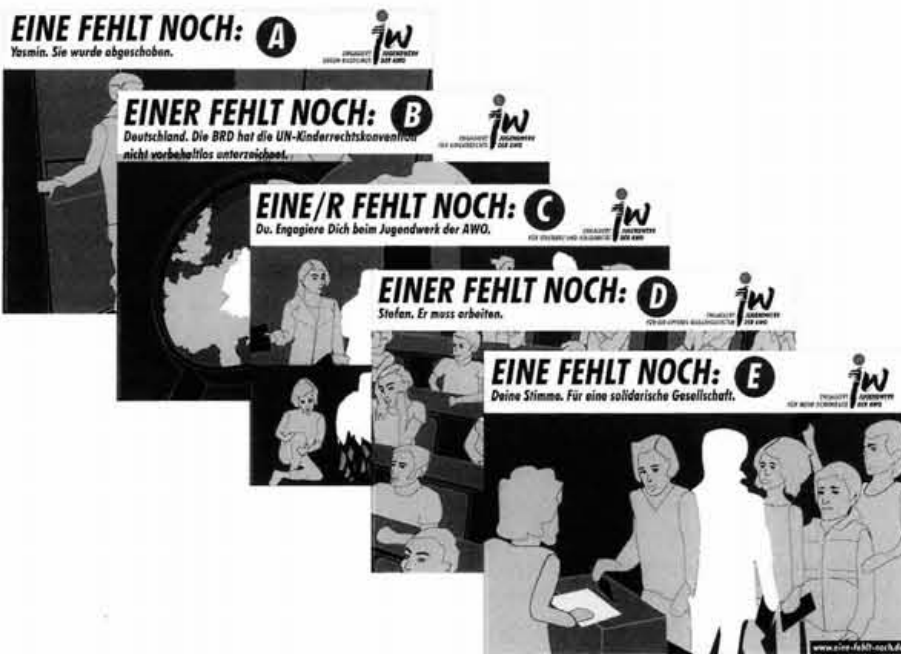
Dennoch verdient das Zweigespann mehr Vertrauen als ihr bis jetzt zugestanden wurde. Trotz der politischen Unerfahrenheit an

der Spitze hat das Duo besser als allgemein erwartet standgehalten. Beide kennen ihre Grenzen und ergänzen sich gut. Als Technokrat verfügt Singh über die notwendigen verwaltungstechnischen Sachkenntnisse, während er für Gandhi, die mittlerweile die meist populäre Politikerin des Landes ist, keine politische Bedrohung darstellt. Andererseits ist es Gandhis Aufgabe, den Koalitionpartnern Singhs liberale Reformpolitik zu verkaufen, und bis jetzt ist ihr das durchaus gelungen.

Vorsichtiges Lob kam auch von Indiens wohl bekanntestem Wirtschaftswissenschaftler, Amartya Sen. Der Nobelpreisträger, der Singhs Reformen in den neunziger Jahren wegen ihrer Vernachlässigung der Armen kritisierte, sagte vor kurzem, in der gegenwärtigen Politik seien Anzeichen zu finden, dass die Regierung jetzt entschlossen sei, die sozialen Missverhältnisse einigermaßen zu beseitigen. Dennoch versah er die Finanzierung dieser Sozialpolitik mit einem Fragezeichen, und warnte davor, dass der Erfolg davon in hohem Maß von der Bekämpfung der Korruption abhinge, die in, wie bekannt, Indien üppig wächst.

Was das Ganze keineswegs fördert, ist das durch die Medien häufig propagierte Bild von Indien als neuer ökonomischer Macht. Es ist wahr, dass die indische Wirtschaft in den neunziger Jahren gewachsen ist wie nie zuvor. Aber die Wachstumsrate bezieht sich ausschließlich auf die reguläre Wirtschaft, was in einem Land wie Indien bei weitem nicht alle Sektoren umfasst. Mit nahezu einem Sechstel der Weltbevölkerung gehen heute nur zwei Prozent der Weltwirtschaft und weniger als ein Prozent des Welthandels auf die Rechnung Indiens. Dies dürfte klar machen mit welchen Herausforderungen sich die Regierung konfrontiert sieht. Sie muss drei Viertel der Inder – etwa ein Achtel der Weltbevölkerung – für den Wettbewerb auf dem Weltmarkt fit machen, ohne gegen die Anordnungen des IWF, der Weltbank und der Welthandelsorganisation zu verstoßen. Auch unter der derzeitigen Regierung hielt das Wirtschaftswachstum an und bleibt die Inflationsrate niedrig. Bei der Sozialpolitik jedoch blieb es vorwiegend beim Kurieren am Symptom.

Die Hoffnung, die Sonia Gandhi während ihrer Wahlkampagne geweckt hat, wird man nicht ungestraft vernachlässigen können. Das Signal der indischen Wählerschaft war unmissverständlich: sorgt dafür, dass es sozialer Gerechtigkeit gibt oder der Hindunationalismus wieder aufblühen. Es ist diese Botschaft, die vermutlich noch am meisten zur Stabilität der Regierung beiträgt. Selbst die Kommunisten erkennen die Reichweite dieser Bedrohung. Um zu verhindern, dass die Hindunationalisten wieder an die Macht kommen, müssen sie die Regierung weiter unterstützen. Anscheinend gibt es in dieser Hinsicht ebenfalls keine Alternative.



Du kannst diese Motive als Plakat (DIN A1, für nur 40 Cent zzgl. Versandkosten), als Flyer oder als Postkarte (für nur jeweils 10 Cent zzgl. Versandkosten) bestellen.

- Ich möchte Plakate A, Plakate B, Plakate C, Plakate D, Plakate E bestellen.
- Ich möchte Flyer A, Flyer B, Flyer C, Flyer D, Flyer E bestellen.
- Ich möchte Postkarten A, Postkarten B, Postkarten C, Postkarten D, Postkarten E bestellen.
- Ich hätte gerne weitere Informationen über das Jugendwerk der AWO.

Mein Name: _____

Meine Anschrift: _____

Mein Wohnort und PLZ: _____

Telefon: _____ E-mail: _____

Geschäftsstelle des Bundesjugendwerkes der AWO

Oppelner Straße 130, 53119 Bonn

Telefon: 0228/6685-117

e-mail: info@bundesjugendwerk.de

www.einer-fehlt-noch.de

Wie Schröder die Wahl gewinnen kann und dennoch Anderen das Regieren überlassen muss

Von Arne Heise

Am 22. Mai, dem Tag der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, erhielt der angeschlagene Boxer den Niederschlag – nach vorherigen 9 harten Schlägen streckte dieser zehnte Treffer den Titelverteidiger nieder: Gerhard Schröder kündigte in der ihm bekannten Art – also ohne Rückversicherung mit der eigenen Partei oder dem Koalitionspartner genommen oder auch nur den Bundespräsidenten vorher informiert zu haben – an, mithilfe einer verfassungsrechtlich zumindest dubiosen Vertrauensfrage den Weg zu Neuwahlen freimachen zu wollen. Allgemein wird dieser Vorgang als ‚Handtuch-Werfen‘ interpretiert: Schröder ist zwar noch nicht k.o., aber er kommt der offenen Konfrontation in der eigenen Partei oder einer vernichtenden Wahlniederlage in 2006 zuvor, indem er durch die Vertrauensfrage und die vorgezogene Neuwahl die Abweichter in der SPD in die Pflicht nimmt und die Opposition überrascht und zumindest soweit schwächt, dass statt des endgültigen Knock Outs eine ehrenvolle Punktniederlage daraus wird. Er könnte dann als Staatsmann abtreten, der sogar seinen Posten zum Wohle des Landes zur Verfügung gestellt hat.

Schröder, der Medienkanzler

Gehört Gerhard Schröder also zu der seltenen Spezies der allein am Allgemeinwohl orientierten Politiker, die sogar die eigene Partei zugrunde richten und den eignen Posten zur Verfügung stellen, um zu tun, was getan werden muss? Möglich. Sicher jedenfalls sieht sich Schröder gern in dieser Rolle. Vielleicht steht ja aber auch etwas anderes dahinter und es könnte sogar aufgehen (Die theoretische Basis der folgenden Spekulation bietet die Agenda-Theorie, vgl. Heise, A.; Einführung in die Wirtschaftspolitik. Grundlagen, Institutionen, Paradigmen, München 2005): Schröder war nicht nur von seiner Mission überzeugt, das Land modernisieren zu müssen, sondern er wollte auch seine Partei in eine Position bringen, die dauerhaft die Regierungs- und Mehrheitsfähigkeit der SPD sicherte – sozusagen ein ‚Godesberg von oben‘. Unterstützt durch zahllose wissen-

schaftliche Berater, aber auch resultierend aus seinen eigenen Erfahrungen und Dispositionen glaubte er angesichts einer neoliberalen Prägung politischer Themen durch alle Eliten, vor allem aber durch die Medien, die Parteideologie der SPD deutlich in Richtung einer markt- und wirtschaftsfreundlichen Ausrichtung verrücken zu müssen (man denke an das Blair-Schröder-Papier). Damit wollte er nicht nur scheinbaren wirtschafts- und sozialpolitischen Notwendigkeiten in einer zunehmend globaleren Welt Rechnung tragen, sondern auch die SPD an den gesellschaftlichen Wandel in Form von Individualisierung und klassenloser Vermittlung anpassen. Sich, quasi in historischer Einheit mit seiner Partei, außerhalb der tonangebenden Eliten in Gesellschaft, Kultur, Wirtschaft und Medien zu stellen, war für den Medienkanzler und Aufsteiger Schröder völlig undenkbar.

Schröders verheerende Fehleinschätzung

Bis heute ist Schröder von der Richtigkeit dieses Vorgehens im Kern überzeugt – sonst würde er, wenn er denn nicht jeglichen Respekt vor seiner Partei verloren hat, jetzt zurücktreten und Andere retten lassen, was noch zu retten ist – und ist allenfalls bereit, sein überfallartiges Vorgehen unter ‚Kommunikationsfehler‘ zu verbuchen und Franz Müntefering die Rolle des Parteivorsitzenden spielen zu lassen. Tatsächlich aber zeigen alle Wahlniederlagen bis zum 22. Mai, dass hier nicht mangelnde Überzeugungsarbeit zur dauerhaften Bindung einer konservativer, leistungsbefürwortender und individueller gewordenen Wähler- und Parteianhängerschaft das Grundproblem darstellt, sondern genau diese Grundannahme als fatale Fehleinschätzung gewertet werden muss: Alle Wahlen bis zum 22. Mai gingen verloren, weil die Bindungs- und Mobilisierungskraft bei den Stammwählern im Allgemeinen und dem linken Teil im Besonderen erheblich gelitten hat. Die Abwanderung in das politisch konservative Lager der Opposition, in dem man dauerhaft die Mehrhei-

ten für die SPD vermutete, hielt sich trotz grober handwerklicher Fehler in der alltäglichen Regierungspolitik und den zunehmend unterschiedsloseren Positionen von Schröder oder Clement zu Stoiber oder Merkel in Grenzen. Die massive Abwanderung (etwa vier Mal soviel wie Übertritte ins Op-



positionslager) in das Lager der Nicht-Wähler schadete der SPD erheblich. Hier haben große Teile der SPD-Stammwählerschaft das Vertrauen verloren, bei aller Bereitschaft zu politischen Reformen in der SPD einen ehrlichen Makler der Interessen der ‚kleinen Leute‘ zu sehen – auch die historisch einmalige Austrittswelle aus der SPD weist in die gleiche Richtung.

Müntefering und die ‚Kapitalismus-Kritik‘

Franz Müntefering, treuer Schröderianer und Wehner-Schüler (‚Opposition ist Mist‘) einerseits, bodenständiger Sozialdemokrat mit Gespür für die Parteibasis andererseits, hat den Strategiefehler Schröders erkannt, weiß aber auch, dass in medial geprägten Wahlkämpfen die SPD (kurzfristig) auf Gerhard Schröder angewiesen ist. Also paart er Agenda-2010-Durchhalteparolen mit einer Kapitalismus-Kritik, die eigentlich eine Unternehmens-Ethik-Kritik ist. Damit gelingt immerhin der Spagat, eine Politik zu betreiben, die der Macht der Märkte (Kapitalismus)



vertraut, andererseits aber den unternehmerischen Umgang damit zu kritisieren (Kapitalismus-Kritik). Die hiermit verbundene Hoffnung, aber auch die darin liegenden Gefahren für die SPD sind klar und bereits am 22. Mai deutlich zu Tage getreten: Es sollen jene Stammwähler mit der SPD versöhnt werden, die sich nach einer politischen Kraft sehnen, die die Kälte des Kapitalismus anspricht und politische Wärme in Aussicht stellt. Andererseits sollen aber auch die Mitte-Wähler (also am rechten Wähler-Rand der SPD) nicht allzu sehr verschreckt werden, sondern durch das Festhalten an der Agenda-2010-Politik wird – fast augenzwinkernd – signalisiert, dass sich in der konkreten Politik nicht viel ändern wird.

Fehlerhafte Taktik in NRW

Die Taktik ist, wie wir wissen, in der NRW-Wahl vollkommen daneben gegangen: Tatsächlich konnte die SPD zwar einen Teil der Nicht-Wähler zurückgewinnen, doch lag dies vor allem an der erhöhten Wahlbeteiligung angesichts der großen Bedeutung dieser Wahl. Bereinigt man die Wählerwanderungsanalyse um die höhere Wahlbeteiligung, dann ist wieder eine beträchtliche Anzahl von SPD-Stammwählern zu Hause geblieben – allerdings prozentual weniger als in den Wahlen davor. Offensichtlich hat Münteferings ‚Kapitalismus-Kritik‘, die sich der Schröder-Mann und Ministerpräsident Peer Steinbrück schnell zu eigenen gemacht hatte, jene Anhänger angesprochen, die



sehnlichst auf ein ‚sozialdemokratisches‘ Zeichen von der SPD warteten, um wieder guten Gewissens die SPD wählen konnten. Insgesamt aber konnte der Vertrauensverlust im linken Wählerspektrum der SPD nicht wettgemacht werden – zu sehr roch man das taktische Manöver. Andererseits hat Münteferings plötzlicher Vorstoß doch jene Mitte-Wähler verunsichert, die grundsätzlich wenig Parteibindung haben und das augenzwinkernde Agenda-2010-Angebot nicht mehr für überzeugend hielten.

Schröders Sieg bei den Bundestagswahlen. Wie kann aus dieser Lage, die scheinbar auf Bundesebene ganz ähnlich aussieht, nun doch noch zu Schröders Wahlsieg werden? Einerseits muss die SPD ihre kurzfristigen ‚komparativen Vorteile‘ nutzen – und diese liegen sicher im Wahlkampfgeschick Schröders und der relativen Schwäche Angela Merkels (die Debatte zur Vertrauensfrage im Bundestag war nur ein Vorgeschmack, bei jedem direkten Fernsehduell dürfte Schröder punkten). Zweifellos ist Gerhard Schröder damit in der Lage, die Verluste in der politischen Mitte relativ gering zu halten und insgesamt für die SPD wenigstens ein Wahlergebnis von über 30 % zu erzwingen. Andererseits muss sie darauf hoffen, dass es der neuen Linkspartei tatsächlich gelingt, das Vakuum am linken Wähler-Rand zu füllen und an die Wahlurnen zu bringen – selbst Größenordnungen von über 12 % für die Linkspartei sind keineswegs ausgeschlossen. Wenn dann noch – ggf. ausgelöst durch die bayerischen Machos, die sich auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts immer noch keine Frau als Bundeskanzlerin vorstellen können – ein Mobilisierungsproblem bei den Konservativen entsteht, ließe sich zumindest vorstellen, dass CDU/CSU und FDP zusammen keine absolute Stimmen- und Sitzmehrheit erhalten werden, sondern hinter die Parteien ‚links von der Mitte‘ knapp zurückfallen. In einer solchen Konstellation, dass legen die Aussagen Schröders nahe, wäre natürlich auch eine große Koalition denkbar – und vielleicht, was Schröder eh immer gewollt hatte. Aber einerseits wäre dies das Ende der Kanzlerschaft für Schröder, weshalb also sollte er für eine derartige Konstellation kämpfen? Um die SPD in Regierungsverantwortung zu halten, und die Reichweite der Partei im linken Spektrum weiter und dauerhaft zu verringern? Die SPD würde dann zweifellos langfristig zur 20%-Partei werden und ähnlich wie Helmut Schmidt müsste Gerhard Schröder dann angelastet werden, durch seine Politik eine Parteigründung ermöglicht zu haben, die sich wesentlich aus dem Wählerpotential der SPD bedient.

Eine neue Koalition

Würde es hingegen zu einer Koalition der ‚Parteien links der Mitte‘ kommen, bestünde nicht nur die Chance, weiterhin den Kanzler der Bundesrepublik zu stellen, sondern mit

einer veränderten Politik, die eine solche Koalition allerdings erfordern würde, die Reichweite der SPD im linken politischen Spektrum wieder zu erhöhen und jene Glaubwürdigkeit zurückzuerlangen, die gegenwärtig verspielt wurde. Damit könnte das Wählerpotential der neuen Linkspartei – das ja überwiegend aus enttäuschten Sozialdemokraten besteht – ausgetrocknet werden und die SPD langfristig eine 30 – 40%-Partei bleiben. Allerdings geht dies wohl nicht mit Gerhard Schröder. Einerseits kann er nicht glaubwürdig für einen solchen Politikwechsel stehen, andererseits würde eine solche Koalition (es wäre dann wieder die Troika



Schröder-Lafontaine-Fischer, die 1998 antrat und 1999 durch Lafontaines Rücktritt gesprengt wurde) nie unter seiner Führung zusammen kommen. Wieso sollte also Schröder unter diesen Bedingungen für eine solche Konstellation kämpfen? Er müsste dies aus Respekt vor seiner Partei tun, aber auch aus Respekt vor seinem Land, das eine bessere Politik als in den letzten 7 Jahren verdient hat. Dies setzt allerdings voraus, dass er eine Reihe seiner TINA-Mythen (Das Akronym TINA steht für ‚There is no alternative‘; also jene Formel, mit der Denkalternativen ausgeschlossen wurden.) als ebensolche erkennt – vielleicht hilft hierbei eine schonungslose ‚Soll-Ist‘-Analyse der eigenen Politik und ein Blick in die kritische sozialwissenschaftliche Literatur.

Ob eine solche Koalition, links von der Mitte‘ tatsächlich erfolgreich sein kann (Wer glaubt, mit einer in der politischen Gestaltung unerfahrenen Partei wie der neuen Linkspartei können man keine Politik betreiben, übersieht die große Politikerfahrung vieler ihrer Protagonisten (Lafontaine, Gysi)), hängt dann ganz entscheidend davon ab, ob eine Balance zwischen gewiss allzu blauäugigen (und populistischen) Vorstellungen der Linkspartei, der Notwendigkeit zur Modernisierung (z.B. der Sozialsysteme und der makroökonomischen Globalsteuerung) und einer gegen die Eliten voranzutreibenden Solidarpolitik gefunden wird. Hierfür zu (wahl)kämpfen, lohnt sich jedenfalls.

Unklare Botschaften aus Karlsruhe zum Europäischen Haftbefehl

Von Kai Rogusch

In Zeiten der „Globalisierung“ internationalisiert sich auch das staatliche Handeln. So hat die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union in den Bereichen „Justiz und Inneres“ in den letzten Jahren erheblich an Fahrt gewonnen: wo sonst sollen sich internationale Phänomene der Kriminalität und des Terrorismus erfolgreicher bewältigen lassen als in einem internationalisierten „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ – so wie es EU-Politiker vorgeben? Das Bundesverfassungsgericht erklärte jedoch vor Kurzem das bundesdeutsche Gesetz zur Einführung des Europäischen Haftbefehls für nichtig – mit einem leider unklaren Urteil, das freiheits- und demokratiefördernden Entwicklungen in der Europäischen Union nur scheinbar einen Riegel vorschiebt.

Der Europäische Haftbefehl soll sämtliche EU-Staaten zur Auslieferung auch eigener Staatsangehöriger an die Strafverfolgungsbehörden anderer EU-Mitgliedstaaten verpflichten. Danach ist etwa die Auslieferung deutscher Staatsbürger an osteuropäische Staaten wie Ungarn oder Estland möglich. Auf deutschem Boden vollstreckt wurde der Europäische Haftbefehl z. B. nach einer Verfügung des Hanseatischen Oberlandesgerichts in Hamburg am mutmaßlichen Al-Qaida-Mitglied Mamoun Darkazanli – einem deutschen Staatsangehörigen syrischer Abstammung, dem in Spanien u. a. wegen Unterstützung des internationalen Terrors der Prozess gemacht werden soll. Hamburgs parteiloser Innensenator Udo Nagel lobte den Vorgang als „eine beispielhafte internationale Zusammenarbeit“.

Polizeikräfte verhafteten Darkazanli, der in Sicherheitskreisen als eine Schlüsselfigur des internationalen Terrors gilt, vor seiner Wohnung im Hamburger Vorort Uhlenhorst. Schon seit über sechs Jahren war er von deutschen und amerikanischen Geheimdiensten beobachtet worden. Sicherheitsfachleute sagen ihm eine Verstrickung in die Anschläge vom 11. September nach. Er soll über Kontakte zu der Terrorgruppe um Mohammed Atta wie auch zum Finanzchef der Al-Qaida und sogar zu Osama bin Laden selbst verfügt haben. Als er in der schon startklaren Passagiermaschine von Berlin nach Madrid saß, stoppte das Bundesverfas-

sungsgericht im letzten Moment die Auslieferung des deutschen Staatsbürgers. Am Tage der Nichtigerklärung des deutschen Haftbefehlsgesetzes wurde Darkazanli zwar wieder auf freien Fuß gesetzt: doch kann er sich nicht vor einer künftigen Auslieferung sicher wähnen – zu zweideutig sind die verfassungsgerichtlichen Vorgaben an den Bundestag im Hinblick auf die Ausgestaltung eines künftigen Gesetzes zum Europäischen Haftbefehl.

Eine fragwürdige Besonderheit des Falles Darkazanli liegt auf der Hand: Spanien gilt in der EU wegen seiner langjährigen Erfahrungen mit der terroristischen Bedrohung, vor allem durch die baskische Untergrundorganisation Eta, als ein Vorreiter in der Terrorbekämpfung. In Spanien sind die legalen Möglichkeiten für die Ermittler umfangreicher als in Deutschland. Da gemäß dem EU-Rahmenbeschluss zur Einführung des Europäischen Haftbefehls seit spätestens Anfang 2004 mit vergleichsweise wenig Zeitaufwand an theoretisch alle 25 Mitgliedstaaten der EU ausgeliefert werden konnte, ist Spanien aufgrund seiner „günstigen“ Bedingungen zu einer Art Dreh- und Angelpunkt bei der Bekämpfung des internationalen Terrors geworden. Steht die Europäische Union damit vor einem „Dumping“-Wettbewerb einzelner EU-Staaten um möglichst niedrige freiheitsrechtliche Standards? Wer das Urteil aus Karlsruhe liest, findet auf diese Frage keine klare Antwort.

So „erleichtert“ der Europäische Haftbefehl die Auslieferung von Verdächtigen zwischen sämtlichen 25 EU-Mitgliedstaaten, indem er eine Reihe bisheriger Auslieferungsabkommen ersetzt und bei 32 aufgelisteten Deliktarten einen „weitgehenden Verzicht auf die Prüfung der beiderseitigen Strafbarkeit im Auslieferungsrecht“ vorsieht – eine Praxis, die Karlsruhe nicht grundsätzlich in Frage stellt. Ein Franzose, der sich der Begehung einer der nicht weiter definierten Straftaten in irgendeinem der 24 übrigen EU-Staaten verdächtig gemacht hat, kann zum Beispiel nach Polen oder nach Ungarn oder Österreich überstellt werden – ohne weitere Prüfung der Tatvorwürfe durch seine französische Heimatjustiz. Nach der neuen Rechtslage reicht bloß ein formal korrekter Antrag des den Europäischen Haftbefehl ersuchenden Staates.

Eine weitere entscheidende Neuerung etwa des deutschen „Gesetzes zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses zum Europäischen Haftbefehl“ bestand darin, dass nun auch deutsche Staatsangehörige an jeden EU-Mitgliedstaat ausgeliefert werden konnten – durch eine rechtskräftige Entscheidung deutscher Oberlandesgerichte, welche die Auslieferungersuchen der EU-Staaten zu bearbeiten hatten. Diese gesetzliche Änderung ermöglichte die Überstellung von Mamoun Darkazanli an die spanische Justiz, wo ihm die Verurteilung zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe drohte. Doch damit entfiel der fundamentale Schutz eines jeden deutschen Staatsbürgers aus Art. 16 Absatz 2 GG, nicht an das Ausland ausgeliefert werden zu dürfen.

Etwa 50 Jahre galt dieser Schutz vorbehaltlos. Seit Ende 2002 gibt es eine Ergänzung in Satz 2 des Art. 16 Abs. 2 GG, der zufolge Deutsche an einen EU-Mitgliedsstaat ausgeliefert werden dürfen – diese Ergänzung hat nun auch Karlsruhe für rechtmäßig erklärt. Als notwendige Bedingung hierfür nennt der novellierte Grundgesetzartikel das Erfordernis, dass „rechtsstaatliche Bedingungen gewahrt“ sein müssten. Doch kann man bei dem ganzen Prozedere, das von der Verabschiedung des EU-Rahmenbeschlusses über dessen nationalstaatliche Umsetzung bis hin zur Vollstreckung des Europäischen Haftbefehls reicht, noch von der „Wahrung rechtsstaatlicher Grundsätze“ sprechen? Zweifel sind mehr als angebracht – und nach dem Karlsruher Urteil hat man den starken Eindruck, dass sich die Richter einem grundlegenden Problem des europäischen Einigungsprozesses nicht wirklich stellen wollen.

Denn zum einen lenkt die Beschäftigung mit dem Europäischen Haftbefehl den Blick auf EU-Rechtsetzungsprozesse, die historisch hart erkämpften demokratischen Errungenschaften hohnsprechen. Der Europäische Haftbefehl wurde im Juni 2002 durch einen so genannten Rahmenbeschluss des EU-Ministerrates erlassen: Danach war der Bundestag europarechtlich verpflichtet, den Europäischen Haftbefehl einzuführen – Rahmenbeschlüsse sind im Hinblick auf das Ziel verbindlich und lassen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union lediglich Spielräume bei der jeweiligen nationalstaatlichen Ausgestaltung. Eine Praxis, wonach die Legislative den Vorgaben der Exekutive folgt, ist ein Verstoß gegen den Gewaltenteilungsgrundsatz zwischen Exekutive und Legislative, einer Kernbestimmung demokratisch verfass-

ter Rechtsstaaten: Innen- und Justizminister treten im Rat zusammen und geben den nationalen Parlamenten vor, was sie zu beschließen haben! Gerade hier zeigt sich jetzt die Widersprüchlichkeit und Zweideutigkeit der Karlsruher Urteilsbegründung: Zwar sagen die Richter zum einen, der bundesdeutsche parlamentarische Gesetzgeber sei doch frei, ob er den EU-Rahmenbeschluss umsetzen wolle oder nicht. Doch wie einen roten Faden durchzieht das gesamte Urteil die Argumentation, der Bundestag habe die „Spielräume“, die ihm der EU-Rahmenbeschluss gewähre, nicht auf eine möglichst „grundrechtsschonende“ Art und Weise genutzt. Mit anderen Worten: Die Leine des Rahmenbeschlusses, an dem der Bundestag geführt wurde, war länger, als dieser dachte. Karlsruhe stellt letztlich den obrigkeitstaatlichen Charakter auch der EU-Innen- und Rechtspolitik nicht grundsätzlich in Frage – obwohl gerade dieser Aspekt eines schwerwiegenden „Demokratiedefizites“ im Zentrum der Verteidigung Darkazanlis stand. Im Zuge aufeinander folgender Novellierungen der EU- sowie EG-Verträge wurden immer mehr Aspekte der EU-Innen- und Rechtspolitik „vergemeinschaftet“. Mittlerweile haben die europäischen Justiz- und Innenminister zum Beispiel die Einführung biometrischer Daten in die Pässe von EU-Bürgern beschlossen. Derzeit planen die EU-Staaten einen Rahmenbeschluss zur Speicherung von Telefonverbindungen und SMS-Botschaften – das Urteil von Karlsruhe zum Europäischen Haftbefehl lässt eher darauf schließen, dass im Hinblick auf solche EU-Rechtsetzungsprozesse wohl keine grundlegenden Einwände bestehen. Kritiker monieren, dass das Europäische Haftbefehlsgesetz Straftaten auch rückwirkend erfasse. So beziehen sich die spanischen Tatvorwürfe gegen Darkazanli auf Handlungen, die er vor Inkrafttreten des bundesdeutschen Straftatbestandes der Unterstützung ausländischer terroristischer Vereinigungen begangen haben soll – und sogar vor der grundgesetzlichen Legalisierung der Auslieferung von deutschen Staatsbürgern

ans Ausland. Ein deutscher Staatsbürger könne nun im EU-Ausland für Handlungen bestraft werden, die er in Deutschland zu einer Zeit begangen hat, als sie hierzulande noch straflos waren. Damit würde der grundlegende strafrechtliche Grundsatz „Nulla poena sine lege“ (Keine Strafe ohne Gesetz) verletzt. Bestrafen dürfe der klassische Rechtsstaat nur Taten, die er zuvor selber als Unrecht definiert hat. Beim Terrorverdächtigen Darkazanli gelte dieses Prinzip nach Implementierung des Europäischen Haftbefehls nicht mehr: Lieferte man ihn nach Spanien aus, würde er dort wegen in Deutschland vorgemommener und in Deutschland strafloser Handlungen einer Strafverfolgung ausgesetzt. Die Karlsruher Richter sind dieser Argumentation nur insoweit entgegengekommen, als es um Straftaten mit einem „maßgeblichen Inlandsbezug“ geht. Doch wie ist es um Darkazanli bestellt, der verdächtigt wird, sich in internationale Strukturen des Terrorismus und der organisierten Kriminalität begeben zu haben? Die Antwort des Bundesverfassungsgerichts ist hier alles andere als klar. Hier scheinen die Richter wohl eher geneigt, die Auslieferung zu bewilligen. Zum anderen stellt sich Karlsruhe nicht der eigentlichen Brisanz des Europäischen Haftbefehls: dass er sich auf eine Vielzahl von Deliktgruppen bezieht, die sehr vage formuliert sind. Die Positivliste von Straftaten, bei denen auch Deutsche ohne weitere Prüfung durch die hiesige Justiz ans Ausland überstellt werden können, enthält *zweiunddreißig* überschriftsmäßig aufgeführte Deliktarten, die nicht weiter definiert werden. Dazu zählen Allgemeinplätze wie etwa „Korruption“, „Cyberkriminalität“, „Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ oder „Umweltkriminalität“. Begeht ein deutscher Staatsbürger in Deutschland solche Handlungen, braucht er zwar laut Urteil grundsätzlich nicht mit einer Überstellung ans Ausland zu rechnen; „Wer als Deutscher im eigenen Rechtsraum eine Tat begeht, muss grundsätzlich nicht mit einer Auslieferung an eine andere Staatsgewalt rechnen“, sagen die Richter. Doch was ist, wenn er

beispielsweise einen im Ausland inkriminierten Meinungsartikel zwar in Deutschland schreibt, aber in einer ausländischen Publikation veröffentlicht? Laut Urteil des BVerfG muss ein Deutscher bei Taten mit internationaler Tragweite mit einer Auslieferung rechnen: „Anders fällt die Beurteilung (...) aus, wenn die vorgeworfene Tat einen maßgeblichen Auslands-

bezug hat. Wer in einer anderen Rechtsordnung handelt, muss damit rechnen, hier auch zur Verantwortung gezogen zu werden.“ Sehr wichtig ist Folgendes: Der vom Bundesverfassungsgericht nicht in Frage gestellte EU-Rahmenbeschluss bezieht dieses Prinzip gerade auf Taten, die in Deutschland nicht strafbar sind! Insoweit erlaubt der Europäische Haftbefehl die Einführung ausländischer Strafrechtsordnungen im Inland – Strafrechtsordnungen, die in jedem der 24 sonstigen EU-Mitgliedstaaten ständigem Wandel unterliegen. Das kann in vielen Fällen zu Strafbarkeiten führen, die keine präzise Grundlage in einem inländischen Gesetz haben und auf deren Entstehung hiesige Staatsbürger keinen parlamentarisch-demokratischen Einfluss haben.

Dass Schwerstkriminalität einer grenzüberschreitenden Strafverfolgung bedarf, ist nicht in Abrede zu stellen. Der nicht enden wollende Aktionismus politischer und bürokratischer Eliten auf dem Feld der (internationalisierten / europäisierten) Sicherheitspolitik deutet allerdings in eine gefährliche Richtung. Angesichts einer Reihe klärungsbedürftiger Fragen wirkten bereits die Rechtsauffassungen der Bundesregierung geradezu betriebsblind, mit denen das Europäische Haftbefehlsgesetz verteidigt werden sollte. So warnte Bundesjustizministerin Brigitte Zypries wiederholt, die Bundesrepublik Deutschland könne sich in weiten Teilen aus der Europäischen Union verabschieden, falls Karlsruhe den Europäischen Haftbefehl für verfassungswidrig erklärte – dabei schien sie kaum einen Gedanken an rechtsstaatliche Bedenken zu verschwenden. Der Anwalt der Bundesregierung, Johannes Masing, meinte lapidar, Deutschland habe sich nun einmal völkerrechtlich dazu verpflichtet, EU-Beschlüsse umzusetzen. Der Augsburger Hochschullehrer ergänzte, beim Europäischen Haftbefehl handele es sich um „zwingendes europäisches Recht, zu dessen Umsetzung die Bundesrepublik bedingungslos und unabhängig von ihrer Verfassung unionsrechtlich verpflichtet“ sei. Es sei überdies eine Kriegserklärung an Europa, wollte man die Verbindlichkeit des Rahmenbeschlusses der EU in Frage stellen. Doch auch Bundestagsabgeordnete schienen rechtsstaatliche Prinzipien lieber außen vor zu lassen, als sie fatalistisch erklärten, bei der Umsetzung des EU-Rahmenbeschlusses zum Europäischen Haftbefehl in „normativer Unfreiheit“ gehandelt zu haben.

Das Bundesverfassungsgericht hat gegen diese kurzsichtige Verscherbelung demokratischer Substanz bestenfalls ein halbherziges verfassungsjuristisches Signal gegeben. Es bleibt vielmehr eine aufgeweckte kritische „europäische Öffentlichkeit“ vonnöten, um dem gegenwärtigen Abbau demokratischer Errungenschaften den Boden zu entziehen und jene, die dafür verantwortlich zeichnen, zur Rechenschaft zu ziehen.



Zwischen Innovation und Gerechtigkeit

Die Vertrauenskrise der Sozialdemokratie und die Schieflagen sozialer Gerechtigkeit

Von Michael Vester

Die rot-grüne Regierungszeit endet für die SPD wie sie begonnen hat: mit einer Blockierung. Zunächst hatte Franz Müntefering, mit seiner ‚Kapitalismus-Rede‘ vom 13. April 2005, lange verdeckte Alternativen, die wirtschaftliche Stagnation zu bewältigen, wieder offener angesprochen und damit die längst nötige Auseinandersetzung über die sozialen Schieflagen ausgelöst. Diese Debatte endete, als Gerhard Schröder vorgezogene Neuwahlen zum Bundestag ankündigte. Durch den disziplinierenden Effekt des Wahlkampfes wurde der linke Flügel wieder weitgehend blockiert, während Alternativen nun wieder nur außerhalb der SPD formuliert werden konnten.

Auch das ist eine Klärung. Es ist nun möglich, die rot-grüne Regierungszeit zu bilanzieren. Im Rückblick wird ein Muster deutlich, das durch drei Zäsuren, jeweils vergebliche Versuche der Befreiung von der Blockierung, gekennzeichnet ist: den Rücktritt Lafontaines 1999, die ‚Agenda‘-Verkündigung Schröders 2003 und die ‚Kapitalismus-Rede‘ Münteferings 2005.

Die Entwicklung begann bei der Bundestagswahl 1998 mit dem Versprechen eines Gleichgewichts von wirtschaftspolitischer Innovation und sozialpolitischer Gerechtigkeit, personifiziert durch Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine. Als Lafontaine Anfang 1999 seine keynesianische Alternative zum Neoliberalismus institutionell blockiert sah, trat er als Finanzminister und Parteivorsitzender zurück. Mit der ominösen Parole „Es gibt keine Alternative“ drängte Schröder dessen Position nach und nach zurück, beginnend mit dem „Schröder-Blair-Papier“ vom Juni 1999, das die bisherigen institutionellen Sicherungen des Arbeitsmarktes und des Bildungssystems in Frage stellte. Die kapitalfreundliche Politik ließ aber noch Kompromisse mit der Arbeitnehmerseite offen, so dass sich die Stimmenverluste der SPD, jedenfalls in Westdeutschland, meist in Grenzen hielten.

Die Bundestagswahl von 2002 wurde noch einmal gewonnen mit dem Versprechen eines Neuanfangs in sozialer Gerechtigkeit, das sich rasch als ungedeckter Scheck erwies. Es begann eine Umfragetief um 30%, teilweise um 25%, begleitet von einer anhal-

tenden Serie von zweistelligen Wählerverlusten der SPD bei Landtags- und Kommunalwahlen. Schröder ließ sich davon nicht irritieren, sondern verkündete im März 2003 die ‚Agenda 2010‘, die wesentliche Absenkungen der Sicherungen für Kranke und Arbeitslose vorsah. Seit diesem nicht-deklarierten Paradigmenwechsel – vom Sozialversicherungsstaat für alle zum Fürsorgestaat für die Ärmsten – verfestigte sich die Abkehr der Wählerinnen und Wähler von der SPD. Daran änderte sich auch nichts, als Schröder im Februar 2004 den Parteivorsitz an den in der SPD glaubwürdigeren Müntefering abgab. Erst ein Jahr später, als sich die „Hartz“-Reformen des Arbeitsmarkts als unvorhergesehenes Milliardengrab erwiesen und ein Ende der Wahlniederlagen nicht mehr abwendbar schien, entwarf das Team Münteferings, in einer im Text sehr ausgewogenen (nur gegen Auswüchse des Kapitalismus gerichteten) Rede, die Rückkehr zum Paradigma der „sozialen Marktwirtschaft“. Denn auch die CDU schien dieses Paradigma aufgegeben zu haben. Nachdem die CDU aber erstmals auch, im September 2004 im Osten, für die Unterstützung der „Hartz“-Reformen den Preis hoher Wahlniederlagen gezahlt hatte, kehrte sie zur Rhetorik sozialer Verhältnismäßigkeit zurück. Sie konnte in Nordrhein-Westfalen ihr gesamtes Wählerreservoir der Bundestagswahl von 2002, 3,7 Millionen Stimmen, mobilisieren. Die SPD dagegen verlor am 22. Mai 1,4 ihrer 4,5 Millionen Stimmen von der Bundestagswahl: sie hatte ihre verprellten Stammwähler nicht zurückgewinnen können.

Zwischen Privilegierung und Unterprivilegierung

Um das ungewöhnliche Dauertief der SPD (und Anfänge eines ähnlichen Trends für die CDU) zu verstehen, müssen wir ein Folgeproblem der Politik entfesselter Marktkräfte beachten: die *Abmagerung der „Wohlstandsmitte“* in der Pyramide der Sozialstruktur. Das Bild von der Gesellschaftsgliederung, von der die heutige Politikergeneration ausgeht, ist noch von der Erfahrung ihrer prägenden jungen Jahre bestimmt: einer breiten Mitte, die in sicherem Wohlstand lebte und nur von kleinen Ober- und Unterschichten einge-

rahmt war. Dies ist inzwischen die soziale Ordnung von gestern. Die soziale Lage der großen Mitte der Arbeitnehmer, die etwa zwei Drittel der Bevölkerung umfasst, hat sich seit den 1970er Jahren spürbar verändert. In den Wachstumsjahren war die Wohlstandsverteilung durch die breite arbeitnehmerische (nicht nur mittelständische) Mitte mit sicherer Beschäftigung und wachsenden Konsumstandards gekennzeichnet. Heute wird die Verteilungsordnung eher mit einer *Sanduhr* verglichen, da die gehobenen und die durchschnittlichen Standards langfristig auseinanderdriften.

Die Sanduhr bildet sich besonders in der Umstrukturierung der Binnennachfrage ab. Ein anschauliches Beispiel sind die Absatzrückgänge bei Automobilherstellern wie Opel und Volkswagen, die durch die Nachfrage der „Wohlstandsmitte“ groß geworden sind und heute nicht mehr genügend Käufer für ihre darauf abgestimmten Modelle der „Mittelklasse“ finden können. Die Drohung von Entlassungen, Lohneinbußen oder sogar Werksschließungen hat gerade bei Opel und Volkswagen im Frühjahr 2005 zu heftigen Proteststreiks und schwierigen Kompromissen geführt, bei denen die Sicherung der Arbeitsplätze vor der Sicherung der Wohlstandseinkommen stand.

Das Bild der „Sanduhr“ bezeichnet eine Lage der Knappheit, Unsicherheit und Belastung, nicht aber die Vernichtung der Mitte oder ihr Abrutschen in manifestes materielles und moralisches Elend. Wer heute die Rückkehr zum Szenario einer allgemeinen „Verelendung“ aus dem 19. Jahrhundert neu beschwört, vergisst, dass die große Mehrheit der Arbeitnehmer schon lange nicht mehr aus ohnmächtigen, gering qualifizierten, nur materiell interessierten und demoralisierten Proletariern besteht, sondern aus differenzierten, gut qualifizierten Milieus, die ihre Rechte kennen – und verteidigen. Insgesamt verstärkt sich durch neue Schieflagen der Leistungs- und Chancengerechtigkeit und durch zunehmende Risiken die vertikale *Dreiteilung* der Gesellschaft:

- Die sozialen Standards der *privilegierten bürgerlichen Oberschicht* (knapp 20%), heben sich zunehmend von den Durchschnittswerten ab.
- Die sozialen Standards der *nichtprivilegierten, respektablen Arbeitnehmermitte* (um 65%) stagnieren und werden unsicher.

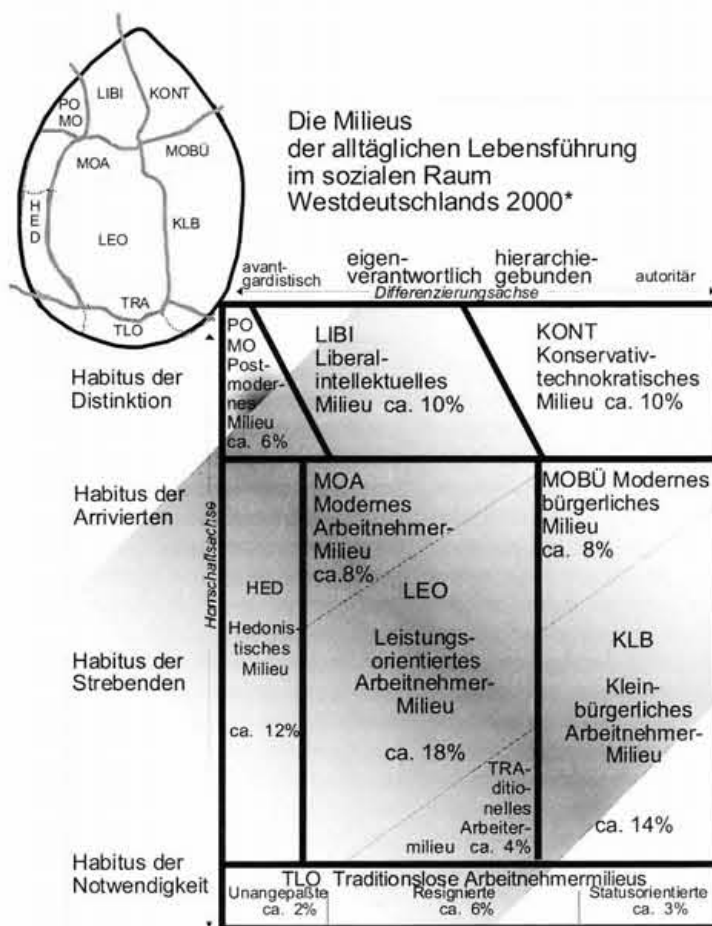
• Die *unterprivilegierten Verlierergruppen* (um 15%) werden zunehmend von den ‚respektablen‘ Standards sozialer Teilhabe ausgeschlossen.

In der rot-grünen Regierungszeit hat sich diese Dreiteilung, die auf eigentümliche Weise mit der Benachteiligung der Frauen, der Ausländer, der Älteren, der Ungelernten und der wirtschaftsschwachen Regionen verquickt ist, verfestigt und verstärkt. Auch Teile der Mitte geraten, eher periodisch, in Lagen der Armut und Arbeitslosigkeit, aber sie verarbeiten dies weniger fatalistisch als die an Lagen der Abhängigkeit, Unstetigkeit und Ausgrenzung gewohnten Milieus der Unterprivilegierten. Widerstand kommt daher weniger von den am meisten Ausgeschlossenen als aus der bedrängten, aber selbstbewussten Mitte, die ihre erarbeiteten sozialen Standards gefährdet sieht und daher auch zu den großen Volksparteien, die einmal das Modell des sozialen Ausgleichs verkörpert haben, auf Distanz geht. Dass sich die *Armutslagen* in der rot-grünen Regierungsperiode verstärkt haben, stellt der Armuts- und Reichtumsbericht von 2005 fest. Danach ist in Deutschland die Armut, nach OECD-Maßstäben unter 60% des Durchschnittseinkommens, in dem Jahr fünf von 1998 bis 2003 von 12,1% auf 13,5% der Bevölkerung gestiegen, bei Kindern unter 16 Jahren sogar von 13,8% auf 15,0%. Eine neuere Umfrage des Finanzkonzerns Delta Lloyd und des FAZ-Instituts ergab im Frühjahr 2005, dass die Bedrohung von Armut von 3,1% als „sehr hoch“ und von 8,8% als „hoch“ angesehen wurde. Dass aber zusätzlich auch 26,0% ihr Notlagenrisiko als „eher hoch“ ansahen, weist darauf hin, dass die Armutsrisiken bereits weit in die soziale Mitte reichten. Als Hauptgründe für finanzielle Notlagen angegeben wurden mit etwa 57% Berufsunfähigkeit und Krankheit und mit je etwa 43% die Wirtschaftskrise, eine geringe Rente und eine lange Arbeitslosigkeit, gefolgt von verschiedenen Notlagen persönlicher Art (jeweils unter 20%).

Zu den Armutslagen tragen auch die im Jahre 2005 eingeführten „Hartz-Reformen“ bei. Die Unterstützungssätze des Arbeitslosengeldes II liegen etwa 60 Euro unter der EU-Armutsgrenze – oder niedriger, wenn die Betroffenen ihre Rücklagen aufzehren müssen. Die zur Wiedereingliederung gedachten etwa 300.000 zehntonatigen Ein-Euro-Jobs liegen nur etwa 50 Euro darüber. Insgesamt stürzt Rot-Grün 2 bis 3 Millionen Menschen in Deutschland in staatlich verordnete Armut. Gleichzeitig belastet das Arbeitslosengeld II den Bundeshaushalt voraussichtlich mit dreißig statt der optimistisch vorausgeschätzten zwanzig Milliarden Euro im Jahr, da weit mehr sozial Bedürftige zu versorgen sind als die Ministerien vorherberechnet haben.

Die *vollbeschäftigte Mitte* der Gesellschaft ist von einer durchschnittlichen Stagnation der

Abb. 1 Die Milieus der alltäglichen Lebensführung im sozialen Raum Westdeutschlands



agis.uni-hannover.de

Arbeitseinkommen betroffen. Entgegen verbreiteten Annahmen ist die Institution der Flächentarifverträge kein starkes Hindernis der Einkommensenkungen mehr. Denn zum einen sind sie längst weitgehend flexibilisiert durch eine verbetrieblichte, auch niedrigere Abkommen ermöglichende, Tarifpolitik. Zum anderen ist die Lage in den kleineren Betrieben, die überwiegend keine Betriebsräte haben, noch ungünstiger. Um 6,3 Millionen, etwa ein Drittel der vollzeitbeschäftigten Menschen, erhalten Niedriglöhne, die unter 75% der effektiven Vollzeitverdienste liegen. Nicht immer, aber häufig wirken – real oder als Drohung – Dumpinglöhne ausländischer Arbeitskräfte als Argument für Einkommensenkungen. Hinzu kommt die Teilzeitarbeit, mit ihren geringeren sozialen Standards. Sie hat sich seit 1985 auf etwa 20% der Arbeitsverhältnisse verdoppelt und betrifft besonders die Frauen, die die knappen Familieneinkommen aufbessern müssen.

Die vertikale Privilegienordnung wirkt auf eigentümliche Weise mit den *horizontalen Verschiebungen* zwischen den Wirtschaftssektoren zusammen. Die aufgrund wachsender Produktivität der Industrie freigesetzten Arbeitskräfte drängen in den *Dienstleistungssektor*. Dieser ist anders strukturiert als vielfach erwartet und wirft daher *erhebliche*

neue Probleme auf. Zum einen kann er längst nicht alle Freigesetzten aufnehmen, so dass als Alternative zur Massenarbeitslosigkeit langfristig doch wieder die Arbeitszeitverkürzung diskutiert werden muss. Zum anderen bietet er nicht mehr, wie in den „goldenen Jahren“, eine Masse von Arbeitsplätzen der herkömmlichen Angestellten mit mittleren Qualifikationen und Einkommen, sondern – wieder „sanduhrförmig“ – vor allem Arbeitsplätze der Hochqualifikation und geringerer Qualifikation, beide mit besonderer weiblicher Komponente.

Am *unteren* Ende wachsen nicht nur die prekären Beschäftigungen, sondern auch unterbezahlte, aber sichere Beschäftigungen im Gesundheits- und Sozialsektor (nicht allein in der Altenpflege), der weit mehr expandiert als der Sektor der Informationstechnologie. Da diese Berufe teils akademisch und teils über Fachschulen zugänglich sind, verliert auch das starke industrie- und handwerksgebundene klassische duale Berufsbildungssystem an Boden. Zugleich kommt die bisherige Aufteilung des Arbeitsmarktes nach den Geschlechtern ins Rutschen, da mit der Deindustrialisierung mehr Männer in die Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen streben.

Im *oberen* Teil der Mitte manifestiert sich eine spezifische Abwertung der Arbeitsleis-

tung darin, dass diese Berufsausbildungen, auf die sich die wachsenden Milieus der modernen, gut qualifizierten Arbeitnehmerintelligenz konzentrieren, auf den Status von *Semiprofessionen* „abgebremst“ werden. Exemplarisch sind wieder die expandierenden Sozial- und Gesundheitsberufe, die in den Niederlanden oder Schweden bereits oft Fachhochschul- und Hochschulausbildungen voraussetzen. Beispielsweise müssen Krankenschwestern viele Arbeiten übernehmen, die eigentlich studierten Mediziner vorbehalten sind. Bei uns bringen sie sich vieles selbst bei, in Schweden können sie es professionell studieren.

Die Verarbeitung dieser neuen Unsicherheiten im Ausbildungs- und Erwerbssystem ist nicht überall gleich, sondern verschieden, je nachdem, welchen Klassenmilieus und Lebenszielen die Menschen folgen und welchen Vorstellungen der sozialen Ordnung und Gerechtigkeit sie anhängen.

Die Aufgabe des Ziels, die *erreichten und geschätzten sozialen Standards* nach dem Sozialversicherungsprinzip zu sichern, zugunsten einer *Minimalversorgung an der Armutsgrenze* überschreitet für die respektable Mitte der Arbeitnehmer die Grenze des Zumutbaren. Es ist kein Zufall, dass bald nach den Wahl-niederlagen vom September 2004 die verdeckte Unruhe an der Basis der SPD, in Gestalt einer gewerkschaftsnahen Wahlalternativen, und nun auch der CDU und CSU, verbunden mit den Namen Blüm, Geißler und Seehofer, wieder aufbrach und sich immer unverhohlener gegen das neoliberale Meinungskartell und die Schieflagen der sozialen Gerechtigkeit wandte.

Drei verprellte Wählermilieus

Die Wahlberechtigten sind keine gleichförmige Masse, sondern bestehen aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, die von der Politik die Sicherung ihrer sozialen Chancen und Stellungen erwarten. Die sozialstatistischen Angaben geben uns aber nur eine erste Annäherung. Die Großkategorien Stadt/Land, Arbeiter/Angestellte, jung/alt, in Ausbildung/erwerbstätig usw. benennen noch keine einheitlichen Handlungsgruppen. Sie sind vielmehr nach verschiedenen *Milieus* unterteilt, die jeweils eigenen Lebensweisen, Bildungs- und Berufszielen folgen (Abb.). Entscheidender ist dabei der Typ der beruflichen Qualifizierung und Stellung. Durch sie differenzieren sich auch „die Arbeiter“, welche die Stammklientel der sozialdemokratischen (und übrigens auch der christlichen) Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung bilden.

• So gehören gering qualifizierte Angestellte und Arbeiter meist dem unterprivilegierten *Traditionslosen Arbeitnehmermilieu* (ca. 12%) an. Aufgrund geringer Ressourcen und unsicherer Jobchancen ist für sie die flexible Nutzung von wechselnden Gelegenheiten und die Anlehnung an Schutzmächte

wichtiger ist als etwa planmäßiges Bildungsstreben. Sie sind enttäuscht, wenn Parteien ihnen keine Protektion vor ausländischer Niedriglohnkonkurrenz bieten.

• Dagegen setzen qualifizierte moderne Facharbeiter und Fachangestellte, denen es auf ihre Respektabilität und Unabhängigkeit ankommt, auf Stetigkeit, Bildung, kompetente Leistung und auf mittlere und höhere Bildungs- und Berufsabschlüsse. Entsprechend haben die drei *Milieus der Facharbeit* (ca. 35%) sich auch erheblich differenziert. Aus dem „Traditionellen“ und dem „Leistungsorientierten Arbeitnehmermilieu“, mit mittleren Standards, ist, als jüngste Generation, das wachsende „Moderne Arbeitnehmermilieu“ mit oft hohen Bildungs- und Berufsstandards entstanden. Sie sind sehr enttäuscht, wenn sie für ihre hohe Leistung nicht die erwartete Teilhabe an Wohlstand, Sicherheit und Mitbestimmungsrechten erhalten.

• Wieder anders orientiert sind die *kleinbürgerlichen Arbeitnehmermilieus* (ca. 25%), die ihre Sicherheit in den patriarchalischen Hierarchien der Familie, der Betriebe, der Politik und der Kirchen suchen. Die älteren Teilgruppen sehen sich aufgrund veralteter Qualifikationsstandards oft als Modernisierungsverlierer. Aber auch die moderneren Teilmilieus verarbeiten die Angst um ihre Sicherheit mit autoritärer Ausländerfurcht.

Die von Schröder beklagte protektionistische Mentalität ist also kein allgemeiner Zug der Arbeitnehmermilieus. Sie findet sich hauptsächlich nur bei einem Viertel der Bevölkerung, den Gruppen im unteren und rechten sozialen Raum, wo die Ressourcen an Bildungs- und Berufsqualifikation gering sind, so dass der Wunsch nach Schutz vor den Risiken des sozialen Wandels zumindest verständlich erscheint. Die Mehrheit der Arbeitnehmermilieus – etwa 50% der Bevölkerung – ist dagegen sehr wohl zu Opfern bereit, wenn sie von *allen* sozialen Gruppen und einigermaßen auf *Gegenseitigkeit* erbracht werden. Sie sind vor allem empört, wenn ihnen Leistungsunwille und Versorgungsmentalität vorgeworfen wird und wenn privilegierte Gruppen von den Belastungen ausgenommen werden.

Die verschiedenen, durch neoliberale Politiken ausgelösten, Bewegungen der Wahlbevölkerung im sozialen Raum sind, wenige Wochen vor der Verkündung der ‚Agenda 2010‘, von Heiko Geiling exemplarisch durch eine minutiöse Analyse der für die SPD katastrophalen niedersächsischen Landtagswahl vom 2. Februar 2003 in allen Stadtvierteln an der Landeshauptstadt Hannover aufgedeckt worden (Geiling 2003; agis 2003). Unterschieden werden konnten fünf spezifische Bewegungen.

1. Nichtwählen in der Mitte des sozialen Raums: In ihren Hochburgen verlor die SPD durchschnittlich 15,7%. Hier, in den Stadtteilen der *qualifizierten Arbeiter-, Facharbeiter- und Angestelltenmilieus*, wechselten viele

einstige Stammwähler zu den Nichtwählern. Sie reagierten nicht zuletzt auf die neuen Zumutungen bei Rente, Gesundheit, Bildung und Arbeitsrecht. Ein Überwechseln ins bürgerliche Lager war diesen Milieus (vor allem dem Traditionellen, dem Leistungsorientierten und dem Modernen Arbeitnehmermilieu) aufgrund ihrer betont arbeitnehmerischen Identität, in der es um die Wahrung der Autonomie gegenüber den Mächtigen geht, kaum möglich. Das Milieu ist beruflich gut qualifiziert, aber nachhaltig durch die Stagnation und Verunsicherung der Arbeitnehmerlagen und die Privilegierung der großen Unternehmen verärgert.

2. Neue Wanderungen am unteren Rand des sozialen Raums: In den *Milieus der Unterprivilegierten* gingen dagegen die Abwanderungen erstmals weniger zu den Nichtwählern als zur CDU. Durch die neuen Abstriche bei Kündigungen und Arbeitslosigkeit gründlich desillusioniert, entdeckten sie die CDU als „Schutzmacht“ neu. Dies entspricht dem Schema von Klientel und Patron, das seit je fest zur Identität vor allem des traditionslosen Arbeitnehmermilieus gehört, d.h. dem Grundsatz der Anlehnung der Machtlosen an Stärkere, solange diese ihre Fürsorgepflicht erfüllen. Das Milieu ist stärker denn je darauf angewiesen, da es aufgrund seiner geringen Ausbildungsstandards besonders von Dauerarbeitslosigkeit betroffen und auf prekäre oder unsichere Arbeitsverhältnisse verwiesen ist.

3. Rückwanderungen in der rechten oberen Mitte: In den *konservativen Hochburgen*, den Stadtvierteln der gut situierten und privilegierten Milieus, lag der Rückgang der Wahlbeteiligung deutlich unter dem Landesdurchschnitt, in drei Stadtteilen sogar unter 3%. Hier wanderten insbesondere die besser situierten konservativen Arbeitnehmer, die 1998 aus Protest gegen die erstarrte CDU Helmut Kohls zu Schröder übergewechselt waren, wieder zu den nun moderner wirkenden bürgerlichen Parteien zurück. Dies entspricht einer Variante klientelistischer Mentalität im Modernen Kleinbürgerlichen Arbeitnehmermilieu, das in sozialen Fragen zwar eher hierarchisch denkt, in politischer Hinsicht aber doch offener geworden ist für (begrenzt) mehr Rechte der Frauen und der Ausländer, für mehr Bürgerrechte sowie Friedens- und Umweltpolitik.

4. Die drei beschriebenen Tendenzen steigerten sich noch im Verhalten der *jungen Wählerinnen und Wähler* im Alter von 18 bis 24 Jahren. Von ihnen wählten in Hannover insgesamt nur noch 44%, d.h. 15,1% weniger als 1998 (und 22,0% weniger als 1994). Mit der Wahlabstänzigkeit dieser Altersgruppe verbunden war ein Rückgang der SPD-Stimmen von 49,7% auf 28,6%, während die CDU bei dieser Gruppe auf 37,5% anstieg. Die CDU profitierte ohnehin schon von der seit längerem höheren Wahlbeteiligung in den bür-

gerlich-konservativen Vierteln, die sich durch einen guten sozialen Zusammenhalt und privilegierte Lebensperspektiven auszeichnen und in denen die Kinder einen Sinn darin sehen, mit ihren Eltern zur Wahl „ihrer“ Partei zu gehen.

5. Auch das vielleicht „rationalste“ Wahlverhalten, das Stimmenplitting, blieb weitgehend an die *intellektuellen Fraktionen* der großen Lager gebunden. Es äußerte sich in ‚Leihstimmen‘ von CDU-Wählern an die FDP (vor allem in den Stadtteilen der konservativen oberen Milieus) und von SPD-Wählern an die Grünen (vor allem in den Stadtteilen der moderneren Bildungsmilieus).

Die Logik des Wahlverhaltens folgt also in der Regel immer noch den politischen Verhaltens- und Beziehungsmustern, die den gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen der Milieus und Lager entsprechen. Es sind längerfristige, historisch gewordene Beziehungen und Bindungen, die mehr umfassen als kurzfristige ökonomische Vorteile und daher auch nicht durch kurzfristige Wählermobilisierungen verändert werden können.

Der Wohlfahrtsstaat und die ‚Krise der politischen Repräsentation‘

Die programmatische ‚Agenda‘-Rede Schröders vom März 2003 hätte einen Dialog mit diesen sozialen Gruppen eröffnen können, wenn sie die Ergebnisse der Niedersachsen-Wahl beachtet und sozialen Schiefen als ernstes Problem anerkannt hätte. Statt dessen ging sie aus von einer Gesellschaft gleicher Chancen, in der jeder seines Glückes Schmied sei. Die Folge dieser Verkennung lag in einer weiteren Verfestigung der SPD-Verluste in den drei erwähnten Wählergruppen (und vor allem deren jüngeren Segmenten) und gleichzeitig in der Verschiebung sozialer Konflikte in den vorparlamentarischen Bereich.

Eine Komplikation dieser Situation liegt darin, dass die CDU das Vertrauen, das der SPD entzogen worden ist, nicht automatisch erben kann. Ihre neueren ostdeutschen Wahlkatastrophen können exakt auf die gleiche Enttäuschung über die Aufgabe der Risikoflankierung durch eine „soziale Marktwirtschaft“ zurückgeführt werden. Welche der beiden Volksparteien aus dieser Konkurrenz um das Vertrauen als Siegerin hervorgeht, hängt nicht zuletzt davon ab, welche Modelle der sozialen Ordnung bzw. Gerechtigkeit sie vertreten und ob es ihnen gelingt, verschiedene Ordnungsmodelle in einer gemeinsamen Formel – wie dies die „soziale Marktwirtschaft“ oder der „Wohlfahrtsstaat“ war – zusammenzuführen.

In der Bevölkerung tendieren die Mehrheiten eindeutig zu den konservativen (eher hierarchischen) und sozialdemokratischen (eher egalitären) Modellen der ‚sozialen Marktwirtschaft‘ (Vester u.a. 2001, Vester

2001). Immer noch mehr als 80% wollen eines der beiden Modelle des Wohlfahrtsstaates, auch wenn sie seine Erneuerung durch mehr Mitbestimmung von unten wünschen. Dabei wünscht die Hälfte der Bevölkerung Modelle der Solidarität auf Gegenseitigkeit, nach dem Prinzip „Leistung gegen Leistung“. Solidarität und individuelle Verantwortung gehören dabei zusammen und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, wie es die extremen Modelle des Protektionismus und des Neoliberalismus verlangen. Protektionistische Ordnungsvorstellungen, die auf staatliche Fürsorge setzen, werden, wie erwähnt, von demjenigen Viertel der Bevölkerung erhofft, das aus eigener Kraft seinen Sozialstatus nicht glaubt sichern zu können. Das übrige Viertel der Bevölkerung teilt sich in die Befürworter eines konservativ-hierarchischen Solidaritätsmodells (ca. 14%) und eines progressiv-liberalen Modells der Eigenverantwortung (ca. 11%).

Eine Rückkehr zur konservativen oder zur sozialdemokratischen Variante der sozialen Marktwirtschaft bzw. des Wohlfahrtsstaates wäre also mehrheitsfähig – und nur sie könnte die immer noch anhaltende *Krise der politischen Repräsentation*, die sich von diesen Erwartungen entfremdet hat, beenden helfen.

Müntefers Rede vom April 2005 zielte in diese Richtung. Er kritisierte nicht den Kapitalismus als ganzen, sondern einzig die auf kurzfristige Profite zielende Fraktion des Kapitals. Diese Kritik hat spontan die Zustimmung einer großen Mehrheit in der Bevölkerung gefunden und eine hohe Resonanz nicht allein bei den Arbeitnehmern, sondern auch in den Kirchen und in weit blickenden Wirtschafts- und Politikerkreisen. Gleichzeitig wächst, auch angesichts der durch die Kosten von ‚Hartz IV‘ gesteigerten enormen Haushaltsdefizite, der Druck, wenigstens ein Stück weit zu einer nachfrageorientierten Wirtschafts- und Tarifpolitik zurückzukehren. Insofern hat Müntefers Ort und Zeitpunkt der seit 2001 wachsenden inneren Interessenspaltung des Kapitals gut abgepasst. Mit der Hinwendung zu den langfristigen und reflektiert planenden Kapitalinteressen, die die Vorteile eines sozialen Ausgleichs mit Gewerkschaften und kleinen Unternehmern nicht aufs Spiel setzen wollen, hat er auch das von großen Teilen der CDU preisgegebene Logo eines gebändigten Kapitalismus, der „sozialen Marktwirtschaft“, zu besetzen versucht.

Der Sturm im Blätterwald, den er ausgelöst hat, hat allerdings noch nichts geändert an der Stagnation der SPD in der Wählergunst bei knapp 30%, den die SPD nach der Bundestagswahl von 2002 erlitten hat. Bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen (vgl. Oberndörfer/Mielke/Eith 2005) verlor die SPD die gleichen Stammwählerpotentiale wie in Schleswig-Holstein, insbesondere etwa 10 Prozent der Arbeiter und der Ge-

werkschafter. Vor allem in der Bildungs- und Arbeitspolitik hat sie nicht überzeugt. Mit 37,1% lag die SPD 5,7% niedriger als im Jahre 2000 und 8,9% niedriger als 1995. Seit 1958 hatte sie über 39% gelegen, seit 1966 in Düsseldorf regiert, nachdem sie nach und nach, mit Hilfe des „Genossen Trend“ (eine gute Betriebsrats- und Kommunalpolitik), der CDU die katholischen Arbeitnehmer abspenstig gemacht hatte. Dieses soziale Kapital scheint nun aufgezehrt. Die CDU dagegen hat, mit 44,8% (+7,8%), ihr eigenes Potential voll mobilisiert. Mit der hohen konservativen Sensibilität für soziale Unterschiede hat sie, u.a. mit Änderungsvorschlägen zu „Hartz IV“, angekündigt, die Niederreißung der sozialen Grenze der Respektabilität rückgängig zu machen. Dafür steht exemplarisch das Versprechen, wer vierzig Jahre Sozialversicherungsbeiträge gezahlt habe, solle nicht schon nach einem Jahr auf Sozialhilfeniveau absinken. Und im Bundestagswahlkampf wolle die CDU, so Angela Merkel, die „Ängste und Sorgen der Menschen“ in den Mittelpunkt stellen.

Die CDU nutzt den Vorteil, den Widerspruch zwischen ihrem konservativ-integrativen Element (das sie für die konservativen Arbeitnehmersmilieus braucht) und ihren neoliberalen Politikelemente (die sie für Teile ihrer bürgerlichen Milieus braucht) erst nach der Bundestagswahl aushalten zu müssen. Die SPD könnte sich erst in der Opposition erneuern. Es wird lange dauern, bis das verlorene Vertrauen – bei den Älteren wie in der jüngeren Generation ihrer Klientelmilieus – wieder aufgebaut worden ist. Mittelfristig sind Regierungsbeteiligungen, aufgrund der potenziellen Schwäche der CDU vielleicht in ‚großen Koalitionen‘, nicht ausgeschlossen. Es wäre für die SPD aber schon viel erreicht, wenn sie durch eine integrative Kommunikation in der Partei und durch eine modernisierte und solidarische Konzeption des Sozialstaats, in der Bildungs- und Arbeitspolitik einen zentralen Platz einnehmen, den Zerfall der Partei einigermaßen aufhalten könnte.

spw 4 / 2005

Literatur

- agis (Hg.), Landtagswahl 2003 in der Region Hannover, Hannover 2003 (Eigendruck).
- Heiko Geiling, Anmerkungen zur Landtagswahl 2003, Hannover 2003, Manuskript.
- Dieter Oberndörfer/Gerd Mielke/Ulrich Eith, Das Ende der Ära Schröder. Analyse der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen und Ausblick auf die Bundestagswahl, in: Frankfurter Rundschau, 25./26.5.2005, S. 31.
- Michael Vester, Schiefen sozialer Gerechtigkeit, in spw 129, Dortmund 2003, S. 14-21
- Michael Vester, Milieus und soziale Gerechtigkeit, in: Karl-Rudolf Korte/Werner Weidenfeld (Hg.), Deutschland-TrendBuch, Opladen 2001, S. 136-183.
- Michael Vester, Peter von Oertzen, Heiko Geiling, Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2001.
- Karl Georg Zinn, Wie Reichtum Armut schafft, Köln: Papy-Rossa 1998.

Flexicurity statt Employability

Überlegungen zu grundlegenden Reformnotwendigkeiten des deutschen Sozialstaats

Von Claudia Wiesner

I. Einführung

Die deutschen Sozialsysteme sehen sich zentralen gesellschaftlich-strukturellen Veränderungen, gegenüber:

- Der Massenarbeitslosigkeit,
- Veränderungen im „Normalarbeitsverhältnis“ durch eine Zunahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen und Werkverträgen
- der mit beiden Punkten verbundene Finanzierungskrise der Sozialversicherungssysteme
- Veränderungen traditioneller Rollenbilder und wachsende Erwerbsneigung von Frauen
- der vielzitierten Frage nach der „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“,
- wachsender Bedeutung von Phasen der Pflege oder Erziehung
- dem demographischen Wandel
- der Notwendigkeit zum lebenslangen Lernen.

„Flexicurity“ wurde als Antwort auf diese Herausforderungen Ende der 1990er Jahre zu einem Modewort in der Debatte um Sozialstaatsreform in Deutschland (siehe dazu ausführlich WSI 2001). Inspiriert von der niederländischen Entwicklung hin zu mehr Teilzeitarbeit (Flex-Arbeit) drückt es eine Grundidee aus, die bestechend klingt: statt wie bisher das statische Modell des „Normalarbeitsverhältnisses“ sollen wechselnde Lebenssituationen abgesichert werden, also etwa wechselnde Arbeitszeitvolumina, Erwerbspausen durch Weiterbildung, Erziehung oder Pflege, aber auch Arbeitslosigkeit und beruflicher Orientierung, Wechsel zwischen Selbständigkeit und abhängiger Beschäftigung.

„Employability“ ist ein Schlagwort etwas jüngeren Datums, das eine andere Schwerpunktsetzung andeutet. Der Begriff hat seinen Ursprung in der angelsächsischen Sozialstaatsdebatte und zielt darauf ab, durch Sozialstaat und Arbeitsmarktpolitik Individuen passfähig für die Anforderungen des Arbeitsmarktes zu machen beziehungsweise eventuelle Einstellungshemmnisse zu beseitigen.

Während „Flexicurity“ also eher den systemi-

schen Aspekt und die Veränderung von Strukturen sozialer Sicherheit ausdrückt, hat „Employability“ eine stärkere Ausrichtung auf Individuen und deren Pflichten – diese Idee dominiert in den deutschen Sozialstaatsreformen, insbesondere in der Arbeitsmarktpolitik. Die praktische Umsetzung dieser Reformen kann nun durchaus kritisch beleuchtet werden, und zwar nicht nur wegen der Frage nach „Gerechtigkeitslücken“, die hier nicht im Vordergrund steht. Es steht auch offen, ob sie die notwendige Steuerungswirkung entfalten können. Dies will ich anhand von zwei Komplexen diskutieren:

- 1) Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Gleichstellung der Geschlechter und entsprechende Maßnahmen,
- 2) Veränderungen im Bereich Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

II. Die Politik der rot-grünen Regierung

1) Im Bereich der Förderung von Familien und der Vereinbarkeit gab es widersprüchliche Ansätze. Ein solcher ist das *Teilzeitgesetz*, das mit dem Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit für alle Beschäftigten einen wesentlichen Schritt hin zu mehr Flexibilität und Vereinbarkeit darstellt – was nicht bedeutet, dass Beschäftigte ihr Recht real wahrnehmen können oder wollen. Zeitraum und Möglichkeiten der Inanspruchnahme von *Elternzeit* wurden flexibilisiert; gleichzeitig wurden jedoch die Verdienstgrenzen für den Erhalt von Elterngeld so gesenkt, dass de facto nur noch geringverdienende Paare oder Alleinerziehende es längerfristig beanspruchen können. Die *Pflegeversicherung* wurde nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts so reformiert, dass Kinderlose einen kleinen zusätzlichen Beitrag leisten müssen. Das geplante *Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft* kippte der Kanzler nach der Einflussnahme von Lobbygruppen zugunsten von Absichtsregelungen. Im Bereich der *Kindertagesbetreuung* ist das vom Bund finanzierte Ganztagschulprogramm ein positiver Ansatz, der leider in konservativ regierten Bundesländern auf inhaltlichen Widerstand stößt. Das „*Kindertagesbetreuungs- ausbaugesetz*“ für Kindergärten und –krippen verzichtet – wissend um die leeren Kas-

sen der zuständigen Kommunen – auf verpflichtende Regelungen. Deshalb ist fraglich, ob es zu einem realen Ausbau führen wird: dass Hartz IV die anvisierten 1,5 Milliarden Euro einbringt, die dann wiederum die Kindertagesbetreuung finanzieren sollen, wird von den Verbänden der Kommunen seit Monaten vehement bestritten.

2) Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik wurde in den 7 Jahren Rot-Grün mit der Anwendung des Prinzips „Fördern und Fordern“ die Orientierung an „Employability“ immer zentraler. Nachdem das *Job-AQTIV-Gesetz* Beschäftigungsförderung noch stärker aktivierend und vorbeugend ausrichtete und in die Sozial-, Wirtschafts-, Finanz- und Gleichstellungspolitik der Bundesregierung einbinden sollte, verschärfte die *Gesetze Hartz I bis IV* die Zumutbarkeitsregelungen und erweiterten Sanktionsmöglichkeiten. Maßgaben wie die, Arbeitslosigkeit vor ihrem Eintreten zu melden und dann sofort mittels Beratung, Weiterqualifizierung etc. aktiv zu werden, zielen darauf ab, die „Employability“ der betroffenen Person zu verbessern und sie wenn möglich ohne Übergang im ersten Arbeitsmarkt zu halten. Diese Komponenten sind durchaus positiv zu werten – allerdings können sie derzeit aufgrund der Situation am Arbeitsmarkt und aufgrund des Mangels an qualifizierten BeraterInnen zumeist noch wenig umgesetzt werden.

Andere Elemente von Hartz sind dagegen kritischer zu werten. Die Reform der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse von 1999 – ursprünglich dazu gedacht, der Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse und den resultierenden Verlusten in den Sozialversicherungen entgegenzuwirken – wurde umgekehrt in die Einführung von Mini- und Midijobs. Die – strukturell unzweifelhaft überfällige – Zusammenführung von Sozialhilfe und Arbeitslosenversicherung führte auch dazu, dass BezieherInnen von ALG II ähnlich wie vorher BezieherInnen von Sozialhilfe am Existenzminimum leben müssen. Die Einführung der Ein-Euro-Jobs trägt der Tatsache Rechnung, dass man davon ausgeht, eine wachsende Zahl von Menschen nicht mehr in den ersten Arbeitsmarkt integrieren zu können und soll für diese eine Nische schaffen. Aus den ersten Kommunen wurde aber bereits gewarnt, dass diese Ein-Euro-Jobs reguläre Beschäftigungsverhältnisse sogar im öffentlichen Dienst verdrängen.



Diese Teile der Hartz-Reformen zielen nicht auf „Employability“ im Sinne einer grundsätzlichen Verbesserung der beschäftigungsrelevanten Eigenschaften einer Person ab, sondern operieren allein mit ökonomischem Druck bzw. der Drohung mit Sanktionen sowie der gezielten Schaffung von prekären und niedrig entlohnten Beschäftigungsverhältnissen – es geht also sozusagen „Arbeit um jeden Preis“.

III. Ein Fazit zur rot-grünen Reformpolitik

Insofern lässt sich feststellen, dass die aktuellen Sozialreformen *erstens* keinem einheitlichen Leitbild folgen, dass *zweitens* die Prinzipien der „Employability“ oder von „Arbeit um jeden Preis“ dominieren und dass *drittens* von praktizierter „Flexicurity“ kaum die Rede sein kann, eher von teilweise verstärkter Flexibilität – allerdings in Bereichen, wo angesichts der Arbeitsmarktsituation die Umsetzungsmöglichkeiten real gering sind. Dazu kommen zwei weitere Problemkomplexe: *viertens* besteht nämlich in zentralen Bereichen eine Orientierung am Male-Breadwinner-Modell fort oder verstärkt sich sogar. *Fünftens* ist vor dem Hintergrund steigender Kinderarmut die Engfassung auf „Employability“ oder „Arbeit um jeden Preis“ kontraproduktiv und wird vermutlich die Situation weiter verschärfen.

Es zeichnet sich bereits nach wenigen Monaten Hartz IV ab, dass Frauen besonders negativ betroffen sind. Hierbei wirken mehrere Faktoren in negativer Weise zusammen: die hohe Frauenarbeitslosigkeit, die vorhandene strukturelle Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und ihre immer noch weit stärkere Einbindung in Aufgaben der Betreuung bei gleichbleibend niedriger Zahl von Betreuungsplätzen. In Kombination mit dem Hartz-Prinzip

der Effizienz führt dies dazu, dass sich die Agenturen real – nicht formal – am Vorrang der Beschäftigung von männlichen „Haushaltsvorständen“ orientieren. Dies wird umso problematischer vor dem Hintergrund einer steigenden Zahl von Armut betroffenen Familien: Nach dem jüngsten Armuts- und Reichtumsbericht lebten zuletzt 1,1 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren von Sozialhilfe (Bundesregierung 2004: 64). Der Hauptgrund dafür ist die hohe Zahl alleinerziehender Mütter in der Sozialhilfe – in Schweden und Dänemark, wo die Erwerbsquote der Mütter bei 80 Prozent liegt, ist Kinderarmut dagegen stark unterdurchschnittlich. Das beste Mittel gegen Kinderarmut, folgert Esping-Andersen, ist deshalb das Erwerbseinkommen arbeitender Mütter – und nicht etwa höhere Sozialtransfers; und zwar *unabhängig* von der Familienform, in der die Mütter leben (Esping-Andersen 2004). Damit sind die Hartz-IV-Reformen, die die Rolle der männlichen Verdienner stärken und die Nachrangigkeit einer Frau bei der Arbeitssuche festschreiben, wenn sie Kinder oder Ältere betreut oder mit dem Partner in einer gemeinsamen Wohnung lebt, auch in diesem Zusammenhang als kontraproduktiv zu beurteilen. Eine wachsende Zahl von Mini- oder Midi-Jobs kann dieses Problem nicht lösen, denn sie bieten kein Existenzsicherndes Erwerbseinkommen.

IV. Überlegungen zu grundsätzlichen Reformnotwendigkeiten

Vor dem Hintergrund dieser kritischen Perspektive auf aktuelle bundesdeutsche Sozialstaatsreformen ist meine zentrale These, dass eine Orientierung an „Flexicurity“ stärker als bisher wesentliche Richtschnur von Reformen werden muss. „Employability“ als

Leitprinzip wird allein den strukturellen Herausforderungen nicht gerecht, denn der deutsche Sozialstaat ist dort ineffizient und schwerfällig, wo er Gesellschafts-, Arbeits- und Familienmodelle absichert, die sich zunehmend überlebt haben. An diesem Punkt muss angesetzt werden – und dann macht es wenig Sinn, die durch gesellschaftliche Veränderungen entstehenden „Baustellen“ jeweils einzeln zu bearbeiten; sinnvoller wäre es – und so soll „Flexicurity“ hier verstanden werden – stattdessen ein verändertes gesellschaftliches Leitbild zugrunde zu legen und verschiedene Reformbereiche abgestimmt anzugehen.

Die folgenden Punkte skizzieren mögliche Ansätze. In der deutschen Debatte klingen sie wie eine Art „Wunschliste“, deshalb soll ausdrücklich darauf verwiesen werden, dass sie bei unseren europäischen Nachbarn bereits Realität sind.

1. Der Abschied vom Normalarbeitsverhältnis als Leitbild im Sozialsystem und eine Orientierung am Prinzip der Absicherung des einzelnen Individuums und seiner spezifischen Lage

Die Orientierung sozialer Sicherung am Ideal der Familie mit einem männlichen Ernährer muss, wie es in Skandinavien bereits seit vielen Jahren umgesetzt wird, sukzessive durch Ausrichtung auf die/den Einzelnen ersetzt werden. Abgeleitete, von der Erwerbstätigkeit der Ehegatten (in der Regel des Ehemannes) abhängige sozialversicherungsrechtliche Ansprüche können dann zugunsten eigenständiger Versicherungsansprüche entfallen. Damit ergibt sich natürlich die Notwendigkeit von Übergangsregelungen insbesondere für diejenigen Frauen, die sich jahrelang vorwiegend oder ausschließlich als Hausfrau und Mutter betätigt haben. In dem Maße, in dem Frauen stärker erwerbstätig werden, werden diese jedoch überflüssig werden.

2. Der Aufbau einer „Arbeitsversicherung“, die die Absicherung verschiedenster Lebensrisiken in einem System zusammenfasst. Ein zukunftsgerechter Umbau des Sozialsystems muss berücksichtigen, dass nicht nur Phasen der Arbeitslosigkeit eintreten können, sondern auch „Auszeiten“ zur Kindererziehung, zur Fortbildung oder einfach zur Freizeit. Daher sollten die jeweils entsprechenden sozialstaatlichen Regelungen und Systeme in ein umfassendes System integriert werden. Eine solche „Arbeitsversicherung“ könnte die bisherige Arbeitslosenversicherung sowie die Programme für Elternzeit und Fortbildung zusammenführen und Erwerbstätigen Möglichkeiten zu „Auszeiten“ und zu Phasen der Qualifikation bieten, die über den jetzigen Gesetzesstand hinausgehen. Die Unterbrechung der Erwerbsbiographien durch solche „Auszeiten“ muss durch die Arbeitsversicherung in ausreichendem Masse sozial geschützt, also nicht nur an-

gemessen finanziert, sondern auch voll auf Renten- und Arbeitslosenversicherung angerechnet werden. Als weitere Elemente bieten sich Job-Rotation (wenn Erwerbstätige „Auszeiten“ benötigen, nehmen Arbeitslose deren Stellen zur Überbrückung ein) und der Aufbau von am Prinzip des lebenslangen Lernens orientierten Bildungseinrichtungen an, die durch die Arbeitsversicherung (und nicht allein durch die ArbeitnehmerInnen) finanziert werden.

3. Die Umorientierung der Arbeitszeitpolitik hin zur Berücksichtigung flexibler Lebensmodelle

Es sollten – arbeitszeitrechtlich und durch Vereinbarungen zwischen den Tarifpartnern – bessere Möglichkeiten geschaffen werden, die individuelle Arbeitszeit lebensphasenorientiert zu gestalten. Bedingung dafür ist, dass die Nettoeinkommen sich auf einem Standard bewegen, der individuell verkürzte Arbeitszeiten möglich macht.

Möglichkeiten solcher lebensphasenorientierten Arbeitszeitmodelle sind etwa Arbeitszeitkonten oder Lebensarbeitszeitkonten, „Sabbaticals“ (also die Möglichkeit, eine längere Auszeit „anzusparen“), Varianten der individuellen Arbeitszeitreduzierung und –gestaltung oder Modelle und Infrastruktur zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die harte Einteilung in Vollzeit- oder Teilzeitstellen sollte sukzessive aufgebrochen werden, also Arbeitszeiten flexibel, am Bedarf der ArbeitnehmerInnen in kleinen Schritten reduziert oder erhöht werden können – auch dies wird in Skandinavien oder den Niederlanden bereits realisiert.

4. Der Aufbau einer bedarfsdeckenden Versorgung mit ganztägigen Kinderkrippen, -garten und -hortplätzen.

Die Möglichkeiten und pädagogischen Notwendigkeiten hierzu sind gut bekannt (siehe etwa BMFSJ 2003) und werden daher nur kurz rekapituliert: Allen voran braucht es einen flächendeckenden Ausbau des öffentlichen Angebots an Betreuungseinrichtungen, insbesondere im Bereich der 0-3-Jährigen und der Ganztagschule, die Gebühren sollten sukzessive sinken oder nach der finanziellen Situation der BenutzerInnen gestaffelt werden, ergänzend können wirken die Flexibilisierung der Öffnungs- und Betreuungszeiten von Kindertageseinrichtungen, die finanzielle Unterstützung von Eltern in selbst organisierten Betreuungsformen, betreute Grundschulen mit dem langfristigen Ziel des Umbaus zur Ganztagschule sowie betriebsnahe oder betriebliche Kinderbetreuung.

5. Umsteuern in Fragen der Finanzierungsstrukturen

Umfassende Überlegungen zur Reform des deutschen Steuersystems wie auch der deutschen Sozialversicherungssysteme können hier nicht dargestellt werden (siehe dazu etwa Schratzenstaller 2003). In Bezug

auf ein systemisches Umsteuern hin zu mehr Flexicurity und individuenbezogener Absicherung lassen sich aber drei Ansatzpunkte skizzieren: *erstens* die entsprechende Umgestaltung des Steuerrechts; an erster Stelle steht hier die Abschaffung oder Reduktion des Ehegattensplittings, das die Alleinverdienernehe steuerlich begünstigt. Dies könnte nach Berechnungen des DIW bis zu 15 Milliarden • Steuermehreinnahmen erbringen (Bach/Buslei 2003). Als Finanzierungsgrundlage eines Bundesprogramms wäre diese Summe mehr als nur ein Anstoß für die Finanzierung des Ausbaus der Kindertagesbetreuung.

Zweitens sollten die sozialen Sicherungssysteme durch die Ausweitung der Sozialversicherungspflicht auf Selbständige und Beamte, die Einbeziehung prekärer beziehungsweise nicht sozialversicherungsrechtlich abgesicherter Arbeitsverhältnisse und durch die Aufhebung der vorhandenen Beitragsbemessungsgrenze – also die Ausweitung des Bürgerversicherungsprinzips – auf eine breitere Finanzierungsgrundlage gestellt werden

Drittens sollten die bestehenden Fördermaßnahmen für Familien umstrukturiert werden, so dass zukünftig wie in Schweden oder Frankreich der größere Teil auf Dienstleistungen entfällt (Schweden gab 1998 etwa 1,65 Prozent des BIP für Dienstleistungen aus, Frankreich 1,23 Prozent gegenüber Deutschland mit 0,8 Prozent; entsprechend sind in Schweden und Frankreich deutlich mehr Kinder in Betreuungseinrichtungen (Veil 2003: 13, 21)). Das kann auch bedeuten dass es sinnvoll ist, den bislang größten Ausgabenposten, dem Familienleistungsausgleich (Kinderfreibetrag und Kindergeld), zu reduzieren und stattdessen direkt in den Ausbau von Bildung, familienbezogenen Dienstleistungen sowie kinder- und familienfreundlicher Infrastruktur zu investieren.

spw 4 / 2005

Literatur:

- Bach, Stefan/Buslei, Hermann (2003): Fiskalische Wirkungen einer Reform der Ehegattenbesteuerung, in: DIW-Wochenbericht, Jg. 70, Nr. 22, S. 345-353
- Bundesregierung (2004): Lebenslagen in Deutschland 2004: Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. http://www.sozialpolitik-aktuell.de/docs/Lebenslagen%20in%20Deutschland_Bericht.pdf
- Esping-Andersen, Gösta (2004): Aus reichen Kindern werden reiche Eltern, in: Frankfurter Rundschau Online, http://www.fr-aktuell.de/ressorts/nachrichten_und_politik/dokumentation/?cnt=360039
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSJ) (Hg.) 2003: Auf den Anfang kommt es an!, Berlin
- Schratzenstaller, Margit 2003: Wer bezahlt die Rechnung?, in: spw 3/2003, S. 16-18
- Veil, Mechthild (2003): Kinderbetreuungskulturen in Europa: Schweden, Frankreich und Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 44, S. 12-21
- WSI / Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen 2001 (Hg.): Flexicurity – Soziale Sicherung und Flexibilisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse, Düsseldorf

www.dampfboot-verlag.de

Hubert Treiber/Heinz Steinert
Die Fabrikation des zuverlässigen Menschen
Über die „Wahlverwandtschaft“ von Kloster- und Fabrikdisziplin



2. Auflage 2005
186 Seiten - € 24,90
ISBN 3-89691-612-2

Karin Lohr/
Hildegard Maria Nickel (Hrsg.)
Subjektivierung von Arbeit – Riskante Chancen



(Forum Frauenforschung Band 18)
2005 - 241 Seiten - € 24,90
ISBN 3-89691-218-6

Es geht um "Subjektivierung von Arbeit" im Kontext der Frauenarbeitsforschung (Aulenbacher), "Feministische Arbeitsforschung" (Kurz-Scherf), um die Fragen: "Hat das Arbeitssubjekt der Zukunft (k)ein Geschlecht?" (Andresen/Völker) oder "Ist der Arbeitskraftunternehmer weiblich?" (Voß). Daneben wird das Verhältnis von "Markregime und Subjektivierung von Arbeit" (Dörre) wie die Frage nach "Lebensführung durch Arbeit" (Müller) diskutiert. Der Band bewegt sich im Spannungsfeld von Geschlechter- und Arbeits- bzw. Industrie-soziologie.

Klaus Dörre/ Bernd Röttger (Hrsg.)
Die erschöpfte Region
2005 - 235 Seiten - € 24,90
ISBN 3-89691-560-6

Boris Michel
Stadt und Gouvernamentalität
(Einstiege Band 15)
2005 - 154 Seiten - € 14,90
ISBN 3-89691-686-6

Wolfram Wassermann/Wolfgang Rudolph
Betriebsräte nach der Reform
2005 - 237 Seiten - € 24,80
ISBN 3-89691-615-7

Verlag Westfälisches Dampfboot
Hafenweg 26a - D-48155 Münster
Tel.: 0251 39 00 48 0 - Fax: 0251 39 00 48 50
info@dampfboot-verlag.de



Moderner Irrationalismus und das Bankkapital

Von Jürgen Meier

Müntefering schimpft über jene Kapitalisten, die sich „unanständig“ verhalten. Unanständig, so sagte er in einem Interview, sei „es, wenn man den Standort, an dem man groß geworden ist, an dem mancher auch reich geworden ist und an dem die Arbeitnehmer zu Hause sind, im Stich lässt. Das ist nicht bei allen Unternehmen so, die Arbeitsplätze verlagern – das habe ich bei all meiner Kritik immer deutlich gemacht. Aber es gibt genug, die einfach des Profits wegen gehen, ohne Rücksicht auf die Arbeitnehmer, die bei ihnen beschäftigt sind.“ („Die Zeit“, Nr.18, 2005) Was soll daran unanständig sein? Hat sich denn die Moral der kapitalistischen Gesellschaft verändert? Wohl kaum! Denn kapitalistische Produktion vollzog sich bereits vor hundert Jahren, um Profit zu maximieren. Was sich geändert hat ist lediglich die Form der bürgerlichen Moral.

„Das ist wahr,“ stellt Müntefering fest, ohne die Veränderung der Verwertungsbedingungen des Kapitals, als Grundlage der moralischen Formveränderung zu erkennen. Er registriert nur die Erscheinungsform, eben den Formwechsel der Moral, nicht aber ihre materielle Triebkraft auf der sie gedeiht. „Das Geld hat sich anonymisiert,“ stellt er fest, „man kann den Kapitalisten im traditionellen Sinne gar nicht mehr erkennen. Das ist nicht mehr der kleine Dicke mit der Zigarre und dem schwarzen Gehrock.“ So ist es! Der Kapitalismus hat sein Gesicht verändert, nicht aber seine Substanz und Basis, die freie Lohnarbeit. Da Müntefering nur die Gesichtsveränderung des Kapitalismus registriert – sein Motiv ist dabei völlig nebensächlich-, ärgert ihn besonders der „unanständige“ Charakter der Banker, deren Dominanz unter den Gildenbrüdern des Kapitals immer mehr zu wachsen scheint, was unweigerlich den Protest des deutschen Häuptlings dieser Gilde des Kapitals auf den Plan rief. Josef Ackermann, Vorstandssprecher der Deutschen Bank protestierte gegen Münteferings Kritik: „Niemand – zumindest niemand, den ich kenne – will einen ‚Kapitalismus pur‘ und schon gar keinen ‚Raubtier-Kapitalismus‘.“ International orientierte Unternehmen wie die Deutsche Bank müssten vorausschauend handeln. Dass damit eben trotz hoher Gewinne auch Stellenstreichungen verbunden sind, müsse hingenommen werden. Genau das aber ist moderner „Kapitalismus pur“.

Doch Münteferings Kampf gegen das anonyme Geld und deren Verleiher, denen es offensichtlich völlig gleichgültig ist, wo und in welchem Land sie ihren Zins einstreichen können, ist ein Kampf gegen Windmühlen, der am Kern der Sache vorbei geht. Diese Fehler ist in der Arbeiterbewegung aber nicht neu. Der Sozialist Proudhon wollte bereits die „unmoralischen“ Geldverleiher seiner Zeit in die Schranken weisen, was Marx heftig kritisierte:

„Hörte diese Form des Leihens auf, statt des Kaufens und Verkaufens, so meint der französische Sozialist Proudhon, der Mehrwert fiele weg. Nur die Teilung dieses Mehrwerts zwischen zwei Sorten von Kapitalisten fiele weg. Aber diese Teilung kann und muss sich stets von neuem erzeugen, sobald Ware oder Geld sich in Kapital verwandeln kann, und das kann es stets auf Basis der Lohnarbeit. Aber die Lohnarbeit und damit die Basis des Kapitals wollen, wie Proudhon, und zugleich die ‚Übelstände‘ aufheben durch Negation einer abgeleiteten Form des Kapitals, ist schülerhaft.“ (Marx, Theorien über den Mehrwert III, MEW 26.3, 513f.)

Das Kreditsystem ist nichts anderes als die Schöpfung des industriellen Kapitals. Das Geldkapital und das Industriekapital (Handel eingeschlossen) sind nur deshalb zwei Klassen, weil der Mehrwert, der nicht vom Geldkapital, sondern durch produktive Arbeit des fungierenden Kapitals geschöpft wird, sich in zwei Teile von Einkommen teilen lässt, in den Profit und in den Zins. Das Geldkapital mit seinem Kreditsystem entstand im Mittelalter, um den hohen Zinsfuß des Wucherkapitals, gegen den sich das entstehende Industriekapital zunächst nicht behaupten konnte, zu liquidieren. Heute hat dieses Wucherkapital keine prägende gesellschaftliche Bedeutung mehr für die produktive Arbeit und somit für die Industrie, die sich diese Arbeit aneignet. Heute existiert eine Arbeitsteilung zwischen Bankiers/Fondsbesitzern einerseits und industriellen Kapitalisten/Warenhändlern andererseits. Sie bilden objektiv eine Einheit, die subjektiv durchaus in Ärger der einen über die anderen in Erscheinung treten kann. Wenn die Banken in einem Industriebetrieb den Geldhahn zu drehen, ist der Ärger des in die Insolvenz getriebenen groß. Doch diese Kraft des Bankkapitals führt immer nur zu weiterer Konzentration des

fungierenden Kapitals. Insolvenzen säubern den Markt. Die kleinen und mittleren Kapitale werden von den großen geschluckt. Diese Konzentration des Gesamtkapitals macht auch vor dem Bankkapital selbst nicht halt. Großbanken wie die Commerzbank und die Deutsche Bank fürchten von noch größeren Banken geschluckt zu werden. Diese scheinbare Dominanz des Bankkapitals über das Industriekapital erscheint, wie Marx schrieb, „als mysteriöse und selbstschöpfende Quelle des Zinses, seiner eigenen Vermehrung“ (Marx, Kapital III, MEW 25, 405f.). Das zinstragende Kapital vertuscht in seiner „inhaltslosen Form“ total den Gegensatz zur Lohnarbeit, mit dem es scheinbar keinerlei Berührung mehr zu haben scheint. Deshalb ist in den modernen Bankhäusern auch alles so clean und transparent. Viel Glas, viel Chrom, viel freundlich lächelnde, in feinen Anzügen und Kostümen klemmende, große und kleine Funktionäre des Gesamtkapitals. Das gesellschaftliche Verhältnis der menschlichen Beziehungen erscheint durch diese Bankhäuser als Verhältnis eines Dings, des Geldes, vollendet zu sein. Geld regiert die Welt! Heißt es. Als ob Geld mehr Geld gebären könnte ohne sich zuvor in Ware verwandelt zu haben, die durch die Ware Arbeitskraft in Verbindung mit hoher Technik entstand. Das Banksystem zeigt durch „die Ersetzung verschiedener Formen von zirkulierendem Kredit (Banknoten, Papiergeld) an Stelle des Geldes, dass das Geld in der Tat nichts anderes ist als ein besonderer Ausdruck des gesellschaftlichen Charakters der Arbeit und ihrer Produkte, der aber als im Gegensatz zu der Basis der Privatproduktion stets in letzter Instanz als ein Ding, als besondere Ware neben anderen Waren sich darstellen muss.“ (Marx, Kapital III, MEW 25, 620f.)

Diese scheinbare Dominanz des Bankkapitals und des Geldes ist die Basis des modernen Irrationalismus, der den Blick auf das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft völlig verschleiert. Im Glanz der Bankhäuser scheint es in den Städten keinerlei Lohnarbeit mehr zu geben. Alles erscheint nur noch wie ein gigantischer Kampf um den dicken Berg gefüllter Geldsäcke. Das Geld sei ungerecht verteilt, schimpfen die einen. Die anderen behaupten, nur wenn sie mit wissenschaftlicher Präzision das Geld richtig investieren, könnten wieder neue Arbeitsplätze entstehen, wodurch Menschen wieder Geld in ihre Hände bekämen. Menschen, in diesem Banne des modernen Irrationalismus, werden zu Glückspielern, Geldfetschisten,

Bankräubern, Erpresser, Abfindungsexperten, Geizhalsen und Sicherheitsfanatikern erniedrigt. Auf diesem Nährboden des Irrationalismus gedeiht nicht nur der „American way of life“, auf dem viele vereinzelt Menschen ihr, auf den Augenblick fixiertes, Glück suchen, sondern es entstehen berufliche und schulische Orientierungen, die sich auf irrationale Marketingstudien und Philosophien stützen, in denen versprochen wird, man müsse sich nur auf seinen Willen und Intuition verlassen, schon winke das große Geld mit seinen Glücksverheißungen. Die kapitalistische Ökonomie erscheint dem Alltagsmenschen wie eine Megamaschine aus dem Weltall, die seine Existenz bedroht. Er hört vor der „Tagesschau“ von DAX Punkten, Börsencrashes und Inflation munter schwätzen und versteht nicht, dass sich hinter diesen, scheinbar lustigen Regeln des Spiels um Geld, Verkäufen und Umsatz der knallharte Kampf um frische Lohnarbeit versteckt, die das produziert woran allein das Kapital Interesse hat, den Mehrwert. Der moderne Irrationalismus hat hier seinen Ursprung. Die Menschen begreifen sich nicht als Schöpfer ihrer eigenen Geschichte, sondern als Opfer ihnen äußerer Mächte, mögen diese DAX, Globalisierung, Wettbewerb, Schicksal, Intuition, Arbeitslosigkeit oder Gott heißen.

Doch das Kapital bleibt, bei aller Formveränderung, eine Einheit von Produkt und Geld, von Produktion und Zirkulation. Die Bankiers sind lediglich die allgemeinen Verwalter des Geldkapitals. Der „unmittelbare Produktionsprozess des Kapitals ist sein Arbeits- und Wertungsprozess, dessen Resultat das Warenprodukt ist und dessen bestimmendes Motiv die Produktion von Mehrwert ist.“ (Marx, Kapital II, MEW 24, 351) Das Bankkapital könnte ohne das Industriekapital nicht existieren. Im Mittelalter dominierte das Wucherkapital über das Kaufmannskapital, heute ist das anders, heute dominiert in allen kapitalistischen Ländern das Industriekapital über das Bankkapital, auch wenn die Erscheinung etwas anderes signalisiert. Das Banksystem ist das „künstlichste und ausgebildetste Produkt“ (Marx, Kapital II, MEW 25, 620 f.) der kapitalistischen Produktionsweise. Die Bank stellt dem industriellen und kommerziellen Kapital das „nicht bereits aktive Kapital der Gesellschaft zur Verfügung, so dass weder der Verleiher noch der Anwender dieses Kapitals dessen Eigentümer oder Produzenten sind.“ (Marx, Kapital III, MEW 25, 620 f.) In den Banken, in deren Aufsichtsräte Manager der größten Industriekonzerne sitzen, bildet sich vor diesem Hintergrund eine besondere Parasitenklasse, die über eine fabelhafte Macht verfügt, nicht nur die industriellen und kommerziellen Kapitalisten periodisch zu dezimieren, sondern auch auf die gefährlichste Weise in die wirkliche Produktion und Handel einzugreifen. Allein die höheren Mehrwert versprechende Investition des in den Banken angehäuften gesellschaftlichen Mehrwerts ist entscheidend für die

Planung der Banker, die sich dabei in Kooperation mit ihren DAX-Mitgliedern an den Börsenwerten orientieren.

Über die Aufsichtsräte der Banken, in denen die industriellen Kapitalisten, vermittelt durch den DAX, die Richtung bestimmen, wurde die Kapitalisierung aller gesellschaftlichen Bereiche forciert, woran zu Marx Zeiten noch nicht zu denken war. Heute können die „privaten“ Krankenhausketten, die ja eigentlich keine „privaten“ sind, sondern Teil des Gesamtkapitals, verwaltet im Bankkapital, nur deshalb kommunale Krankenhäuser unter ihre Regie stellen, weil sie mittels Krediten der Großbanken, als Verwalter des Gesamtkapitals, zu unmittelbaren Akteuren der Industrialisierung und Kommerzialisierung ehemals unproduktiver Bereiche menschlicher Reproduktion werden können. Die Enteignung ist daher das Ziel dieser kapitalistischen Produktionsweise. Die Kommunen oder auch kleine und mittlere Kapitalisten werden durch diese Kraft des Gesamtkapitals enteignet.

Wenn wir von „Privatisierung“ bislang öffentlicher, also vom Citoyen, vom Staat, verwalteter Dienste sprechen, so ist dies daher falsch. Denn es wird nicht privatisiert, also vom öffentlichen Eigentum abgesondert, um in die Regie eines Einzelunternehmers und dessen Privatkapital zu kommen, sondern mit Hilfe von Krediten wird auf hohem Niveau kapitalisiert, was gleichzeitig einen Ausdruck hoher Vergesellschaftung von Produktion und Reproduktion darstellt. So wird die Mehrheit des Stammkapitals der Rhön AG (über dreißig Krankenhäuser in Deutschland) von der Deutschen Bank und der bayrischen Hypo-Vereinsbank gehalten. Mit Hilfe der Banken agieren industrielle Großkonzerne, die zur Steuerung gekauften Krankenhäuser Aktiengesellschaften gründen, um dadurch den Prozess der Kapitalkonzentration weiter zu forcieren. Hinter dem Rücken dieser aggressiven Kaufaktionen, die man Globalisierung nennen kann, wenn man den Charakter des mehrwerthungrigen Kapitals verschleiern möchte, entsteht aber gleichzeitig immer deutlicher die Aufhebung der kapitalistischen Privatindustrie auf Grundlage des Kapitalismus. Die Lohnarbeit wird nicht mehr privat angeeignet, sondern durch Funktionäre des Gesamtkapitals, die keinerlei praktische Verbindung mehr zu den Gebrauchswerten der Produktionen haben. Deshalb sieht Münzfering auch so wenig von denen, die er „traditionelle Kapitalisten“ nennt. Denn auch die äußere Form der heutigen Kapitalisten hat sich geändert.

Sie unterscheiden sich vom „traditionellen Kapitalisten“, weil „sie sich selbst als einfacher Träger des Arbeitsprozesses, als Arbeiter, und zwar als Lohnarbeiter“ (Marx, Kapital III, MEW 25, 395) begreifen. Sie sind ja nicht Eigentümer des fungierenden Kapitals, sondern dessen Funktionäre, die eine möglichst hohe Mehrwertrate aus den Beschäftigten

herausholen sollen. Sie sind Repräsentanten des fungierenden Kapitals. Im „Hirnkasten“ des modernen Managers, der ja, je nach Angebot und Nachfrage seiner Kaste, mit vielen Millionen Jahresgage belohnt wird, entwickelt sich daher die Vorstellung, dass seine Gage, selbst Arbeitslohn sei. Natürlich sei dieser höher als bei den gewöhnlichen Lohnarbeitern, sagt er, schließlich sei seine Arbeit komplizierter und abhängig vom Erfolg seiner Funktionärstätigkeit. Je höher die erwirtschaftete Mehrwertrate, desto höher seine Jahresgage, was sich an elf Millionen Jahreseinkommen des Josef Ackermann verdeutlichen lässt, das mit dem Volumen der Zinseinnahmen wächst, die ja neben dem Profit des fungierenden Kapitals, nichts anderes sind als ein anderer Teil des, aus der Lohnarbeit gepressten, Mehrwerts. Die wachsenden Kreditvolumina der immer weniger werdenden Banken sind Zeugnis hoher industrieller Produktivität, Folge eines wachsenden Mehrwerts, dessen Quelle allein die menschliche Arbeitskraft ist. In diesen Kreditvolumina bündelt sich die Menge von Gesamtmehrarbeit, die das Gesamtkapital sich angeeignet hat. Das DAX-Kreditfondswesen beschleunigt die materielle Entwicklung der Produktivkräfte noch mehr, so dass ein Weltmarkt entstanden ist, dessen Geld-Waren-Geld-Zirkulationen sich immer dynamischer entwickelt, wobei im Mittelpunkt auch hier die Ware der menschlichen Arbeitskraft steht, die in der Ukraine bereits für einen Euro zu kaufen ist.

Der Mehrwert, der diesen Arbeitskräften entspringt und der durch Warenkauf auf den Märkten Europas und Amerikas realisiert wird, ist gigantisch. Mit dem Kreditwesen wurden weltweite und schnelle Transaktionen möglich, durch die Fabriken in allen Ecken der Erde gebaut werden können, was gleichzeitig auf eine latente Aufhebung des industriellen Kapitaleigentums hinweist. Die Kredite der Banken, in denen natürlich die Funktionäre des fungierenden Kapitals bestimmen, steuern diese Transaktionen. Unter direkter demokratischer Kontrolle der Produzenten des Mehrwerts und der lohnabhängig in den Fabriken, Banken und Maklerbüros arbeitenden Menschen, ist diese Konzentration der Kreditvergabe keine schlechte Basis, um die angehäuften Gesamtmehrarbeit, die sich ja hinter den Geldvergaben der Banken versteckt, sinnvoll zum Nutzen der menschlichen Gattung einzusetzen.

Die Polemik gegen das zinstragende Kapital vom Standpunkt der kapitalistischen Produktion aus, die heutzutage als sozialdemokratisch oder sozialstaatlich sich aufbläht, „findet sich übrigens als Entwicklungsmoment des Kapitals selbst z. B. im 17. Jahrhundert, wo der industrielle Kapitalist sich erst gegen den altmodischen Wucherer, der ihm damals noch übermächtig war, durchzusetzen hatte.“ (Marx, Theorien über den Mehrwert III, MEW 26.3, 448.)

Nach PISA: Wer kümmert sich um die Stärkung der Schwächsten?

Plädoyer und Analyse für die Entwicklung einer integrierten Schulform in Deutschland

Von Gerd Möller

PISA, der internationale Leistungsvergleich der 15jährigen Schülerinnen und Schüler der OECD, hat mal wieder den Beweis erbracht. Die integrierten Schulsysteme nach dem Prinzip „Eine Schule für alle Kinder“ in Finnland und Schweden sind dem gegliederten Schulsystem in Deutschland eindeutig überlegen. Und PISA hat den Beweis für die Überlegenheit des stark gegliederten Schulsystems in Bayern und Baden-Württemberg gegen alle (ehemals) SPD-regierten Länder erbracht.

In der öffentlichen Debatte um PISA finden sich scheinbar Beweise für alle denkbaren bildungspolitischen Annahmen. Deshalb ist im Prinzip politisch auch alles möglich und es wird in unterschiedliche Richtungen entwickelt. PISA ist eine enorm wichtige Datenquelle für die Entwicklung und Analyse der Wirksamkeit unseres Schulwesens und es belegt, dass wissenschaftliche Ergebnisse immer auch unter bestimmten Modellannahmen und Vorprägungen zustande kommen. Dem will sich der Autor nicht entziehen. Im Gegenteil bekennt er sich ausdrücklich zu der Annahme, dass ein erfolgreiches Schulwesen nicht nur exzellente Schülerleistungen im Mittel und in der Spitze erbringen muss, sondern immer auch an die Herstellung von Chancengleichheit gekoppelt ist. Nur beides zusammen, Leistung und Gerechtigkeit, sind Ausdruck eines leistungsfähigen Schulwesens.

Die Forderung nach einer grundlegenden Änderung der bestehenden Schulstruktur wird vor diesem Hintergrund in fast allen Lagern lauter diskutiert. Doch welche Informationen liefern die aktuellen Studien der empirischen Bildungsforschung über Schulsysteme, die in der Lage sind, erfolgreiche Schülerleistungen mit Chancengleichheit zu koppeln? Welchen Rahmen für gesellschaftliche Entscheidungen über die Weiterentwicklung des Bildungswesens und damit eine der entscheidenden Weichenstellungen für die Entwicklung einer solidarischen Gesellschaft bietet die Empirie und welche Irrtümer haben sich festgesetzt?

Im Folgenden werden auf der Basis von Befunden der internationalen (wie PISA, TIMSS, IGLU) und innerdeutschen großen Vergleichsstudien (wie BIJU, LAU, MARKUS) die Zielvorstellungen und Grundannahmen für das gegliederte deutsche Schulsystem in Abgrenzung zu einem integrierten Schulsystem analysiert und bewertet. Ferner werden aus den o.g. Studien „Indizien“ zusammengetragen, die gravierende Schwachstellen – zumindest des deutschen – gegliederten Schulsystems belegen. Notwendige grundlegende Veränderungen – auch auf der Strukturebene – zur Verbesserung des deutschen Schulsystems werden aufgezeigt. Die Schulstrukturfrage kann abschließend aber nur auf der gesellschaftlichen und politischen Ebene beantwortet werden.

Zentrale Ergebnisse von PISA-2003

Die zentralen Befunde der im Dezember 2004 vorgelegten PISA-2003-Studie weisen nach wie vor die von PISA-2000 bekannten besorgniserregenden Problemfelder aus. Die Gruppe der Risikoschüler/innen ist viel zu groß und auf die Hauptschulen konzentriert, die Leistungsstreuung in der Deutschland bleibt zu groß, Schüler/innen mit Migrationshintergrund werden nicht ausreichend gefördert und der Besuch höherwertiger Schulformen ist weiterhin auch bei statistischer Kontrolle anderer Faktoren weitgehend abhängig vom sozialen Hintergrund der Familien.

Mit Recht kann hier eingewendet werden, dass zwischen Bekanntwerden der PISA-2000-Ergebnisse und dem PISA-2003-Test lediglich eineinhalb Jahre liegen und somit eingeleitete Maßnahmen kaum greifen konnten. Aber selbst wenn schulische Reforminitiativen Wirkungen zeigten, so wäre dies doch eher bei den leistungsschwächeren Gymnasiasten erfolgt als bei den schwächeren Schülerinnen und Schülern anderer Schulformen. Wer also kümmert sich um die Hauptschulen bzw. um den unteren Leistungsbereich? Wäre nicht dies das eigentliche, nach PISA-2003 jedenfalls vordringliche Bewährungsfeld für eine breitenwirksame

Weiterentwicklung des deutschen Schulsystems?

Die Grundannahmen des gegliederten deutschen Schulsystems im Licht der Befunde der Vergleichsuntersuchungen

Das deutsche Schulsystem mit seiner frühen und ausgeprägten Auslese nach der 4. Jahrgangsstufe steht im internationalen Vergleich recht isoliert da. Je nach Bundesland werden die Schülerinnen und Schüler auf 3 bis 6 Schultypen (einschließlich Sonderschule für Lernbehinderte) aufgeteilt. Lediglich noch in Österreich und in zwei Schweizer Kantonen wird eine Aufteilung der Schülerinnen und Schüler bereits im Alter von 10 Jahren praktiziert. In den Niederlanden z.B. erfolgt die Differenzierung in verschiedene Schultypen mit 12 Jahren, in den skandinavischen Ländern besuchen die Schülerinnen und Schüler bis zum 15. Lebensjahr eine gemeinsame Schule. Die deutsche Schulstruktur entstammt in ihren Grundzügen einer am Ständestaat orientierten Bildungspolitik. Gerechtfertigt wird diese bis heute beibehaltene frühe Selektion im Wesentlichen mit drei eng zusammenhängenden Annahmen. Zum einen wird unterstellt, dass nur in leistungshomogenen Lerngruppen der bestmögliche Lernerfolg für jedes einzelne Kind erzielt werden kann. Zum anderen wird angenommen, dass nur ein möglichst früher Übergang der Schülerinnen und Schüler auf die verschiedenen Schulformen eine optimale begabungsgerechte Förderung ermöglichen. Zum dritten wird unterstellt, dass die existierenden Schulformen die unterschiedlichen Begabungen und Lernausgangslagen von 10-jährigen Kindern adäquat abbilden.

Die drei Hypothesen, auf denen sich die deutsche Schulstruktur gründet, müssen nach den vorliegenden empirischen Befunden als widerlegt angesehen werden.

Die ersten beiden Hypothesen werden durch die PISA-Ergebnisse von Ländern widerlegt, die gar nicht bzw. wesentlich später als Deutschland differenzieren. Sie schneiden z. T. deutlich besser ab als Deutschland und zwar sowohl bei den schwächeren als auch den leistungstärkeren Schülerinnen und Schülern. Die dritte Hypothese erweist sich ebenfalls als Irrtum. So haben Vergleichsuntersuchungen mit Abkürzungen

wie LAU, MARKUS, PISA und IGLU eindeutig nachgewiesen, dass weder leistungsadäquate Empfehlungen am Ende der Grundschule noch leistungshomogene Lerngruppen in der Sekundarstufe I erreicht werden können. Die fortlaufenden Optimierungen einer „begabungsgerechten“ Sortierung bringen nichts außer Kosten. Diese teuren Reparaturmaßnahmen in unserem Schulsystem unterstreichen, dass das Ziel einer leistungsadäquaten Schulausbildung durch Aufteilung auf verschiedene Schultypen eine Illusion ist. Die verlängerte Verweildauer durch Sitzenbleiben, für die keine Fördereffekte in der Forschung nachgewiesen werden können, kostet den Staat zudem rund 850 Mio. Euro pro Jahr.

Liegen die Gründe für das schlechte Abschneiden der deutschen Schülerinnen und Schüler innerhalb des Systems oder ist das deutsche Schulsystem selbst ein Teil des Problems?

Notwendige Veränderungen zur Verbesserung der Fähigkeiten und Kompetenzen der deutschen Schülerinnen und Schüler innerhalb des bestehenden Schulsystems sind in der Diskussion um Folgerungen aus und Maßnahmen nach PISA weitgehend unumstritten. Zu den wesentlichen akzeptierten Handlungsfeldern zählen frühe Sprachförderung von Kindern aus bildungsfernen Schichten, Umwandlung des Kindergartens von einer Betreuungs- in eine Bildungsinstitution, Systeme der Standardsicherung und Etablierung eines Systems individueller Förderung.

Forderungen, das gegliederte System darüber hinaus in ein integratives umzuwandeln, werden von den Befürwortern des gegliederten Schulsystems hingegen mit vielfältigen Argumenten als nicht zwingend oder sogar als obsolet abgelehnt.

Erfolgreiche Schulsysteme im PISA-Vergleich

Häufig werden die sehr guten Leistungsergebnisse von Ländern mit einem gegliederten Schulsystem wie Belgien und die Niederlande und die schlechten PISA-Ergebnisse von Italien, das ein integratives Schulsystem hat, als Beleg herangezogen, dass PISA keine gesicherten Kenntnisse für die Überlegenheit einer bestimmten Schulstruktur liefere. In der Tat variieren die durchschnittlichen Schülerleistungen in den verschiedenen Teilnehmerländern unabhängig von den erfassten Schulstrukturen. Bei dieser Betrachtungsweise wird einseitig nur der durchschnittliche Bildungserfolg (Mittelwert der Leistungsskala) eines Landes berücksichtigt und nicht nachweist, dass die erreichten guten Leistungen weitgehend vom sozioökonomischen Hintergrund des Elternhauses abgekoppelt sind. PISA-2003 zeigt, dass die sozialen Disparitäten tendenziell in solchen Bildungssystemen stärker ausgeprägt sind, in denen die Selektion in einem frühen Alter

stattfindet. Betrachtet man die erreichten durchschnittlichen Leistungen und den Grad der sozialen Kopplung zusammen, so ist festzuhalten, dass sich kein Land mit einem gegliederten Schulsystem unter den Ländern befindet, das sich auf der Leistungsskala Mathematik signifikant oberhalb und auf der Skala der sozialen Kopplung signifikant unterhalb des OECD-Durchschnitts befindet. In PISA-2000 wurde dies bereits für den Bereich Lesekompetenz gezeigt. Dies belegt, dass es in integrativen Schulsystemen gelingen kann, gute Schülerleistungen zu erreichen, die weitgehend vom sozialen Status des Elternhauses entkoppelt sind. Von selektiven Schulsystemen hingegen kann dieser Nachweis aktuell nicht erbracht werden. Das oben genannte Beispiel von Italien zeigt aber deutlich, dass ein integratives Schulsystem allein kein Garant für gute Schülerleistungen ist. Die eigentlich selbstverständliche Feststellung, dass es nicht ausreicht, nur die Schulstruktur zu ändern und alles andere im bisherigen Zustand zu belassen, wird natürlich von den Befürwortern eines integrativen Schulsystems nicht bestritten.

Differenzielle Lernmilieus in den Schulformen

Nach den vorliegenden Befunden von PISA (und BIJU) kann nicht bestritten werden, dass Schülerinnen und Schüler in Lernmilieus lernen, die unterschiedlich fördern. Das anregungsärmere Entwicklungsmilieu in Hauptschulen bremst, das anregungsreichere in mittleren und höheren Schulen befördert. „Auch bei gleichen kognitiven Grundfähigkeiten und identischem sozioökonomischen Status“, so die PISA-2000-Autoren im ersten deutschen PISA-2000-Band, „ist die Leistung eines Gymnasiasten um 49 Punkte höher als die Leistung eines Hauptschülers“. Dieser Unterschied entspricht einem Lernzuwachs von mehr als einem Schuljahr. Das deutsche PISA-Konsortium stellt auf einer Pressekonferenz 2003 dazu fest:

„Im Zusammenspiel von regional unterschiedlicher Bildungsbeteiligung, schulstrukturellem Angebot und lokalem Einzugsgebiet entstehen selektionsbedingte



Schulmilieus, die sich als differenzielle Entwicklungsumwelten beschreiben lassen und die unterschiedliche Fördereffekte für Schülerinnen und Schüler haben. In allen (Bundes)Ländern tragen diese institutionellen Differenzierungsprozesse – wenngleich in unterschiedlich starkem Maß – zur Öffnung der Leistungsschere in der Sekundarstufe bei. Die im internationalen Vergleich nachgewiesene, ungewöhnlich große Leistungsstreuung am Ende der Vollzeitschulpflicht in Deutschland wird zu einem nicht unerheblichen Teil in der Sekundarstufe I institutionell erzeugt oder zumindest verstärkt“.

Auf die Frage, wie diese strukturelle Chancengerechtigkeit – verschärft durch die generelle Prognoseunsicherheit am Ende der Grundschule und schichtspezifisch begünstigende bzw. benachteiligende Empfehlungen auf die weiterführenden Schulen (siehe z.B. die Hamburger LAU-Studie und IGLU) – in einem selektiven Schulsystem beseitigt werden kann, sind die Befürworter des gegliederten Schulsystems bisher eine Antwort schuldig geblieben.

Entkopplung von Schulform und Schulabschluss findet nur formal statt

In jüngster Zeit ist in die Debatte um die deutsche Schulstruktur ein neues Argument eingeführt worden: Die in Kauf zu nehmenden Schwächen des deutschen Schulsystems mit seiner strukturell verankerten frühen Sortierung von Kindern in unterschiedlich anspruchsvolle und perspektivenreiche

Bildungswege würde durch die Möglichkeit einen beliebigen Abschluss in allen Schulformen der Sekundarstufe I zu erreichen relativiert. Klaus Klemm hat in seinem Artikel „Strukturfragen und kein Ende“ (Jahrbuch der Schulentwicklung, Bd. 13, 2004) die Tragfähigkeit dieser Argumentation kritisch analysiert. Er kommt zusammengefasst zu folgendem Ergebnis: Die Schulstrukturfrage hat sich durch die eingetretene formale Entkopplung von Schulabschlüssen und Schulform nicht auf „kaltem Weg“ erledigt. Trotz der formalen Entkopplung von Bildungswegen und Bildungsabschlüssen hat sich eine neuerliche Hierarchisierung herausgebildet, denn die Abschlüsse, die auf verschiedenen Bildungswegen (Schulformen) erreicht werden können, sind unter verschiedenen Aspekten nicht gleichwertig. Schülerinnen und Schüler sowie ihre Eltern werden bei der Herausbildung von Bildungserwartungen nicht nur von ihren erworbenen und in schulischen Leistungsfeststellungen belegten Kompetenzen, sondern ebenfalls stark von der Schulform, in der sie lernen und leben, geprägt. Auch die 20% besten Hauptschüler wünschen im Vergleich mit leistungsgleichen Gymnasiasten deutlich weniger einen Fachhochschul- oder Universitätsabschluss (Hauptschüler: 14%, Gymnasiasten: 58%). Die Schulformen bilden offensichtlich nicht nur differenzielle Lernmilieus, sondern auch differenzielle Anspruchsmilieus aus.

Für die Beantwortung der Frage, ob die Entkopplung von Schulform und Bildungsabschluss tatsächlich greift, ist entscheidend, ob hinter formal gleichen Abschlüssen unterschiedlicher Schulformen tatsächlich vergleichbare Leistungen stehen. Eine Reihe von vorliegenden Arbeiten (zitiert im o.g. Aufsatz von Klemm), die zwar nicht direkt auf diese Fragestellung fokussiert sind, liefern so zu sagen als Nebenprodukt deutliche Hinweise, dass dies nicht der Fall ist. Es kann also festgestellt werden, dass sich eine Rangfolge formaler Schulabschlüsse in Abhängigkeit von den vergebenen Schulformen herausgebildet hat. Dies ist naturgemäß auch bei den Abnehmern nicht unbemerkt geblieben. So weist eine Studie, die auf Daten eines Kreditinstituts im Ruhrgebiet zurückgeht, schultypenspezifische Abhängigkeiten beim Durchlaufen eines betrieblichen Ausbildungsauswahlverfahrens nach. Dort zeigt sich, dass die Akzeptanz von Gymnasiasten mit unterdurchschnittlichen Noten für den Eintritt in die Testauswahl größer ist als diejenige von Gesamtschülern und Schülern des Berufskollegs.

Vermerkt sei noch, dass mit der Einführung der verkürzten Schulzeit zum Abitur auch die aufzuwendende Schulzeit von der besuchten Schulform abhängig sein wird. In der Regel – nach den Planungen der Länder – wird diese Verkürzung nur für die Schülerinnen und Schüler an Gymnasien gelten.

Dies bedeutet, dass die Durchlässigkeit nach oben weiter reduziert wird.

Als Fazit kann festgestellt werden: Der mit der Öffnung der Vergabe von formal gleichen Abschlüssen an unterschiedlichen Schulformen unternommene Versuch, eine Balance zwischen dem Fortbestand des gegliederten Schulsystems und dem Grundgedanken der Chancengleichheit herzustellen, gelingt nicht, da weder die Bildungswege noch die Abschlüsse an unterschiedlichen Schulformen gleichwertig sind. Die Entkopplung von Bildungswegen und formalen Abschlüssen wird somit auf der Ebene der Gleichwertigkeit wieder aufgehoben.

Mehrfache Benachteiligung der Hauptschule

Besonders deutlich zeigen sich die differenziellen Entwicklungsmilieus in der Hauptschule. Die Hälfte aller Hauptschülerinnen und -schüler gehört am Ende der Sekundarstufe I zur Gruppe der Risikoschüler, darunter sind die Jugendlichen mit Migrationshintergrund überproportional vertreten. Gundel Schümer hat in ihrem Aufsatz „Zur doppelten Benachteiligung von Schülern aus unterprivilegierten Gesellschaftsschichten im deutschen Schulwesen“ in einer noch wenig bekannten Publikation („Die Institution Schule und die Lebenswelt der Schüler“, 2004) der deutschen PISA-Forscher nachgewiesen, dass neben der bekannten sozialen Segregation auch die Schul- und Unterrichtsorganisation so beeinflusst wird, dass Schüler, die bereits durch ihre soziale Schichtzugehörigkeit benachteiligt sind, auf Grund des ungünstigen Lernmilieus ihrer Schulen noch einmal in ihrem Lernerfolg benachteiligt werden. „Schüler, die unter ungünstigen sozialen und kulturellen Bedingungen aufwachsen und dementsprechend häufiger als andere Schulschwierigkeiten haben“, so Schümer, „werden noch einmal benachteiligt, wenn sie extrem ungünstig zusammengesetzten Schülerpopulationen angehören. Die durch die soziale Herkunft bedingten Nachteile werden institutionell verstärkt.“ Zu den Risikofaktoren von Schulen mit ungünstigem Lernmilieu gehören: Konzentration von leistungsschwachen Schülerinnen und Schülern und Schülerinnen und Schülern aus den unteren sozioökonomischen Schichten mit wenig kulturellem und sozialem Kapital in ihren Familien sowie mit geringen positiven Einstellungen zur Schule und zum Lernen. Unter diesen „Risikoschulen“ sind überwiegend Hauptschulen vertreten.

Nicht nur in den sozialen Brennpunkten der Ballungsräume werden viele Hauptschulen in der Öffentlichkeit als „Restschulen“ eingeschätzt. Es liegt auf der Hand, dass dies negative Auswirkungen auf die Schülerinnen und Schüler hat: „Sie dürften sehr wohl wissen, dass sie zu einer Minderheit gehören, die bislang wenig erfolgreich in der Schule war und daher nicht die Chance hatte, weiterführende Schulen mit höheren Ansprüchen und höherem Prestige zu besuchen. Sie dürften auch wissen, dass ihre Chancen, eine Lehrstelle oder gut bezahlten Job zu finden, ge-

ringer sind als für Schüler, die von Schulen anderer Schulformen kommen“ (Schümer). Unter diesen Umständen ist es nahe liegend, dass sie positive Einstellungen zur Schule und zum Lernen kaum entwickeln. Unterrichtsstörungen, Schulunlust und Schulverweigerung sind häufig die Folge.

Zugespißt heißt das: Wer bereits durch sein Elternhaus benachteiligt ist, wird durch unser selektives Schulsystem in der Hauptschule mehrfach bestraft. Die Benachteiligung findet schon beim Übergang nach der Grundschule statt. So haben gleich begabte Kinder aus Akademikerfamilien dreimal höhere Chancen, ein Gymnasium zu besuchen, als Arbeiterkinder. In Bayern ist diese Privilegierung sogar sechsmal so hoch.

Unterstützt werden die Forschungsergebnisse von Schümer durch die PISA-2003-Befunde im Bereich des Problemlösens. Vergleicht man die Leistungsergebnisse auf den beiden Skalen Mathematik und Problemlösen, so stellt man insbesondere in Deutschland fest, dass die Leistungen in Mathematik deutlich unter den Problemlöseleistungen zurückbleiben. Dies kann man wegen des nachgewiesenen starken Zusammenhangs zwischen den beiden Kompetenzbereichen auch so deuten, dass es dem deutschen Schulsystem nicht ausreichend gelingt, das vorhandene kognitive Potenzial in fachliche Kompetenz umzusetzen. Folgt man dieser Interpretation, so zeigt sich für Deutschland im internationalen Vergleich ein recht auffälliges Muster: Je geringer die Leistung selbst ist, desto weniger gelingt es, das relativ zur eigenen Gruppe vorhandene Potenzial im Problemlösen in die Fachleistung Mathematik umzusetzen. Wieder sind es offenbar die schwächeren Schülerinnen und Schüler, vorwiegend also aus der Hauptschule, die nicht entsprechend ihrem Potenzial ausreichend gefördert werden.

Wie kann das deutsche Schulsystem verbessert werden?

Auf der Basis der Befunde von PISA und IGLU, die belegen, dass die frühe Selektion von Schülerinnen und Schülern die sozialen Disparitäten verstärkte, schlagen Befürworter des bestehenden Schulsystems vor, das kurze Zeitfenster der Grundschulen besser zu nutzen. Diese im Prinzip richtige Forderung, auch die im internationalen Vergleich relativ guten Ergebnisse in der Grundschule noch zu verbessern, kann aber die prinzipielle Unsicherheit der Zuweisung auf die weiterführenden Schulen nicht aufheben.

Daher wird weitergehend gefordert, die Entwicklungsumwelten in allen Schulformen zu optimieren. Anstatt grundsätzlicher Schulstrukturdiskussionen fordern Artelt und Baumert in ihrem Aufsatz „Bildungsgang und Schulstruktur“ (in Zeitschrift „Pädagogische Führung“, 2003) in diesem Zusammenhang vorrangig „eine Gestaltung von individuellen Schullaufbahnen, die den Gedanken der Offenheit, Durchlässigkeit und zeitlichen Flexibilität indivi-

dueller Bildungsverläufe genügt und Individualisierung sowie den pädagogisch bewussten Umgang mit Heterogenität und Differenz mit hohen Ansprüchen an die Qualitäts- und Standardsicherung zu verbinden sucht. Dazu gehört nicht zuletzt die Entwicklung eines professionellen Ethos und Verantwortung für jeden einzelnen Schüler.“ Diese Forderungen sind für die Verbesserung des deutschen Schulsystems unstrittig unabdingbar. Dadurch wird die Frage nach der Schulstruktur aber nicht obsolet. Viele dieser zu begrüßenden Forderungen von Artelt und Baumert werden durch die gewollten systemimmanenten Abgrenzungen der Schulformen gegen einander ja gerade verhindert. Aus diesem Dilemma kommt man nur heraus, wenn mit den o.g. Forderungen in allen Schulen – unabhängig von der Schulformzugehörigkeit – auch chancengleiche und für jeden Schüler leistungsadäquate Entwicklungsmilieus erreicht werden sollen. Damit würde sich das gegliederte Schulsystem de facto selber abschaffen. Es bliebe lediglich, die sozial und leistungsmäßig ungünstige Schülerzusammensetzung der Schulen entlang der Schulformen aufzuheben. Dies kann aber nur mit einer Schule für alle erreicht werden.

Die Ausgangsfrage dieses Aufsatzes kann somit wie folgt beantwortet werden: PISA und andere Vergleichsuntersuchungen liefern Belege und eine Reihe von einschlägigen Indizi-

en, dass das deutsche Schulsystem nur durch Verbesserungen im System und Umgestaltung des gegliederten Schulsystems in ein integriertes verbessert werden kann, wenn sowohl gute Leistungsergebnisse als auch deren weitgehende Entkopplung vom familiären Hintergrund der Schülerinnen und Schüler erzielt werden sollen.

Eine einseitige Beseitigung der Schulformen und eine damit einhergehende Erhöhung der Leistungsheterogenität ist keine Garantie für eine bessere Leistungsbilanz. Mit der Zunahme der Leistungsvielfalt steigen vielmehr die Anforderungen an die pädagogische Arbeit. Die Chancen der Heterogenität in einer gemeinsamen Schule, die Schullaufbahnen und weiteren Bildungsverläufe – unabhängig vom Sozialstatus – offen zu halten und jeden Schüler entsprechend seiner erreichten Fähigkeiten optimal zu fördern, können nur genutzt werden, wenn individuelle Förderung und der Umgang mit Heterogenität und Differenz pädagogisch bewußt und professionell praktiziert werden. Dass dies gelingen kann – dies ist eine hoffnungsvolle Botschaft von PISA – zeigen die erfolgreichen PISA-Länder mit einem integrativen Schulsystem.

Um Traditionsbrüche sowohl auf der Handlungs- als auch Mentalitätsebene weitgehend zu vermeiden, sollte der Umbau des Schulsystems auf einem evolutionären Weg

erfolgen. Stimmen aus der Fachszene bis hin zum Gutachten von Ernst Rösner zur Einrichtung von Gemeinschaftsschulen für den bürgerlichen Lehrerverband VBE zeigen, dass die Frage auch mit den Siegen konservativer Parteien bei den letzten Landtagswahlen nicht beendet ist. Allein die demographische Entwicklung wird die Schulen in den nächsten Jahren sowohl auf dem Land wie auch in den Städten zu engerer Kooperation geradezu zwingen. Aber allein auf darauf zu hoffen, die Dinge würden sich von selbst einstellen, würde die gewaltige Gymnasial-Lobby in der Wissenschaft, der Politik und der Administration zu wenig ernst nehmen. Der Weg wird auch nicht darüber gehen, dass sich eine knappe Mehrheit für die Veränderung der Schulstruktur erwärmen kann, sondern über einen allgemeinen Blickwechsel in der Bildungspolitik. Wie verbinden wir Exzellenz und Chancengleichheit? Wie kümmern wir uns insbesondere um diejenigen, die derzeit einfach durch den Rost fallen und als mehrfach Benachteiligte ohne jede Perspektive auf den Arbeitsmarkt gespuckt werden? Die Sozialdemokratie muss sich dieser Frage konsequent annehmen und ideologiefrei für diese Menschen arbeiten. Ich sehe sonst niemanden, der das mit der Aussicht auf Umsetzung betreiben würde.

spw 4 / 2005

Die „Enkel“ Willy Brandts – Aufstieg und Politikstil einer SPD-Generation

Matthias Micus: Die Enkel Willy Brandts – Aufstieg und Politikstil einer SPD-Generation, Campus Verlag Frankfurt/New York 2005, ISBN 3-593-27744-6, 29,90 Euro.

Der Begriff der „Enkel“ ist in der politischen Landschaft seit vielen Jahren fest verbunden mit der politischen Generation, die nach dem Ende der sozialliberalen Regierung in den 1980er die Wiedererlangung der politischen Macht für die Sozialdemokratie zu erringen suchte. Die Zuschreibung „Enkel von Willy Brandt“ beinhaltet dabei zumeist auch eine bestimmte politische Ausrichtung. Angenommen wurde, dass die Generation der Enkel eine besondere Affinität zum sozio-kulturellen Wandel des Aufbruchs der 1970er Jahre aufweise. Kulturelle Offenheit, Friedens- und Umweltbewegung, eher dem Diskurs, statt der knallharten Entscheidung verpflichtet galt das Etikett, zu „Brandts Enkeln“ zugehören, nicht nur als Synonym für die künftige Führungselite, sondern auch als Gegenmodell sowohl zum hanseatisch-kühlen Machtmenschen Helmut Schmidt als auch der grimmig-spießigen Gewerkschaftssozialdemokratie der Rap- pes und Lebers.

Der Göttinger Politikwissenschaftler Matthias Micus hat nun eine Arbeit vorgelegt, in der er das Phänomen dieser Enkel-Generation am Beispiel von Björn Engholm, Rudolph Scharping, Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder sowie Heidemarie Wiczorek-Zeul untersucht. Seine Auswahl dieser fünf Personen begründet Micus damit, dass alle 1987 an einem Treffen in Norderstedt teilnahmen, zu dem Willy Brandt einige jüngere SozialdemokratInnen eingeladen hatte, um die Zukunft der Parteiführung zu besprechen. Die von Micus ausgewählten Personen hatten sich zudem später Jahren um den SPD-Vorsitz beworben (Heid Wiczorek-Zeul unterlag 1993 ebenso wie Schröder bei der Mitgliederwahl Rudolph Scharping) und bildeten damit nach Micus so etwas wie die „Elite“ der Enkelgeneration. Doch in wie weit kann überhaupt von einer „Generation“ gesprochen werden? Die untersuchten Personen sind zwischen 1939 (Engholm) und 1947 (Scharping) geboren, sie sind also in der unmittelbaren Nachkriegszeit aufgewachsen, Scharping als der Jüngste der fünf, aber in den „Wirtschaftswunder“-Jahren. Diese „Generationslagerung“ (Mannheim) ist m.E. – im Gegensatz zur Zuordnung bei Micus – nicht unproblematisch. Wichtiger scheinen mir die weiteren Begründungen zu sein, die Micus ausarbeitet: die Zeitpunkte der Parteieintritte (zwischen 1962 und 1966) und die jeweiligen Gründe, in die SPD einzutreten sowie die Tatsache, dass sich alle als links in der SPD verstanden, lassen die ausgewählten

Personen zur „Generationseinheit“ werden. Micus untersucht nun die primären Prägungen, die politische Sozialisation sowie die unterschiedlichen Politikstile.

Die sozialen und kulturellen Herkünfte der Protagonisten sind sehr unterschiedlich, während Engholm und Wiczorek-Zeul unter finanziell guten Verhältnissen aufwuchsen, standen für Rudolph Scharping und Oskar Lafontaine, vor allem aber für Gerhard Schröder, die ökonomischen Ausgangsbedingungen schlechter. Alle eint jedoch sowohl eine frühe Eigenständigkeit sowie ein Widerspruchsgeist. Die Bedingungen, unter denen sie in der SPD Karriere machen, sind unterschiedlich. Während Engholm und Lafontaine aufgrund regionaler Gegebenheiten und ohne langjährige bzw. bundespolitische Tätigkeit bei den Jusos zu Hoffnungsträgern werden, sind Schröder und Wiczorek-Zeul als Bundesvorsitzende und Scharping als stellv. Bundesvorsitzende wesentliche Akteure der 70er-Jahre Jusos. Alle fünf bauen sehr früh auf eine regionale bzw. landespolitische Verankerung, Wiczorek-Zeul muss einen „Umweg“ als Europa-Abgeordnete absolvieren, um sich Sporen als „Fachpolitikerin“ zu verdienen, nachdem sie aufgrund ihrer Juso-Tätigkeit zahlreiche Gegner in ihrem Heimatlandesverband hatte. Gerhard Schröder, schon seit seiner Juso-Zeit mit allen taktischen Finessen vertraut, macht sich – ebenso wie Lafontaine im Saarland – durch innerparteiliche Absprachen und mit Hilfe guter Medienkon-

takte ein innerparteiliches Vakuum im Generationswechsel behertzt zu Nutze, und wird in Niedersachsen Ministerpräsident. Rudolph Scharping erwirbt, obwohl während seiner Juso-Zeit mit dem Parteiausschluss bedroht, innerparteiliche Anerkennung durch seine bodenständig-beharrliche Arbeit und nicht zuletzt durch seine enge Beziehung zu Wilhelm Dröscher. Björn Engholm, in jungen Jahren bereits Bundestagsabgeordneter geworden, streift sein Juso-Image ebenfalls ab, indem er als Fachpolitiker Anerkennung findet und Minister im letzten Kabinett Schmidt wird. Mit Ausnahme von Heidi Wiecek-Zeul werden alle Ministerpräsidenten und mit Ausnahme von Björn Engholm, der 1993 als Parteivorsitzender zurücktreten musste, bekleiden sie Regierungsämter in der rot-grünen Koalition nach 1998. Oskar Lafontaine warf bekanntlich innerhalb eines halben Jahres das Handtuch und arbeitet nun vehement an seinem Comeback außerhalb der SPD, Rudolph Scharping hat seinen Zenit nach seinem Rücktritt als Verteidigungsminister im Sommer 2002 hinter

sich. Mit seinem Neuwahl-Coup hat Gerhard Schröder vermutlich seine Karriere zum 18.09.2005 beendet und mit dem Abschied der SPD von der Regierung wahrscheinlich auch die von Heidi Wiecek-Zeul gleich mit. Zumindest die männlichen „Enkel“ werden sich wohl bis zum Ende des Jahres aus der aktiven SPD-Politik zurück ziehen.

Was den Politikstil angeht, den Micus am Beispiel der ausgewählten Enkel untersuchen wollte, gelingen dem Autor Zuspitzungen wenn er schreibt: „Im Vergleich gerade zu vorgegangenen Führungsgenerationen der SPD fällt bei ihnen eine geringe Bereitschaft zur Selbstdisziplin und Unterordnung“ oder „Die Enkel waren Individualisten, ausgestattet mit einem beträchtlichen Machtwillen“. Sie verstanden es, die seit den 1960er Jahren wichtiger werdenden Medien für sich zu nutzen, überwand innerparteiliche Konflikte, indem sie sich z.B. auf die einfache Mitgliedschaft beriefen und so die mittlere Funktionärsschicht übergehen konnten. Sie waren oft programmatisch weniger festgelegt, als

durch ihre Juso-Vergangenheit vermutet wurde, sie waren „flexibel“, weshalb Micus urteilt: „Die für die Enkel konstatierte Flexibilität (mutierte), an der Parteispitze und in Regierungsverantwortung stehend, zur Unstetigkeit, die den Eindruck mangelnder Seriosität vermittelte; wandelten sich die Distanz zu Ideologien und die Skepsis gegenüber geschlossenen Theorien zur Konzeptionslosigkeit und Opportunismus.“ (S. 182) Sein Untersuchungspotenzial konnte Micus jedoch nicht vollständig ausschöpfen. Lohnenswert wäre eine ausführlichere Untersuchung ihrer programmatisch-theoretischen Profile in Bezug auf ihre „fachpolitische“ bzw. Regierungstätigkeit sowie ihr innerparteiliches und mediales Auftreten gewesen. Aber einen guten Anfang hat Micus gemacht – und es ist für den Wissenschaftler immer einfacher, wenn sein Untersuchungsobjekt abgeschlossen ist. Vielleicht setzt er sich Ende des Jahres dazu wieder an den Schreibtisch?

Reinhold Rünker (Leichlingen)

Krise und Zukunft des Sozialstaates

Christoph Butterwegge, *Krise und Zukunft des Sozialstaates*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 318 S., geb. EUR 24,90, ISBN 3-8100-4138-6

Das wird die Spitze der SPD nicht gerne hören: Der Kölner Politikwissenschaftler und Genosse Prof. Dr. Christoph Butterwegge legt mit seinem neuen Buch »Krise und Zukunft des Sozialstaates« kurz vor der Bundestagswahl den Finger in die Wunde der Regierungspolitik und fordert einen klaren Kurswechsel seiner Partei, um den Wohlfahrtsstaat zu erhalten und auszubauen. Butterwegge bemängelt, dass viele SozialdemokratInnen die Verteilungsgerechtigkeit als altmodisch abtun und stattdessen Teilhabe- und Chancengerechtigkeit in den Mittelpunkt stellen. In seinem Buch betont Butterwegge jedoch, dass Teilhabegerechtigkeit ohne materielle Gleichheit nicht gerecht ist, da materiell Unterprivilegierte eben nicht in der Lage sind, sich Teilhabe zu erkämpfen. Dies auszugleichen sei und bleibe Aufgabe des Sozialstaates, da ein reines Festlegen verbindlicher, »fairer« Regeln nicht ausreicht: „Die soziale Gerechtigkeit als ‚Fairness‘ zu definieren [...] bedeutet im Grunde, sie auf ein formales Verfahrensprinzip zu reduzieren und inhaltlich, d.h. hinsichtlich ihres materiellen Gehalts und der gesellschaftspolitischen Konsequenz, zu kastrieren.“ (S. 250)

Butterwegge beginnt sein Buch mit einem historischen Überblick über die Entwicklung des Sozialstaates. Die Gemeinsamkeiten der Begründungen für Sozialabbau sind dabei frappierend. Durch die Pervertierung von Begriffen (»Umbau« statt »Abbau«) und das Erzeugen

von Sachzwängen wird und wurde der Wohlfahrtsstaat immer wieder angegriffen, ohne dass die Funktion desselben als historischer Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit noch eine Rolle spielt. Detailreich informiert Butterwegge über die Entstehung und Weiterentwicklung des Sozialstaates sowie über seine Umfunktionierung im sog. Dritten Reich, schildert seine Rolle im Systemkonflikt und seinen mit der ersten Ölkrise 1974/75 unter Helmut Schmidt beginnenden Abbau. Butterwegge betont, dass dieser „Rückbau“ nicht im Sozialstaat selbst begründet liegt, sondern auf externe Faktoren wie die Globalisierung und den demografischen Wandel geschoben werden. Dem hält der Politikwissenschaftler entgegen, dass „die Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft“ sich nicht „nach dem Alter ihrer Mitglieder [bemisst], sondern nach der Ertragskraft ihrer Volkswirtschaft“ (S. 259).

In seinem Buch setzt sich Butterwegge auch mit der Wahrnehmung der EmpfängerInnen staatlicher Transferleistungen auseinander. Ging es bei Einführung der sozialen Sicherungssysteme auch um die Dekommodifizierung und Humanisierung des Lebens und die Absicherung von biografischen Risiken wie Krankheit und Arbeitslosigkeit durch ein am Lebensstandardprinzip orientiertes, solidarisches Versicherungswesen, so sieht dies heute ganz anders aus: TransferleistungsbezieherInnen sind tendenziell dem Vorwurf ausgesetzt, in der »sozialen Hängematte« zu liegen und »Sozialschmarotzer« zu sein. Die Biografie dieser Menschen soll über die Vermarktlichung der Sicherungssysteme, welche die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands stärken sollen, einer Rekommodifizierung unterzogen werden. Das Prinzip der »neuen« Sozialdemokratie, Fördern und Fordern, bewirkt laut

Butterwegge letztlich nur einen Abbau des Sozialstaates und die Erhöhung des Drucks auf die Betroffenen. Der Lebensstandard wird durch die minimale Bedarfsdeckung ersetzt, der Transferleistungsempfänger zu einem Bittsteller degradiert. Butterwegge macht überzeugend deutlich, dass von Alternativlosigkeit zum Sozialabbau keine Rede sein könne. Vielmehr gehe es darum, den Wohlfahrtsstaat über eine allgemeine, einheitliche und solidarische Bürgerversicherung weiterzuentwickeln. Diese müsse nicht nur alle WohnbürgerInnen einbeziehen, sondern auch weder Versicherungspflicht- noch Beitragsbemessungsgrenzen haben und ohne private Konkurrenz bei Einbeziehung der bisherigen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung gestaltet werden.

Das Versagen der rot-grünen Bundesregierung liegt Butterwegge zufolge in der Umsetzung zentraler neoklassischer Dogmen (Stichwort: »Senkung der Lohnnebenkosten«), anstatt selbst gestalterisch tätig zu werden. Daher werde die SPD heute auch nicht mehr als Sozialstaatspartei wahrgenommen, die sie traditionellerweise war.

Fazit: Butterwegges Buch ist ein wissenschaftlich fundiertes, aber auch politisch engagiertes Plädoyer für den Erhalt und die Weiterentwicklung des Sozialstaates. Aufgrund der aufschlussreichen Darstellung der Entstehung und Entwicklung der Sozialsysteme und des Nachzeichnen der aktuellen Diskussionen ist das Buch ein wichtiger und sehr zu empfehlender Beitrag in der Debatte um die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme. Die historische Einordnung erleichtert dabei das Erkennen der Diskussions- und Interessenlagen, die von Rot-Grün derzeit so gerne vertuscht werden.

Klemens Himpele (Köln)

Wer ist Angela Merkel?

Gerd Langguth: „Angela Merkel“, dtv premium, München 2005, 399 Seiten, Preis 14,50 Euro ISBN 3-423-24485-2

Evelyn Roll, *Die Erste – Angela Merkels Weg zur Macht*, Rowohlt TB, 2005, 362 S., Preis 9,90 Euro, ISBN 3499621282

„Niemand ist in der bundesdeutschen Politik aus dem ‚politischen Nichts‘ so schnell und so hoch aufgestiegen wie sie“, schreibt der Politikwissenschaftler Gerd Langguth in seiner Biographie „Angela Merkel“. Am 17. Juli 1954 wird sie als Tochter des evangelischen Pfarrers Horst Kasner in Hamburg geboren. Wenige Wochen später übernimmt der Vater eine Stelle als Jugendpfarrer in der DDR. Angela Kasner, die spätere Angela Merkel, ist durch ihr Elternhaus stark geprägt worden, betont Biograph Gerd Langguth. Dass aber versucht Angela Merkel heute herunterzuspielen: „Mit den Eltern durfte ich nicht sprechen (...) Ich glaube, dass der Vater mit dem Regime der DDR doch stärker verbandelt war, als man es heute gerne wahr haben möchte. Er galt als sogenannter roter Kasner. Er wird auch den Sozialismus mit Christentum eher vereinbar angesehen haben als viele seiner Pfarrerkollegen.“ Aber daran, dass diese Episode etwas genauer aufgearbeitet wird, so Langguth, gebe es heute jedenfalls auf Seiten von Frau Merkel, kein Interesse.

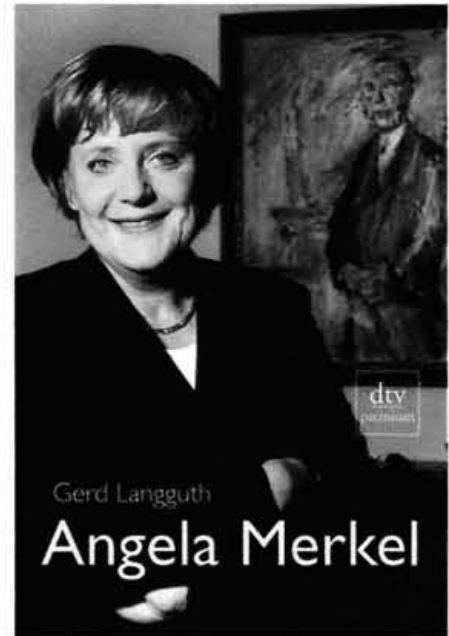
Angela Merkel war von frühester Kindheit an extrem ehrgeizig. Sie zeichnete sich durch überdurchschnittliche Leistungen aus. Nach dem Abitur studierte sie Physik und promovierte. Berufstätig wurde sie 1978 als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Ost-Berliner Akademie der Wissenschaften. Dort arbeitete sie bis 1990, bis sie sich dafür entschieden hatte, als Berufspolitikerin Karriere zu machen. Gerd Langguth bezeichnet sie als Mitläuferin.. Sie habe natürlich auch nur deshalb studieren können, weil sie sich eins stückweit angepasst hat. Sie war Mitglied der FDJ und der Jungen Pioniere und zwar nicht nur einfaches Mitglied, sondern immer in führenden Positionen. Sie hat sich nicht verweigert und war keineswegs so unscheinbar, wie man sie sich heute gerne vorstellt. Viele Pfarrer erlaubten es ihren Kindern nicht, Mitglied der FDJ zu werden. Einer einfache Mitgliedschaft in der FDJ, die als „Kampfeserve“ der Partei galt, schien vielen DDR-Bürgern, die keine glühenden Regimes-Anhänger waren, vertretbar. Kritischer war man denjenigen gegenüber, die sogar Leitungsfunktion in der FDJ übernahmen, wie Angela Merkel es möglicherweise tat. An der Akademie der Wissenschaften, an der sie tätig war, gibt es einen Streit darüber, was sie eigentlich dort gemacht hat. Einer ihrer früheren FDJ-Sekretäre erinnert sich, dass sie angeblich für Agitation und Propaganda zuständig gewesen sei. Sie selber aber bestreitet das kategorisch und sagt, sie wäre für den Kauf von Opernkarten und für solche Sachen zuständig gewesen. Das klingt ungewollt komisch, lässt jedenfalls Skep-

sis aufkommen. Bis heute lasse sie keinen Einblick in ihre Stasi-Unterlagen zu, so dass ihre Ablehnung einer solchen Mitarbeit nicht aufgrund der von ihr selbst geschilderten „Aktelage“ dokumentiert werden könne, moniert Gerd Langguth.

Ein anderes Bild von Merkels DDR-Jahren zeichnet Evelyn Rolls Biographie. Man könnte glauben, Merkel sei seit ihren Schuljahren renitent gegen alle autoritären Zumutungen in der DDR gewesen, wenn man ihre Biographie liest. „Angela Merkel flog im Jahr 1972 beinahe von der Erweiterten Oberschule in Templin, weil sie sich weigerte, eine ordentliche Agitprop-Stunde für Vietnam zu machen.“ Zuweilen scheint Evelyn Rolls das Genre der Biographie mit einem Poesiealbum für Angela Merkel verwechselt zu haben. Über Merkels Jahre an der Akademie der Wissenschaften meint sie schreiben zu können: „Angela Merkel hat sich da in ihrem Donröschchenjahren hinter den Stacheldrahtzäunen und Schlehenbüschen der Akademie und in der ständigen geistigen Auseinandersetzung mit dem virtuellen Wunderland tatsächlich zu einer Musterschülerin der Demokratie verpuppt.“

Merkels parteipolitisches Engagement begann nach dem Fall der Mauer beim Demokratischen Aufbruch, der wie viele andere Gruppen während der sogenannte Wendezeit unter dem Dach der evangelischen Kirche entstanden war. Anders als viele Oppositionelle aus dem Demokratischen Aufbruch, wechselte sie im August 1990 zur Ost-CDU, die mit der West-CDU vereinigt wurde. Dazu Gerd Langguth: „Sie hat das natürlich getan, weil sie doch sehr früh gemerkt hat, dass ihre Karriere als Mitglied einer gesamtdeutschen CDU leichter ist als wenn sie parteilos bleibe. Und der Vater und auch viele in Templin in der Uckermark, wo sie aufgewachsen ist, hatten natürlich zurecht Bedenken gegen die Ost-CDU, wie sich damals entwickelt hatte, sie war ja in der Tat eine Blockpartei, wo die Hauptamtlichen auch für die Staatssicherheit häufig zugearbeitet haben. Angela Merkel hatte früher ein relativ kritisches, so hat sie es jedenfalls formuliert, Verhältnis zur Ost-CDU gehabt.“

Angela Merkel wurde in ihrer politischen Laufbahn von Beginn an von einem „unbedingten Willen zur Macht“ angetrieben, ähnlich wie Gerhard Schröder und Helmut Kohl. Da Roll anders als Langguth weder chronologisch noch systematisch-analytisch schreibt, sondern im Stil einer ausufernden Reportage, reiht sie auch Widersprüchliches aneinander, ohne sich weiter davon irritieren zu lassen. Sie zitiert Lothar de Mazière, den letzten DDR-Ministerpräsidenten, unter dem Merkel stellvertretende Regierungssprecherin wurde: „Es gab viele Leute, die aufgrund ihrer persönlichen Geradlinigkeit Unannehmlichkeiten im beruflichen Leben hingenommen haben. Das kann man von Angela nicht sagen.“ Ihre Politik-Karriere ist von Beginn an skuppellos verlaufen. Keiner ihrer früheren Förderer ist schadlos aus dem Verhältnis mit ihr herausgekommen – ob Lothar de



Mazière, Helmut Kohl, Wolfgang Schäuble oder Friedrich Merz. Allerdings sei ihr Machtstreben erst spät erkannt worden, so Langguth in einem Interview mit dem Rezensenten: „Die Zahl ihrer Skalps ist enorm. Sie hat es ja geschafft, dass diejenigen, die sie am Anfang sehr gefördert haben, politisch strauchelten, dass sie dann an ihre Stelle getreten ist.“ Langguth verweist nicht zuletzt auf den berühmten Artikel, den sie in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 22. Dezember 1999 veröffentlicht hat, mit dem sie „sozusagen durch einen doppelten Handkantenschlag Schäuble und Kohl von dem Podest gerissen hat.“ Merkel hatte in diesem Artikel die CDU dazu aufgerufen, sie möge sich endlich von Helmut Kohl emanzipieren wie Kinder von ihrem Elternhaus. „Das hat sie in einer solchen Weise getan, dass Helmut Kohl dachte, die damalige Generalsekretärin Merkel hätte diesen Scheidebrief mit Zustimmung des damaligen CDU-Parteivorsitzenden Schäuble geschrieben. Und das führte dann dazu, dass Kohl und Schäuble sich heftigst miteinander bekämpften, dass sie dann an die Stelle ihrer beiden Förderer geraten ist. Genauso hat sie Merz (...) von seinem Amt verdrängt“ erläutert Langguth.

Ihre für eine Frau beispiellose politische Karriere in der CDU hätte Angela Merkel ohne ihre besonders guten Kontakte zu Friede Springer, Liz Mohn wie auch zur Verlegergattin Gudrun Bauer wohl nicht machen können. In ihrem kühlen Machtstreben unterschätze sie allerdings allzu leicht die Bedeutung lang tradierter Erfahrungen und Verhaltensmuster, die sich dem rationalen Denken entziehen, meint Gerd Langguth.

Obwohl Gerd Langguth hohe politische Funktionen in der CDU innehatte, ist seine Merkel-Biographie informativer und kritischer als die von Evelyn Roll, die als leitende Redakteurin für die Süddeutsche Zeitung arbeitet.

Ingo Zander (Kerpen)

spw – seit mehr als 25 Jahren ... wissen, was die SPD-Linke diskutiert!

Jetzt abonnieren und zugreifen!

Wer jetzt spw abonniert, erhält als Prämie eines dieser Bücherpakete!

Prämie 1

**ASTA der FH
Münster (Hrsg.)**

**Alle Reden vom
Wetter. Wir nicht.**
Beiträge zur
Förderung der
kritischen Vernunft
2005 – ca. 220 S.
ca. EUR 15,90 – SFR
28,50
ISBN: 3-89691-603-3



Prämie 2

Ulrich Brand

**Gegen Hege-
monie.**

Bausteine für globali-
sierungskritische
Strategien
200 Seiten
EUR 15,50 – sFr 27,80
ISBN 3-89965-116-2



Prämie 3

Carsten Rösler

**Medien-Wir-
kungen (Einstiege
Band 14)**

2004 – 137 S.
Euro 15,30 – SFR 27,40
ISBN : 3-89691-687-4



+

+

+

**Stephan
Lessenich/
Andrea Nahles,
et. alt.**

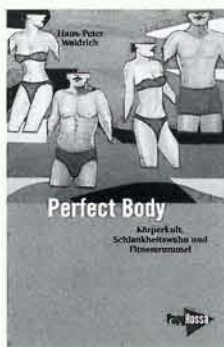
**Den Sozialstaat
neu denken**
Herausgegeben
von der Otto
Brenner Stiftung
160 Seiten
EUR 12,40 – SFR 22,50
ISBN 3-89965-14-6



**Hans-Peter
Waldrich**

Perfect Body
Marktwirtschaft
und Körperkult
Neue Kleine
Bibliothek 95

182 Seiten
EUR 12,50 – SFR 22,70
ISBN 3-89438-288-0



Christine Zunke

**Das Subjekt der
Würde. Kritik der
deutschen Stamm-
zellendebatte**
Hochschulschriften
52

134 Seiten
EUR 14,- – SFR 25,30
ISBN 3-89438-292-9



Abo unter www.spw.de oder per
eMail an spw-verlag@spw.de